

Europäisch-islamischer Kulturdialog

DER THE
WESTEN
UND DIE
AND THE
ISLAMISCHE
MUSLIM
WELT WORLD

REPORT

Eine muslimische Position

A Muslim Position

نظرة إسلامية

Der Westen und die islamische Welt

Impressum

»Der Westen und die islamische Welt – Eine muslimische Position«
ist Teil des Sonderprogramms
»Europäisch-islamischer Kulturdialog«
des Auswärtigen Amtes, Berlin

Herausgeber

Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), Stuttgart
im Rahmen des ifa-Forum *Dialog und Verständigung*

Projektleitung

Barbara Kuhnert
Susanne Warndorf

Wissenschaftliche Beratung und Konzeption:

Dr. Jochen Hippler, Duisburg

Redaktion

Dr. Jochen Hippler, Duisburg
unter Mitarbeit von
William Billows, Berlin
Mona Shair, Brüssel

Gestaltung

Michael Kimmerle, Stuttgart

Übersetzung

Dr. Cherifa Magdi, Frankfurt (arabisch, deutsch),
Dr. Jeremy Gaines, Frankfurt (englische Bearbeitung)

Druck

Friedrich Pustet, Regensburg

Institut für Auslandsbeziehungen
Charlottenplatz 17
D-70173 Stuttgart
Postfach 10 24 63
D-70020 Stuttgart

Die hier veröffentlichten Artikel geben die Meinung
der Autorengruppe wieder und müssen nicht mit
der Meinung der Herausgeber übereinstimmen.

© 2004 ifa Stuttgart

Europäisch-islamischer Kulturdialog

DER WESTEN UND DIE ISLAMISCHE WELT

Eine muslimische Position

Der Westen und die islamische Welt

3 – 91

The West and the Muslim world

93 – 175

الغرب والعالم الإسلامي موقف إسلامي

75 – 1

Alois Graf von Waldburg-Zeil
Präsident des Instituts für Auslandsbeziehungen

Geleitwort

Dialoge mit den islamisch geprägten Weltregionen sind seit Jahren fester Bestandteil der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie sind damit auch Auftrag und Verpflichtung für das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa); es hat besonders im zurückliegenden Jahrzehnt mit seinen deutsch-arabischen Mediendialogen, mit Journalisten-Experten-Konferenzen in Zentralasien und auch mit seinen Ausstellungen deutscher Kunst einen besonderen Beitrag geleistet.

Nach dem 11. September 2001 erschien es nötig, die Grundlagen eines solchen Dialogs neu zu bestimmen. So lud das ifa im Oktober 2002 Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten und Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen aus der islamischen Welt und aus Deutschland zu einer Konferenz nach Schloss Neuhardenberg ein.

Als ersten Schritt empfahl die Konferenz, eine Gruppe von Intellektuellen aus den islamisch geprägten Ländern zu beauftragen, ihre Sicht der Kernprobleme der Beziehungen zum Westen in einer Art Bestandsaufnahme zu formulieren. Das Ergebnis wird in diesem Buch vorgelegt. Ich bin der Meinung, dass ein neuer Anfang auf gleicher Augenhöhe im Dialog nur möglich ist, wenn der Westen bereit ist, eine solche Bestandsaufnahme zur Kenntnis zu nehmen und über die Kritik wie auch über die Vorschläge in einem konstruktiven Sinne nachzudenken.

Das Treffen in Neuhardenberg hat auch offenbart, dass der Prozess des Dialogs zwischen den Kulturen noch vielfältigen Lernens jenseits scheinbar bewährter diplomatischer und anderer Dialog-Rituale bedarf. Ich hoffe, dass es dem ifa gelingt, diesen spannenden und anspruchsvollen Ansatz über die vorliegende Bestandsaufnahme hinaus in weiteren gemeinsamen Aktivitäten fortzuentwickeln. Möge die dem ifa-Forum *Dialog und Verständigung* zugrunde liegende Dialogauffassung erfolgreich zu einem weniger krisenhaften Zusammenleben der Kulturen unserer Welt beitragen!

Dr. Jochen Hippler, Universität Duisburg-Essen
Barbara Kuhnert, Institut für Auslandsbeziehungen

Vorwort

Die Beziehungen zwischen der muslimischen Welt und den westlichen Ländern stecken in einer ernsten Krise. Vorurteile, Terrorismus und Krieg bestimmen das Denken auf beiden Seiten, auch wenn es in der Vergangenheit intensive Phasen fruchtbarer Austausches gegeben hat: Die Anschläge des 11. September 2001 und die Kriege in Afghanistan und Irak wirken so emotionalisierend, dass sie fast alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Zwar wäre es schematisch, ja unsinnig, aus dem Unterschied der Kulturen und Religionen eine naturgegebene Feindseligkeit beider Seiten ableiten zu wollen. Aber trotzdem ist nicht zu übersehen, dass hinter einer Ebene der Zusammenarbeit westlicher und der meisten Regierungen der muslimischen Länder das Verhältnis beider Seiten zueinander heute von Konflikten und Misstrauen gekennzeichnet ist. Die Quellen dieser Probleme liegen in den unterschiedlichen Interessen, in konkreten Politiken und in kulturellen und psychologischen Faktoren.

Es ist offensichtlich höchst schwierig, die realen Interessensunterschiede und Politiken der beteiligten Regierungen kurz- oder mittelfristig zur Deckung zu bringen, um die Krise der Beziehungen zu überwinden. Deshalb hat es im letzten Jahrzehnt Anstrengungen zu einem »Dialog der Kulturen« gegeben, bei dem Akteure der Zivilgesellschaft, der Kultur und Politik sich bemühten, zumindest für eine politisch-psychologische Entspannung zu sorgen und wechselseitige Vorurteile abbauen zu helfen. Solche Bemühungen haben im Kleinen immer wieder nützliche Ergebnisse erbracht, aber den Gesamtrahmen der Konfrontation nicht spürbar beeinflusst. Dies liegt einerseits an der Tatsache, dass die Quellen der Konflikte eben nicht allein oder vorwiegend im psychologischen Bereich, sondern in konkreten politischen und historischen Erfahrungen liegen: Blutige Terroranschläge oder der Irakkrieg sind durch Dialog weder wegzudiskutieren noch ungeschehen zu machen. Aber es fällt auch auf, dass die tatsächlichen Chancen der Dialoge kaum wirklich genutzt wurden, dass die Anstrengungen zum intellektuellen, kulturellen, religiösen und politischen Austausch häufig selbst halbherzig oder ungenügend blieben. Nicht jede an sich sinnvolle »Dialogveranstaltung« führte zu tatsächlichem Dialog, zur Bereitschaft, sich gegensei-

tig zuzuhören und aufeinander einzugehen. Nicht selten blieb es bei Alibiveranstaltungen, bei rituellen Bezeugungen guten Willens, bei Propaganda für die eigene Position, beim oberflächlichen Austausch von Höflichkeiten. Solche Bemühungen haben vermutlich selten geschadet, sie haben aber auch kaum etwas genutzt. Beide Seiten haben sich zwar oft auf gemeinsame Seminare, Treffen, Reden und Publikationen eingelassen, aber zu häufig einen tatsächlichen, offenen Dialog vermieden. Es ist deshalb wenig erstaunlich, dass solche Art von »Dialog« inzwischen nicht selten auf Langeweile oder Zynismus auf allen Seiten trifft.

Da angesichts des komplizierten und oft konfrontativen Verhältnisses zwischen westlichen und islamisch geprägten Gesellschaften trotz der eher gemischten Erfahrungen ein Dialog mit dem Ziel der Schaffung besseren Verständnisses voneinander allerdings nicht aufgegeben, sondern eher verstärkt werden sollte, stellt sich die Frage nach Ansatzpunkten, die ihn wirksam und fruchtbar machen könnten. Dies ist durchaus möglich, erfordert aber von allen Seiten größere Offenheit und zusätzliche Anstrengungen. Konzeptionell sollten zum Beispiel folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Die Akzeptierung, dass »westlich-muslimischer Dialog« eigentlich gar kein Dialog (also ein Austausch zweier Seiten) sein kann, sondern auf beiden Seiten eine Vielzahl widersprüchlicher Akteure und Positionen einbeziehen muss, um wirksam zu sein. Eine Verkürzung auf zwei Seiten wird den komplexen Realitäten der westlichen und muslimischen Gesellschaften nicht gerecht und führt besonders leicht zur Ritualisierung und Schematisierung der Diskussionen. Ohne die Anerkennung der Pluralität der eigenen und der Gegenseite ist der Austausch der Kulturen und Gesellschaften zu Ende, bevor er noch begonnen hat: In einer intellektuellen und politischen Zwangsjacke falscher politischer und intellektueller Bipolarität steckt »Dialog« in einer Sackgasse.
- Austausch mit dem Ziel eines besseren, wechselseitigen Verstehens kann auch nicht im Gestus des erhobenen Zeigefingers und der gegenseitigen Bekehrungs- oder Belehrungsabsicht gelingen. Nötig ist eine Diskussionskultur des Zuhörens – nicht der automatischen Zustimmung zu den Auffassungen anderer, aber doch der Bereitschaft, diese zuerst einmal zur Kenntnis und ernst zu nehmen. Auf allen Seiten existiert eine Tendenz zu offener oder ver-

steckter Besserwisserei, die die Äußerungen einer Gegenseite oft nur dann zur Kenntnis nimmt, wenn sie positiv oder negativ ins eigene Weltbild passen. Die Bereitschaft, über fremde Argumente auch dann nachzudenken, wenn man sie für seltsam, fragwürdig oder falsch hält, ist eine Bedingung für Dialog.

- Dialog ist nur dann möglich, wenn beide Seiten davon Abstand nehmen, vor allem mit den Fingern aufeinander zu zeigen und die eigenen Denkweisen und Praktiken als selbstverständlich vorauszusetzen. Wer in interkulturellen Dialogen nicht bereit ist, auch über sich selbst, die eigene Identität, über die eigenen Denkblockaden, Interessen und Handlungen kritisch nachzudenken, verpasst eine große Chance. Dialog muss auch die eigenen Denkweisen und intellektuellen Voraussetzungen zur Diskussion zu stellen bereit sein.
- Damit ist nicht gemeint, die Argumente anderer Diskussionsteilnehmer ungeprüft und kritiklos zu übernehmen oder Unangenehmes oder Schreckliches unter den Teppich »kultureller Andersartigkeit« zu kehren. Selbstreflexion und Kritik sind zentrale Bestandteile eines jeden Dialoges, es kommt allerdings darauf an, sich um gemeinsame Maßstäbe zu bemühen, die nicht allein den eigenen Vorurteilen und der eigenen kulturellen Tradition entsprechen, ganz gleich, ob westlich oder muslimisch. Ohne Kritik an anderen Diskussionspartnern und ohne die Bereitschaft, deren Einwände und Kritik zur Kenntnis zu nehmen und zu reflektieren, fehlt einem Austausch zur Förderung des Verständnisses der wichtigste Gegenstand. Dialog braucht Höflichkeit, aber keine Leisetreteri.
- Ein wichtiges Problem des Dialogs besteht im angemessenen Umgang mit den emotionalen Aspekten des westlich-muslimischen Verhältnisses. Menschen in westlichen Ländern fühlen sich nicht selten durch Muslime oder den islamisch geprägten Kulturkreis bedroht trotz aller Tatsachen, die eine erdrückende politische, wirtschaftliche und militärische Überlegenheit des Westens belegen. Aufgeregte »Kopftuch-Diskussionen« oder die Angst vor kultureller »Überfremdung« sind Symptome, spektakuläre Terroranschläge die Anlässe. Umgekehrt verweisen viele – säkular wie religiös geprägte – Muslime auf eine jahrzehnte- oder jahrhundertelange Erfahrung von Unterdrückung und Demütigung durch die Länder des Westens, insbe-

sondere auch im Kontext des Palästina-Konfliktes, die psychologisch tiefe Spuren in den eigenen Gesellschaften hinterlassen hat. In beiden Fällen kommt es oft zu emotionalen Blockaden, die das wechselseitige Zuhören erschweren. Solche Emotionalisierung mag kontraproduktiv sein, sie mag Vorurteile und Klischees beinhalten und die Realität verzerrt wahrnehmen. Aber sie beruht doch auf Elementen der Wirklichkeit und Erfahrung, die allerdings auf einseitige Weise interpretiert werden. Dialog erfordert nun, die Ängste, Vorbehalte, Irrationalisierungen und gefühlsmäßigen Blockaden der jeweiligen Gegenseite nicht sofort zum Anlass zu nehmen, sich dem Gespräch zu entziehen, sondern zum Gesprächsgegenstand zu machen. In einer durch Terrorismus und Krieg aufgeladenen Atmosphäre als Vorbedingung des Dialogs zu verlangen, dass die andere Seite – nicht unbedingt man selbst – ruhig, ausgewogen und rein sachlich zu reagieren habe, ist zu viel verlangt. Häufig beruht die Emotionalisierung ja auf realen Erfahrungen, die durch einen Appell zur Sachlichkeit nicht verschwinden. Beide Seiten müssen deshalb stärker lernen, trotz ihrer eigenen Gefühlsprägung auch die Gefühle der Gegenseite zu ertragen, wie »einseitig« diese auch sein mögen, und nach den Bedingungen und Rationalitäten in der eigenen und den fremden Emotionalisierungen zu suchen. Dabei geht es natürlich nicht darum, alle Praktiken, Einseitigkeiten und Behauptungen der anderen Seiten akzeptieren oder gar rechtfertigen zu sollen, sondern die eigene Emotionalisierung überhaupt zu erkennen und zu hinterfragen und die der anderen nicht als »naturegegeben«, sondern als historisch entstanden zu begreifen und nach deren verständlichen Anteilen zu fragen.

- Schließlich darf ein interkultureller Dialog sich nicht missverstehen, er muss seine Grenzen und seine Bedingtheit verstehen und berücksichtigen. Der Dialog kann nur eine – wenn auch wichtige – Hilfsfunktion übernehmen, nicht jedoch das westlich-muslimische Verhältnis allein aus der Krise führen. Diese resultiert ja vor allem aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Faktoren, die durch kulturelle und religiöse Aspekte nur verstärkt oder geschwächt werden. Deshalb kann sich ein interkultureller Dialog nicht auf den kulturellen oder religiösen Bereich beschränken, ohne in ein Ghetto abgedrängt zu werden und an Bedeutung zu verlieren. Der Dialog muss, um überhaupt eine Chance zu haben, die Politik und die Machtverhältnisse beider Seiten wesentlich mit berücksichtigen und zum Thema machen.

Der hier vorliegende Bericht zum Stand der westlich-muslimischen Beziehungen sollte im Lichte dieser Überlegungen gelesen werden. Das Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart (ifa) hat im Jahr 2002 ein Dialogprojekt initiiert, bei dem manche Schwächen früherer Initiativen vermieden werden sollen. Zuerst, so der Grundgedanke, sollte die westliche, europäische, deutsche Seite einmal zuhören, wie unabhängige muslimische Intellektuelle die Probleme zwischen dem Westen und der muslimischen Welt wahrnehmen, was sie uns zu sagen haben. Wenn ein wirklicher Dialog das wechselseitige Zuhören voraussetzt, liegt es nahe, damit selbst anzufangen.

Deshalb hat das Institut für Auslandsbeziehungen eine Gruppe von sechs Intellektuellen aus islamisch geprägten Ländern, ihre Einschätzung des Standes und der Probleme der westlich-muslimischen Beziehungen zu formulieren und in einem Bericht zu Papier zu bringen. Zu dieser Autorengruppe gehören Frau Salwa Bakr, Schriftstellerin, Kairo (Ägypten); Prof. Basem Ezbidi, An-Najah Universität in Nablus (Palästinensische Autonomiegebiete); Frau Prof. Hanan Kassab-Hassan, Universität Damaskus (Syrien); Prof. Fikret Karcic, Universität Sarajevo (Bosnien und Herzegowina); der Journalist Mazhar Zaidi aus Lahore (Pakistan, gegenwärtig bei der BBC in London); und Dato' Jawhar Hassan, Direktor des Institute of Strategic and International Studies (ISIS) in Kuala Lumpur (Malaysia). Diese Autorengruppe entschied selbstständig über die zu behandelnden Themen, Schwerpunkte und Aussagen ihres Berichts. Der Bericht wird hier auf englisch, arabisch und deutsch vorgelegt. Er wendet sich in erster Linie an ein westliches, europäisches und deutsches Publikum, soll aber – daher die arabische Fassung – auch für andere Interessierte zugänglich sein.

Wir wünschen uns viele aufgeschlossene, kritische, nachdenkliche und dialogoffene Leserinnen und Leser.

Der Text wurde im Zeitraum von Herbst 2002 bis Sommer 2003 verfasst.

Salwa Bakr (Kairo, Ägypten)
Prof. Basem Ezbidi (Nablus, Palästinensische Autonomiegebiete)
Prof. Hanan Kassab-Hassan (Damaskus, Syrien)
Prof. Fikret Karcic (Sarajevo, Bosnien und Herzegowina)
Mazhar Zaidi (Lahore, Pakistan, z.Zt. London)
Dato' Jawhar Hassan (Kuala Lumpur, Malaysia)

Einleitung

Dieser Bericht erscheint zu einem Zeitpunkt, da sich eine weitere Abfolge tragischer Ereignisse in der Geschichte der Beziehungen zwischen der muslimischen Welt und dem Westen vollzieht. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben nicht nur die USA traumatisiert. Sie kennzeichnen zugleich den Beginn eines neuen Zeitalters. Ihnen folgte die Kampagne gegen den internationalen Terrorismus, der Angriff auf Afghanistan, der Krieg gegen den Irak und dessen Besetzung, und schließlich die Drohungen der USA gegen Syrien und den Iran. Obwohl kein einziges dieser Ereignisse offiziell vom »Islam« oder dem »Westen« an sich zu verantworten war, sondern von ganz bestimmten Akteuren aus der muslimischen und der westlichen Welt, haben sie dennoch dazu beigetragen, die bereits bestehende Kluft zwischen beiden Seiten zu verbreitern. Die jetzige instabile Situation zeigt auf dramatische Weise die Notwendigkeit sowohl für die muslimischen als auch für die westlichen Gesellschaften, die sie trennenden Fragen und die Faktoren, die zu Missverständnissen, Spannungen und Konflikten führen, zu begreifen.

Diese Veröffentlichung zeichnet sich anderen gegenüber dadurch aus, dass sie eine muslimische Perspektive auf die Beziehungen zwischen der muslimischen Welt und dem Westen bietet. Sie verkörpert die Arbeit von sechs Intellektuellen – drei aus dem Nahen Osten, einem aus Europa, zwei aus Süd- bzw. Südostasien. Diese Frauen und Männer haben ganz verschiedene historische, kulturelle, ethnische und sprachliche Hintergründe. Auch vertreten sie völlig verschiedene Disziplinen. Während der gemeinsamen Arbeit an diesem Bericht war es für sie alle überraschend festzustellen, dass sie eine bemerkenswerte Ähnlichkeit in ihren Auffassungen über grundlegende Fragen teilen, die die Beziehungen zwischen der muslimischen Welt und dem Westen charakterisieren. Sie haben auch gemeinsame Vorstellungen bezüglich der Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um diese Fragen anzusprechen und zu lösen. Ein Weg, der helfen könnte, die Kluft zwischen beiden Seiten zu minimieren, wäre die Intensivierung von Dialog und Interaktion. In der muslimischen Welt, die heutzutage durch kulturelle, ethnische und ideologische Diversität gekennzeichnet ist, herrscht nicht immer volle Übereinstimmung bezüglich der Beschreibung und Bedeutung der Fragen, die in diesem Bericht aufgeworfen werden.

Faire, ausgewogene Interaktion und Kommunikation zwischen zwei Seiten kann einer Form wechselseitigen Verständnisses Impulse geben und stärken, die Frieden und Zusammenarbeit erleichtern. Damit aber ein solcher Dialog die beabsichtigten Ziele erreicht, muss er von der Prämisse ausgehen, dass keine Seite gezwungen ist, ihr Denken oder Verhalten von vornherein aufzugeben. Beides muss wechselseitig als prinzipiell nützlich und legitim akzeptiert werden. Es wird sich dann nicht mehr die Frage stellen, wer besser oder überlegener ist, sondern wer den anderen in seinem Bestreben anerkennt und akzeptiert, sein Selbst darzulegen und auszudrücken. Ein solches Dialogverhalten würde das jeweils andere Denken und Verhalten bereichern und stärken. Keine Seite wäre genötigt, ihre Überzeugungen aufzugeben; sie kann sie im Rahmen des Dialogs zum Ausdruck bringen in der Hoffnung, dass man gegenseitig ihre jeweilige Beschaffenheit erkennt und zu gegebener Zeit eine Möglichkeit findet, die Unterschiede zu überwinden. Es ist zu hoffen, dass Dialog unter solchen Bedingungen imstande wäre, negative Wahrnehmungen und Stereotypen abzubauen sowie Feindseligkeiten und ablehnende Haltungen durch Verständnis und Kooperation zu ersetzen. Ernsthafter Dialog und ernsthafte Interaktion bewirken nicht nur, dass gegenwärtige und zukünftige Spannungen friedlich abgebaut werden, sondern sie fördern auch Stabilität und Entwicklung. Sie begünstigen eine Atmosphäre, in der gute Regierungsführung (wie sie sich in der Demokratie manifestiert) und Achtung vor den Menschenrechten realisierbar werden. Dieser Bericht ist unser Beitrag, einen solchen sinnvollen Dialog anzuregen.

Die AutorInnen möchten ihrer Anerkennung für das Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart (ifa) Ausdruck verleihen, das dieses wichtige Projekt konzipiert und möglich gemacht hat. Ein besonderer Dank gilt Dr. Jochen Hippler, Universität Duisburg-Essen, für seine unschätzbare Unterstützung.

Den Kontext klären

Allgemeine Bemerkungen über die Beziehungen zwischen der muslimischen Welt und dem Westen

In den vergangenen fünf Jahrzehnten haben sich Seminare, Konferenzen und die politikwissenschaftliche Forschung in der Regel mit dem Ost-West- oder dem Nord-Süd-Konflikt befasst. Aber noch vor dem 11. September 2001 bildete sich eine andere Wahrnehmung grundlegender politischer und kultureller Widersprüche heraus: Die muslimische Welt wurde dem Westen gegenübergestellt, ein »clash of civilizations« postuliert. Der Hintergrund dieses Konflikts, der auf religiösen und kulturellen Kriterien beruht, ist nicht nur kompliziert, sondern auch problematisch. Einer der Gründe dafür ist der Gebrauch einer mehrdeutigen Terminologie.

Zuallererst: Die Beschreibung der muslimischen und der westlichen Welt als zwei einander gegenüberstehender und widersprechender Pole erzeugt eine dualistische Interpretation der Beziehung, die viele Facetten oder Ausnahmen außer Acht lässt. Im Grunde ignoriert sie die innere Heterogenität auf beiden Seiten. Sie missachtet aber auch die grundlegende Tatsache, dass »Kulturen« und Gesellschaften keine festen, dauerhaften Gebilde sind, sondern sich in einem Zustand permanenter Veränderung befinden. Auch berücksichtigt diese Beschreibung nicht die allgegenwärtige Vermischung, die ständigen Überschneidungen und Gemengelagen zwischen den Kulturen.

Was ist der Westen? Handelt es sich um eine Welt, in der nur reine Europäer in der gemeinsamen christlichen Tradition leben, im Gegensatz zu einer ethnisch und religiös anderen muslimischen Welt? Da die westlichen Länder die Heimat von Millionen von muslimischen Migranten aus Asien und Afrika sind – viele von ihnen besitzen eine europäische Staatsbürgerschaft – verliert die Aufteilung ihre Trennschärfe. Viele dieser Einwanderer haben sich die westliche Lebensart angeeignet, sich assimiliert und sind ein Teil von ihr geworden. Zudem haben die muslimischen Migranten die westlichen Gesellschaften beeinflusst. Ihre Traditionen, ihre Kunst und ihre Küche wurden allmählich zu kulturellen Elementen im Alltag in Europa und

in den Vereinigten Staaten. Wir sollten auch nicht die Einflüsse der islamischen Zivilisation auf die westliche Kultur in früheren Jahrhunderten vergessen: Naturwissenschaften, Medizin und Philosophie in Europa wären nicht auf ihrem heutigen Stand ohne die arabischen Anregungen im Laufe der Jahrhunderte. Sogar die antike Philosophie, ein Symbol der »Westlichen Kultur«, wurde in Europa nur über die Werke muslimischer Gelehrter aufgenommen. Was ist der Westen für uns? Ist es das Christentum? Ist es Säkularisierung oder Atheismus? Ist es ein Symbol der Macht oder der ökonomischen Effizienz? Steht der Westen für die Aufklärung und die Menschenrechte, für Faschismus, Rassismus und den Holocaust – oder für all das zusammen? Definieren wir den Westen über seine Kunst und Kultur, sein Konsumdenken oder seine Technologie? Als homogene Einheit existiert der Westen nicht; er ist eine vage Vorstellung voller Widersprüche.

Aus demselben Grund können wir nicht von einer reinen, klar definierten muslimischen Gesellschaft sprechen, die von der westlichen Zivilisation und Kultur nicht beeinflusst wäre. Die modernen Kommunikationsmittel haben westliche Einflüsse sogar bis in solch konservative muslimische Gesellschaften wie Saudi Arabien hineingetragen. Und wir sollten auch nicht vergessen, dass die muslimische Welt in sich genauso heterogen und von inneren Widersprüchen gekennzeichnet ist wie der Westen.

Gibt es eine eindeutige Trennungslinie, die zwischen der industrialisierten westlichen Welt und den sich entwickelnden muslimischen Ländern gezogen werden kann? Wenn die Medien den Westen der muslimischen Welt gegenüberstellen, dann sind die Bilder häufig von Rückständigkeit, von religiösem Fanatismus, Unterdrückung, fehlenden Freiheiten und dem Mangel an Menschenrechten, vor allem für Frauen, geprägt. Das öffentliche Bild wird sogar noch negativer, wenn die gängige Assoziation zwischen Islam und Terrorismus hinzugefügt wird. Im Westen werden die Muslime zunehmend als Barbaren gezeichnet, wobei die wichtige Rolle, die ihre Zivilisation für die Entwicklung der Menschheit gespielt hat, ignoriert wird.

Auch wenn diese westliche Wahrnehmung in bestimmter Hinsicht einen Kern von Wahrheit beinhalten mag, so bleibt sie dennoch eine ungerechte Verallgemeinerung. Wenn sie tagtäglich von den Medien und konservativen politischen Führern und Intellektuellen verbreitet wird, dann mutiert sie zu

Stereotypen und Vorurteilen. Rassismus und Feindseligkeit gegen all diejenigen, die der muslimischen Welt angehören, werden geschürt, ohne dass unterschieden würde zwischen solchen, die bewusst gewalttätige Haltungen einnehmen, und jenen, die vor Ort unter den Folgen zu leiden haben.

Es gibt keine klar definierte muslimische Welt. Der Versuch, sie zu definieren, führt zu vagen Verallgemeinerungen und vernachlässigt die Unterschiede, Widersprüche und inneren Konflikte. Der Ruf zur Wiedererrichtung der islamischen »Umma«, wie sie einmal war, hat lediglich die »Konferenz Islamischer Staaten« hervorgebracht. Insofern können wir nicht von der Existenz einer monolithischen Kraft namens »muslimische Welt« ausgehen, die man als Bedrohung für den viel stärkeren Westen betrachten könnte.

Die muslimische Welt ist auch keine geographisch definierbare Einheit. Vielmehr handelt es sich um eine lose Gruppierung wie andere auch, die sich innerhalb der blockfreien Länder oder aus der Dritten Welt herausgebildet haben. Wir würden sogar behaupten, dass das Band des Nationalismus in der muslimischen Welt stärker und weiter verbreitet ist als das der Religion.

Gerade dieser Gesichtspunkt muss in Bezug auf Länder wie Irak und den Iran betont werden. Beide sind muslimische Länder, haben aber ihre eigenen nationalen Interessen, die sie durch einen langen, blutigen Krieg durchzusetzen versuchten. Ein weiteres Beispiel: Iran hat sich im Kaschmirkonflikt auf die Seite Indiens geschlagen, statt das muslimische Pakistan zu unterstützen. Es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass politische Bindungen und Ideologien sich über religiöse Gemeinsamkeiten hinwegsetzen.

Es ist wahr – die Beziehung zwischen den Muslimen und dem Westen scheint auf Kollisionskurs zu sein, wie die Gewalt und die Kriege der letzten zwei Jahre belegen. Aber die tatsächlichen politischen und ökonomischen Beziehungen sind viel komplexer. Zwischen verschiedenen Ländern der muslimischen Welt und Europa und den Vereinigten Staaten besteht ein intensiver Handelsaustausch. Sogar sehr konservative muslimische Länder wie Saudi Arabien haben keine Vorbehalte, ihr Geld im Westen zu investieren, mit westlichen Ländern zu kooperieren und sogar US-Soldaten bei sich aufzunehmen. Das zeigt, dass die westlich-muslimischen Beziehungen nicht zuallererst durch Religion oder Ideologie bestimmt werden, sondern durch die Eigeninteressen.

Die jetzige Konfrontation

Die offensichtliche westliche Feindseligkeit gegenüber den muslimischen Ländern ist nicht Ergebnis ihrer religiösen Orientierung. Die Gründe zur Ablehnung eines Beitritts der Türkei zur EU sind vor allem wirtschaftlicher Art. Sie haben auch mit der Migrationsproblematik zu tun. Zudem erfüllen die nationalen Gesetze der Türkei noch nicht die demokratischen Kriterien Europas. Nur in geringem Maße ist die Religion der Türkei, der Islam, ein Faktor. Sogar die Vereinigten Staaten, die heutzutage den Muslimen ziemlich feindlich gesonnen sind, richten ihre Politik gegenüber anderen Nationen, ethnischen Gruppen und Religionen vor allem nach ihren strategischen Interessen, nicht nach religiöser Zugehörigkeit aus. So haben die USA etwa zugunsten der muslimischen Bosnier gegen die christlichen Serben interveniert. Die Ursachen für den Angriff der USA auf Afghanistan waren weder der Islam noch die Muslime, sondern sie waren geopolitischer Natur, und der Einsatz erfolgte im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus. Früher hatten die USA sogar die islamischen »Mudjahedin« und ihren Dihad gegen die Sowjetunion unterstützt. Irak bildet hier keine Ausnahme, denn die USA haben das Land wiederholt bedroht und sind sogar dort einmarschiert, obwohl es ein säkularer Staat ist – also nicht wegen der muslimischen Bevölkerung, sondern aus politischen Gründen.

Ein Element des Konflikts zwischen der muslimischen und der westlichen Welt entspringt einer Dichotomie in der Denkweise zwischen Fanatikern und Aufklärern auf beiden Seiten. Dieser Konflikt zwischen Offenheit und Intoleranz ist nicht auf die muslimische Welt beschränkt. Er existiert in fast allen Religionen. Die Intoleranz, die die islamistischen, fundamentalistischen Bewegungen vertreten, ist durchaus vergleichbar mit einem ganz ähnlichen Fanatismus unter den fundamentalistischen Kirchen in den Vereinigten Staaten oder bei jüdischen Extremisten innerhalb und außerhalb Israels. Wir können zurzeit beobachten, wie dogmatische religiöse Positionen die internationalen Beziehungen beeinflussen. Wir sehen auch, dass sie Hass unter den Religionen und in der Bevölkerung innerhalb von Nationen säen sowie auf globaler Ebene unter den Völkern in der ganzen Welt. Solche böartigen Gefühle sind nicht leicht einzudämmen, da sie eine Form absolu-

ter Ablehnung des Anderen beinhalten, der als Feind betrachtet wird und den es gilt auszurotten. Dies stellt ein gravierendes Problem sowohl für die muslimischen als auch für die westlichen Gesellschaften dar.

Wichtige Fragen

Die Beziehungen zwischen der muslimischen Welt und dem Westen korrelieren heute grundlegend mit bedeutsamen politischen Fragen, die primär Folgendes umfassen:

- Die Palästinafrage und die Haltung des Westens im arabisch-israelischen Konflikt;
- Die Irakfrage – der Krieg und die Besetzung Iraks durch amerikanische und britische Truppen;
- Die potentiell gefährlichen Szenarien, die in den USA öffentlich diskutiert werden und Pläne für weitere radikale Veränderungen in der Region enthalten, einschließlich Drohungen gegen Syrien und den Iran;
- Weitere Probleme, die muslimische Regionen betreffen: der innere Kampf um Reformen im Iran, die Situation auf dem Balkan (die Kosovofrage und der mazedonisch-albanische Konflikt), Tschetschenien, Kaschmir, Afghanistan, die Lage der Muslime in China, und schließlich die Bemühungen der Türkei und der muslimischen Staaten auf dem Balkan, Mitglieder der EU zu werden.

Um die muslimisch-westlichen Beziehungen realistisch beurteilen zu können, ist es unabdingbar, die Unterschiede zwischen den verschiedenen westlichen Mächten zu beachten. Wir müssen zwischen den USA und den Ländern der EU differenzieren und die Unterschiede innerhalb Europas anerkennen, so z.B. zwischen denen, die ihre engen Bindungen zu den USA betonen und den USA in ihrer Position gegenüber Irak folgen, und den Ländern, die als »das alte Europa« bezeichnet wurden und die gezögert haben, die Strategie Washingtons zu unterstützen. Die erklärte Außenpolitik Frankreichs, Deutschlands und Belgiens war gegen den Krieg der USA in Irak und bestand auf einer entscheidenden Rolle der Vereinten Nationen. Diese Politik geriet in Konflikt mit den extremen Positionen, die die USA von Europa verlangten. Der Hauptkonflikt in der Politik gegenüber Irak verlief nicht zwi-

schen den muslimischen Ländern und dem Westen, sondern vielmehr zwischen den westlichen Ländern.

Das internationale Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Mächten und Machtblöcken ist durch den Zusammenbruch der Sowjetunion gestört worden. Viele in der islamischen Welt (aber auch in der westlichen Welt) betrachten die Politik dieser US-Administration als unilateral, provozierend, widersprüchlich und ungerecht. Europa sollte seinerseits versuchen, eine Art internationales Gleichgewicht wiederherzustellen. Benötigt wird das Vertrauen, um konstruktive Entscheidungen in den Schlüsselbereichen, die die westlich-muslimischen Beziehungen beeinflussen, tatsächlich zu treffen. Dies wäre mehr als sich lediglich gegen die Vorherrschaft der USA zu wehren.

Wie kann man den Teufelskreis durchbrechen?

Wir scheinen in einen Teufelskreis aus gegenseitiger Gewalt geraten zu sein, der nur durch eine grundlegende Änderung der westlichen Außenpolitik durchbrochen werden kann. Dazu brauchen wir dringend ernsthafte Versuche, das Völkerrecht wieder zu stärken, das von den USA vor und während des Irakkrieges missachtet und ernsthaft beschädigt worden ist. Es muss wieder zum leitenden Grundprinzip in den zwischenstaatlichen Beziehungen werden. Ein solcher Politikwechsel sollte auf einer Wiederbelebung der Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen beruhen.

Diese Änderungen in der internationalen Politik könnten Reformen im Nahen Osten und in den muslimischen Ländern allgemein möglich machen und auf lange Sicht eine Kultur der Gewaltlosigkeit entwickeln helfen. Ein solcher Wandel wird sicher Zeit benötigen und schwer durchzusetzen sein, er würde jedoch eine dringend notwendige, grundlegende Wende darstellen. Der Erfolg einer solchen Transformation hängt von einer Reduzierung der Spannungen in der Region ab, die durch die Verminderung der Unterdrückung in den dortigen Ländern erreicht werden kann. Mehr Demokratie und Freiheit sind für die dortigen Völker nötig, die seit langem an Unterdrückung und Missachtung ihrer Interessen leiden. Das ist aus innenpolitischen Gründen notwendig und würde zugleich den Raum für interkulturelle Kooperation erweitern.

Auf der politischen Ebene sollte den Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft eine größere Rolle eingeräumt werden. Solche Institutionen könnten als moralische Kontrollinstanz über die Herrschenden und ihre politischen Entscheidungen dienen. Sie könnten die Bemühungen der jüngeren Generationen stärken, ihre Gesellschaften politisch und sozial zu entwickeln. Die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Beteiligung und Verantwortung könnten das ideologische Vakuum füllen, das nach dem Sturz der traditionellen politischen Systeme oder deren Verlust an Legitimation eingetreten ist und zur Entstehung des Fanatismus geführt hat.

Intellektuelle, Journalisten, Lehrer und Entscheidungsträger im Westen wie in den muslimischen Ländern sollten sich verstärkt bemühen, das Verständnis und Gefühl für ein gemeinsames menschliches Erbe zu stärken. Sie könnten helfen, die gemeinsamen Werte wie Toleranz, Anerkennung der Differenzen und Respekt für das Spezifische in jeder Zivilisation, Kultur und Religion zu verbreiten und zu vertiefen. Sie sollten auch die Notwendigkeit des Dialogs und der Meinungsfreiheit betonen, indem sie Begegnungen junger Leute und Intellektueller organisieren und die Schaffung von Dialogzentren anstreben, um die beiderseitigen Vorurteile und Stereotypen zu beiseitigen.

Wir sollten uns bewusst sein, dass die Ereignisse vom 11. September 2001 und die Kriege gegen Afghanistan und Irak die Spannungen zwischen der muslimischen Welt und dem Westen erhöht haben. Die Stärkung des gegenseitigen Verstehens ist schwieriger geworden. Gewalt als Mittel des Umgangs miteinander scheint auf breitere Zustimmung zu stoßen. Andererseits haben diese katastrophalen Geschehnisse eine Neubewertung unserer Beziehung in einigen Teilen unserer Gesellschaften in Gang gesetzt.

Wir dürfen hoffen, dass ein positiver Nebeneffekt des 11. September 2001 darin besteht, dass er – gerade wegen seines erschreckenden und hochemotionalen Charakters – zu einer Revision unserer Werte und Vorstellungen und einer Neubestimmung ihrer Rolle im politischen Raum führen wird. Das könnte zu einer Erneuerung der Rolle der Kultur als signifikantem Faktor in der Beeinflussung der internationalen Politik führen, nachdem sie lange genug im Vergleich zur Wirtschaft und strategischen Fragen benachteiligt wurde.

In mehreren Ländern sind wir heute Zeuge einer Entstehung von Jugendbewegungen, die ein starkes Interesse für das hegen, was in der Welt passiert. Solche Bewegungen zeigen ein starkes Bestreben, die internationale öffentliche Meinung zu beeinflussen, um politische Entscheidungen auf globaler Ebene mitbestimmen zu können. Wir hoffen, dass diese junge Generation den Dialog und das gegenseitige Verständnis zwischen den Zivilisationen in Zukunft erfolgreich führen wird.

Das Erbe der Vergangenheit: Tradition der Konfrontation

Die jahrhundertelange Geschichte der islamisch – westlichen Beziehungen ist eine Geschichte der militärischen Konfrontation, aber auch der friedlichen Koexistenz, des kulturellen Austauschs und gegenseitigen Nutzens. Das historische Bewusstsein vieler Menschen sowohl in der islamischen Welt als auch im Westen (vor allem in Europa) scheint jedoch hauptsächlich durch die Phasen der Konfrontation geprägt worden zu sein.

Für Muslime ist es schwer, die Kreuzzüge aus ihrem historischen Gedächtnis zu löschen. Die Kreuzzüge, begonnen von Papst Urban II im Jahre 1095, hatten das religiös definierte Ziel, Jerusalem und die anderen Heiligen Stätten, die damals in islamischer Hand waren, zu erobern. Der Eroberung Jerusalems im Juli 1099 folgten die Massaker an der muslimischen Bevölkerung. Die darauf folgende christliche Herrschaft im Heiligen Land, die bis zum Jahre 1245 anhielt, hat tiefe Narben sowohl in den Beziehungen zwischen beiden Glaubensgemeinschaften als auch im historischen Gedächtnis der Muslime hinterlassen.

Alle späteren religiösen oder weltlichen Bedrohungen durch den Westen wurden im Lichte der »Kreuzzüge« gesehen. Unter den Muslimen ist der Begriff al-Salibiyah (»ein Kreuzzug«) zu einem Ausdruck geworden, der nur negative Assoziationen weckt. Der Name der mächtigsten europäischen Herrschergruppe zur Zeit der Kreuzzüge, der Franken, galt in vielen muslimischen Sprachen – bis weit in die Moderne hinein – als allgemeine Bezeichnung für Europäer.

Die negativen Bilder von den Kreuzzügen wurden durch den späteren Gebrauch einer den Kreuzzügen entlehnten Sprache von europäischen Militärführern, Politikern und Journalisten während der kolonialen Eroberung der islamischen Länder noch verstärkt. Die spanische Reconquista, die nach 1492 mit der Vernichtung der jüdischen und muslimischen Präsenz in Spanien endete, wurde im religiösen Terminus als Kreuzzug bezeichnet. Die spani-

schen und portugiesischen Könige setzten im 16. und 17. Jh. die Kreuzzüge gegen die Muslime in Nordafrika fort. Mit der Eroberung lokaler muslimischer Staaten in Südostasien wurde der Geist der Kreuzzüge auch in diese Region hineingetragen. Er führte unter den malaysischen Muslimen zu einer lang anhaltenden, negativen (wenn auch heute nicht notwendigerweise feindseligen) Vorstellung von Christen und dem Christentum. Die Indonesier hegten ähnliche Gefühle gegenüber den Niederländern, nachdem diese Java und Sumatra im Jahre 1667 erobert hatten.

Die Fortsetzung der Kreuzzüge

Die unterdrückten muslimischen Völker betrachteten weitere koloniale Eroberungszüge in den islamischen Ländern als Fortsetzung der Kreuzzüge, auch wenn die Eroberer primär durch ökonomische und politische Gründe motiviert waren. Einheimische Muslime identifizierten die Briten, die im 18. und 19. Jh. allmählich die Kontrolle über Indien erlangten, als »Farangi«, die Bezeichnung in Urdu für »die Franken«. Die russische Eroberung der Schwarzmeerregion und des Kaukasus zur selben Zeit wurde offiziell damit begründet, dass sie den Weg nach Istanbul mit dem Ziel ebne, das orthodoxe Reich von Byzanz wieder auferstehen zu lassen. Durch die Geschichte motiviert, hat König Konstantin von Griechenland entschieden, bei seinem Versuch Westanatolien im Jahre 1922 zu erobern, an derselben Stelle zu landen, an der König Richard I (Löwenherz) während des 3. Kreuzzugs im Jahre 1190 gelandet war.

Die britische Besetzung Palästinas nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg hatte ebenfalls negative Auswirkungen auf die Wahrnehmung des Westens im Nahen Osten. Berichte darüber, dass der britische Befehlshaber, General Allenby, sich beim Einmarsch in Jerusalem auf die Kreuzritter bezogen hatte, riefen schmerzliche Erinnerungen wach. Den arabischen Ländern wurde die nationale Unabhängigkeit versprochen, wenn sie bei der Niederwerfung des Osmanischen Reiches während des Ersten Weltkriegs Unterstützung leisteten. Sie erhielten aber nicht die Freiheit, sondern fanden sich unter einer anderen Art von Herrschaft durch dieselben europäischen Mächte wieder, denen sie während des Krieges geholfen hat-

ten, namentlich Großbritannien und Frankreich. Sie hatten das starke Gefühl, verraten worden zu sein. Diese beiden Großmächte hatten bereits im berühmt-berüchtigten Sykes-Picot-Abkommen von 1916 die Region entsprechend ihren eigenen Interessen unter sich aufgeteilt.

Ironischerweise war nach dem Ersten Weltkrieg die türkische Republik der einzige unabhängige Staat im Nahen Osten. Der Erfolg der Türkei war das Ergebnis der Umwandlung eines islamischen Reiches in einen modernen Nationalstaat. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Schaffung des Staates Israel im Jahre 1948 die Verbitterung unter den Arabern noch vergrößert. Das Land, in dem sie seit Jahrhunderten lebten, wurde ihnen nach den Vorgaben der Balfour-Erklärung von 1917 entrissen, die zurecht als »ein Versprechen einer Nation an eine zweite Nation, ihr das Land einer dritten Nation zu geben« beschrieben wurde.

Die Verbitterung nahm wegen der Niederlagen in den Kriegen zu, die um Palästina geführt wurden, aber auch wegen der Unterwerfung anderer islamischer Länder. Für viele Muslime wurde der Bezug auf die Vergangenheit – und damit auf die Zeit der Kreuzzüge – das einzig legitime Paradigma, um all diese Geschehnisse verstehen und erklären zu können. Deshalb war es auch keine Überraschung, dass während der vom Westen angeführten Offensive von 1991 gegen das säkulare Baathregime im Irak einige arabische Medien die Bombardierung Bagdads als »Kreuzzug« bezeichneten.

Der Krieg in Bosnien von 1992 bis 1995 war ein Akt der Aggression Serbiens und Montenegros gegen die international anerkannte Republik Bosnien-Herzegowina. Er war aber auch der Versuch, ihre multiethnische Struktur durch einen Genozid an den bosnischen Muslimen und anderen, nichtserbischen Bevölkerungsgruppen zu zerstören. Einflussreiche, serbische und griechische Medien beschrieben diesen Krieg als »Kreuzzug«, um die letzte bedeutsame muslimische Gemeinschaft in Südosteuropa zu eliminieren – eine Sichtweise, die von den Muslimen geteilt wurde. Gebete zur Unterstützung der bosnischen Muslime erschallten überall in den Moscheen der islamischen Welt. Sogar einige säkulare muslimische Autoren benutzten in ihren Veröffentlichungen Titel wie »Bosnien: Der letzte Kreuzzug« (Akbar S. Ahmad in »The Arab Review«, London 1993).

Der unglückliche Gebrauch des Begriffs »Kreuzzug« durch Präsident George W. Bush, mit dem er nach dem Angriff auf die USA am 11. September den Antiterrorfeldzug bezeichnete, hatte die gleiche Wirkung. Obwohl Präsident Bush anschließend betonte, dass der Antiterrorkampf keinen Krieg gegen den Islam bedeute, wurde doch konstatiert, dass durch den Gebrauch des Begriffs »Kreuzzug« er »kein besseres Wort hätte wählen können, um seine potentiellen muslimischen Verbündeten gegen sich aufzubringen« (nach der britischen Journalistin und Schriftstellerin Karen Armstrong).

Die Vorstellung von »der grünen Gefahr«

Knapp tausend Jahre lang wurden die Muslime in Europa als die Verkörperung des Feindes schlechthin angesehen – von der Landung der arabischen-islamischen Heere an der Küste der spanischen Halbinsel im Jahre 711 bis zur Niederlage der Osmanen vor Wien 1683. Aus diesem Grunde wurde der Frankenkönig Karl Martell nach seinem Sieg über die von Spanien aus vorrückenden muslimischen Heere in der Schlacht von Tours und Poitiers im Jahre 732 als der Retter Europas gefeiert. Die Erinnerung an diese Schlacht hat einige Organisationen, die gewaltsam gegen die Migranten aus den Maghrebländern in Europa vorgehen, inspiriert, sich den Namen Karl Martell zu geben. Sie bezeichnen sich als »die Retter Europas«, die den Kontinent vor einer weiteren muslimischen Invasion aus Nordafrika bewahren.

Das Bild von der »grünen Gefahr« entstand in Europa erneut mit der Entstehung des Osmanischen Reiches. Die Eroberung Konstantinopels (»das zweite Rom«) 1453 und die Invasion Südost- und Mitteleuropas im 15., 16. und 17. Jahrhundert gefährdeten die Existenz des christlichen Europa im Mittelalter. Für viele Europäer fand die erste Begegnung mit dem Islam und seinen Anhängern im Schatten osmanischer Militärflaggen statt, zu den Klängen osmanischer Militärmusik und dem Wirbel stürmender Janitscharen. Das Wort »Türke« wurde zum allgemeinen Begriff für Muslime und vermittelte die angstbesetzte Vorstellung von Ungläubigen, die ihre Religion mit dem Schwert verbreiten und andere versklaven. Die Angst vor den Türken wurde zum tief sitzenden Trauma in der europäischen Volkspsyche und fand ihren Ausdruck in der Volkskultur und Literatur.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden alte Vorstellungen wiederbelebt: Mit der Einwanderung türkischer Arbeitsmigranten und ihrer Familien in verschiedene europäische Länder, vor allem nach Deutschland, breiteten sich in der Bevölkerung alte Vorurteile und Zerrbilder aus. Die Diskussionen um die Aufnahme der Türkei in die europäische Union beinhalten oft das Argument, dass die Aufnahme eines Landes mit einer Bevölkerung von 70 Millionen Muslimen das Ende der Europäischen Union bedeuten würde. Dieser Auffassung liegt die Annahme zugrunde, dass die kulturelle Identität Europas auf der griechischen Philosophie, dem Römischen Recht und dem Christentum beruht. Diese Haltung negiert sowohl die Rolle des Islam als einer großen, monotheistischen Religion mit den gleichen Grundlagen wie das Judentum und das Christentum als auch den islamischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beitrag zur Entstehung des modernen Europa. Diese Denkweise untergräbt jeden glaubwürdigen Diskurs über ein multikulturelles Europa. Sie stärkt die negative Vorstellung, die Türken seien gut genug, um Teil der Nato zu sein und Europa während des Kalten Krieges zu verteidigen, wobei sie das Risiko eines sowjetischen Atomangriffs auf sich nahmen; aber wegen ihrer islamischen Kultur seien sie nicht wirklich geeignet, ein Teil Europas zu sein – obwohl sie das am stärksten europäisierte Volk in der islamischen Welt sind.

Die Last der Geschichte überwinden

All dies macht deutlich, dass die derzeitigen muslimisch-westlichen Beziehungen, vor allem die zwischen Europa und seinen benachbarten muslimischen Ländern, von der Geschichte belastet sind. Wir sind der Auffassung, dass solch eine negative Wahrnehmung durch eine kritische Annäherung an das Studium und den Unterricht von Geschichte korrigiert werden kann – auf beiden Seiten. Selbstkritik ist bitter nötig, um die Geschichte von Mystifizierungen und ideologischen Fehlinterpretationen zu befreien. Geschichte sollte statt dessen als Quelle des Wissens für die Gegenwart herangezogen werden und nicht dazu missbraucht werden, künftige Konflikte zu schüren. Die politischen Beziehungen zwischen der islamischen Welt und dem Westen sollten ihre historisch fruchtbaren kulturellen

Bindungen in der Geschichte widerspiegeln. Es ist von größter Bedeutung, die historisch relevanten Begegnungen zwischen muslimischen und westlichen Intellektuellen für die heutige und für kommende Generationen zu betonen.

So haben etwa die frühen Muslime die griechisch-römischen Überlieferungen mit großer Offenheit und Bewunderung betrachtet. Viele der Elemente, die als Grundlage der westlichen Zivilisation in den Bereichen Philosophie, Ethik und Naturwissenschaften dienen, haben sie angewandt, entwickelt und verändert. Al-Farabis Bezeichnung als »der zweite Lehrer« (al-muallim al-thani) wurde geprägt, weil die muslimischen Philosophen Aristoteles den »ersten Lehrer« (al-muallim al-awwal) nannten. Die frühen Muslime betrachteten Platon nicht nur als großen Denker, sondern auch als Philosophen, der die Botschaft des Islam bestätigt hat. Einige Muslime nannten ihre Söhne sogar »Aflatun« (Platon). Während anfangs Offenheit und Interaktion mit dem Westen die islamische Zivilisation bereicherten, hinterließ sie später tiefe Spuren im Westen, da die islamischen Überlieferungen die antike Erkenntnis, Wissenschaft und Kultur bewahrten und weitergaben.

Aus der Perspektive des kulturellen Austauschs ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass europäische Studenten im Mittelalter an muslimischen Universitäten in Spanien studierten. Muslimische Studenten studieren seit dem 19. Jh. an europäischen Universitäten. Für zukünftige Generationen werden solche Tatsachen bei der Herausbildung eines historischen Bewusstseins wichtiger sein als die Herrschaft der Kreuzritter in Jerusalem oder die osmanische Belagerung Wiens.

Verzerre Bilder vom Islam und den Muslimen

Falsche Vorstellungen, Stereotypen und Klischees in den westlichen Medien sowie in Kultur und Gesellschaft bestimmen die gegenwärtigen Vorstellungen vom Islam und den Muslimen. Dieses Phänomen ist nicht neu. Es reicht zurück auf das Mittelalter und die Zeit des Kolonialismus, als verfälschte Bilder vom Islam benutzt wurden, um die Muslime zu dämonisieren und die Eroberung ihrer Länder zu rechtfertigen. In Karikaturen und europäischen Zeitungen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts spiegelt sich dieses Phänomen, wann immer sie sich mit der »Orientalischen Frage« befassen. Die modernen Medien haben noch mehr Möglichkeiten für die Verbreitung verzerrter Vorstellungen geschaffen.

Die wichtigste geistige Quelle für Produktion, Beschreibung und Perpetuierung dieser Vorstellungen ist der Orientalismus. Er war und ist immer noch bis zu einem gewissen Grad einer der Lieblingsdiskurse der westlichen akademischen Gemeinde und kann, um Edward Said zu zitieren, dadurch charakterisiert werden, dass er »die Gesamtheit des Islam als außerhalb der bekannten, vertrauten und akzeptierten Welt, die ‚wir‘ bewohnen« darstellt. Dieser Diskurs enthielt auch eine Reihe von Verallgemeinerungen, die beim Studium anderer Kulturen unannehmbar gewesen wären, wie z.B. dass der Islam das Leben in den islamischen Gesellschaften voll und ganz steuere – und somit verantwortlich für alles sei, was dort geschehe. Oder dass »das Haus des Islams« (dar al-islam) eine Einheit sei und nicht nur eine rechtliche Fiktion der Religionsjuristen im klassischen Islam. Mehr noch, dass islamische religiöse und politische Machtinstanzen immer als miteinander identisch gesehen wurden.

Differenzierte Annäherungen an die Betrachtung der islamischen Gesellschaften, die Unterscheidung zwischen Ideal und Wirklichkeit und konzeptionelle Dynamik fehlen im orientalistischen Diskurs. Eine große Anzahl westlicher »Islamexperten« arbeitet mit diesem verallgemeinernden Ansatz

und legitimiert so auf intellektuelle Weise die verzerrten Vorstellungen vom Islam und den Muslimen. Diese Vorstellungen werden von den Machtstrukturen in den westlichen Ländern als Mittel eingesetzt, um die Vorherrschaft über die islamische Welt zu legitimieren. Der orientalistische Diskurs wird popularisiert und durch die mächtige Medien- und Unterhaltungsindustrie verbreitet, die die Massenkultur im Westen formt.

Wir sollten jedoch erwähnen, dass es neben dem orientalistischen Diskurs andere, ausgewogenere und methodisch einwandfreie westliche Annäherungen an den Islam gibt, wie z.B. die kritischen Editionen und Übersetzungen von Texten muslimischer Autoren, die Pflege islamischer Handschriften oder die Herstellung von Nachschlagewerken in europäischen Sprachen, die von vielen muslimischen Gelehrten sehr geschätzt werden.

Die Vorstellung vom Islam als einer falschen und ungültigen Religion

Mittelalterliche Auffassungen vom Islam als eine falsche Religion und deren Wiederhall in Ernest Renans »wissenschaftlicher« Position Ende des 19. Jahrhunderts, der Islam sei »unoriginell«, kann man auch in unserer heutigen Zeit finden. Unter den Orientalisten versucht die »revisionistische Schule« diese Ansichten in methodische Grundlagen der Islamstudien zu verwandeln, wie z.B. dass der Islam als Häresie in einer jüdisch-christlichen Umgebung entstanden, das Heilige Buch des Islam unoriginell sei, die muslimischen Quellen unzuverlässig seien für das Studium des Islam und ähnliches mehr.

Trotz dieser Elemente im orientalistischen Diskurs sind in den letzten drei Jahrzehnten bedeutende Fortschritte im interreligiösen Dialog erzielt worden. Er hat Muslime, Christen und Juden zusammengeführt. Zum einen war dies das Ergebnis eines ausgewogeneren Herangehens im Westen an das Studium des Islam in der Islamwissenschaft, und zum anderen eine Folge der ökumenischen Strömungen im Christentum.

Aber es besteht kein Zweifel: Die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt und das Aufkommen fundamentalistischer Strömungen im Christentum und Judentum haben die alten Vorstellungen wiederbelebt. Sie finden Zustimmung nicht nur bei einfachen Menschen,

sondern leider auch bei einflussreichen und bekannten Predigern. Der amerikanische Evangelist Franklin Graham stellte nach den Anschlägen vom 11. September fest, dass der Islam »eine sehr böse und grausame Religion« sei. Andere einflussreiche, christliche Fernsehprediger in den USA wie Jerry Falwell und Pat Robertson teilen diese Auffassung.

Es ist sehr wichtig, dass Fachleute, die sich ihres Einflusses auf die Meinungsbildung in den interreligiösen Beziehungen bewusst sind, miteinander über das Wesen einer bestimmten Religion diskutieren. Solche Debatten könnten Menschen unterschiedlichen Glaubens bei ihrer Wahrheitssuche helfen, damit sie gemeinsame Grundlagen und Werte in den verschiedenen religiösen Überlieferungen finden.

Im Westen werden Muslime häufiger als ungebildet, unzivilisiert, sexuell unterdrückt, autoritätsgläubig, fatalistisch und mit einer Menge Kinder (»die demographische Zeitbombe«) dargestellt. Muslime würden Frauen als reine »Gebärmaschinen« betrachten, seien moralisch korrupt und geistig minderwertig. Die islamische Welt wird als »in einem Zustand ständigen Chaos und anhaltender Korruption« wahrgenommen, auch wenn die Ursachen für diese Phänomene nicht analysiert werden. Der Islam wird als das Haupthindernis für Modernisierung ausgemacht, trotz des Umstands, dass sich in der islamischen Welt in den letzten 150 Jahren ein Modernisierungsprojekt realisiert hat, das im Islam seinen Bezugsrahmen findet.

Weit verbreitet ist die Vorstellung, dass die Muslime unfähig zur Moderne seien. Diese Annahme taucht in vielen Berichten über die muslimischen Flüchtlinge aus Bosnien auf, die in mehreren europäischen Ländern vor dem Krieg, den ihre Nation zwischen 1992 und 1995 erleiden musste, Zuflucht gesucht haben. Als eine bosnische Muslimin, eine Lehrerin klassischer europäischer Musik, bei einer westeuropäischen Familie Asyl fand, hat ihr Gastgeber versucht, ihr die Benutzung des Staubsaugers zu erklären. Der Gastgeber nahm an, dass sie als Muslimin, die aus einem Kriegsgebiet kommt, ungebildet und mit der Benutzung moderner Haushaltsgeräte nicht vertraut sei.

Keine nicht-westliche Moderne?

Die Ansicht, dass das Muslim-Sein inkompatibel mit der Moderne sei, stützt sich auf die falsche Identifikation der »Moderne« mit »dem Westen«, wie der amerikanische Islamexperte John Obert Wall bemerkt. Die Moderne wird definiert als eine Etappe in der Weltgeschichte, die durch »einen besonders spezifischen Lebensstil und eine bestimmte Art sozialpolitischer und kultureller Institutionalisierung« gekennzeichnet ist. Obwohl es logisch ist anzunehmen, dass die Moderne wie die Zivilisation verschiedene Formen annehmen kann, so z.B. westlich, islamisch, hinduistisch usw., wird diese Schlussfolgerung durch die falsche Vorstellung, die Moderne sei ausschließlich »westlich«, negiert. Wall bemerkt weiter, dass diese falsche Identifikation negative Folgen für die Beziehung zwischen der islamischen Welt und dem Westen nach sich zieht. Erstens wird der Islam in dieser Sichtweise nur als Zivilisation betrachtet und als solche mit anderen Zivilisationen verglichen, vor allem mit der westlichen, der mächtigsten Zivilisation unserer Zeit. Was dieser Sichtweise fehlt, ist, dass der Islam primär eine Religion ist, deren Lehren die Begrenzung von Zeit und Raum transzendieren. Zweitens, wenn der Islam ausschließlich als Zivilisation betrachtet wird, meinen die Protagonisten dieser Sichtweise, so müsse er sich, um heute zu überleben, modernisieren. Hinzu kommt, dass Modernisierungsprojekte in der islamischen Welt immer nur als »Verwestlichungsprojekte« definiert wurden nach der Logik, je westlicher man ist, desto moderner ist man. Andererseits wurde die Möglichkeit einer islamischen Moderne entweder geleugnet oder bagatellisiert. Also wurde der Widerstand in der islamischen Welt gegen fehlgesteuerte Modernisierungsprojekte antiwestlich.

Was kann getan werden? Um Spannungen und Zusammenstöße über die Frage der Modernisierung zu vermeiden, muss zwischen Modernisierung und Verwestlichung klar unterschieden werden. Das Projekt der weiteren Entwicklung einer islamischen Moderne sollte auch künftig unterstützt werden. Andererseits sollte die bedingungslose westliche Unterstützung der herrschenden muslimischen Eliten in der islamischen Welt überprüft werden. Diese Eliten übernehmen selektiv oberflächliche Merkmale der westlichen Moderne, was verheerende Auswirkungen auf die islamische Kultur

und Tradition hat und zur Zunahme antiwestlicher Gefühle in der Bevölkerung und Öffentlichkeit führt. Schließlich muss eine neue Perspektive geschaffen werden, die den Islam und den Westen nicht als rivalisierende Zivilisationen, die aufeinanderprallen, behandelt, sondern als interaktive Partner in einer globalen, kosmopolitischen Welt.

Viele Untersuchungen über den politischen Islam und den Fundamentalismus sind seit 1980 in mehreren westlichen Sprachen geschrieben und veröffentlicht worden. In vielen Fällen vermitteln diese Untersuchungen den Eindruck, der Fundamentalismus bilde heute die dominierende Strömung im Islam. In den amerikanischen Medien gibt es etliche Überschriften, wie »Es gibt keine Gemäßigten. Der Umgang mit dem fundamentalistischen Islam« (The National Interest, Herbst 1995).

Beeinflusst von diesen durch die Massenmedien verbreiteten Untersuchungen war die öffentliche Meinung im Westen bereit, zu akzeptieren, dass der Islam etwas ist, das allem, was westliche Werte repräsentiert, diametral entgegengesetzt ist. Der Islam wird als »die Bedrohung« angesehen. Diesen Standpunkt vertrat auch das ehemalige Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat, Peter Rodman. Im Jahre 1992 schrieb er: »Aber heute sieht sich der Westen von einer militanten, atavistischen Kraft von außen herausgefordert, die vom Hass auf das westliche politische Denken getrieben wird und auf uralte Klagen gegen das Christentum zurückgreift.« (zitiert nach Edward Said, *Covering Islam*, Vintage 1997, XVII). Aus einer solchen Perspektive kann es keinen ernsthaften Versuch geben, den Begriff »Fundamentalismus« in seinem Verhältnis zum Islam zu definieren. Andererseits werden fundamentalistische Tendenzen in anderen Religionen (Christentum, Judentum, Hinduismus) regelmäßig ignoriert.

Der Begriff »fundamentalistisch«, im 19. Jahrhundert in den USA geprägt, um antimodernistische Christen zu beschreiben, wird heute fast ausschließlich für die Bezeichnung von Muslimen herangezogen. Hinzu kommt, dass im Zusammenhang mit der islamischen Welt Fundamentalisten – ursprünglich diejenigen, die die Texte buchstabengetreu interpretieren – mit Terroristen gleichgesetzt werden, die auf illegitime Weise Gewalt benutzen, um ihre Ziele zu erreichen.

Häufig wird vorgebracht, dass es eine Art »inhärenter Verbindung« zwischen der islamischen Religion und der Gewalt gibt. Das wird durch in den Medien zu lesende Begriffe, wie »die islamische Atombombe« oder »islamischer Terrorismus«, verstärkt. So wundern sich viele Muslime, wenn die pakistanische Atombombe als »islamische Bombe« bezeichnet wird, während es kein Wort wie »jüdische Bombe« gibt, um Israels Nuklearpotential zu kennzeichnen, oder »protestantische Bombe«, um auf die britische hinzuweisen. Auch versetzt es viele in Erstaunen, warum terroristische Akte, die von Muslimen begangen werden, mit dem Attribut »muslimisch« oder »islamisch« versehen werden. Dagegen werden terroristische Akte, die anderen Gruppen oder Individuen zugeschrieben werden, nicht durch die Erwähnung ihrer Religion oder Kultur charakterisiert.

Diese Art, über den Islam oder die Muslime zu schreiben, ohne stichhaltige Argumente, ohne Anwendung rationalen Denkens und mit vagen Verallgemeinerungen, muss gründlich untersucht werden. Hochschulseminare in Islam- und Religionswissenschaften, in Kommunikationswissenschaft und ähnlichem sollten eine Analyse der Fehlwahrnehmungen über die islamische Welt umfassen. Westliche Journalisten sollten ebenfalls von den muslimischen Gemeinschaften, über die sie schreiben, ein Feedback erhalten.

Fremde in Europa

Vorstellungen, die auf Vorurteilen gegen Muslime basieren, sind vor allem unter Menschen in Südosteuropa verbreitet. Nationalistische Bewegungen auf dem Balkan haben Zerrbilder benutzt, um die Präsenz europäisch-muslimischer Völker – wie den Bosniern und Albanern – in dieser Region zu delegitimieren, zu verleugnen und den Einsatz von Gewalt gegen sie rechtfertigen zu können. Muslime als Fremde in Europa zu betrachten, ist Teil der »Mentalität der Orientalischen Frage«, die sich zwischen 1774 und 1923 entwickelte, als die Muslime mit Gewalt aus jenen Teilen Europas vertrieben wurden, die das Osmanische Reich verloren hatte. Aus dieser Perspektive gesehen wurden Muslime, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, als »Ausländer« betrachtet, von denen Europa »gesäubert«

werden müsste. »Zurück nach Asien« war ein Schlagwort, das sich gegen die Albaner und Bosnier richtete, obwohl es keinen vernünftigen Grund gibt, der diesen beiden Gruppen ihre europäische Abstammung und ihr historisches Recht, weiter in ihrem Heimatland zu leben, verwehrt. In anderen Teilen Europas, vor allem in den Regionen, in denen eine hohe Konzentration muslimischer Migranten lebt, werden diese häufig als ständige Ausländer betrachtet, obwohl sie seit zwei oder mehr Generationen z.B. in Deutschland oder Frankreich leben.

Diese Vorstellung von den Muslimen basiert auf der impliziten Identifikation Europas mit der mittelalterlichen Pax Christiana und einem Verständnis vom Christentum als einer europäischen, sprich: westlichen Religion. Eine solche Wahrnehmung vernachlässigt die historische Entwicklung der multi-religiösen und multi-ethnischen Identität Europas. Sie reduziert auch fälschlicherweise eine universelle Religion – das Christentum – auf eine bestimmte geographische und kulturelle Region, in der sie sich erst mehrere Jahrhunderte nach ihrer Verkündung in dem, was heute der Nahe Osten ist, verbreitet hat.

Falsche Vorstellungen, Stereotype und Klischees sind schwer zu bekämpfen. Sie leben weiter und sind machtvolle Instrumente in der Hand derer, die über andere herrschen wollen. Die Verzerrung der Vorstellung vom Anderen ist der erste Schritt zu seiner Entmenschlichung, ja sogar möglicherweise Ausrottung.

Verzerrte Vorstellungen sind nicht nur Überreste aus der Vergangenheit. Es handelt sich vielmehr um Bilder, die wieder erfunden werden, um den strategischen und ideologischen Notwendigkeiten politischer und ökonomischer Hegemonie zu dienen. Das Aufdecken von Zerrbildern bedeutet deshalb die Entlarvung von Führungspersönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, die diese Bilder benutzen, um ihre eigenen Interessen in der islamischen Welt zu sichern.

Wahrnehmungen und Stereotype über den Westen in der islamischen Welt

Verzerrte Vorstellungen von »der anderen Seite« nehmen in der Regel die Form von Vorurteilen und Stereotype an. Diese reduzierten, schematischen und simplifizierten Ideen, die in der Öffentlichkeit vorherrschen, können großen Einfluss auf den politischen Diskurs und die Politik selbst haben, da sie die Meinungen und Urteile von sozialen Gruppen über den Anderen und sich selbst beeinflussen. Ein Stereotyp ist eine verallgemeinerte Vorstellung von einer Person oder einer Gruppe, die individuelle Unterschiede nicht anerkennt und sehr häufig gegenüber dieser Person oder der Gruppe vorurteilsgeladen ist. Individuen werden beurteilt, indem man allgemeine, weit-gefasste Merkmale benutzt, als besäßen alle Mitglieder einer Gruppe identische, hervorstechende Eigenschaften. Diese Überzeugungen entstehen, wenn Menschen unfähig oder nicht willens sind, alle Informationen zu bekommen, die sie brauchen, um über andere Menschen oder Situationen fair zu urteilen. Stereotypen können zur Entwicklung diskriminierender Haltungen gegenüber jenen, die einen anderen ethnischen, sozialen, religiösen oder nationalen Hintergrund haben, führen. Hierin liegt ihre Gefahr.

Die Kräfte, die den politischen, pädagogischen und medialen Diskurs beherrschen, kontrollieren die Herausbildung von Stereotypen, indem sie Informationen veröffentlichen und verbreiten und damit die öffentliche Meinung beeinflussen. Obwohl die Natur des modernen Lebens heute Isolationismus und Abschottung eher widerspricht, bleiben die Beziehungen zwischen Gruppen voller Widersprüche. Wenn ein Konflikt zwischen sozialen Gruppen entbrennt, tauchen sehr häufig Stereotypen erneut auf und lassen den modernen Menschen von heute in eine barbarische Geisteshaltung zurückfallen.

Das Zeitalter des Kolonialismus führte zur Entstehung des Ethnozentrismus und lieferte damit die ideologische und psychologische Basis für politische und ökonomische Dominanz. In diesem Falle ignorierten die Stereotypen das Phänomen der kulturellen Differenz oder stellten es in Abrede und erzeugten beim Kolonialisten ein Gefühl der Selbstzufriedenheit, da er sich selbst als Angehöriger einer überlegeneren Kultur oder Rasse betrachtete. Er sah sich als jemand, der den unzivilisierten (und damit niederen) Menschen die Zivilisation brachte. So reduzierte der Kolonialherr mit Hilfe von Stereotypen und Vorurteilen die Kulturen der indigenen Einwohner auf einheitliche und simplifizierte Vorstellungen. Stereotypen von den indigenen Völkern beschädigen aber ihre sozialen Normen und ihren Zusammenhalt als Gruppe.

Stereotypen über den Anderen unterscheiden sich je nach historischem Kontext und der Art der Beziehung (d.h. ob sie militärisch oder kulturell ist). Während der Eroberer in der Regel ein Gefühl der eigenen Überlegenheit besitzt, entwickelt die Gruppe, deren Territorium und Identität bedroht ist, Stereotypen vom Eroberer, die im kollektiven Gedächtnis mit allen nur möglichen negativen Assoziationen behaftet sind. Die Gruppe überträgt diese Stereotypen an die kommenden Generationen, um den Hass, den sie gegen den Anderen pflegt, zu rechtfertigen. Also hegen eroberte Völker ein Selbstbild als Opfer und stellen den Aggressor als Täter dar. Sie vereinfachen diese Vorstellung, indem sie die Grausamkeit, Unterdrückung und Ungerechtigkeit in ihren Beschreibungen übertreiben. Je mehr die Gruppe das Gefühl der Zugehörigkeit und die Identität ihrer Mitglieder zu festigen trachtet, desto mehr Betonung legt sie auf die Erinnerung und das Gedenken an ein bestimmtes Massaker oder eine besondere Schlacht. Dieses Erinnern bietet die Möglichkeit, Feindseligkeit immer wieder von neuem zu entfachen und aufrechtzuerhalten.

Dasselbe Stereotyp kann negative und positive Konnotationen in sich bergen. So können die Israelis die Palästinenser als Terroristen betrachten, die Araber und Muslime dagegen sehen sie als Freiheitskämpfer. Im europäischen kollektiven Bewusstsein, das seit dem Zweiten Weltkrieg durch ein Gefühl der Schuld belastet ist, sind die Juden (und im heutigen Sinne die Israelis) die Opfer. Die Israelis (oder die Juden) andererseits werden von den Palästinensern als Täter betrachtet.

Die Tradition der Toleranz

In der Geschichte der Regionen, die heute als »Islamische Welt« bezeichnet werden, gründete sich die Idee der »Nation« und später die der »Islamischen Eigenstaatlichkeit« immer auf dem kulturellen Erbe, dem geographischen Ort und dem ökonomischen Interesse und weniger auf Religion oder Ethnie. Trotzdem haben früher viele Völker und Stämme mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Ethnien an den geographischen Kreuzwegen zwischen den drei Kontinenten Asien, Afrika und Europa, zusammengelebt. Tatsächlich haben Handelsbeziehungen und kultureller Austausch Toleranz erzeugt, die Isolation durchbrochen und so Xenophobie verhindert.

De facto stellten tribale Bindungen, arabische Identität und der islamische Glaube, so stark sie auch gewesen sein mögen unter den Arabern, in deren Heimat der Islam verkündet wurde, keine Ursache für die Ablehnung anderer dar, solange sich ihre Sphären nicht überkreuzten. Seit der Verkündung des Islam wurde die Beziehung zu anderen durch klare, annehmbare Regeln bestimmt. Der Islam hat nie zwischen arabischen und nichtarabischen Muslimen unterschieden. Er hat auch andere Religionen, die in der Region existierten, geachtet. Interaktive, kulturelle Beziehungen zwischen dem islamischen Orient und dem christlichen Okzident bestanden über mehrere Jahrhunderte. Dies war nur möglich, weil der Islam den Rassismus verurteilte. In seinen Vorschriften, Gesetzen und Normen betont der Islam den Wert der Toleranz gegenüber dem Anderen – zumindest im Grundsatz, wenn auch nicht immer in der Praxis. Wie hat sich das verändert? Und wann sind die Stereotypen über den Westen entstanden?

Der Westen als der Feind

Werfen wir einen Blick auf die Mitte des 19. Jahrhunderts, als »die Orientalische Frage« im Diskurs der westlichen Länder aufkam. Hier können wir den Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der islamischen Welt und dem Westen ausmachen. Am Anfang hofften die Araber und Muslime, dass der Westen sie vor dem Niedergang und der Rückständigkeit rettet, in die sie

das zerfallende Osmanische Reich geführt hatte. Die Politik der westlichen Länder gegenüber Mohammed Ali Paschas Projekt, in Zusammenarbeit mit den Kolonialherren einen starken Staat in Ägypten aufzubauen, führte zu dem, was als Verrat durch einen Verbündeten wahrgenommen wurde. Der westliche Verbündete verwandelte sich in einen aggressiven Feind, der sich anschickte, die Reichtümer der Region auszubeuten und ihre Ressourcen zu kontrollieren, um so die aufkommenden westlichen Industrien mit den notwendigen Rohstoffen zu versorgen. Der Westen wurde als hegemoniale politische Macht wahrgenommen, die darauf aus war, jedes Projekt, das ihre politischen und militärischen Interessen gefährden könnte, zu torpedieren.

Folgerichtig entstanden Verschwörungstheorien im arabischen kollektiven Bewusstsein, sowie Misstrauen gegen Menschen aus dem Westen, vor allem jenen gegenüber, die behaupteten, den Orient zu lieben. Dieses Misstrauen wurde stärker, nachdem viele aus dem Westen, die anfangs ihre guten Absichten proklamiert hatten, als Teil des politischen und militärischen Spiels der Kolonialisten entlarvt wurden. Diese stereotypen Vorstellungen begannen, Gestalt anzunehmen, und wurden während der Phase des antikolonialen Kampfes gehegt. Nach der Unabhängigkeit wurden diese negativen Bilder in Erinnerung behalten und an die junge Generation weitergegeben. Obwohl diese Stereotypen manchmal in den Hintergrund traten, wurden sie bei jeder erneuten politischen Bedrohung durch den Westen wiederbelebt. Dadurch blieb dieses Unbehagen im kollektiven Bewusstsein erhalten.

Der Westen als fortgeschrittene Zivilisation

Paradoxerweise finden wir in denselben Schulbüchern und Geschichtswerken, die den Westen als einen erobernden, ausbeuterischen Aggressor beschreiben, auch seitenlange Kapitel über die Prinzipien der Französischen Revolution. Oder über das Zeitalter der Aufklärung und die Bedeutung der napoleonischen Expedition nach Ägypten mit Blick auf die Wissenschaften und das Know-how, die sie mitbrachten. Das zeigt, dass die Vorstellung vom Westen weniger stark vereinfacht oder einseitig festgelegt war, sondern eher widersprüchlich. Die negative Sicht bezog sich auf die politischen Sys-

teme und Regierungen als kolonisierende Mächte. Dagegen grenzte die positive Sicht an eine Besessenheit für das geistige Potential und den wissenschaftlichen Fortschritt des Westens. Im 19. Jahrhundert ging der politische Schriftsteller al-Kawakibi so weit, die französischen Revolutionäre und ihr Streben nach sozialen Reformen mit Gottes Propheten zu vergleichen. Der ägyptische Religionsgelehrte al-Tahtawi zeigte große Bewunderung für die französische Verfassung, während der Imam Mohammed Abdu den wahren Islam eher in Frankreich als im muslimischen Nahen Osten verwirklicht sah.

In den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war die militärische Vormachtstellung des Westens bedroht. Die Welt war in ein kapitalistisches und ein sozialistisches Lager gespalten, dazwischen standen die bündnisfreien Staaten bzw. die Staaten der Dritten Welt. Die Vorstellung von der islamischen Welt war noch nicht vorhanden. Der Vietnamkrieg und die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika beschädigten das Bild der USA in der Welt zugunsten der Sowjetunion, die als Beschützer der schwachen Staaten gegen den »amerikanischen Imperialismus« und den »westlichen Kapitalismus« auftrat. Linke Bewegungen machten sich in der arabischen Welt breit. Die offizielle Politik der Regierungen und die geistigen Orientierungen der meinungsführenden Intelligenz waren in bedeutendem Maße von sowjetischen Einflüssen geprägt. Parallel dazu verfestigte sich das Stereotyp vom »ausbeuterischen Westen«, der nach den Ressourcen der gesamten Dritten Welt giert. Betont wurden die Defizite in Westeuropa, während die Prinzipien sozialistischer Kultur politisch, intellektuell und literarisch unterstützt wurden.

Währenddessen nahm die Palästinafrage eine andere Wende, als die palästinensischen Organisationen mit den Organisationen der äußersten Linken in Europa und Lateinamerika zu kooperieren begannen. Im Bemühen, die Aufmerksamkeit der Welt auf die palästinensische Sache zu lenken, entführten Guerillakämpfer Flugzeuge und griffen Sportanlagen an. Diese Operationen weckten ein latentes Gefühl von Heldentum, vor allem unter den Völkern der arabischen Welt. Aber mit ihren Angriffen auf zivile Einrichtungen trafen diese Organisationen auch Unschuldige. Dies markierte einen Wendepunkt, der eine Kultur der Gewalt in der heutigen islamischen Welt verankerte.

Der palästinensisch-israelische Konflikt, der zunächst einen säkularen Ursprung in der militärischen Besatzung hatte, bekam mit dem Aufkommen des schiitischen Widerstands im Südlibanon, der islamischen Widerstandsbewegung Hamas und des Islamischen Dihad in Palästina selbst eine religiöse Komponente. Zu dieser Zeit wurden zweifelhafte Gefühle geweckt. Westliche Ausländer wurden häufig als potentielle Spione Israels betrachtet, zumal Israels offene Grenzen nach Ägypten und Jordanien diese Bedrohung möglich und real erscheinen ließen.

Entfachte Feindseligkeit

Muslimische Stereotype über den Westen gewannen zum ersten Mal eine religiöse Komponente. Der Westen, vor allem die USA, verwandelten sich in den Köpfen vieler Muslime zum »Großen Satan«. Zur gleichen Zeit tauchte die Bezeichnung »Jude« auf, kennzeichnend für die Tendenz, die den palästinensisch-israelischen Konflikt mit religiösen Elementen unterlegte. So wandelte sich die politische Feindschaft allmählich in eine teils kulturelle, teils religiöse, die den christlichen Westen (und das jüdische Israel) der islamischen Welt gegenüberstellte. Allmählich wurde das Band des Nationalismus, das die Araber lange Zeit geeint hatte, durch die geistige und emotionale Bindung an die Religion ersetzt. Diese religiöse Feindseligkeit wurde später durch die Ereignisse in Afghanistan, Tschetschenien und die ethnischen Säuberungen gegen die Muslime auf dem Balkan neu entfacht.

Man kann daraus schließen, dass die feindseligen Stereotypen über den Westen verschärft wurden und ihre feindselige, bedrohliche Form mit dem Entstehen der fundamentalistischen Bewegungen erhielten. Diese haben nicht nur in Teilen der islamischen Welt die Tradition der Toleranz unterwandert, sondern auch das Erbe der islamischen Renaissance geschwächt, in dem die Modernisierung in der islamischen Welt verwurzelt ist. Die Fundamentalisten lehnten die Wortführer der islamischen Renaissance wie Mohammed Abdu und Qassim Amin als Abtrünnige ab, weil sie den Westen bewunderten.

Der französische und der westliche Säkularismus im allgemeinen, den muslimische Intellektuellen als erstrebenswert ansahen, wurde von den

Fundamentalisten verachtet und mit dem Atheismus gleichgesetzt, da er westlichen Ursprungs ist. Eine anhaltende Debatte über die Konzepte von Demokratie und Menschenrechten wurde neu entfacht, weil sie als westliche Konstrukte angesehen wurden. Die Jugendlichen wurden ermutigt, geistige oder wissenschaftliche Ideen aus dem Westen abzulehnen, um sich auf Fragen der Religion und des Gebets zu konzentrieren. Dies beraubte die Region eines bedeutenden Teils ihrer menschlichen Ressourcen. Schließlich wurde die Globalisierung, die das Aufkommen der Neuen Weltordnung begleitete, als Bedrohung der Identität und kulturellen Eigenheit angesehen, eine Auffassung, die auch in der öffentlichen Diskussion im Westen auftaucht.

Inzwischen ist der Antagonismus gegenüber dem Westen zur offenen Feindschaft gegen die Vereinigten Staaten mutiert. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die von den USA angeführte internationale (und arabische) Koalition gegen den Irak im 1. Golfkrieg (1991), ihre militärische und politische Unterstützung für Israel gegen die Palästinenser. In der islamischen Welt glaubt man, dass die USA die Gefangenen in Guantanamo Bay misshandeln und einen neuen nicht legitimierten Krieg gegen den Irak geführt haben, während sie viel dringendere globale Probleme vernachlässigten. Schließlich herrscht die Auffassung vor, dass die USA den islamischen Fundamentalismus mit einer ihnen eigenen Form von Fundamentalismus bekämpfen.

Nichtsdestoweniger beobachten wir zur Zeit eine positive Verschiebung in der Wahrnehmung des europäischen Westens dank der ablehnenden Haltung Frankreichs und Deutschlands und einiger anderer Staaten im Irak-Krieg. Diese Haltung stößt auf große öffentliche Zustimmung in der islamischen Welt. In diesem Zusammenhang haben viele Muslime erkannt, dass der Westen kein homogenes, einheitliches und bedrohliches Gebilde ist. Er hat auch seine Meinungsverschiedenheiten über entscheidende politische Fragen, wie z. B. den Krieg im Irak. Das schafft Raum für eine ausgewogenere, differenzierte und analytische Wahrnehmung des »Westens« in der islamischen Welt. Wir können jedoch nicht vorhersagen, wie lange es dauern wird, die Brücken der Toleranz und des Dialogs zwischen den Zivilisationen wieder aufzubauen, wenn die USA und ihre Verbündeten weiter auf ihrer provokanten Politik beharren.

Der Nahe Osten und die Palästinafrage

Der Nahe Osten nimmt mit seiner komplexen historischen und kulturellen Struktur eine zentrale Stellung im islamisch-westlichen Dialog ein. In dieser Region begegneten sich seit Jahrhunderten die westliche und die islamische Welt; hier wurde die jeweilige Wahrnehmung des Anderen geprägt. In der Vergangenheit, ja sogar bis heute gab und gibt es viele Meinungsverschiedenheiten, Verdächtigungen, Ängste, Ressentiments, die ein reales Hindernis zwischen beiden Welten bilden. Gegenwärtig überwiegen jedoch die Meinungsverschiedenheiten im Bereich der Politik, während Ethik und Kultur so transformiert wurden, dass sie die Politik rechtfertigen und Feindseligkeit erzeugen.

Das koloniale Erbe

Wie bereits erwähnt war das späte 19. und das frühe 20. Jahrhundert eine Zeit voller Hoffnungen auf beiden Seiten, obwohl diese Hoffnungen sich antagonistisch zueinander verhielten. Während die arabischen Länder hofften, aus ihrer Schwäche, Armut und Unterentwicklung befreit zu werden, die die späteren Jahre des Osmanischen Reiches charakterisierten, ging der Westen daran, nach seinen eigenen strategischen Vorgaben die nationale und internationale Bühne für die Unterwerfung der arabischen und islamischen Gebiete unter seine direkte militärische Herrschaft vorzubereiten. Wir haben bereits diese Entwicklung, bezogen auf deren ideologischen Einfluss und den daraus folgenden gegenseitigen Wahrnehmungen, behandelt. Hier richten wir das Augenmerk auf die politischen Beziehungen, die daraus hervorgegangen sind.

Nach dem Ersten Weltkrieg gerieten die meisten islamischen Staaten unter die direkte Vorherrschaft der westlichen Länder, vor allem Großbritanniens und Frankreichs. Die arabische Welt war zersplittert und unter den

Kolonialmächten aufgeteilt. Prowestliche Herrscher wurden eingesetzt, einige Gebiete sogar real abgetrennt und Neuankömmlingen zugesprochen, wie z.B. Palästina durch die Einwanderung mehrheitlich europäischer Juden. Der nördliche Streifen Syriens ging an die Türkei (das heutige Gebiet von Iskenderun). Während der Westen seine Politik des »teile und herrsche« umsetzte, verschwanden allmählich die Hoffnungen der arabischen Welt auf wirkliche Unabhängigkeit.

Der Islam diente als Grundlage für die politische, ideologische und kulturelle Opposition gegen den Westen und war die Hauptquelle für eine Identitätsbildung, die durch Freiheit und menschliche Würde gekennzeichnet war. Der Islam als Religion und Ideologie wurde zur Prämisse, die Hoffnung und Befreiungspotential versprach, um dem Westen Widerstand zu leisten. Der Westen wurde nicht in religiösen Begriffen wahrgenommen – als Bollwerk des Christentums –, sondern als Kolonialmacht. In ihrem Streben nach Unabhängigkeit haben die arabischen und islamischen Gesellschaften andere »säkulare« Ideologien und Lehren benutzt, wie Nationalismus und Sozialismus. Ihr gemeinsamer Nenner bestand zum einen in der Gegnerschaft zum westlichen Kolonialismus und zum anderen in der Hoffnung, Unabhängigkeit, Souveränität und Freiheit zu erlangen.

»Marionetten« des Westens

In der postkolonialen Phase, sogar nach der Unabhängigkeit der meisten Länder in der arabischen Welt, beherrschte der Westen weiterhin wirtschaftlich, politisch, militärisch und kulturell die arabischen Gesellschaften. Die westliche Politik (insbesondere die amerikanische) im Nahen Osten – vor allem in der Golfregion – wird von vielen Menschen dort als eigennützig und unausgewogen angesehen, als eine Politik, die nur das Ziel verfolgt, die westliche Kontrolle über die Ressourcen und Märkte zu festigen, vor allem über das Öl. Das Unbehagen gegenüber dem Westen ist größer geworden und über die Jahre, als Folge seiner Unterstützung unterdrückerischer, unfähiger und korrupter Regimes in mehreren islamischen Ländern, auch intensiver. Die meisten Regierungen werden als nicht wirklich unabhängig oder souverän angesehen, sondern als »Marionetten« des Westens, die in ihren

Ländern die Interessen einer »westlichen Agenda« umsetzen. Diese Regimes haben in der Regel ihre engen Verbindungen zum Westen und seine Bekämpfung von »Fundamentalismus« (mit Ausnahme des christlichen), Kommunismus und Terrorismus genutzt, um im Innern die Unterdrückung zu verschärfen, bei der die Menschenrechte immer schon verletzt und die Meinungsfreiheit unterdrückt wurden.

Nach dem 11. September ist der Kampf gegen den Terrorismus auch zu einer neuen vereinenden Parole gegen Muslime geworden. Terrorismus beinhaltet, nach seiner Definition durch den Westen, alle Formen des bewaffneten Kampfes gegen jegliche repressive Politik und Ordnung in der islamischen Welt. So wird in vielen Kreisen in der westlichen Welt der Widerstand gegen Ungerechtigkeit als Terrorismus betrachtet. Das wird vorgebracht, um die Misserfolge im Friedensprozess in Palästina zu erklären oder den Bürgerkrieg in Algerien zu verstehen. Aber durch diese Lesart wird die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Ursachen der Konflikte abgelenkt. Auf lokaler Ebene ist der Terrorismus zu einer willkommenen Begründung geworden, um oppositionelle Stimmen und Bewegungen für vogelfrei zu erklären, bürgerliche Freiheiten auszusetzen und Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen. Indem man den Gegner zum Terroristen erklärt, kann man seinen Widerstand gegen (westliche) Militär- und Medienmacht bequem delegitimieren. Aber diese Politik dürfte vermutlich zu einem Bumerangeffekt führen. Unbegrenzte, und bedingungslose Unterstützung für Israel und für despotische Regime in den arabisch-islamischen Ländern, verbunden mit einer selektiven Anwendung der UN-Resolutionen, um sie den eng definierten Interessen des Westens anzupassen, sind wichtige Ursachen für Terrorismus und Radikalisierung im Nahen Osten.

In diesem Zusammenhang steht die Frage der »Verantwortung der Macht« an vorderster Stelle. Die Gefahr, die diese Vorstellung nach sich zieht, liegt in ihrer ausschließlichen Übertragung in negative Interventionszusammenhänge und Einmischungen mit militärischer Gewalt, wobei willkürlich im Vorbeigehen, auf der Grundlage enger subjektiver Kriterien, »Freund« und »Feind« neu definiert werden. Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen Verantwortung der Macht und Arroganz der Macht. Die wahre Verantwortung hat eine konstruktive und friedliche Einmischung

zum Ziel, die sich auf menschliche und nicht militärische Sicherheit konzentriert.

Der Westen – Macht und Ideologie im Nahen Osten

Der Westen wird von den Völkern des Nahen Ostens als kollektive Macht wahrgenommen, entweder als säkular oder als christlich, die das Erbe ihrer kolonialen Vergangenheit, das Israel geschaffen hat, mit sich führt und hinter der jetzigen ungerechten Weltordnung steht, welche die Welt in arm und reich, in schwach und stark aufteilt. Globalisierung in ihrer jetzigen westlichen Spielart hat die Armut vergrößert, die nationale Schuldenlast vervielfacht, soziale Spannungen und Arbeitslosigkeit hervorgebracht. Was die Fragen der Demokratie und Menschenrechte betrifft, so haben die westlichen Länder rasch und immer wieder ihre eigenen, hochfliegenden Ideale für eigennützige, eng definierte und kurzfristige Gewinne aufs Spiel gesetzt. Während der sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde der Westen als Gegner wahrer Volksinteressen in der Region angesehen. Viele Menschen im Nahen Osten haben das Gefühl, dass es der Westen war und immer noch ist, der die »schlechten« Regimes in der Region an der Macht hält.

So kam es, dass schlechte Regierungsführung mit der politischen Agenda des Westens und seiner tatsächlichen Politik in Verbindung gebracht wurden. Iran und das Schahregime sind als Beispiel immer noch lebendig. Mit der Eskalation des innenpolitischen Konflikts zwischen säkularen und religiösen Kräften in mehreren arabischen Ländern bekamen islamistische Parteien immer mehr legitime Unterstützung; viele Anhänger dieser Bewegungen hofften, im Westen eine neutralere Macht zu finden und betrachteten ihn als möglichen strategischen und taktischen Verbündeten.

Diese Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht, als der Westen sich für die säkularen Herrscher entschied und sie stärkte, um die demokratisch gewählten islamistischen Bewegungen zu schwächen, wie in Algerien in den neunziger Jahren.

Obwohl einige Islamisten ihre Sicht vom Westen positiv verändert haben, wie das Beispiel der neuen Regierung in der Türkei zeigt, fährt der Westen

fort, seine Formel »teile und herrsche« auf Kosten islamistischer Stimmen anzuwenden, auch wenn sie Demokratie und Gerechtigkeit fordern. Eine gewisse Feindseligkeit wird in der Art und Weise deutlich, wie einige westliche Regierungen mit gemäßigten und reformorientierten muslimischen Führern umgehen, wie z.B. mit Mohammed Khatami in Iran. Das vermittelt den Eindruck, dass es für einen islamischen Führer nicht ausreicht, ein gewählter Führer zu sein. Der Spielart des Islamismus, die ein bestimmter Führer vertritt, wird mehr Bedeutung beigemessen als seiner demokratischen Legitimierung. Die zugrunde liegende Annahme scheint zu sein, die Muslime im Nahen Osten seien demokratieunfähig, oder die Demokratie passe nicht zu ihnen. Und dennoch: Als einige islamistische Bewegungen unterdrückt und vertrieben wurden, haben viele ihrer Führer die westlichen Länder als Exil gewählt.

Viele Anhänger des Islam haben den Westen als eine Macht wahrgenommen, die versucht, die islamische Welt zu erobern, nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch kulturell. Die marxistische Vorstellung vom »Kulturimperialismus« gewann in der islamischen Welt zu einer Zeit an Bedeutung, als der westliche Lebensstil in verschiedene Bereiche eindrang, so in die der Mode und Unterhaltung, des Sozialverhaltens und sogar der Sprache. Bedeutende westliche Entscheidungsträger haben grundsätzlich ein Problem mit der bloßen Vorstellung vom Islamismus. Sie versuchen, ihn zu ignorieren oder, wo immer möglich, zu unterdrücken. Die allgemeine Feindseligkeit drückt sich in der schlechten Behandlung muslimischer Migranten in den westlichen Ländern aus. So haben z.B. die Erben der Französischen Revolution die traditionelle islamische Kleidung (die Kopfbedeckung oder hidjab) als unrechtmäßig aus den Schulen verbannt. Diese Tendenzen führen dazu, dass viele Teile der islamischen Welt den Westen als feindselig betrachten.

Die Palästinafrage

Die Schaffung des Staates Israel und die darauf folgende Entwurzelung der Palästinenser mit entschiedener Unterstützung durch die westlichen Mächte haben Öl in das Feuer gegossen. Die Gründung des jüdischen

Staates wird als illegal angesehen und als ein ständiger Beweis der Ungerechtigkeit bewertet, die die westlichen Mächte begangen haben. Sie erregt aus zwei Gründen den Zorn der islamischen Welt. Erstens hat sie die Entwurzelung der Palästinenser aus ihrem Heimatland und die Zerstreuung vieler von ihnen in der ganzen Welt zur Folge gehabt. Damit waren sie gezwungen, ein langes und demütigendes Exil auf sich zu nehmen. Die aktive Unterstützung der westlichen Länder bei der Schaffung des zionistischen Staates in Palästina wurde als Versuch gesehen, das historische Unrecht gegen die Juden um den Preis eines weiteren Unrechts, diesmal gegen die Palästinenser, wieder gut zu machen. Von der Kennzeichnung Israels als »zivilisierten« Außenposten im »barbarischen« Orient fühlten sich alle Araber betroffen.

Zweitens – mit aktiver Unterstützung und Beteiligung des Westens mutierten die Palästinenser (die Opfer) zu Aggressoren, während Israel (der wahre Aggressor) als Symbol der Korrektheit und Zivilität präsentiert wurde. Die Palästinenser wurden als Terroristen dargestellt, als ein Volk, das das Leben verachtet und nicht etwa als eine Bevölkerung, die unter einem Besatzungsregime lebt und das Recht auf Unabhängigkeit, Selbstverteidigung und Widerstand hat – Werte, die in der Genfer Konvention verbrieft sind und erst vor kurzem an anderer Stelle missbraucht wurden. Persönlichkeiten von hohem öffentlichem Ansehen wie die Königin von Schweden tadelten, im Zusammenhang mit dem Tod von Kindern während der jetzigen Intifada, die palästinensischen Mütter und nicht etwa das brutale israelische Vorgehen. Sie warf den Müttern vor, »emotional unüberlegt« zu handeln, weil sie ihre Kinder zu Selbstmordattentätern erziehen und sie dann in den Tod schicken. Andererseits wird Israel als ein friedliebendes Land dargestellt, das sich zur Wehr setzt, als die einzige Demokratie im Nahen Osten. Außer Acht gelassen wird hierbei Israels rassistische Politik gegenüber den nichtjüdischen, israelischen Staatsbürgern. Ignoriert wird der staatlich betriebene Terrorismus, die systematische Entwurzelung der palästinensischen Bevölkerung und die eklatante Verletzung aller entsprechenden UN-Resolutionen. Während Israel sich weigert, jegliche Verantwortung für die Entwurzelung der Palästinenser zu übernehmen, diese sogar leugnet, verfügt es über ein Gesetz, das jedem Juden überall auf der Welt das Recht auf Rückkehr nach Israel ein-

räumt. Die seit 55 Jahren währende Unterdrückung und Entwurzelung des gesamten palästinensischen Volkes, die 36-jährige Besatzung mit unzähligen entmenslichenden Aktionen gegen die Palästinenser, als Individuen und als Kollektiv, werden Israel verziehen. Mehr noch – Israel wird durch die weit verbreitete Überzeugung belohnt, dass es ungeachtet seiner Militärmacht Schutz vor den Palästinensern braucht und nicht umgekehrt.

In diesem Zusammenhang werden alle europäischen Staaten als politische Helfershelfer Israels betrachtet. Großbritannien hat die Balfour-Deklaration erlassen und damit die illegale jüdische Einwanderung nach Palästina erleichtert; Deutschland hat Gräueltaten gegen die Juden begangen und damit den Anstoß und die sogenannte Rechtfertigung für das zionistische Projekt geliefert (dessen verheerende Auswirkungen unter anderen Bedingungen nie zu rechtfertigen gewesen wären). Beide Formen von Politik ergänzten einander und schafften schließlich ein Gebilde, das die »Sünden« der Europäer wettmachen sollte – bequemerweise auf Kosten anderer.

Westliche Voreingenommenheit

Selbst wenn die Wahrnehmung der westlichen Voreingenommenheit Israel gegenüber durch die Völker im Nahen Osten nicht ganz fair erscheinen mag, so wird dies doch verstärkt durch den mangelnden Willen der westlichen Länder, wirklich Druck auf Israel auszuüben. Es stößt auf Unverständnis, dass die westlichen Länder unfähig sind, sich hinter die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes zu stellen, das ein Ende der Besatzung fordert, um unabhängig auf einem Territorium zu sein, das jetzt lediglich 22% des historischen Palästina ausmacht. Diese Passivität trotz der Möglichkeiten und des westlichen Potentials, starken Druck auszuüben, führt viele im Nahen Osten dazu, den Westen angesichts der Ungerechtigkeit und Aggression als Partner Israels wahrzunehmen und nicht als neutralen Beobachter.

Es ist immer eine Konstante amerikanischer Politik im Nahen Osten gewesen, Israel sämtliche Verletzungen humanitärer, sozialer und politischer Rechte zu verzeihen, während sie massiven Druck auf die viel schwächere palästinensische Seite ausübt. Diese Herangehensweise negiert vollkom-

men die Menschlichkeit der Palästinenser und hebt die international legitimierte Ausübung ihrer Rechte auf. Während Israel immer einen Sonderstatus genossen hat, wurde von den Palästinensern verlangt, Umstände hinzunehmen, die keinem sonst abverlangt worden wären. Es scheint paradox, ja sogar absurd zu sein, dass die westlichen Staaten für das Recht der Kosovoalbaner auf Rückkehr in den Krieg gezogen sind, während sie die Palästinenser auffordern, ihr eigenes Rückkehrrecht aufzugeben.

Grundlegende Menschenrechte sind keine Posten auf einer Speisekarte, die man – je nach Disposition – bestellen oder abbestellen kann. Sie besitzen eine Beständigkeit, die in ihrer universellen Akzeptanz begründet liegt. Zugegeben, ihre Anwendung ist immer ein großes Problem. Das negiert jedoch nicht ihre rechtmäßige, verpflichtende Existenz. Deshalb können sie weder verändert, noch modifiziert oder neu umformuliert werden. Das sollte auch für das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und auf Unabhängigkeit, einschließlich des Rechts auf Rückkehr für die Flüchtlinge, gelten, solange das Recht, den eigenen Wohnort zu wählen, unveräußerlich und unverhandelbar ist. Der Westen muss diese Tatsachen anerkennen und sie in die Initiativen einbetten, die eine Lösung des Konflikts anstreben.

Die Herangehensweise der US-Administration an den Nahen Osten ist oberflächlich und in manchen Fällen sogar demütigend. Exemplarisch ist die Initiative zur »Verbreitung der Demokratie in der arabischen Welt«, die ein Preisschild mit einem Betrag von \$ 29 Millionen trägt. Demokratie ist eine viel ernstere und komplexere Sache. Sie wird nicht verwirklicht werden können, solange die Palästinafrage nicht gelöst ist, die westliche Unterstützung für korrupte und unfähige Regierungen nicht eingestellt und die massive Militärpräsenz des Westens in der Region nicht beendet ist. Der Westen hat jedoch über Jahre hinweg doppelte Maßstäbe angelegt: Der Irak wurde 1991 mit Gewalt aus Kuwait vertrieben, harsche Wirtschaftssanktionen wurden ihm auferlegt. Und heute, dreizehn Jahre später, greifen ihn die USA an, angeblich um ihn zu entwaffnen und sogar seine Führung abzusetzen – alles wegen der eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen. Andererseits besetzt Israel Palästina seit 1967, wird aber nicht ernsthaft vom Westen unter Druck gesetzt, obwohl es über 400 »jüdische Atombomben« besitzt und trotz der Verbrechen und Massaker, die es gegen die Palästinenser be-

geht. Die Fragen, um die es hier geht, zielen nicht auf humanitäre Prinzipien oder Werte, wie der Westen immer wieder gern behauptet. Sein Hauptanliegen ist es, die vorhandenen militärischen Beziehungen und die Handelsmärkte aufrechtzuerhalten. Mit anderen Worten: Interessen haben Priorität vor der Gerechtigkeit. Westliche Politiker predigen Demokratie, während ihr Verhalten etwas anderes nahe legt.

Damit die Beziehungen zwischen dem Westen und dem Nahen Osten besser werden, vor allem im Kontext der US-Militärinvasion im Irak (und vorher in Afghanistan), müssen die oben skizzierten Fragen behandelt und befriedigend gelöst werden, um diejenigen zu neutralisieren, die die Sicherheit westlicher Bürger und ihr besonderes spezifisches Gesellschaftsmodell bedrohen. Aus muslimischer Sicht wird die westliche Militärintervention zualtererst als Aggression wahrgenommen und weckt tiefe Frustration, auch weil sie in einer langen Reihe von ähnlichen Aggressionen und Demütigungen steht.

Eine solche Voreingenommenheit und ein derartiges politisches Monopol in der Region aufrechtzuerhalten, bedeutet vor allem, dass die USA andere Mitspieler (so z.B. die Vereinten Nationen und Europa) ausgeschlossen haben, die fähig wären, sich im Friedensprozess zu engagieren oder der Einseitigkeit der USA entgegenzutreten. Europa ist dringend aufgefordert, eine aktivere Rolle zu übernehmen. Die Verantwortung der Macht gebietet es im israelisch-palästinensischen Kontext, eine effektive, wirkungsvolle und rasche Intervention zugunsten des Friedens in Gang zu setzen, um die umstrittenen Fragen zu entscheiden und beiden Seiten Alternativen anzubieten. Die Wiederherstellung der Hoffnung und des Vertrauens in die Absichten der westlichen Mächte würde verlangen, dass sie ihre geballte gemeinsame Kraft und ihre Ressourcen in den Dienst einer legitimen und politisch machtvollen Friedensinitiative stellen. Eine glaubwürdige Alternative sollte die Notwendigkeit der Beendigung der Besatzung anerkennen, die den Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967, den Abbau der Siedlungen, die Errichtung eines unabhängigen, lebensfähigen palästinensischen Staates und eine gerechte Lösung für die Frage der palästinensischen Flüchtlinge auf der Grundlage der entsprechenden UN-Resolutionen und der Gleichung »Land für Frieden« bedeutet. Die Verwirklichung einer solchen Lösung er-

fordert, dass die Entscheidungsträger im Westen sich Israel entgegenstellen und die Außenpolitik der westlichen Länder im Nahen Osten (vor allem die amerikanische) von Militarismus, Extremismus und der Arroganz Israels befreien.

Während diese Fragen alle anderen Aspekte der Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt und viele andere Themen in der ganzen Welt beeinflusst haben, sollte jedoch die oben beschriebene Konzentration auf Palästina nicht zu dem Schluss führen, dass alle Probleme in diesen Beziehungen verschwinden werden, wenn die Palästinafrage gerecht gelöst wird. Das bedeutet ganz einfach, dass das Scheitern des Westens, eine gerechte Lösung für diese brennende Frage zu finden, wahrscheinlich die Spannung zwischen dem Westen und den islamischen Ländern in Zukunft aufrechterhalten, ja sogar ihre Intensität steigern wird.

Annäherung und Dialog

Die Eroberung und Besetzung des Irak wird vermutlich eine neue Phase der Feindseligkeit gegen den Westen einläuten, den demokratischen Prozess verzögern, ihn noch komplizierter gestalten und die Entwicklung im Nahen Osten für längere Zeit aufhalten. Der Westen hat sich lange als die dominierende Kultur erlebt und ist nicht gewohnt, in einer schwachen oder hilflosen Lage zu sein. In den Augen der führenden Politiker des Westens war die Militärintervention in Afghanistan legitim und unausweichlich, um die auszuschalten, die der Westen als Bedrohung für seine Bürger und für ein bestimmtes Gesellschaftsmodell betrachtet. Die überwiegende Mehrheit der Menschen im Nahen Osten ist überzeugt, dass der Westen nur durch seine strategischen Interessen motiviert war, die die Kontrolle der Energieressourcen in der Region einschließen.

Der Westen muss die Ungerechtigkeit anerkennen, die seine Beziehungen zu den Völkern des Nahen Ostens bis jetzt kennzeichnet, und einen anderen Ansatz finden. Ein Gefühl von Ausgewogenheit muss vorhanden sein, bei dem beide Seiten die Möglichkeit haben, als gleichberechtigte Partner zu handeln, auch wenn ihr jeweiliger Beitrag sich von dem des anderen unterscheidet. Ein solcher Ansatz wäre imstande, Verständnis, intellektuellen

Austausch und eine breit angelegte Kooperation zu fördern. Bisher hat der Westen es nicht vermocht, zu begreifen, wie wichtig es für Muslime ist, den Richtlinien ihrer eigenen Kultur zu folgen, anstatt systematisch westliche Denk- und Verhaltensmuster anzunehmen.

Das Gefühl der meisten Menschen im Nahen Osten, in der schwächeren Position zu sein, hat tiefgreifenden Einfluss auf alle Formen der Kommunikation. Das jetzige Empfinden von Hilflosigkeit, das bei allen vorherrscht, die gegen den Irakkrieg und die Besetzung des Landes waren, vor allem bei den direkt Betroffenen, wird in manchen Fällen eine Radikalisierung hervorrufen, die das, wogegen die USA behaupten zu kämpfen, nähren wird – auf Kosten von Demokratie, Menschenrechten und Freiheit.

Regierungsführung und Entwicklung in der muslimischen Welt

Mangelhafte Regierungsführung und Unterentwicklung in vielen Teilen der muslimischen Welt haben dazu beigetragen, die Beziehungen zum Westen zu erschweren, da sie einschneidende Machtgefälle produzieren und so die Manipulationen, Dominanz und ungerechte Behandlung der schwächeren muslimischen Welt durch den Westen, vor allem durch die Vereinigten Staaten, begünstigt haben. Die große Kluft in der Entwicklung produziert Vorurteile, Neid und Verachtung, die, zusammen mit anderen Faktoren, die Spannungen und Konflikte verstärken, die die Beziehung zwischen der muslimischen Welt und dem Westen trüben.

Auch wenn es verschiedene Spielarten gibt, so kann man doch sagen, dass Regierungsführung und der interne Entwicklungsprozess in den muslimischen Ländern im allgemeinen mangelhaft sind, vor allem im Vergleich mit anderen Teilen der Welt, insbesondere aber mit den westlichen Ländern. Alle muslimischen Länder sind Entwicklungsländer. Diese Lage ist zum größten Teil selbstverschuldet (z.B. durch falsche Wirtschaftspolitik, großzügige, aber kaum nachhaltige durch Öleinnahmen finanzierte Sozialpolitik, ein schlechtes Erziehungswesen, wenig entwickelte Informations- und Kommunikationstechnologie, ungenügende Programme zur Armutsbekämpfung, massive bürokratische Ineffizienz, Korruption, eine Vernachlässigung der HIV/AIDS-Problematik und politische Unterdrückung). Aber das ist es nicht allein. Die koloniale Unterwerfung durch den Westen, die lange Ausbeutung der natürlichen Ressourcen sind signifikante Faktoren, die dazu beigetragen haben. Eine ungerechte globale Wirtschafts- und Politikordnung, die die reichen und mächtigen Staaten bevorzugen und arme Länder benachteiligt, hat die Situation noch verschärft.

Die Bedeutung von Regierungsführung

Es gibt mehrere Definitionen für gute Regierungsführung. Bei globalen Vergleichen wird meist die Definition von UNDP verwandt, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Wir folgen hier dem »Arab Human Development Report«, den UNDP 2002 veröffentlichte. Dort wird gute Regierungsführung beschrieben als »ein System von gesellschaftlichen Institutionen, das die Bevölkerung tatsächlich repräsentiert und das mit einem festen Netzwerk institutioneller Regelungen und Verantwortlichkeiten (mit einer letztlichen Verantwortlichkeit gegenüber der Bevölkerung) verwoben ist, dessen Ziel darin besteht, Wohlfahrt für all seine Mitglieder zu verwirklichen«. Regierungsführung allgemein wird definiert als »die Ausübung wirtschaftlicher, politischer und administrativer Autorität, um die Angelegenheiten des Landes zu steuern«. Sie umfasst nicht nur die Regierungsführung durch den Staat, sondern auch durch den privaten Sektor und die Zivilgesellschaft. Die Elemente einer guten Regierungsführung beinhalten die Verpflichtung auf das öffentliche Wohl, die Herrschaft des Rechts, partizipatorische Regierung, Transparenz, Rechenschaftspflicht und die Sorge um das Wohlergehen der Armen und Benachteiligten.

Die Grundlage für die Bewertung und Vergleiche in diesem Bericht sind der Index für die Entwicklung der menschlichen Ressourcen des UNDP, die Einstufungen von Freiheit und Demokratie, wie sie von Freedom House festgelegt wurden, und der Index der wahrgenommenen Korruption von Transparency International. Die benutzten Kriterien und die daraus abgeleiteten Messungen sind weder perfekt noch unanfechtbar. Aber in der Summe vermitteln sie dennoch eine einigermaßen zuverlässige Vorstellung vom Niveau der Regierungsführung und Entwicklung in der islamischen Welt im Vergleich zu anderen Teilen der Welt.

UNDP klassifiziert lediglich fünf der Länder mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit als solche mit hohem Standard bezüglich der »Menschlichen Entwicklung« (Brunei, Bahrain, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate (UAE) und Katar). 24 Länder erreichen mittlere und 17 niedrige Standards. Das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) liegt bei 2/3 der muslimischen Staaten unter 5.000 US\$ pro Kopf. Die arabischen Staaten haben im Jahr

2000 ein durchschnittliches Pro-Kopf-BIP von 4.793 US\$, trotz des Ölreichtums und hoher Einkommen in manchen Ländern. Im Gegensatz dazu sind Bürger der OECD-Länder fast fünf mal reicher, mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP von US\$ 23.569.

Obwohl es in der muslimischen Welt Gruppen von sehr Reichen gibt und die Bevölkerung in einem Land wie dem ölreichen Brunei von der Regierung gut versorgt wird, bleiben Armut und Einkommensdisparität ein weitverbreitetes Merkmal. Auch wenn nicht alle Defizite mit mangelhafter Regierungsführung zu tun haben, so verschlimmern ungenügende politische, ökonomische und soziale Regierungsführung sehr oft die Situation.

Menschen leben in Armut

Zahlen über die Armut sind nicht für alle muslimischen Länder verfügbar. Aber Armut ist tatsächlich in mindestens der Hälfte dieser Länder ein ernstes Problem. Der Bericht des UNDP über die »Menschliche Entwicklung« in den arabischen Ländern 2002 zeigt, dass Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze von 2 US\$ Einkommen pro Tag leben, zwischen 45 und 90% der Gesamtbevölkerung in Indonesien, Ägypten, Kamerun, Pakistan, Jemen, Bangladesch, Nigeria, Mauretanien, Senegal, Gambia, Mali, Äthiopien, Burkina Faso, Niger und Sierra Leone ausmachen. Zahlen über die Muslime in Indien würden diese Rate dramatisch erhöhen.

Die Bildungsstatistiken sind ebenfalls gute Indikatoren für die Qualität der Regierungsführung und Entwicklung. In den meisten muslimischen Ländern besteht eine sehr hohe Analphabetenrate unter Erwachsenen. Fast alle unter ihnen weisen mehr als zweistellige Raten auf, während in manchen muslimischen Staaten in Afrika, wie Senegal, Gambia, Mali, Tschad, Äthiopien und Niger über die Hälfte der über 15-jährigen Analphabeten sind. In Ländern, die durch extreme Armut, Hunger, Konflikte und Kriege gekennzeichnet sind, überraschen diese Zahlen nicht.

Das Niveau der Gesundheitsversorgung ist in vielen islamischen Ländern einigermaßen hoch und zufriedenstellend. In Afrika jedoch leiden mehrere muslimische Länder südlich der Sahara unter gravierenden Gesundheitsproblemen, vor allem unter HIV/AIDS, Unterernährung und ähnlichen Er-

krankungen, die in allen armen afrikanischen Staaten verbreitet sind, ob sie nun muslimisch sind oder nicht.

Was die politische Dimension angeht, so ist in vielen muslimischen Ländern partizipatorische Regierungsführung selten oder sie fehlt ganz. Politische Rechte und Bürgerrechte sind häufig eingeschränkt. Das im Jahr 2001 – 2002 veröffentlichte »Survey of Freedoms« vom Freedom House hat Ende 2001 festgestellt: »Es gibt keine wirklichen Demokratien in der arabischen Welt. Es existiert nur ein geringer Anteil von freien und demokratischen islamischen Staaten«. Der Bericht erklärt weiter, dass die Grundlagen für Freiheit und Demokratie am schwächsten in den 14 Ländern des Nahen Ostens sind (ohne Nordafrika). In der gesamten muslimischen Welt seien nur Mali und Senegal als frei zu bezeichnen. 18 Länder, darunter Jordanien, Kuwait, Türkei, Bangladesch, Indonesien und Malaysia wurden als »teilweise frei« klassifiziert. 28 weitere, so Algerien, Ägypten, Libyen, Bahrein, Iran, Irak, Oman, Katar, Saudi Arabien, Syrien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jemen, Brunei und Pakistan wurden als »nicht frei« eingestuft. Auch wenn man die Kriterien und Bewertungen von Freedom House in mancherlei Hinsicht bezweifeln mag, so sind doch die allgemeinen Ergebnisse ein vernichtendes Urteil über den Stand der politischen Regierungsführung im größten Teil der muslimischen Welt.

Der Mangel an Freiheit

Der Bericht der Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen über die menschliche Entwicklung in der arabischen Welt beleuchtet drei Hauptdefizite in den arabischen Ländern, die auch in einigen nichtarabischen muslimischen Staaten vorhanden sind. Zuerst genannt wird der Mangel an Freiheit. Hier wiesen die arabischen Länder im Vergleich zu den anderen sechs Weltregionen (Nordamerika, Ozeanien, Europa, Lateinamerika und die Karibik, Süd- und Ostasien und Afrika südlich der Sahara) in den späten 1990er Jahren den niedrigsten Punktstand auf, so auch in den Bereichen »Artikulationsmöglichkeiten und Rechenschaftspflicht« (voice and accountability). Beim Defizit bezüglich der Gleichberechtigung von Frauen liegt die arabische Welt an vorletzter Stelle. Und beim Kriterium menschlicher Fähig-

keiten/Wissen im Verhältnis zum Einkommen rangiert die arabische Welt auf dem vorletzten Platz, da das Bildungsniveau sehr niedrig, die Analphabetenrate hoch ist und bei der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) nur der letzte Platz erreicht wurde – noch hinter Afrika südlich der Sahara.

Im »Korruptionsindex 2002« von Transparency International (der die Wahrnehmung von Korruption misst, wie sie Geschäftsleute, Akademiker und Risikoanalysten sehen) hat Malaysia unter den muslimischen Ländern am besten abgeschnitten (als das am wenigsten korrupte muslimische Land), erreicht aber nur Rang 33 unter 102 untersuchten Ländern. Auf Malaysia folgt Tunesien (Platz 36), Marokko (Platz 52), Ägypten (62), Türkei (64), Senegal (66), Malawi (68), Usbekistan (68), Pakistan (77), Kasachstan (88), Aserbeidschan (95), Indonesien (96), Nigeria (101) und zum Schluss Bangladesch (102).

Mangelhafte Regierungsführung und Entwicklung in weiten Teilen der muslimischen Welt beeinflussen die Beziehungen zum Westen in vielerlei Hinsicht. Sie tragen zum immensen Ungleichgewicht zwischen den muslimischen Ländern – als Einzelstaaten sowie in ihrer Gesamtheit – und den stärker entwickelten westlichen Nationen bei. Diese Asymmetrie ist auch das Ergebnis der enormen Unterschiede beider Seiten in Bezug auf Wirtschaftskraft und Wohlstand.

Unterschiede in der ökonomischen Bedeutung sind nicht der einzige Faktor, der zu diesem krassen Ungleichgewicht beiträgt. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme, von denen viele der schlecht regierten und wenig entwickelten Staaten in der islamischen Welt betroffen sind, behindern ihre Handlungsfähigkeit, unterminieren ihre Würde und ihr internationales Gewicht und untergraben ihre Stimme und ihren Einfluss in globalen Fragen. Ihre Erklärungen und Empfehlungen haben nicht die gleiche Auswirkung wie die der mächtigeren und besser geführten Nationen und Gruppierungen.

Die Erklärungen der Arabischen Liga oder der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) sind Belege dafür. Außerhalb der islamischen Welt schenkt ihnen kaum jemand Beachtung. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass dies nichts damit zu tun hat, dass es sich um islamische Länder handelt.

Alle Zusammenschlüsse, die im wesentlichen aus ärmeren Ländern und aus Ländern bestehen, die durch größere politische, ökonomische und soziale Probleme erschüttert werden, erfahren die gleiche Benachteiligung.

Als Ergebnis dieser Benachteiligung haben die schwächeren arabischen und muslimischen Länder in einer Reihe von bilateralen, interregionalen und internationalen Anliegen kaum Spielräume bei Verhandlungen oder Absprachen mit dem Westen, insbesondere den Vereinigten Staaten. Diese Anliegen umfassen Fragen der Politik und der Sicherheit wie Palästina, den Angriff auf Afghanistan, den zweiten Irakkrieg, den Kampf gegen den Terrorismus, aber auch ökonomische Fragen, wie z.B. Handelsabkommen, Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) oder der Welthandelsorganisation (WTO).

Die Schwäche und Ohnmacht, die aus der mangelhaften Regierungsführung resultieren, haben dazu beigetragen, dass viele muslimische Staaten von westlicher Wirtschaftshilfe und in einigen Fällen Militärhilfe und westlichem Schutz abhängig geworden sind. Dadurch können sie – vor allem durch die Vereinigten Staaten – leicht unter Druck gesetzt werden oder überredet werden, im Interesse des Westens zu agieren. Wenn sie dem nachgeben, stellen sie ihre Unabhängigkeit und Souveränität in Frage und opfern sowohl ihre eigenen Interessen, als auch die ihrer muslimischen Brudernationen. Das spaltet und führt zu Konflikten und Verwirrung unter den Ländern der muslimischen Welt, indem die, die den USA hörig sind, sich gegen jene stellen, die sich ein gewisses Maß an eigenem Willen erhalten konnten.

Ägypten, das 1978 einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet hat und häufig darauf hinarbeitet, arabische Beschlüsse zum israelisch besetzten Palästina zu verwässern, erhält jedes Jahr von den USA US\$ 1.3 Milliarden Militärhilfe und US\$ 615 Millionen Unterstützung für soziale Programme. Die palästinensische Autonomieregierung bekommt von den USA kein Geld. Die US-Militärhilfe für Pakistan betrug insgesamt US\$ 3,5 Millionen vor dem 11. September; danach erhöhte sie sich auf US\$ 1,3 Milliarden. Usbekistan erhielt viel amerikanische Unterstützung, nachdem das Land erlaubt hatte, dass US-Truppen- und Flugzeuge in der Nähe der afghanischen Grenze stationiert werden. Mit Beginn des Krieges gegen den Irak erhielt Jordanien

US\$ 198 Millionen an Militärhilfe. Die Türkei wurde großzügig mit Wirtschafts- und Militärhilfe umworben, obwohl sie nicht nachgegeben hat. Die Sicherheit Kuwaits hat einen hohen Preis – einen amerikanischen Stützpunkt, der ein Drittel seines Territoriums belegt. Das US-Zentralkommando für den Angriff auf den Irak war in Katar stationiert, ebenfalls einem arabischen Staat.

Nirgendwo ist die Abhängigkeit und Schwäche so umfassend und so demütigend wie in der Palästinafrage, wo die arabische und muslimische Welt sich bei der Vermittlung zuallererst auf die USA verlassen müssen, den engsten Verbündeten und Unterstützer der gegnerischen Seite.

Schlechte Regierungsführung, weit verbreitete Verletzung der Menschenrechte sowie repressive und undemokratische Herrschaft in einigen muslimischen Ländern vermitteln ein äußerst desolates Bild von den muslimischen Staaten. Und sie führen zu berechtigter Kritik aus dem Westen, manchmal auch zu scharfen Vorwürfen, was die Beziehungen konfliktanfällig macht. Spannungen zwischen dem Herrscher und der Bevölkerung schwächen unter diesen Umständen den Staat und seine Fähigkeit, westlichem Druck zu widerstehen. Gescheiterte muslimische Staaten wie Afghanistan können dann unter dem Druck der schlechten politischen und ökonomischen Bedingungen weiche Ziele für Militärangeriffe werden. Im Irak werden die Verbrechen, die das Regime Saddams gegen das eigene Volk begangen hat, verstärkt als Argument eingesetzt, um die Aggression gegen das Land zu rechtfertigen. Die umfassende politische Unterdrückung und die Entfremdung, die die Regierung bei den kurdischen und schiitischen Bevölkerungsgruppen verursacht hat, hat Iraks Fähigkeit ernsthaft geschwächt, seine Möglichkeiten auszuschöpfen, um sich gegen die ausländische Aggression zu verteidigen. Diese Faktoren haben es andererseits den USA und Großbritannien erlaubt, die Feindseligkeiten und Differenzen innerhalb Iraks für sich zu nutzen, wie sie es schon früher in Afghanistan getan hatten.

Auch wenn eine Verknüpfung von Islam bzw. muslimischer Bevölkerung und schlechter Regierungsführung und Unterentwicklung irrig ist – beide existieren in vielen Ländern, unabhängig von ihrer religiösen Zusammensetzung – so unterminieren diese Schwächen die Würde des Glaubens und der Gläubigen und damit auch die Beziehungen zwischen der muslimischen Welt und dem Westen.

Der ungleiche Stand und der Charakter dieser Beziehungen, zusammen mit den verbliebenen Erinnerungen an koloniale Unterdrückung sowie die entwürdigende Abhängigkeit und das Unvermögen von heute, erzeugen unter der muslimischen Bevölkerung Ressentiments und Feindseligkeit gegenüber dem Westen. Dieselben Faktoren stärken ein Gefühl von Überlegenheit, das im Westen manchmal an Verachtung und Arroganz grenzt.

Schlechte Regierungsführung und Unterentwicklung sind komplexe, tiefverwurzelte Probleme, die einer großen nachhaltigen Anstrengung bedürfen, um gelöst zu werden. Jedes Land ist ein einmaliger Fall, mit der ihm eigenen Mischung aus politischen, ökonomischen, sozialen und sicherheitspolitischen Problemen. Geeignete Maßnahmen müssen darauf zugeschnitten sein. Die ärmsten Länder mit ihren verschwindend geringen Ressourcen an Rohstoffen und menschlichem Kapital sind es, die die Emanzipation am meisten brauchen. Aber sie sind auch diejenigen, die am wenigsten imstande sind, sich selbst aus ihrem Schicksal zu befreien. Nationale Anstrengungen allein werden zumeist sinnlos bleiben, regionale und internationale Hilfe dürfte entscheidend sein.

Doppelte Standards in der westlichen Außenpolitik

Die größeren Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen der islamischen und der europäischen Welt sind nicht plötzlich aufgetaucht. Sie sind vielmehr langsam und über einen längeren Zeitraum wegen der doppelten Standards des Westens im Umgang mit der islamischen Welt gewachsen. Die negativen Gefühle, die dies bei vielen Muslimen geweckt hat, sind das Ergebnis vielfacher Erfahrungen mit dem Westen in der neueren Geschichte. Wenn wir bedenken, dass der Westen seine Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit über den Weg sozialer und politischer Revolutionen nach der Epoche der Aufklärung erreicht hat, dann bleibt es unverständlich, wieso diese Grundsätze in seinem Umgang mit dem Rest der Welt nicht angewandt wurden – vor allem nicht während des 19. und 20. Jahrhunderts in der islamischen Welt. In den vorangegangenen Kapiteln haben wir bereits historische und politische Aspekte der Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt behandelt. Das folgende Kapitel wird jene Argumente aufgreifen, aber die Frage der ideologischen Logik der doppelten Maßstäbe in den Mittelpunkt stellen.

Die imperialistische und koloniale Herrschaft Europas in den islamischen Ländern hat verheerende, repressive und barbarische Eindrücke bei den Menschen der betroffenen Zivilisationen hinterlassen. Die Imperialisten legten nicht nur einen Mangel an Respekt vor der islamischen Kultur und Religion an den Tag, sondern zeigten auch Elemente von Rassismus und kultureller Arroganz.

1917 versprach die Balfour-Deklaration den Juden eine nationale Heimstätte in Palästina, was zu Konflikten mit der dort lebenden arabischen Bevölkerung führte. Nach dem Ersten Weltkrieg teilte das geheime Sykes-Picot-Abkommen, das während des Krieges zustande gekommen war, die arabische Welt in »Einflussphären« zwischen England und Frankreich auf. Weil eben mit zweierlei Maß gemessen wurde, waren Freiheit und Selbst-

bestimmung nur den Bürgern dieser beiden Mächte vorbehalten. Den arabischen Völkern wurden sie verwehrt.

Wirtschaftlich wurde die Region ausgebeutet – zugunsten Europas. Das Gleichgewicht zwischen dem realen ökonomischen Wert und dem Preis der gehandelten Waren und Dienstleistungen war ungerecht und politisch erzwungen, während westliche Politiker »freien Handel« und Marktmechanismen predigten. Tausende Arbeiter, die gezwungen waren, unter französischer Aufsicht den Suezkanal auszuheben, starben in Ägypten an Hunger und Krankheiten zu einer Zeit, als die Zwangsarbeit in Europa abgeschafft worden war. Nach der Nationalisierung des Suezkanals 1956 haben britische, französische und israelische Truppen diese strategisch und wirtschaftlich bedeutende Wasserstraße angegriffen und erobert, um die Ägypter daran zu hindern, ihre Kontrollrechte über ihr eigenes Territorium und ihre Wirtschaft auszuüben.

Nach dem 2. Weltkrieg hoffte die islamische Welt, dass ein geschwächtes Europa, das unter den Katastrophen dieses Krieges gelitten hatte, in seinem Umgang mit anderen etwas menschlicher sein würde, vor allem jenen gegenüber, die es gegen den Nationalsozialismus unterstützt hatten.

Bürger zweiter Klasse

Aber es wurde weiterhin mit zweierlei Maß gemessen, auch nach der Wiederaufbauphase nach dem Krieg, als Millionen von Arbeitern aus islamischen Ländern wie der Türkei und den Staaten Nordafrikas nach Europa geholt und hier wie Bürger zweiter Klasse behandelt wurden. Hinzu kommen die gravierenden Schäden, die islamische Länder wie Libyen und Ägypten im Zweiten Weltkrieg erlitten hatten und für die sie keine Entschädigung aus Europa erhielten. In beiden Ländern sind viele Menschen den Landminen zum Opfer gefallen, die sowohl die Alliierten als auch die Achsenmächte während des Krieges gelegt hatten. Diese Landminen haben nicht nur Menschen zu Krüppeln gemacht, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung in den betreffenden Regionen bis heute behindert. Die dafür verantwortlichen Länder haben es nicht einmal erwogen, die Opfer zu entschädigen oder Reparationen in Nordafrika zu zahlen, während sie sich zugleich

– und mit Recht – vielen Europäern und später israelischen Bürgern gegenüber anders verhielten.

Die doppelten Maßstäbe Europas werden bis heute in dessen opportunistischen politischen Beziehungen zur islamischen Welt deutlich. In den islamischen Ländern wird die Förderung von Demokratie und Menschenrechten vernachlässigt, wenn sie europäischen oder amerikanischen Interessen zuwider läuft. Häufig unterstützt der Westen brutale Diktaturen in der islamischen und allgemein in der Dritten Welt, wenn dies seinen Interessen dienlich ist. Zugleich predigen die westlichen Regierungen dem Rest der Welt die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten.

Diese Standards werden auch nicht auf Regimes wie Saudi Arabien angewandt, die mit dem Westen zusammenarbeiten und dessen Interessen schützen. Syrien und Afghanistan wurden und werden jedoch wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen angeprangert, da in diesen beiden Fällen westliche Interessen nicht auf dem Spiel stehen. Es ist traurig, dass das, was die USA in Afghanistan getan haben, nicht als eine Verletzung der Menschenrechte gilt, sondern als eine Kategorie sui generis betrachtet wird.

Als Beispiel seien hier die Parlamentswahlen von 1992 in Algerien erwähnt, die mit Panzergewalt annulliert wurden, weil das Regime, das an der Macht war, samt seinen bewaffneten Streitkräften, Angst vor einem Sieg der Islamisten hatte. Im darauffolgenden Bürgerkrieg starben 70 000 bis 100 000 Menschen.

Ein weiteres Beispiel ist der Sturz des frei gewählten iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh 1953, der von Großbritannien und den USA initiiert wurde, um die westlichen Ölinteressen in der Region zu schützen. Der Eifer, den der Westen bei der Unterstützung autoritärer oder diktatorischer Regimes in der Region zeigt, die seine Interessen wahren und seine Politik in der islamischen Welt umsetzen, ist allein Ausdruck seiner Macht und seiner Interessen. Zugleich wirft er einheimischen Bewegungen und Regierungen vor, dass sie die universellen Werte der Menschheit nicht anwenden. Das Misstrauen, das die Muslime gegenüber westlicher Politik, westlichen Erklärungen und Ideologien hegen, wäre weniger ausgeprägt, wenn der Westen die gleichen Maßstäbe und Werte im Nahen Osten und der Dritten Welt anwenden würde, die er in den eigenen Ländern anwendet.

Die Staaten, die unter westlicher Kontrolle standen, hatten unterdrückende Regimes, die sich im Widerspruch zu den westlichen Idealen und Prinzipien verhielten. Es ist traurig festzustellen, dass diejenigen, die sich dagegen aufgelehnt haben, um demokratische Freiheiten und die Beseitigung der Korruption zu fordern, verfolgt und gefoltert wurden. Es ist inzwischen im Bewusstsein der Muslime tief verwurzelt, dass viele Folterinstrumente – wie z.B. die elektrischen Knüppel und andere moderne Methoden der Unterdrückung – Produkte westlicher Technologie sind. Sie werden mit seiner Kultur identifiziert. Auch ist es kaum verwunderlich, dass in einigen islamischen Ländern der Innenminister, der Demonstrationen zerschlägt und die Bürgerrechte unterdrückt, als Produkt oder Werkzeug westlicher Regierungen betrachtet wird.

Ein weiteres Symbol westlicher Doppelzüngigkeit ist die ununterbrochene Unterstützung Israels. Die illegale militärische Besetzung Palästinas, gravierende Verletzungen der Menschenrechte und Israels jahrzehntelange Weigerung, die entsprechenden UN-Resolutionen zu erfüllen, lassen viele Muslime an der Ernsthaftigkeit der westlichen Verpflichtung auf die universellen Werte der Menschheit zweifeln. Sie fragen sich, ob das Leben der Palästinenser und Araber weniger wert sei als das der Israelis oder Europäer. Auch werfen sie die Frage auf, ob das Internationale Recht nur für die Schwachen, nicht aber für die Starken gelte.

Die Verletzung des Internationalen Rechts

Das moderne Konzept des Internationalen Rechts entstand nach den beiden schrecklichen Weltkriegen. Die UN-Charta wurde primär entworfen, um die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit zwischen allen Staaten dieser Welt zu gewährleisten, und um künftige Kriege und humanitäre Katastrophen zu verhindern. Es scheint jedoch, dass diese Charta und das Internationale Recht häufig dann vernachlässigt werden, wenn es gerade passt. Nicht nur Israel hat gegen die UN-Resolutionen verstoßen, sondern auch andere Länder wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien.

Nach der Bluttat am 11. September 2001 bestanden die USA darauf, unilateral vorzugehen, ohne die Zustimmung der internationalen Gemeinschaft.

Während der afghanisch-amerikanischen Krise verweigerten die USA jede direkte Verhandlung mit der afghanischen Regierung und bestanden stattdessen darauf, Afghanistan beleidigende und empörende Bedingungen aufzuzwingen. Die USA forderten die sofortige Auslieferung Usama Bin Ladens. Sie drohten mit militärischer Gewalt, falls Afghanistan dies ablehne.

Wenn wir das Verhalten der USA näher untersuchen, dann stellen wir fest, dass sie Artikel 2 (3) der Charta der Vereinten Nationen verletzt haben, der von allen Mitgliedsstaaten die friedliche Regelung von Konflikten verlangt. Mehr noch – Artikel 33 (1) derselben Charta fordert die Mitglieder auf, alle gebotenen, friedlichen Lösungsmöglichkeiten wie Verhandlungen, Mediation, Untersuchungen, Versöhnung, Schiedsgerichtsbarkeit und juristischen Regelungen zu erproben und sich, wenn nötig, an lokale Institutionen oder Vereinbarungen zu halten.

Der Bruch beider Artikel durch die USA, ohne jegliche Reaktion seitens der europäischen Länder, hat die US-Administration ermutigt, das gleiche im Irak zu wiederholen. Die USA und Großbritannien beharrten darauf, ihren Willen der internationalen Gemeinschaft aufzuzwingen, außerhalb der Vorgaben des Internationalen Rechts. Obwohl dieses und die UN-Resolutionen umfassende Waffeninspektionen im Irak forderten, wurde dieser Prozess durch den amerikanischen Angriff am 19. März 2003 unterbrochen.

Nach den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen existieren lediglich zwei Fälle, die den Gebrauch von Gewalt erlauben: als kollektive oder individuelle Selbstverteidigung gegen einen tatsächlichen oder unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Angriff, oder wenn der Sicherheitsrat den Einsatz von Gewalt beschlossen oder autorisiert hat, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wieder herzustellen (Artikel 51 und 42 der UN-Charta). Beide Bedingungen sind im Irak nicht erfüllt. Mit anderen Worten: Der Einsatz von Gewalt gegen den Irak ist ein Bruch des Internationalen Rechts. Mehr noch – es scheint, dass die USA den Angriff als eine Art Strafe oder Abschreckung gegen zukünftige terroristische Angriffe benutzt haben.

Trotz der Existenz der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen, die am 12. August 1949 unterzeichnet wurde (dritte Genfer Konvention), werden die afghanischen Kriegsgefangenen, die von den

amerikanischen Truppen festgenommen wurden, grausam behandelt und ihres Rechts auf ein faires Verfahren beraubt. Obwohl diese ungerechten Maßnahmen als Bruch des Internationalen Rechts gelten, sind Proteste aus der westlichen Welt selten zu hören gewesen: Ebenso wenig wurden die Rechte dieser Kriegsgefangenen verteidigt. (Auch wenn sie nicht als Kriegsgefangene gelten sollten, hätten sie das Recht auf ein Gerichtsverfahren und auf angemessene rechtliche Vertretung durch bestellte Verteidiger). Die Personen, die in Afghanistan festgenommen wurden, sind immer noch Gefangene im amerikanischen Marinestützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba. Sie werden auf eine Art und Weise behandelt, die der Dritten Genfer Konvention widerspricht. Es stellt sich die Frage, ob Rechtssicherheit nur für westliche Bürger gilt.

Das Fehlen echter und umfassender Gerechtigkeit

Als in Afghanistan die Taliban die Zerstörung der kulturell unschätzbaren Buddhastatuen befahlen, haben die westlichen Länder und mit ihnen viele Muslime ihren Zorn und ihre Ablehnung gegen eine solch barbarische Maßnahme zum Ausdruck gebracht. Einige Medien im Westen nahmen die Gelegenheit wahr, die Rückständigkeit und kulturelle Unterentwicklung muslimischer Länder und des Islam anzuprangern. Aber während des Golfkriegs von 1991, als die US-Angriffe bedeutende historische und archäologische Stätten und Museen im Irak trafen, war wenig Kritik zu hören. Nach dem Irakkrieg von 2003 taten die amerikanischen Truppen absolut nichts zum Schutz des kulturellen Erbes des Irak vor Plünderungen. Die irakischen Museen wurden den Plünderern überlassen, während das Erdölministerium in Bagdad vor jedem Eindringling geschützt wurde. In beiden Kriegen wurde die Haager Konvention für den Schutz von Kulturgütern im Falle bewaffneter Konflikte (1954) missachtet – ein Akt von Kulturbarbarei, den Washington bei früheren Gelegenheiten anderen Regierungen gern vorgeworfen hat.

In anderen Fällen haben westliche Länder zur Erhaltung und Restaurierung von historischen Denkmälern in islamischen Ländern beigetragen. Sie scheinen ihre Bemühungen jedoch auf nichtislamische Denkmäler und historische Stätten konzentriert zu haben, die der assyrischen, buddhistischen,

griechischen, altägyptischen und römischen Kultur angehören. Die Vernachlässigung des islamischen Beitrags zur Weltgeschichte im Mittelalter spiegelt die Dualität wider, die die Konzeption für die Erhaltung und Bewertung unseres Weltkulturerbes kennzeichnet. Schließlich hat die UNESCO selten finanzielle Unterstützung in Ägypten und in der arabischen Welt für die Erhaltung islamischer Denkmäler zur Verfügung gestellt.

Unbeachtete Entwicklung der Frauenrechte

Die Frage »Frauen im Islam« bleibt ein heißes Thema in den westlichen Medien. Jede Gelegenheit wird wahrgenommen, um die Rückständigkeit und Unterentwicklung von Frauenrechten in der islamischen Welt oder im Islam anzuprangern. Themen wie die Verschleierung von Frauen, die Vielehe oder die Genitalverstümmelung von Frauen stehen ganz oben auf der Liste. Forschungen über diese Fragen stützen sich nicht nur auf Fakten, sondern auf orientalistische Begriffe, abgeleitet aus Geschichten wie in »Tausendundeine Nacht« oder der »Welt des Harems«.

Positive Meilensteine für Frauenrechte in islamischen Gesellschaften werden nicht immer wahrgenommen. So haben z.B. die Frauen in Ägypten das Wahrecht bereits 1956 erhalten, noch vor der Schweiz. In den meisten islamischen Ländern erhalten Männer und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit im Gegensatz zu vielen westlichen Ländern. Der Islam verfügt die ökonomische Verantwortung des Vaters gegenüber seiner Familie und die Gütertrennung unter den Geschlechtern. Weibliche Genitalverstümmelung ist kein islamischer Brauch und nicht aus dem Koran abzuleiten. Sie wird trotzdem noch immer in einigen islamischen Staaten Afrikas praktiziert – gegen den Widerstand vieler Muslime.

Es ist nur gerecht zu sagen, dass auch muslimische Männer sich doppelzünftig verhalten. So kann es geschehen, dass ein muslimischer Mann eine westliche Frau heiratet und anschließend ihre »freizügige« Art kritisiert. Eine große Mehrheit muslimischer Gläubiger benutzt westliche Produkte und hat sich viele Aspekte der westlichen Kultur angeeignet, während sie zugleich nicht nur den Westen kritisiert, sondern auch ihre eigenen Gesellschaften, denen sie Säkularisierung, Dekadenz und Verfall vorwirft. Wie wir

wissen ist Heuchelei ein menschliches Defizit, das in allen Gesellschaften vorhanden ist, unabhängig von ihrem religiösen Hintergrund.

Wenn wir die oben zitierten Beispiele betrachten, dann wird deutlich, dass in vielen Fällen die westliche Außenpolitik und der westliche intellektuelle Diskurs unfair und voreingenommen sind und kein wirkliches Interesse zeigen, dem Anderen zuzuhören. Der Westen scheint große Probleme zu haben, Differenzen zu akzeptieren. Auch die islamische Welt ist nicht ganz frei davon, aber die Arroganz der Mächtigen ist viel schädlicher als die Engstirnigkeit der Schwachen. Die doppelten Standards, die die westlichen Mächte im Umgang mit dem Nahen Osten oder der islamischen Welt häufig anwenden, sind eines der Haupthindernisse für einen sinnvollen Dialog.

Im Laufe der Zeit ist das Vertrauen zwischen dem Westen und der islamischen Welt schwächer geworden, zerstört oder beseitigt worden. Schwaden intellektueller Heuchelei vernebeln den Verstand und die Ansichten beider Parteien. Um diese betrübliche Lage zu überwinden und einen gegenseitigen und gleichberechtigten Austausch zu beginnen, ist eine lange Phase enger Kooperation nötig. Was wir wirklich brauchen, ist eine gemeinsame Neubewertung unserer gemeinsamen Geschichte auf akademischer und populärwissenschaftlicher Ebene, eine Untersuchung und Förderung der gemeinsamen Interessen beider Seiten (und nicht nur das Zurechtstutzen der Interessen islamischer Gesellschaften zugunsten der westlichen Länder). Wir brauchen die Akzeptanz, dass beide Seiten nicht homogen, sondern ganz verschieden sind. Es ist nichts Falsches daran, anders zu sein.

Wir brauchen mehr akademischen, intellektuellen und menschlichen Austausch. Mehr Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich zu begegnen und gemeinsame Angelegenheiten zu besprechen, auch durch den Einsatz neuer und vorhandener Medien.

Nur wenn die islamische Welt das Gefühl bekommt, dass sie als ein geachteter Partner gleichberechtigt behandelt wird und eine faire Chance bekommt, zur internationalen Gemeinschaft beizutragen, werden die ersten Grundsteine gelegt werden können, um die Brücke zwischen dem Westen und der islamischen Welt neu zu errichten. Ein notwendiger erster Schritt wäre, intellektuelle Zwänge über Bord zu werfen, die aus den doppelten Standards erwachsen könnten und den Dialog so erschweren.

Der 11. September 2001, der internationale Terrorismus und die Kriege gegen Afghanistan und Irak

Die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 haben eine Kette von Ereignissen ausgelöst, die den Beziehungen zwischen großen Teilen der muslimischen Welt und vor allem den USA einen heftigen Schlag versetzt haben. Diese Anschläge waren motiviert durch die US-Politik im Nahen Osten, vor allem ihre militärische Präsenz in Saudi Arabien und ihre Unterstützung für Israel im israelisch-palästinensischen Konflikt. Aber die Anschläge vom 11. September und der darauf folgende »Krieg« gegen den Terrorismus, den die USA ausgerufen haben, der amerikanische Angriff auf den Irak, kräftig unterstützt von Großbritannien, Spanien, Australien und Israel, haben den kumulativen Effekt gehabt, die Feindseligkeiten anzustacheln und die Kluft zwischen beiden Seiten zu vertiefen.

Die Angriffe gegen das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington wurden in der arabischen und muslimischen Welt fast einhellig verurteilt. Die Ausnahme war vielleicht der Irak, in dem ohnehin wegen des Krieges von 1991 nach der Invasion Kuwaits Bitterkeit vorherrschte. Die seit einem Jahrzehnt anhaltenden Sanktionen, die auf Initiative der USA – unterstützt von Großbritannien – verhängt worden waren, mögen auch als Erklärung dienen. Die rechtlich zweifelhafte Einrichtung einer Flugverbotszone durch beide Länder, die über die Hälfte des irakischen Territoriums umfasste, trug dazu bei, diese Bitterkeit zu verstärken.

In der restlichen arabischen und muslimischen Welt waren die Menschen entsetzt über die Tragödie des 11. September und trauerten mit dem amerikanischen Volk. Es gab jedoch ein stilles, in der Regel nicht ausgesprochenes Gefühl, dass die USA mit so etwas hätten rechnen müssen aufgrund ihrer Politik im Nahen Osten, ihres hegemonialen Verhaltens, des Unilateralismus und der Arroganz, die vor allem mit der Administration von George W. Bush

assoziiert werden. Diese Wahrnehmung beschränkte sich nicht nur auf die muslimische Welt. Es war ein verbreitetes Gefühl unter den Bevölkerungen in China, Südkorea und vielen Ländern der Dritten Welt.

Der 11. September 2001 hat das Gefühl der Unangreifbarkeit und Unverletzlichkeit in den USA zerstört. Er markiert aber auch einen dramatischen Wandel in der Wahrnehmung der muslimischen Welt durch die USA. Das tiefe emotionale und politische Trauma, das der Angriff der al-Qaida verursacht hat, entwickelte sich zu einem intensiven antiislamischen Gefühl sowohl bei der US-Administration als auch bei der Bevölkerung. Der »Krieg« gegen den Terror wurde zu einem Krieg nicht nur gegen al-Qaida, sondern gegen militante und terroristische Bewegungen von Muslimen, einschließlich derer, die für eine objektiv gerechte Sache wie Selbstbestimmung und gegen politische Unterdrückung kämpfen. Unter diesen Bedingungen war es nicht schwer, gelegentlich al-Qaida und Terrorismus allgemein mit dem Islam und den Muslimen gleichzusetzen, obwohl es Terrorismus auch unter den Anhängern anderer Religionen gibt (z.B.: Katholiken und Protestanten in Nordirland, die japanische Rote Armee und die Aum Shinrikyo, Staatsterrorismus in Israel, Militanz unter Hindus, Terrorismus der Tamil Tigers).

Die Gleichsetzung von Islam und Terrorismus

Der antiislamische Charakter des »Kampfs gegen den Terrorismus« hat verschiedene Erscheinungsformen. Eine ist die direkte oder indirekte Gleichsetzung des Terrorismus mit muslimischen Gruppen und dem Islam. Hier bedeutet der »Kampf gegen den Terrorismus« Kampf gegen muslimische terroristische Organisationen. Solche Organisationen bilden die Mehrheit in der vom US-Außenministerium veröffentlichten Liste internationaler Terrororganisationen. Die Aufnahme einiger nicht-muslimischer Terrororganisationen in dieser Aufstellung hat nur Alibifunktion. Kontrollen an den Grenzübergängen und in den Konsulaten werden am strengsten gegen Muslime durchgeführt. Einreisevisa für die USA sind für Männer aus einer großen Zahl von arabischen und muslimischen Ländern schwer zu bekommen. Die Sicherheitsbehörden in den USA überprüfen Araber und Muslime am schärfsten. Das unterscheidet sich von den Einwanderungskontrollen in

Europa und anderswo, wo ethnisches und religiöses Profiling kaum eingesetzt wird (mit Ausnahme von Australien).

Antiislamische Gefühle wurden auch in einzelnen unvorsichtigen Bemerkungen einiger Mitglieder der US-Administration deutlich, obwohl der Vorwurf, der Krieg gegen den Terror sei ein Krieg gegen den Islam, immer wieder dementiert wurde. Auch in anderen Teilen der amerikanischen und westlichen Gesellschaften sind antiislamische Ressentiments vorhanden. Der US-Präsident gebrauchte unvorsichtigerweise den Begriff »Kreuzzug«, um die US-Militäraktionen im Mittleren Osten zu beschreiben. Der Krieg gegen Afghanistan wurde zuerst »Infinite Justice« genannt, bis muslimische Organisationen dagegen protestierten und er in »Enduring Freedom« umgetauft wurde. Nur wenige Tage nach den Ereignissen vom 11. September sprach Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi von der »Überlegenheit unserer (westlichen) Zivilisation, einer Ordnung, die Wohlstand, Achtung der Menschenrechte und – im Gegensatz zu den islamischen Ländern – Respekt vor den religiösen und politischen Grundrechten gewährleistet«. Der Erzbischof von Canterbury nannte den Angriff gegen Afghanistan einen »gerechten Krieg«, den gute Christen unterstützen sollten. Mehrfach wurden Belästigungen von Arabern und Muslimen nach den Ereignissen vom 11. September in den USA und anderswo gemeldet.

Die Wahrnehmung des amerikanischen Krieges gegen den Terrorismus als einen Krieg gegen Muslime wurde durch Washingtons beharrliche Weigerung verstärkt, gegen Israels Staatsterrorismus in Palästina vorzugehen oder ihn auch nur als solchen zu bezeichnen. Die erfolglosen Bemühungen der Bush-Administration, Verbindungen zwischen dem irakischen Regime und dem al-Qaida-Netzwerk oder anderen Terrorgruppen nachzuweisen, werden auch in diesem Licht betrachtet.

Wir müssen jedoch konstatieren, dass Muslime selbst dazu beigetragen haben, ihre Religion mit dem Terrorismus zu assoziieren. Anders als andere terroristische Bewegungen, die sich selten nach ihrem jeweiligen Glauben definieren, beziehen sich sogar die Namen verschiedener militanter islamischer Gruppen auf den Islam, so z.B. Hizbullah und die Djama' al Islamiya. Häufig nennen sie als Ziel die Errichtung eines »islamischen Staates«. Die Assoziation zwischen Muslimen und Militanz, Waffen und Gewalt wird noch

deutlicher, wenn die gewaltsame Form des Djjihad und Massaker im Namen des Islam verübt werden. In all diesen Fällen wird der Islam lediglich usurpiert, um militanten und terroristischen Bestrebungen zu dienen. Aber die Muslime müssen den Fehler auch bei sich selbst suchen, wenn andere dazu verleitet werden, diese Bewegungen mit dem Islam zu identifizieren.

Nach dem 11. September haben Bewegungen, an denen muslimische Gruppen beteiligt sind und gegen politische Unterdrückung kämpfen, einen massiven Rückschlag erlitten.

Regierungen, die in den jeweiligen Gebieten herrschen, haben sich die Lage zunutze gemacht, um diese Organisationen als terroristisch zu brandmarken und ihre Verfolgung verschärft. So Russland in Tschetschenien, China in Xingjian, Indien in Kaschmir, die Philippinen in Mindanao und Indonesien in Aceh. Sie alle haben jetzt die Unterstützung der USA, die all diese Organisationen als terroristisch eingestuft haben, was Washington vor dem 11. September nur zögerlich tat. Auf den Philippinen führen die USA zusammen mit den einheimischen Sicherheitskräften Operationen gegen die Moro Islamic Liberation Front (MILF) und die Verbrecherbande von Abu Sayyaf durch, die sowohl die amerikanische als auch die philippinische Regierung in den Rang einer »terroristischen« Organisation erhoben haben. Das größte Opfer in dieser Hinsicht ist natürlich die palästinensische Befreiungsbewegung. Israel hat die antiterroristischen Gefühle in der Folge des 11. September genutzt, um gegen die PLO und die militanten palästinensischen Gruppen vorzugehen.

Dennoch und trotz aller Vorbehalte auf muslimischer Seite über diese Art von Politik, welche die Terroranschläge in New York als Ansporn nutzte, haben sich die meisten islamischen Länder nach der Tragödie des 11. September den USA im Kampf gegen den Terrorismus angeschlossen. So gut wie alle wurden Teil der Anti-Terrorkampagne und kooperierten beim Austausch von Geheimdienstinformationen, Observationen, dem Einfrieren von Guthaben und der Verfolgung von Terroristen.

Versagen bei der Behandlung der Wurzeln des Terrorismus

Es gibt grundsätzliche Unterschiede zwischen dem amerikanischen Herangehen und dem Ansatz, den die muslimischen Staaten mit Nachdruck zur Bekämpfung des Terrorismus empfehlen. In der muslimischen Welt wird die amerikanische Politik lediglich als gegen die Symptome gerichtet gesehen – nicht aber gegen die Wurzeln des Terrorismus. Hinzu kommt, dass die USA sich fast ausschließlich auf militärische Strafaktionen konzentrieren, aber kaum politische und sozio-ökonomische Initiativen entwickeln, um die Menschen für sich zu gewinnen und die grundlegenden Probleme, die den Nährboden des Terrorismus bilden, anzugehen. Die muslimischen Regierungen betrachteten den Terrorismus – zu Recht – in erster Linie als politisch motiviert. Deshalb bedarf es letzten Endes politischer Lösungen. Andererseits sah man, dass die USA nicht gewillt sind, seine Wurzeln wirklich anzupacken, denn das hätte eine gründliche Änderung der amerikanischen Politik vor allem im Nahen Osten nötig gemacht, insbesondere in Bezug auf den Palästina-Konflikt. Wann immer die USA über die grundlegenden Ursachen sprachen, haben sie es sorgfältig vermieden, den Palästina-Konflikt zu erwähnen und statt dessen ausführlich über andere Ursachen gesprochen wie Armut, Mangel an Demokratie und islamischen Fundamentalismus.

Die Debatte um den Angriff auf Afghanistan beleuchtet deutlich diese unterschiedlichen Auffassungen. Er sollte u.a. zur Zerschlagung von al-Qaida dienen, und wurde von einigen muslimischen Regierungen unterstützt, wie z.B. von Pakistan und den ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien, die Stützpunkte, Überflugrechte, Geheimdienstinformationen und andere Hilfeleistungen zur Verfügung stellten. Aber viele andere arabische und muslimische Regierungen, darunter auch Indonesien und Malaysia (ebenso die Mehrheit der in den Ländern lebenden Menschen), die sich sonst an der Antiterror-Kampagne beteiligten, betrachteten den Angriff als unnötig, da sie ihn nicht für geeignet hielten, al-Qaida wirklich zu besiegen.

Ihrer Auffassung nach zieht ein militärischer Angriff auf Afghanistan ungeheures Leid und den Tod vieler unschuldiger Menschen nach sich, ohne Gewähr dafür zu bieten, dass al-Qaida wirklich zerstört wird. Es herrschte sogar die Überzeugung vor, dass ein Angriff gegen das Land das Problem des

Terrorismus eher verschärft wird, indem er die Gefühle der Muslime anstachelt und die Reihen der terroristischen Organisationen füllt. Sogar muslimische Länder wie Pakistan, die aktiv die Operationen der USA in Afghanistan unterstützt haben, vertraten die Meinung, dass nur eine Behandlung der Ursachen die Geißel des Terrorismus beseitigen kann. Diese Haltung war sehr verständlich, da ihre Bevölkerungen vollkommen gegen den Angriff waren und antiamerikanische und antiwestliche Empfindungen zunahmen.

Das Ergebnis des Afghanistankrieges und des Kampfs gegen den Terror hat bislang nach Meinung der muslimischen Welt diese Auffassung bestätigt. Einerseits sind der al-Qaida Arme und Beine gebrochen worden, ihr sicherer Hafen in Afghanistan wurde zerstört, ihre Gastgeber, die Taliban, wurden vertrieben und ihre Finanzierungsquellen nach und nach ausgetrocknet. Der verbliebene Rest wird überall gejagt. Al-Qaida ist es ebenfalls nicht gelungen, die amerikanischen Truppen vom saudischen Boden oder sonstwo im Nahen Osten zu vertreiben. Auch hat sie die USA nicht davon abbringen können, arabische Despoten weiter zu verhätscheln. Tatsächlich hat es sie dazu gebracht, die autoritären muslimischen Regimes in Zentralasien und Pakistan noch stärker zu unterstützen.

Andererseits ist es der al-Qaida gelungen, einen zerstörerischen Angriff im Herzen Amerikas zu verüben, womit sie der amerikanischen Psyche ein tiefgreifendes Trauma zugefügt hat: ein starkes Gefühl von Unsicherheit und Angst in der mächtigsten Macht der Welt. Sie hat auch die Kosten für die Sicherheit in den USA enorm in die Höhe getrieben. Al-Qaida hat sie zu Überreaktionen getrieben und ihr die islamische Welt noch mehr entfremdet. Usama Bin Laden, der »tot oder lebendig« vom amerikanischen Präsidenten gesucht wurde, scheint sehr lebendig zu sein. Er bespricht Tonbänder, die Furcht und Schrecken in die Herzen der Amerikaner und des Westens jagen. Trotz großer materieller Verluste scheint Usama Bin Laden den psychologischen Krieg gewonnen zu haben. Das geht soweit, dass T-Shirts mit seinem Konterfei in einigen Ländern zu einem beliebten Symbol bei Jugendlichen, Muslimen und Nicht-Muslimen, geworden sind. Der Kampf gegen den Terrorismus ist im wesentlichen ein Kampf um die Köpfe und Herzen. Präsident George W. Bush ist dabei, durch fehlerhaftes Handeln und Unterlassungssünden diesen Krieg gegen Usama zu verlieren.

Der zweite Krieg gegen den Irak (2003) hat den Zorn der Muslime gegen die USA und ihre westlichen Verbündeten noch weiter verstärkt und ihre Gefühle radikalisiert. Wahrscheinlich wird er die Reihen der Militanten und Terroristen weiter anwachsen lassen. In der unmittelbaren Zukunft wird dieser Krieg im wesentlichen die Feindseligkeit in den Beziehungen zwischen der muslimischen Welt und insbesondere den USA definieren, mit Ausnahme der Palästinafrage. Je nachdem wie sich die Lage im Irak unter amerikanischer Besatzung entwickelt, könnten die Auswirkungen für beide Seiten katastrophal werden, vor allem aber für die USA.

Doppelte Maßstäbe als Provokation

Die muslimische Haltung gegenüber den USA wird von mehreren Faktoren bestimmt. Die USA haben ihre politische Strategie mit der Behauptung gerechtfertigt, Irak sei eine Bedrohung für seine Nachbarn und für die USA selbst und verfüge über Massenvernichtungswaffen. Die USA und ihre Verbündeten haben aber weitere UN-Waffeninspektionen für sinnlos erklärt und abgelehnt. Sie bestanden auf einen Regimewechsel und strebten angeblich die Befreiung Iraks von seinem »bösen« Herrscher an, um eine Demokratie im Land aufzubauen. Wie viele überall auf der Welt wunderte sich die Mehrheit der Muslime, warum, wenn der Irak so eine Bedrohung darstellte, es die USA waren, die besorgt waren, und nicht seine Nachbarn. Die UN-Inspektoren untersuchten gerade – und mit Aussicht auf Erfolg – den Vorwurf, Irak besitze Massenvernichtungswaffen. Sie machten Fortschritte, wenn auch schleppend. Warum also nicht den Inspektoren erlauben weiterzuarbeiten, bis klar sein würde, ob der Irak über Massenvernichtungswaffen verfügt?

Wie in Kapitel Fünf bereits dargelegt, fühlt sich die arabische und islamische Welt dadurch provoziert, dass auf der einen Seite Iraks mögliche Nicht-Befolgung von UN-Resolutionen im Laufe der letzten zwölf Jahre mit einem schnellen, umfassenden Krieg bestraft wird. Auf der anderen Seite missachtet Israel seit vier Jahrzehnten UN-Resolutionen, und die Unterdrückung in Palästina wird noch immer mit Militär- und Finanzhilfen sowie offener politischer Unterstützung belohnt.

Die muslimische Welt sieht auch andere Fälle von eklatanter Doppelzüngigkeit, doppelten Maßstäben und Widersprüchlichkeit in der Haltung der USA. Sie vergleicht Washingtons Vorgehen im Irak mit dem gegenüber Nordkorea, das zugegeben hat, bereits Nuklearwaffen zu besitzen, Raketen-tests durchgeführt und die UN-Beobachter aus dem Land getrieben hat. Hier sagt die Bush-Administration, Diplomatie sei immer noch die geeignete Antwort. Die muslimische Welt zieht daraus den Schluss, dass Irak aus einer Reihe anderer Gründe ins Visier genommen wurde: Für die USA handelte sich um eine »offene Rechnung«; Irak ist ein muslimisches Land; es besitzt die zweitgrößten Erdölreserven der Welt; es hat das größte Potential in der arabischen Welt, um gegen Israel vorzugehen; die Besetzung Iraks ist wahrscheinlich Teil eines größeren Plans, der die strategische Kontrolle über den Nahen Osten und Zentralasien anstrebt.

Wie die übergroße Mehrheit der Länder und Völker dieser Welt sahen die Muslime diesen Krieg gegen den Irak unter Führung der USA als vollkommen unnötig an, als ungerecht und ohne jegliche Legitimation, da der Einsatz von Gewalt nicht vom UN-Sicherheitsrat autorisiert wurde. Die neue US-Doktrin der »vorbeugenden Schläge« (pre-emptive strikes, nach der neuen »Nationalen Sicherheitsstrategie der USA« vom September 2002) wird in den meisten muslimischen Ländern verurteilt. Auch wenn ihre Regierungen das anders sehen mögen, betrachten viele Völker die USA als eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Ordnung, da sie das Völkerrecht und die internationalen Normen missachten, wenn sie nicht ihren eng definierten Hegemonialinteressen entsprechen.

Hier ist die Feindseligkeit nicht gegen den Westen insgesamt gerichtet, da viele westliche Länder und Völker auch gegen den Krieg waren. Sie richtet sich nur gegen die USA und ihre Verbündeten. Auch in dieser Hinsicht hat der Krieg gegen Irak das Bild des Westens in der muslimischen Welt verändert. Er (der Westen) wird nicht länger, zumindest in dieser wichtigen Frage, als einheitlicher Block und gleichmäßig feindselig gegenüber muslimischen Interessen angesehen. Immerhin standen eine Reihe wichtiger Staaten im Westen – wie Frankreich und Deutschland – und viele Menschen in der gesamten westlichen Welt zur Verteidigung einer gemeinsamen Sache auf der Seite der muslimischen Welt. Auch sie teilten das Gefühl von Ohnmacht und

Hilflosigkeit, das die muslimische Welt angesichts der erlebten Ungerechtigkeit durch die amerikanische Politik bereits lange kennt.

Muslimische Empfindungen gegen die USA

Die gegen die USA und ihre Verbündeten gerichteten negativen Gefühle in der islamischen Welt haben mit Beginn des Angriffs auf den Irak enorm zugenommen. Der Krieg wurde als nicht gleichberechtigt und als ungerecht betrachtet, da ihn die am furchterregendsten und am höchsten gerüstete Nation der Welt gegen ein Land geführt hat, dem man die meisten seiner Waffen genommen hatte und das nicht mehr in der Lage war, sich zu wehren. Die Bombardierungen und Schläge gegen die irakischen Städte und ihre Bevölkerung, auch die amerikanische Besatzung, hinterlassen unauslöschliche Spuren in der arabischen und islamischen Welt. Sie beleben Schreckensbilder aus dem Golfkrieg von 1991 wieder.

Die USA und ihre Koalitionspartner glauben, dass die Feindseligkeit der Muslime kurzlebig ist, weil der Krieg so schnell vorbei war. Sie wird vergehen, meinen sie, weil Saddam gestürzt wurde. In der islamischen Welt und andernorts ist man anderer Auffassung. Die Erwartung, dass der Zorn über die massive Zerstörung, die vielen Todesopfer und die zahlreichen Verletzten vergehen wird, ist unrealistisch. Es ist eher wahrscheinlich, dass im Gefolge des Krieges die amerikanische Besatzung und Verwaltung im Irak nicht akzeptiert, sondern für lange Zeit negative Gefühle mobilisieren werden.

Aber es ist immer das gleiche Schema erkennbar: Während die muslimischen Bevölkerungen vereint die US-Politik ablehnen, verhalten sich ihre Regierungen anders. Staaten wie Kuwait, Katar, Ägypten, Saudi Arabien und Jordanien unterstützten, offen oder insgeheim, die USA. Andere wiederum, wie Syrien und Libyen, lehnen die US-Politik vehement ab. Man kann es als einen Glücksfall bezeichnen, dass auch der Westen über die Frage eines Krieges gegen den Irak ganz und gar gespalten ist. Sonst wäre die Kluft zwischen dem Westen und der muslimischen Welt noch offenkundiger und noch gefährlicher.

In den islamischen Ländern, die offen oder versteckt den Angriff unter amerikanischer Führung unterstützten, hat der Krieg gegen den Irak die

Spannungen zwischen den Regierungen und der Bevölkerung eskalieren lassen. Eine Ausnahme bildet Kuwait, wo Regierung und Bevölkerung grundsätzlich gegen das Saddam-Regime vereint waren. Diese Entfremdung wird weiter wachsen, wenn bestimmte Gruppen in der irakischen Bevölkerung den Kampf gegen die amerikanische Besatzung fortsetzen oder intensivieren. In einem worst case scenario werden einige arabische Regierungen nicht an der Macht bleiben können. Entweder müssen sie Reformen einleiten, oder sie brechen zusammen.

Die amerikanische Besatzung und Kontrolle über den Nachkriegs-Irak durch eine willige irakische Regierung, gekoppelt mit der strategischen Hegemonie der USA über Afghanistan und Zentralasien, könnte in Washington als bedeutender strategischer Sieg wahrgenommen werden. In großen Teilen der islamischen Welt und auch in vielen anderen Ländern wird dies als Beispiel aggressiven amerikanischen Hegemoniestrebens im 21. Jahrhundert auf bittere Ablehnung und Feindseligkeit stoßen. Die Feindseligkeit wird noch weiter wachsen, wenn die USA nach anderen »Iraks« im Nahen Osten Ausschau halten. Was die Bush-Administration für eine Sternstunde Amerikas hält, könnte sich in seinen schlimmsten Alptraum verwandeln, der Anfang vom Ende der amerikanischen Überlegenheit und seines Ansehens in der Welt.

Der 11. September, der Krieg gegen den Terrorismus und der militärische Angriff gegen den Irak sind deshalb bedeutende Meilensteine in der gegenwärtigen Entwicklung der Beziehungen zwischen der islamischen Welt und dem Westen. Die Ereignisse fügen diesen Beziehungen großen Schaden zu, trotz der Spaltungen sowohl im Westen als auch in der islamischen Welt, vor allem über die Lage im Irak. Wegen der überwältigenden Macht der USA scheint es nur wenige geeignete Maßnahmen zu geben, die ergriffen werden könnten, um die rasch sich verschlechternde Situation zu steuern. Obwohl äußerer Druck nötig und entscheidend ist, wird es letzten Endes nur einer zunehmend skeptischer werdenden Bevölkerung in Amerika selbst möglich sein, ein Gegengewicht zu den wachsenden Exzessen amerikanischen Hegemoniestrebens zu bilden, indem sie in Washington einen Wechsel in der Administration und ihrer Politik herbeiführt.

Wohin gehen wir von hier aus?

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Dieser Bericht hat gezeigt, dass die Geschichte der Beziehungen zwischen der islamischen Welt und dem Westen mit der schweren Bürde vergangener Feindschaften belastet ist. Aber diese Geschichte weist zugleich einen großen Reichtum friedvollen Zusammenwirkens auf. Wir können auf eine aufregende Folge von Ereignissen blicken, die die komplexe Natur dieses Austauschs offenbart. Einerseits ist es eine Geschichte des Blutvergießens, in deren Verlauf Tausende auf beiden Seiten im Namen des Glaubens getötet wurden. Andererseits ist diese Geschichte reich an Beispielen für Zusammenarbeit in den Bereichen Philosophie, Kunst und Technologie.

Bitternis und Konflikte kennzeichnen die heutigen Beziehungen zwischen der islamischen Welt und dem Westen. Die Sprache ist vielleicht ein gutes Beispiel, wie lebendig die Begrifflichkeit der Kreuzzüge noch immer ist. Diese Sprache existiert nicht nur als historischer Topos, sondern wurde im Laufe der Geschichte durch die, die die Macht innehaben oder sie anstreben, immer wieder neu evoziert. Damit konnten sie die eigene Dialektik des Hasses ständig aufs neue entfachen. Das augenscheinlichste Beispiel der Gegenwart für die Wiederbelebung vergangener Ideologien und Begrifflichkeiten ist die bekannte Aussage von US-Präsident George W. Bush, mit der er den jetzigen sogenannten »Krieg gegen den Terrorismus« einem Kreuzzug gleichsetzte.

Die negative Wahrnehmung der Beziehungen zwischen der islamischen Welt und dem Westen kann jedoch nicht auf eine Frage der Semantik reduziert werden. Man muss diese Beziehungen als Teil eines Prozesses sehen, in dessen Verlauf auf komplexe Weise gewisse Vorstellungen konstruiert werden. Mit anderen Worten – diese bittere Geschichte hat verschiedene (meist negative) Bilder des Anderen hervorgebracht, die häufig von der Realität weit entfernt sind. Ein solcher Prozess der Schaffung von Zerrbildern oder Stereotypen ist nie eine Einbahnstraße. Er vermehrt nur den Hass, der die Ursache für seine Entstehung war. Bis zu einem gewissen Grad hat die ver-

zerzte Darstellung des Islam als einer unoriginellen, ungültigen und falschen Religion im Westen viel mit dem ach so beliebten orientalistischen Diskurs in der westlichen akademischen Welt zu tun. Ein Grund ist vielleicht, dass der Islam in der Regel als etwas projiziert wurde, was »außerhalb« des Vertrauten, Bekannten und Akzeptierten liegt. Den grundlegenden Annahmen orientalistischen Denkens scheint die kritische Analyse zu fehlen.

Der Orientalismus ist aber nur ein Aspekt, der dazu beigetragen hat, solche falsche Vorstellungen vom »Anderen« im Westen zu perpetuieren. Der Aufstieg der Strömungen, die heute unter der Bezeichnung »Fundamentalismus« firmieren, hatte negative Auswirkungen auf das tolerante, plurale Erbe in der islamischen Welt. Die Geburt dieser extremen Tendenzen versetzte dem dortigen Modernisierungsprozess einen heftigen Schlag. Im vergangenen Jahrzehnt haben diese extremistischen Tendenzen, verstärkt durch die Konflikte in Bosnien, im Kosovo, in Kaschmir, Palästina und dem Irak, die sensible Situation noch komplizierter gemacht.

Aber die Probleme in den westlich-muslimischen Beziehungen entspringen nicht nur den Wahrnehmungen und der Ideologie, sondern haben auch politische Ursachen. Durch das Scheitern der westlichen Welt, das Palästina-Problem (das sie selbst geschaffen hat) zu entwirren und auf eine gerechte, ausgewogene und nachhaltige Art und Weise zu lösen, wird immer wieder Öl in das Feuer der Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt gegossen. Die Ablehnung, politischen Druck auf Israel auszuüben, um eine annehmbare Lösung dieser Frage zu erreichen, wird die vorhandene Kluft vermutlich vertiefen und auf beiden Seiten mehr Feindseligkeit hervorbringen. Die einzige Lösung, die die islamische Welt akzeptieren würde, ist nicht weniger als die Erfüllung der UN-Resolutionen, die eine wirkliche palästinensische Unabhängigkeit und die Anerkennung des Rechts auf Rückkehr der Flüchtlinge beinhalten. Nur wenn eine solche Lösung erreicht worden ist, wird der Nahe Osten aufhören, ein Nährboden für Zusammenstöße und Konfrontationen zwischen der islamischen Welt und dem Westen zu sein und sich möglicherweise in einen Brennpunkt für Frieden und globale Kooperation verwandeln.

Die Anschläge vom 11. September und ihre Nachwirkungen haben die Kluft der Missverständnisse und Konflikte weiter vergrößert und die Mög-

lichkeiten für einen friedlichen Austausch zwischen dem Westen und der islamischen Welt reduziert. In gewisser Weise sind die Bemühungen der Zivilgesellschaft, in der Phase nach dem Kalten Krieg auf verschiedenen Wegen Menschen zueinander zu führen, mit dem Einsturz der Türme des World Trade Centers zerstört worden.

Diese kriminellen terroristischen Akte liefern zweifellos gewichtige Gründe zur Besorgnis, sie sollten aber keine dauerhaften Verfolgungsgedanken im Diskurs nach sich ziehen. Die westlichen Länder im allgemeinen und die Vereinigten Staaten im besonderen scheinen jedoch genau in diese Falle hineingeraten zu sein. Das Gefühl der Verfolgung, das eine versteckt lauende Gefahr gegen ihre Interessen und Sicherheit wittert, hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Noch einmal ersetzte die Sprache des Hasses plötzlich die Stimme der Vernunft. Die unverschämten Äußerungen, die viele in den USA, einschließlich des amerikanischen Präsidenten George W. Bush, gemacht haben, sind nur eine Spielart dieses traurigen Niedergangs in den Beziehungen zwischen beiden Welten. Die Schlagkraft des »Krieges gegen den Terror« ist beinahe zu einem Werkzeug verkommen, das rücksichtslose Handlungen gegen andere Nationalstaaten rechtfertigt, ohne jedes Gefühl einer Verpflichtung oder Achtung vor dem Internationalen Recht oder den Vereinten Nationen.

Die Anschläge des 11. September und darauf folgende Ereignisse haben nicht nur die bereits gespannten Beziehungen zwischen beiden Seiten verschlechtert. In gewisser Weise haben sie die Machtpolitik des Kalten Krieges wiederbelebt. Noch einmal hat die Welt erlebt, wie die Vereinigten Staaten und der Westen autokratische Regimes und Diktatoren, die vorher völlig inakzeptabel waren, stützen. Alle Bemühungen, die in der Phase nach dem Kalten Krieg unternommen worden waren, durch konzertierte Anstrengungen der Zivilgesellschaft die Demokratie in vielen islamischen Ländern zu beleben, wurden in ihr Gegenteil verkehrt.

Die finanzielle und militärische Abhängigkeit der islamischen Welt von den westlichen Mächten und die Anerkennung und Aufrechterhaltung korrupter, undemokratischer Regimes durch die westlichen Staaten erzeugen ein Paradigma weiterer Entmachtung. Die schlechte Regierungsführung und der Mangel an Entwicklung, die immer schon die Beziehungen zwischen der

islamischen Welt und dem Westen belastet haben, ist durch die erneute Stabilisierung dieses Paradigmas der Entmachtung, das die Menschen in der islamischen Welt in der Ära nach dem Kalten Krieg begannen zu hinterfragen, noch komplizierter geworden.

Die Invasion des Irak durch die amerikanisch geführten Truppen hat bereits begonnen, den Beziehungen zwischen beiden Seiten fast nicht wieder-gutzumachenden Schaden zuzufügen. Auf dramatische Weise versorgen die Vereinigten Staaten die extremistischen Kräfte in der Region mit Zündstoff und zeigen damit im Umgang mit der Außenwelt ihren gewohnten Mangel an Phantasie.

Die Frage der Beziehungen zwischen dem Westen und den islamischen Ländern ist eine komplizierte und komplexe und kann nicht durch schnell-lebige Lösungen geregelt werden. Die Last der Geschichte wiegt zu schwer, der Mangel an politischem Willen auf beiden Seiten ist viel zu deutlich. Aber trotz allem – der einzige Weg ist, sich nach vorn zu bewegen, da der Westen und die islamische Welt nicht nur geographisch miteinander verbunden, sondern auch historisch ineinander verwoben sind. Eine gemeinsame Basis zu finden, um für eine positivere Zukunft zusammenzuarbeiten, ist der einzige Weg nach vorn.

Empfehlungen

Das Folgende stellt nur einen Teil der Empfehlungen und Vorschläge dar, die die vorangegangenen Kapitel dieses Berichts aufgeworfen haben. Wir meinen nicht, dass sie das endgültige Gegengift oder das ultimative Heilmittel für alle Probleme zwischen der islamischen und der westlichen Welt sind. Aber wir bieten sie als erste Vorschläge und Richtlinien auf dem Weg zu einer verbesserten und gesünderen Interaktion zwischen diesen beiden großen Gemeinschaften an.

1. Es sollten mehr Möglichkeiten für Forschung und Kooperation zwischen muslimischen und westlichen Wissenschaftlern im Bereich der politischen Debatte, der Kultur, der Geschichts- und Religionswissenschaften geschaffen werden, um gegenseitiges Verstehen, Toleranz und eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zu fördern. So sollte der akademische Aus-

tausch zwischen den islamischen und den westlichen Ländern verstärkt werden; kulturell relevante Kurse sollten in die jeweiligen Austauschprogramme integriert werden. Institute und Netzwerke sind zu errichten, um diese Aktivitäten zu unterstützen.

2. Forschungsinstitute sollten Sonderprogramme für gemeinsame Forschungsvorhaben ins Leben rufen, die die gegenseitigen Vorstellungen von der jeweils anderen Kultur untersuchen, um zur Beseitigung der vorhandenen Zerrbilder beizutragen.

3. Die gemeinsame Durchsicht und Auswertung von Schulbüchern und Universitätslehrbüchern auf beiden Seiten sollte in Bezug auf Geschichte, Kultur, Religion, Wertesystem und der gesellschaftlichen Wirklichkeit der jeweils anderen Seite, angegangen werden. Diese Aufgabe ist unabhängigen Expertengruppen zu übertragen.

4. Vermehrte Möglichkeiten für verstärktes interkulturelles Training der Multiplikatoren und Lehrer sollten geboten werden. Eine Untersuchung der vorhandenen interkulturellen Trainingsprogramme in Europa sollte durchgeführt werden, um das Modell zu bestimmen, das am ehesten geeignet ist, im Rahmen der westlich-islamischen Beziehungen eingesetzt zu werden.

5. Projekte zur Verbesserung der Medienberichterstattung über die andere Seite und Bemühungen, eine ausgewogenere, professionelle und objektive Berichterstattung anzuregen, sollten initiiert werden.

6. Austausch unter den Medien sollte gefördert werden, indem die vorhandenen Austauschprogramme für Journalisten verbessert und erweitert werden. So sollten z.B. öffentlich-rechtliche Sendeanstalten wie die Deutsche Welle tägliche oder wöchentliche Formate für muslimische Intellektuelle bereithalten, um unabhängige Programme über und für die islamische Welt zu entwickeln.

7. Interkulturelle Initiativen sollten im Bereich des Dokumentarfilms ins Leben gerufen werden, um alternative Vorstellungen von der anderen Kultur zu fördern. Solche Programme sind bereits mit Erfolg in Großbritannien durchgeführt worden und könnten als Modell dienen.

8. Die Konferenz Islamischer Staaten (OIC) sollte eine Gruppe bedeutender Persönlichkeiten zusammenstellen, die eine umfassende Untersuchung über die Herausforderungen erarbeitet, mit denen die islamische Welt kon-

frontiert ist und die die notwendigen Maßnahmen, sie erfolgreich zu bewältigen, vorschlägt.

9. Internationale islamische Institutionen wie die OIC sollten eine aktivere Rolle spielen bei der Erstellung ihrer eigenen Untersuchungen über die grundlegenden Probleme in den ärmsten Ländern und die Korrekturmaßnahmen, die dagegen ergriffen werden sollten. Diese Studien könnten auf bereits vorhandenen aufbauen und mit Hilfe internationaler Organisationen wie der Weltbank und des UNDP erstellt werden. Die Initiative für diese Bemühungen sollte von den leitenden Gremien dieser islamischen Institutionen selbst ausgehen.

10. Die reicheren und effizienteren Volkswirtschaften in der OIC sollten selbständig, aber auch zusammen mit der internationalen Gemeinschaft, arbeiten, um Hilfe für die ärmeren Länder zur Verfügung zu stellen. Diese Hilfe könnte Entwicklungsprogramme, sowie technologische und medizinische Unterstützung umfassen. Das Präsidium der OIC und ihr Büro könnten dieses Vorhaben initiieren.

11. Eine konzertierte Anstrengung sollte von den islamischen Ländern unternommen werden, um die Defizite ihrer eigenen Regierungsführung anzugehen. Wichtige Bereiche, die einer sofortigen Änderung bedürfen, sind politische Partizipation, Achtung der Menschenrechte, Wirtschaftsreformen, Reform des Erziehungswesens und der öffentlichen Dienstleistungen und die Beseitigung der Korruption. Diese Anstrengungen sind entscheidend und notwendig, wenn die islamischen Länder sich stärken und das Wohl ihrer Bewohner verbessern wollen. Diese Bemühungen müssen national gesteuert werden. Sie werden dort nicht einfach sein, wo die Regierungen wenig Engagement zeigen und die Ressourcen begrenzt sind.

12. Die islamische Welt muss sich enger zusammenschließen und bemühen, Zusammenschlüsse wie die Arabische Liga, den Golfkooperationsrat und die OIC in einheitlichere, entschiedenerere und leistungsorientiertere Einrichtungen zu verwandeln. Solange sie sich nicht in glaubwürdige Institutionen verwandelt haben, werden sie wenig tun können, um das Allgemeinwohl in allen Bereichen zu schützen und zu fördern.

13. Konzertierte Bemühungen der islamischen Länder sind nötig, um die politischen und sozioökonomischen Wurzeln von Militanz und Terrorismus

vor Ort anzugehen. Diese Wurzeln könnten unter anderem in extremer Armut und Verlust, der Marginalisierung von Minderheiten, der Unterdrückung, dem Mangel an politischer Partizipation und den Verletzungen der Menschenrechte liegen.

14. Die islamische Welt und Europa sollten eng zusammenarbeiten, um die Bemühungen zur Beseitigung der Ursachen des internationalen Terrorismus zu verstärken.

15. Europa und die islamische Welt müssen ihre Initiativen intensivieren, um eine Lösung der Palästinafrage, die gerecht, ausgewogen und nachhaltig ist, auf der Grundlage der diesbezüglichen UN-Resolutionen zu erreichen. Die friedliche Lösung der Palästinafrage ist dringend, weil sie zur Zeit die wichtigste Einzelfrage ist, die als treibender Faktor für den muslimischen Zorn und die muslimische Entfremdung gelten kann.

16. Regelmäßige Two-Track Dialoge sollten initiiert werden, um den offenen und produktiven Meinungs austausch über wichtige Fragen zu fördern, welche die Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt betreffen. Unter den Teilnehmern sollten wichtige Entscheidungsträger als Privatpersonen teilnehmen, sowie Akademiker, Intellektuelle und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft. Die Initiative kann jeweils von einem Institut in Europa ausgehen (so z.B. dem Institut für Auslandsbeziehungen, ifa, in Deutschland), im Nahen Osten (z.B. vom Palästinensischen Institut für Demokratiestudien, MUWATIN) und in Südostasien (z.B. vom Institut für Strategische und Internationale Studien – ISIS – in Malaysia).

17. Zusammenarbeit und Netzwerkbildung unter Bürgerbewegungen und grenzübergreifenden Organisationen der Zivilgesellschaft sollten als mächtige moralische und politische Kraft für Frieden und gegen Krieg aufrechterhalten und gestärkt werden.

18. Europa und die islamische Welt sollten enger zusammenarbeiten, um ihre Bemühungen für die Erhaltung und Förderung des Multilateralismus zu koordinieren. Die Vereinten Nationen und das Internationale Recht sollten die einzig legitime Grundlage für die Steuerung von Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene sein.

Vitae

Salwa Bakr

geboren 1949. Tätigkeit als Theater-, Film und Literaturkritikerin in Zypern und Libanon. Lebt als Schriftstellerin in Kairo. Schwerpunkte: Benachteiligung von Frauen, soziale Ungerechtigkeit. 1993 erhielt sie den Arabischen Literatur-Preis der Deutschen Welle. Veröffentlichungen u.a.: »Atijas Schrein«, 1992; »Die einzige Blume im Sumpf«, 1994; »Der goldene Wagen fährt nicht zum Himmel«, 1997.

Basem Ezbidi

geboren 1960. Professor für Politikwissenschaft an der An-Najah National University in Nablus/Palästinensische Autonomiegebiete. Schwerpunkte: Westliches politisches Denken, die Politik und Politisches System in den Vereinigten Staaten. Autor diverser Veröffentlichungen auf Arabisch und Englisch, u.a. »Korruption in Palästina«, 2001, »Politische Kultur in Palästina«, 2003, »Die Rolle von Menschenrechtsorganisationen zur Erreichung von Rechtssicherheit in Palästina«, 2004.

Dato' Mohammed Jawhar Hassan

geboren 1944. Direktor des Institute of Strategy and International Studies (ISIS) Malaysia, einem führenden NGO-Think Tank der Region. Bis 1990 war er im Diplomatischen Dienst und in diversen Ministerien der Regierung in Malaysia tätig. Schwerpunkte: Internationale Beziehungen, Sicherheit und Staatenbildung. Veröffentlichungen u.a.: »Confidence and Security-Building Measures: Their Applicability Outside of European Contexts«, 1991; »Managing Security in Southeast Asia: Existing Mechanisms and Processes to Adress Regional Conflicts«, 1993; »The Nexus Between Democracy and Stability: The Case of Southeast Asia«, 1996.

Fikret Karcic

geboren 1955. Professor an der Fakultät für Islamische Studien in Sarajewo und an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Sarajewo. Schwerpunkte: Geschichte des islamischen Rechts und islamischer Institutionen im post-osmanischen Balkan, muslimische Minderheiten und moderner Islam. Veröffentlichungen in Bosnisch, Arabisch, Türkisch und Englisch u.a.: »A History of Islamic Law«, 1987; »The Social and Legal Aspect of Islamic Reformism«, 1990, »Studies in Islamic Law«, 1997.

Hanan Kassab-Hassan

geboren 1952. Bis 2003 Professorin an der französischen Fakultät und an der Fakultät der schönen Künste der Universität Damaskus sowie an der Saint Joseph University Beirut. Veröffentlichungen u.a.: »Exercises about Improvisation and Text Analysis in Theatre«, 1988 (mit Marie Elias); »Dictionary of Theatre, Terms and Concepts of Drama and Performing Arts«, 1997 (mit Marie Elisa). Übersetzungen ins Arabische u.a. von: »Les Bonnes« von Jean Genet, 1991; »Dans la solitude des champs de Coton« von B.M. Koltès, 2002. Beraterin und Koordinatorin für Kulturveranstaltungen des Französischen Kulturzentrums in Syrien und seit 2002 Autorin von Artikeln für www.babel-med.net (gefördert durch die Europäische Union).

Mazhar Zaidi

geboren 1973. Journalist und Filmemacher aus Pakistan. Seit Januar 2003 arbeitet er für die BBC in London. Zahlreiche Veröffentlichungen und Filmdokumentationen über Pakistan. Schwerpunkte: Religiöse Intoleranz und Minderheitenrechte in Pakistan.

Europäisch-islamischer Kulturdialog

**THE
WEST
AND THE
MUSLIM
WORLD**

A Muslim Position

Alois Graf von Waldburg-Zeil
President of the Institute for Foreign Cultural Relations

Preface

For many years now, dialogue with the Muslim world has formed a fixed part of German foreign cultural and educational policy. Encouraging dialogue is therefore both the duty and mission of the Institute for Foreign Cultural Relations (ifa); over the last decade, the latter has made a special contribution in this regard, specifically with its German-Arab media dialogues, its Central Asian conferences for journalists and experts, not to mention its exhibitions of German art.

In the wake of September 11, 2001 it seemed necessary to redefine the basis for such dialogue. Thus it was that in October 2002 the ifa invited scholars, writers, journalists and representatives of NGOs from the Islamic world and from Germany to attend a conference at Neuhardenberg Castle.

As a first step, the conference recommended that a group of intellectuals from the Muslim countries be appointed to document their particular views on the core problems facing relations to the West and in this way to appraise the current state of affairs. The results are published in the present volume. I am of the opinion that a new dialogue can only be initiated with all partners to it being treated as equals if the West is prepared to heed this appraisal and think long and constructively about the criticisms it voices and the proposals it makes.

The Neuhardenberg convention revealed that the process of dialogue between the cultures requires a broad learning process beyond the bounds of ostensibly proven diplomatic discussions and other such ritual dialogue. I hope that over and above the present appraisal ifa will succeed in moving this exciting and challenging approach forwards by means of further joint activities. May the view of dialogue underpinning the ifa-Forum *Dialogue and Mutual Understanding* contribute successfully to the different cultures of our world coexisting under conditions less determined by crisis!

Dr. Jochen Hippler, University of Duisburg-Essen
Barbara Kuhnert, Institute for Foreign Cultural Relations

Foreword

Relations between the Muslim world and the Western countries are in crisis. Currently the outlook on both sides is shaped by prejudices, terrorism and war, even if in the past there have been intense phases of fruitful interchange. The September 11 attacks and the wars in Afghanistan and Iraq have had such an emotionalizing impact that they have attracted almost all the attention. It would be overly schematic or indeed nonsensical to try and derive the difference between the cultures and religions from some natural, pre-given animosity on both sides. Yet there can be no overlooking the fact that beneath the level of cooperation between Western governments and most of their counterparts in the Muslim countries, the relations between both sides is now characterized by conflict and mistrust. The source of these problems is threefold: the different interests involved, actual policies, and cultural and psychological factors.

It is manifestly extremely difficult to bring the differences in interests and policies of the various governments involved into line with one another in the short or medium term in an effort to overcome the crisis in relations. For this reason, the last decade saw the endeavor to kindle a »dialogue of cultures« in which actors in civil society, culture and politics all participated, to ease at least the political-psychological situation and to help reduce mutual prejudices. At the micro-level, such undertakings have repeatedly generated useful results, but they have not noticeably influenced the macro-context of confrontation. On the one hand, this is because the source of the conflicts is not solely or primarily to be found at the psychological level, but in very real political and historical experiences: bloody terrorist attacks or the Iraq War cannot simply be dispelled by dialogue. What is striking is that the actual opportunities for dialogue are in fact not fully used, and the efforts to foster intellectual, cultural, religious and political interchange are frequently only half-hearted or inadequate. Not every essentially meaningful »dialogue event« has led to real dialogue, to the willingness to listen to the other side and find a mutual basis for understanding. Not infrequently, the events remained meetings that served as alibis for the real thing, featuring ritual professions of good will, propaganda for one's

own respective position, and the superficial exchange of courtesies. Such efforts have no doubt rarely done any harm, but they have likewise hardly been of much benefit. Both sides have admittedly been prepared to participate in joint seminars and meetings, attend speeches, contribute to publications, but all too frequently they have avoided any actual open dialogue. It is therefore not very astonishing that this kind of »dialogue« is now often greeted with boredom or cynicism all round.

Given the complex and often confrontational relations between Western and Muslim-influenced societies, and despite mixed experiences to date, a dialogue with the goal of fostering better understanding of each other should not be abandoned but instead strengthened. This gives rise to the question as to the approaches best taken to render such a dialogue effective and fruitful. Such a form of interaction is indeed possible, but requires that all sides show greater openness and make greater efforts. Conceptually speaking, for example, the following aspects should be taken into consideration:

- It must be accepted that »Western-Muslim dialogue« can essentially not be a dialogue (i.e., an exchange between two sides), but must on both sides integrate a large number of mutually contradictory actors and positions if it is to be meaningful. Any reduction otherwise on both sides will fail to do justice to the complex realities of Western and Muslim societies and will all too easily lead to ritualization and schematic discussions. If we do not accept the plurality of our own side and of the other side, then the interchange between cultures and societies will come to an end before it even got going: in the intellectual and political straightjacket of a false political and intellectual bipolarity »dialogue« ends in a cul-de-sac.
- Nor can interchange with the goal of better mutual understanding succeed if initiated under the sign of preaching and the respective intention is to convert the other side or lecture them. What is needed is a culture of discussion based on listening – not some automatic approval of the opinions of the others, but instead the willingness to take note of those opinions and take them seriously. There is a trend all round to an overt or covert stance of knowing things better, a stance that often only takes heed of the other side's statements if they fit (positively or negatively) into your own existing

view of the world. Yet one precondition for any dialogue is a willingness to ponder over unfamiliar hypotheses even if you consider them strange, dubious or wrong.

- Dialogue is only possible if both sides desist above all from pointing the finger at each other and from presuming that their own ways of thinking and practices are self-evident. Anyone who is not prepared as part of intercultural dialogue to take a hard critical look at themselves, their own identity, their own mind blockages, interests and actions, has missed a great opportunity. Dialogue must, in other words, also put up your own ways of thought and intellectual preconditions for debate.
- This should not be understood to mean that the arguments put forward by other participants in the discussion be simply adopted uncritically and without careful assessment, or that unpleasant or awful facts simply get brushed under the carpet of »cultural difference«. Self-reflection and critique are central components of any dialogue; what counts is to try and find shared standards that do not solely correspond to your own prejudices and cultural tradition, be this Western or Muslim. Without critique of the other partners in discussion and without the willingness to take note of their objections and critique and reflect on this, the key component of any interchange intended to promote understanding will be lacking. Dialogue requires respect and not pussyfooting.
- A key problem of dialogue is to find the commensurate way to handle the emotional aspects of Western-Muslim relations. Not infrequently, people in Western countries feel threatened by Muslims or by that form of culture strongly influenced by Islam, for all the facts that attest to the massive political, economic and military supremacy of the West. Agitated debates on headscarves or the fear of »cultural foreignization« are the symptoms, spectacular terrorist attacks one of the causes. Conversely, many (secular or re-ligious) Muslims can point to decades or centuries of experiences of suppression and humiliation by the countries of the West, in particular also in the framework of the Palestine conflict, which has left deep psychological scars in their own societies. In both cases, the results are often emotional hurdles that make it harder to listen to each other. Such emotionalization may be counter-productive, it may entail prejudices and clichés, and may

involve a distorted perception of reality. Yet it draws on elements of reality or experiences, even if these are interpreted in a one-sided manner. Now dialogue requires that the fears, reservations, irrational notions and emotional blockages of the respective other side be not immediately taken as a reason to withdraw from discussions – instead, they should be made a subject of discussion. In an atmosphere charged by terrorism and war, it would be too much to demand as the precondition for any dialogue that the other side (and not necessarily one's own side) act in a calm, balanced and purely objective manner. Frequently, the emotionalization stems from real experiences that are not dissipated merely by appealing for an objective tone. For all their own respective emotions, both sides must therefore learn better to tolerate the feelings of the other side, however »one-sided« these may be, and to search for the reasons for and rationalities of their own and the others' emotionalizations. Needless to say, the objective cannot be to accept or even justify all the other side's practices, one-sided approaches and assertions, but to recognize one's own emotionalizations in the first place and to subject them to critical scrutiny, while also not simply taking those of the other side as »natural givens«, but as the product of historical processes, enabling a focus on their »understandable« component.

- Finally, intercultural dialogue should not misunderstand its own reach: it must understand its own limits and conditions, and take these into account. Dialogue can only do an (admittedly important) auxiliary function and cannot of itself solve the crisis in Western-Muslim relations. The latter results after all first and foremost from political, economic and military factors – and these are merely strengthened or weakened by cultural and religious aspects. For this reason, intercultural dialogue must not limit itself to the domain of culture or religion, if it is not to be sidelined in a ghetto and lose its importance. Dialogue must, if it is to have any chance at all, substantially consider the politics and power relations of both sides and discuss these, too.

We would encourage readers to digest the current report on the state of Western-Muslim relations in light of the above remarks. In 2002, the Institute for Foreign Cultural Relations Stuttgart (ifa) initiated a dialogue project, whereby the intention was to try and avoid some of the weaknesses of

earlier initiatives. At first, or so the basic presupposition, the Western, European, German side should simply listen to how independent Muslim intellectuals perceive the problems between the West and the Muslim world, to what they have to tell us. If a real dialogue presumes that both sides listen to each other, then it would seem obvious to start by doing just that ourselves.

Thus, the Institute for Foreign Cultural Relations asked a group of six intellectuals from countries strongly influenced by Islam to put their assessment of the state and problems of Western-Muslim relations to paper to form a report. The group of authors consisted of Ms. Salwa Bakr, a writer based in Cairo (Egypt); Prof. Basem Ezbidi from the An-Najah University in Nablus (Palestinian Territories); Prof. Hanan Kassab-Hassan from the University of Damascus (Syrian Arab Republic); Prof. Fikret Karcic from the University in Sarajevo (Bosnia and Herzegovina); journalist Mazhar Zaidi from Lahore (Pakistan, presently with the BBC in London); and Dato' Jawhar Hassan, Director of the Institute of Strategic and International Studies (ISIS) in Kuala Lumpur (Malaysia). This group of authors then decided for themselves what issues, focal themes and statements their report should contain. The report is being published here in English, Arabic and German. It primarily addresses a Western, European and German audience, but is likewise meant to be accessible to other interested readers (and therefore the version in Arabic).

We hope that it meets with many open-minded, critical, and thoughtful readers interested in dialogue.

The report was written in the period of autumn 2002 to summer 2003.

Salwa Bakr (Cairo, Egypt)
Prof. Basem Ezbidi (Nablus, Palestinian Territories)
Prof. Hanan Kassab-Hassan (Damascus, Syria)
Prof. Fikret Karcic (Sarajevo, Bosnia and Herzegovina)
Mazhar Zaidi (Lahore, Pakistan, currently in London)
Dato' Jawhar Hassan (Kuala Lumpur, Malaysia)

Introduction

This report appears as yet another series of tragic episodes unfolds in the history of the relations between the Muslim world and the West. The attacks of September 11 not only traumatized the US, but marked the beginning of a new era. It was followed by the campaign against international terrorism, the strike against Afghanistan, the war and occupation of Iraq, and US threats against Syria and Iran. Although none of these events were officially carried out by either »Islam« or the »West« as such, but by specific actors from the Muslim and Western worlds, they together contributed to widening the already existing rift between the two sides. The present volatile situation dramatically demonstrates the crucial necessity for both the Muslim and Western societies to comprehend the issues dividing them and the factors leading to misunderstanding, tension, and conflict.

This publication distinguishes itself from others in that it gives a Muslim perspective of the major issues affecting relations between the Muslim world and the West. It embodies the work of six intellectuals and academics; three from the Middle East, one from Europe, one from South Asia, and one from Southeast Asia. These women and men come from different historical, cultural, ethnic, and linguistic backgrounds and also represent diverse disciplines. During the joint work on this report, they surprisingly discovered that they share a remarkable similarity of views regarding some of the primary problems characterizing the relations between the Muslim world and the West, and have common ideas about the measures that could be taken to address and resolve these issues. One way to help narrow the gap between both sides could be through an intensification of interaction and dialogue. It should be noted that in the contemporary Muslim world, characterized by cultural, ethnic and ideological diversity, there is not always full agreement over the characterization and intensity of issues discussed in this report.

Fair and balanced communication and interaction between two sides can energize and enhance the type of understanding that allows for peace and cooperation. However, in order for such dialogue to achieve the intended objectives, it must be based from the outset on the premise that neither side is required to transform its thoughts or behavior. Instead, these must be

allowed to remain useful and legitimate qualities, in the eyes of the other side as well. The question then will cease to be who is better or superior, but who acknowledges and legitimizes the other in their respective pursuit of expressing and manifesting the self, and who does not. This would allow for the respective thoughts and behaviors to be enriched and enhanced. Neither side would need to set aside their beliefs, but must express them in this dialogue, in the hope that they would reveal their nature to one another and that in due course they would find it possible to overcome their differences. Under such conditions, dialogue would probably be able to transform negative perceptions and stereotypes and to substitute animosity and hostility with understanding and cooperation. Serious dialogue and interaction allow not only for present and future tensions and conflicts to be overcome in a peaceful manner, they also enhance stability and development. Thus, it fosters an atmosphere in which good governance (as manifested by democracy) and respect for human rights are more attainable. This report is our attempt to stimulate such a meaningful dialogue.

The authors would like to state their appreciation to ifa for having conceived this important project and making it possible. They would especially like to thank Dr. Jochen Hippler from the the University of Duisburg-Essen, Germany, for his invaluable support.

Chapter One

Clarifying the Context

General remarks on the relationship
between the Muslim world and the West

In the past five decades, seminars, congresses, and political research have mostly focused on the antagonism of the East-West or on the North-South Conflict. Even before September 11, 2001, however, another perception of basic political and cultural contradictions arose – the juxtaposing of the Muslim world and the West, the perception of a »clash of civilizations«. The background to this conflict based on religious and cultural criteria is not only complicated but problematic. One of the reasons for this is the use of ambiguous terminology.

First of all, contrasting the Muslim and the Western world as two opposing and contradictory poles creates a dual interpretation of the relationship that suppresses nuances or exceptions. It basically ignores internal heterogeneity on both sides, it ignores the basic fact that »cultures« and societies are not fixed and permanent entities but in a state of constant change, and it does not take into account the omnipresent *mélange*, the constant overlapping and mixture of cultures.

What is the West? Is it supposed to be a world inhabited by pure Europeans of a common Christian tradition in opposition to the ethnically and religiously different Muslim world? Since Western countries are home to many millions of Muslim migrants from Asia and Africa – many of them holding European citizenship – this division loses its edge. Many of these immigrants have assimilated themselves to the Western way of life and have become part of it. Moreover, Muslim immigrants have influenced Western societies as well. Their traditions, arts and cuisine have gradually become a cultural element of daily life in Europe and the United States. We should also not forget Muslim influences on Western culture in earlier times: science, medicine, philosophy in Europe would not be what they are today without the Arab stimuli through the centuries. Even Greek philosophy – a symbol of »Western Culture« – has been accepted in Europe via

Muslim scholars' works. What is the West for us? Is it Christianity; is it secularism, or atheism? Is it a symbol of power, or economic efficiency? Is it represented by the Enlightenment, by human rights, or by fascism, racism and the holocaust – or by all of these? Is it defined by art and culture, by consumerism or technology? The West does not exist as an entity; it is a vague concept full of contradictions.

By the same token, we cannot speak of a pure and clear-cut Muslim society that is without any influence from Western culture and civilization. Modern communications have even brought Western influences to conservative Muslim societies such as Saudi Arabia. And we should not forget that the Muslim world is as heterogeneous and as much characterized by internal contradictions as is the West.

Is there a clear line that distinguishes the industrialized Western world from the developing Muslim countries? In fact, when the media contrast the West with the Muslim world, the imagery brought to mind in regard to the latter is often that of backwardness, religious fanaticism, repression, and a lack of freedom and human rights, especially for women. The public image becomes even more negative when the current association between Islam and terrorism is added. In the West, Muslims are increasingly being depicted as barbarians, thereby ignoring the important role that their civilization played in the development of humanity.

Although this Western perception might contain true aspects in some respect, it is still an unjust generalization. When it is dwelt upon and circulated daily in the media and by political leaders or conservative intellectuals, it morphs into stereotypes and prejudices. These fuel racist and hostile feelings towards all those who belong to the Muslim world, without any distinction between those who deliberately adopt such violent approaches and those who suffer the consequences at the local level.

There is no clearly defined Muslim world. Trying to define it leads to vague generalities, ignoring the diversity, contradictions and internal conflicts. Calls to establish a »Muslim Nation«, as it were, have not gone beyond the Organization of Islamic Countries. Hence, we cannot claim the existence of a monolithic force named the »Muslim World« that could be regarded as a danger threatening the much more powerful West.

It also is not a geographically defined entity, but a sort of loose combination similar to other groupings established among the non-aligned countries or from the Third World. We could argue that the bond of nationalism is stronger and more common in the Muslim world than that of religion.

This point can be emphasized in the case of countries like Iraq and Iran. They are both Muslim, but have their own national interests and have even fought a long and bloody war. Another example: Iran sided with India in the conflict over Kashmir, rather than with Pakistan, which is also a Muslim country. Many examples demonstrate that political ties and ideologies can override common religious ground.

It is true that the relationship between Muslims and the West seems to be on a collision course, as the violence and wars of the last couple of years seem to prove. But the political and economic situation is much more complex. Intensive trade relations are being maintained between countries of the Muslim world and Europe and the United States of America. Even recognized conservative and religiously legitimized Muslim countries like Saudi Arabia do not have any problem investing their money in the West, cooperating with Western countries and even inviting US soldiers. This indicates that Western-Muslim relations are not primarily driven by religion or ideology, but by self-interest.

The current confrontation

The apparent Western hostility towards Muslim countries is not a result of their religious orientation. The reasons to refuse Turkey's entry into the European Union are economic, including the migration problem, and the non-conformity of its laws with Europe's democratic criteria. Only to a very small degree is Turkey's religion, Islam, a factor. Even the United States, which seems rather antagonistic towards Muslims, is in fact amending its policy towards other nations, ethnic groups and religions in accordance with its strategic interests. For example, the US military intervened in favor of the Bosnian Muslims against the Christian Serbs; and when it declared war against Afghanistan, it wasn't because of Islam or the Muslims, but for geopolitical reasons and in the name of fighting terrorism. Previously the US

had even backed Afghan »mujahedin« and their Jihad against the Soviet Union. Iraq is not an exception, because the US has repeatedly threatened and recently invaded it despite being secular – not because of its Muslim majority, but for political reasons.

One element of the conflict between the Muslim and the Western world arises from the dichotomy of mentalities between the fanatics and the enlightened on both sides. This conflict of open-mindedness and intolerance is not limited to the Muslim world, but exists within most religions. The intolerance represented by fundamentalist Muslim movements is paralleled by a very similar fanaticism among fundamentalist Churches in the United States or the Jewish extremists, both within and outside of Israel. Today we can see how dogmatic religious positions influence international relations. We also notice how they stoke hatred among religions and people within one nation, and on a more global scale among the peoples of the world. Such rancorous feelings cannot be curbed easily, since they contain a form of absolute rejection of the other, viewed as a foe to be eliminated. This is a grave problem that is shared both by Muslim and Western societies.

Significant issues

Relations between the Muslim world and the West are substantially correlated with significant political issues, which primarily include:

- the Palestinian cause and the positions taken by the West towards the Arab-Israeli conflict;
- the Iraqi issue, the war and the occupation of Iraq by US and British troops;
- the potentially dangerous scenarios that are being publicly discussed by US officials, which include plans for further radical changes in the region, including threats against Syria and Iran;
- other miscellaneous problems effecting Muslim regions: the internal struggle for reform in Iran, the Balkan situation (the Kosovo issue and the Albanian – Macedonian conflict), Chechnya, Kashmir, Afghanistan, the Muslims in China, and finally the attempts made by Turkey and the Balkan Muslim states to join the European Union.

In order to realistically understand Muslim-Western relations, it is necessary to point out the differences between the various Western powers. We have to differentiate between the United States and the countries of the European Union, and acknowledge the differences within Europe, such as between those who emphasize their close ties to US policies and follow the US lead on Iraq, and those labeled »old Europe«, who have been reluctant to follow Washington's strategy. The declared foreign policies of France, Germany, and Belgium resisted the US-led war against Iraq and insisted on the decisive role of the United Nations. These policies conflicted with the extreme positions that the United States wanted Europe to adopt. The main political conflict in regard to the Iraq war was not between the Muslim countries and the West, but between the Western countries themselves.

The international equilibrium between the different powers and power blocks has been upset since the collapse of the Soviet Union, and many in the Muslim world (and in the Western world as well) see the policies of this US administration as unilateral, provocative, contradictory and unjust. For its part, Europe should try to restore some kind of international balance. What is needed is the confidence to actually make constructive political decisions in key areas effecting Western-Muslim relations, which would go beyond merely resisting US dominance.

How to break the vicious circle

We seem to have entered a vicious circle of reciprocal violence, which cannot be broken unless there is a fundamental change in Western foreign policy. Serious attempts to revive International Law, which had been ignored and seriously damaged by the US before and during the Iraq war, are urgent. International Law should be the key organizing principle for relations between states. This change in policy would have to be based on a revitalization of the United Nations' role and that of its organizations.

These changes could provide a starting point for reform in the Middle East and Muslim countries in general, which, in the long run, should help develop a culture of non-violence. Although such a conversion may be slow and difficult to achieve, it would be a substantial turn. However, the success

of such a transformation depends on tensions in the region having first been eased through the reduction of domestic oppression. More democracy and freedom is necessary for these people who have long suffered from oppression and neglect, for internal reasons, and to broaden the space for inter-cultural cooperation.

On a political level, the organizations and institutions of civil society should be granted a more significant role. Such institutions could serve as a watchdog over ruling authorities and their political decisions. They could also help empower the efforts of the younger generation to develop their societies politically and economically and thereby help resolve their problems. The strengthening of citizens' and civil society's participation and responsibility could also fill in the ideological void left after the fall or delegitimization of traditional political systems that led to the rise of fanaticism.

Additionally, intellectuals, journalists, teachers and decision-makers in both the West and Muslim countries should strive to strengthen the understanding and feeling of a common human heritage. They could help to spread and deepen common values of tolerance, acceptance of differences, and respect for the individuality of each civilization, each religion and each culture. They should also emphasize the need for dialogue and free expression, by convening meetings for young people and intellectuals, and by establishing institutionalized dialogue centers to dispose of both sides' prejudices and stereotypes.

We should be aware that the experiences of September 11, 2001 and the wars against Afghanistan and Iraq have increased tension between the Muslim and the Western world. Strengthening mutual understanding has become much more difficult and violence seems to have become a more broadly accepted way to deal with each other.

On the other hand, these catastrophic events have also triggered a re-evaluation of our relationship with some sectors of our different societies.

Today, we have begun to witness an opening up of the uptight and regressive attitudes in the Muslim world towards other religions and civilizations. Noteworthy are the numerous statements and publications issued by religious leaders. Recent international conferences dealing with the

question of dialogue between religions and cultures may ultimately lead to better understanding. Within this context, the Pope's distinctive position towards the war against Iraq, and the positive reactions it received in the Arab world, must be noted as a positive trend.

We may hope that one of the positive side-effects of September 11 is that because of its shocking and highly emotional character it led to a rethinking and revision of our values and concepts, and to a verification of the role they play in the political realm. This would revive the role of culture as a significant factor influencing international policy after having lagged behind economy and strategy for so long.

In several countries today we are witnessing the formation of youth movements with a keen interest in what is happening in the world. Such movements are increasingly endeavoring to form international public opinion in order to influence international policy decisions. Our hope is to see this new generation succeed in realizing dialogue and mutual understanding between civilizations in the future.

The Heritage of the Past: Confrontation as Tradition

The centuries-long history of Muslim-Western relations has been one of military confrontation, but also of peaceful engagement, cultural exchange, and mutual benefits. However, it seems that the historical consciousness of many people, both in the Muslim world and the West (particularly in Europe), has mainly been formed by periods of confrontation.

For Muslims, the historical memories of the Crusades are difficult to erase. The Crusades launched by Pope Urban II in 1095 had the religiously defined objective to seize Jerusalem and other holy lands then held by the Muslims. The slaughter of the Muslim population followed the capture of Jerusalem by the Crusaders in July 1099. The subsequent Christian rule over the Holy Land through to 1245 left deep scars in the relations between the two religious groups, as well as in the historical memory of the Muslims.

All subsequent religious or secular threats from the West were seen in the light of the »Crusades«. Among the Muslims, the term al-Salibiyyah («a Crusade») has become a word bearing the most negative connotations. The name of the most powerful European ruling community at the time of the Crusades, the Franks, became the general term for Europeans in many Muslim languages until modern times.

The image of the Crusades was reinforced by the later use of Crusade-related terminology by European military commanders, politicians, and journalists during the colonial conquest of the Muslim lands. The Spanish reconquista, which resulted in the annihilation of the Muslim and Jewish cultures in Spain after 1492, was presented in religious terms as a crusade. The Spanish and Portuguese kings continued crusades against Muslims in North Africa during the 16th and 17th centuries. By conquering local Muslim states in South East Asia, the spirit of the crusades was brought to that region as well – and led to a lasting negative (though not necessarily presently hostile) image of Christians and Christianity among the Malay Muslims. The

Indonesians had similar sentiments with regard to the Dutch after they had seized Java and Sumatra in 1667.

Continuation of the Crusades

The suppressed Muslim populations perceived further colonial conquests of Muslim countries as a continuation of the Crusades, even though the invaders were driven primarily by economic and political motives. Local Muslims identified the British, who gradually established control over India in the 18th and 19th century, as »farangi«, the Urdu term for »the Franks«. The Russian conquest of the Black Sea region and the Caucasus during the same time was officially justified as paving the way to Istanbul, with the desire to revive the Orthodox Byzantine Empire. Driven by history, King Constantine of Greece, in an attempt to occupy Western Anatolia in 1922, decided to land in the same place where King Richard I (the Lion-Heart) had landed during the Third Crusade in 1190.

The British occupation of Palestine following the defeat of the Ottomans in World War I also spurred a negative perception of the West in the Middle East. Reports of the British commander General Allenby having referred to the Crusaders while entering Jerusalem evoked bad memories. Arab nations were promised national freedom if they helped defeat the Ottoman Empire during World War I. However, instead of freedom, they found themselves under another type of domination by the same European powers they had helped in the war, namely Great Britain and France. They felt a deep sense of betrayal. These powers had already split up the region according to their own self-interests in the notorious 1916 Sykes-Picot agreement.

Ironically, the Republic of Turkey was the only independent state in the Middle East after World War I. Turkey's success was a result of its transformation from an Islamic Empire into a modern nation state. After World War II, the creation of the State of Israel in 1948 added to the feelings of bitterness among the Arabs. The land they had lived in for centuries was taken away by means of the Balfour declaration, which has rightly been described as »a promise of one nation to give to a second nation the land of a third nation«.

The feelings of bitterness increased because of defeats in the wars over Palestine and the subjugation of other Muslim nations elsewhere. For many Muslims, the only valid paradigm to understand and explain all this was to return to the past, to the times of the Crusades. Thus it came as no surprise that during the 1991 Gulf War and the Western-led offensive against the secular Ba'athist regime in Iraq, some Arab media described the bombing of Baghdad as »a crusade«.

The war in Bosnia from 1992 – 95 was an act of aggression by Serbia and Montenegro against the internationally recognized Republic of Bosnia and Herzegovina. Moreover, it was an attempt to destroy its multiethnic structure by means of genocide against Bosnian Muslims and other non-Serb populations. Influential Serbian and Greek media depicted this war as a ›crusade‹ to eliminate the last significant Muslim community in South-Eastern Europe – a perception that was shared by the Muslims. Prayers for the support of Bosnian Muslims could be heard in mosques throughout the Muslim world. Even some secular Muslim authors used titles such as »Bosnia: The Last Crusade« (Akbar S. Ahmad in *The Arab Review*, London 1993) in their writings.

The more recent unfortunate use of the term ›crusade‹ by President George W. Bush to denote the anti-terrorist campaign following the September 11 attack on the United States had the same effect. Even though President Bush later stressed that the anti-terrorist campaign was not a war against Islam, it has been observed that in using the word ›crusade‹, »he could not have chosen a word more likely to antagonize his potential Muslim allies« (according to the British journalist and writer Karen Armstrong).

Image of »the green peril«

Similarly, over almost a thousand years – from the time of the Arab Muslim landing on the Iberian Peninsula in 711 to the Ottoman defeat at Vienna in 1683 – the Muslims were viewed in Europe as the embodiment of an enemy. Because of that, the Frankish king Charles Martel was celebrated as the savior of Europe following his victory over the Muslims from Spain at the battles of Tours and Poitiers in 732. The memory of this has inspired some

anti-immigrant organizations in Europe, which attack Maghrebi immigrants, to adopt the name of Charles Martel. They portray themselves as »saving Europe« from another North African Muslim invasion.

The image of »the green peril« re-emerged in Europe with the rise of the Ottoman State. Its conquest of Constantinople (»the Second Rome«) in 1453, and its invasion of South-East and Central Europe during the 15th, 16th, and 17th centuries, endangered the very existence of medieval Christian Europe. For many Europeans, this first encounter with Islam and its followers took place in the shadow of Ottoman military flags, sounds of Ottoman military bands and marching Janissaries. The word »Turk« became a general term for Muslims, conveying the fearful image of infidels who spread their religion by sword and enslaved others. Fear of the Turks therefore became deeply rooted in European social psychology and found its expression in folklore and literature.

The second half of the 20th century witnessed the advent of Turkish immigrant workers and their families in European countries, Germany in particular, and a popular reinforcement of old images. Debates over the admission of the Republic of Turkey to the European Union often include the argument that the inclusion of a 70 million people strong Muslim country would mark the end of the European Union. The underlying assumption of this position is that the cultural identity of Europe is based on Greek philosophy, Roman law and Christianity. This attitude negates both the role of Islam as a great monotheistic religion with the same foundations as Judaism and Christianity, and the role of Muslim cultural and scientific concepts in the emergence of modern Europe. This way of thinking undermines any credible discourse about a multicultural Europe. It reinforces the belief that though the Turks may have been good enough to be a part of NATO, guarding Europe during the time of the Cold War and risking Soviet nuclear attacks, they are not good enough to be part of Europe, due to their Muslim culture – in spite of being the most Europeanized of Muslim peoples.

Overcoming the burden of history

All this demonstrates that contemporary Muslim-Western relations, especially relations between Europe and its neighboring Muslim countries, are influenced by the heavy burden of history. We are of the opinion that such a negative perception could be improved by a critical approach to the study and teaching of history on both sides. Self-criticism is much needed in order to relieve history of mystification and ideological misinterpretation. Instead, history should be regarded as a source of wisdom for the present and not as the cause of conflicts in the future. The political relations between the Muslim world and the West should mirror their fruitful cultural relations down through history. It is extremely important to highlight the historical significance of encounters between Muslim and Western intellectuals for the present as well as future generations.

For instance, early Muslims looked to Greek and Roman traditions with openness and admiration, and even used, developed, and transformed many of the attributes that formed the foundation of the Western civilization in various spheres of philosophy, ethics and science. Al-Farabi's nickname »the second teacher« (al-mu'allim al-thani) was coined as the Muslim philosophers considered Aristotle to be »the first teacher« (al-mu'allim al-awwal). Plato was judged by early Muslims not only as a great thinker, but also as a philosopher who validated Islam. Some Muslims even named their sons »Aflatun« (Plato). Thus, while openness to and interaction with the West initially enriched the Islamic civilization, it later on left a profound effect on the West itself, as Islamic tradition preserved and passed on ancient knowledge, science, and culture.

From a cultural exchange perspective, it is important to remember that European students studied in Muslim universities in Spain during medieval times and that Muslim students have enrolled in European universities since the mid 19th century. For future generations, such acknowledgements will be more important for the creation of a historical consciousness than the Crusades in Jerusalem or the Ottoman siege of Vienna.

Distorted Images of Islam and Muslims

Misconceptions, stereotypes and clichés in Western media, culture, and politics shape contemporary images of Islam and Muslims. This phenomenon is not new. Its origins go back to medieval and colonial times, when distorted images of Islam were used to demonize Muslims and justify the conquest of their lands. Cartoons and European press dating back to the 18th, 19th, and 20th centuries illustrate this phenomenon in its dealings with the »Eastern question«. The development of modern media has given new methods and strength to the dissemination of distorted images.

The main intellectual resource for the production, elaboration, and perpetuation of these images was Orientalism. It has been and to some degree still is a cherished topic of Western academia and is characterized by portraying, to quote Edward Said, »the whole of Islam as outside the known, familiar, and acceptable world that ›we‹ inhabit«. This discourse also included a number of generalizations unacceptable in the study of other cultures; such as that of Islam totally regulating life in Muslim societies – and thus being responsible for all that is going on in them. Or that »the abode of Islam« (dar al-islam) is a single unit and not a legal fiction of classical Muslim jurists. Moreover, Muslim religious and political authorities were always seen as identical.

Diversified approaches to the study of Muslim societies, differentiation between ideals and reality, and conceptual dynamism are absent in the Orientalist discourse. A large number of Western »experts on Islam« work within this general approach, thus giving an intellectual credibility to distorted images of Islam and Muslims. These images are used by power structures in Western countries with the purpose of serving as a tool to justify dominance over the Muslim world. The basic features of the Orientalist discourse are popularized and disseminated by powerful media and entertainment industries that shape mass culture in the West.

However, it should be mentioned that apart from the Orientalist discourse, there are other more balanced methodological Western approaches to the study of Islam. Results of these approaches, such as critical editions and translations of Muslim texts, the preservation of Islamic manuscripts or the production of reference tools in European languages, are appreciated by many Muslim scholars.

Image of Islam as a false and invalid religion

Medieval views of Islam as a false religion, echoed at the end of the 19th century in Ernest Renan's »scientific« position that Islam is »unoriginal«, can also be found in modern times. Among Orientalists, the »revisionist school« attempts to translate these views into methodological principles of Islamic studies, such as that Islam developed as a heretical tradition in a Judeo-Christian milieu, that Islamic scripture is not original, that Muslim sources are not reliable for the study of Islam and the like.

In spite of these Orientalist features, significant progress has been made in the field of interfaith dialogue during the last three decades, bringing together Muslims, Christians, and Jews. This was on the one hand the result of a more balanced approach toward the study of Islam in Western Islamic studies, and also ecumenical trends in Christianity.

But there is no doubt about it: With the intensification of violence in the Middle East and other parts of the world and the rise of fundamentalist tendencies in Christianity and Judaism, old views have seen a revival. They have found acceptance not only among common people, but unfortunately even among prominent and influential preachers. The American evangelist Franklin Graham stated after the September 11 terrorist attack that Islam is »a very evil and wicked religion«. Other influential Christian TV evangelists in the United States, such as Jerry Falwell and Pat Robertson, share this attitude.

It is very important that competent people, who are aware of the influence their views may have on interfaith relations, conduct debates on the nature of a particular religion. Such debates could help people of different faiths in the quest for truth and in identifying a common ground and shared values in different religious traditions.

In the West, Muslims are often presented as uneducated, uncivilized, sexually repressed, authoritarian, fatalistic, having too many children («demographic bomb»), regarding women as »production machines«, morally corrupt, and intellectually inferior. The Muslim world is perceived as a »state of perpetual chaos and corruption«, although the causes of such phenomena are not analyzed. Islam is depicted as the main obstacle to modernization, despite the fact that a project of modernization seeking reference to Islam has been under way in the Muslim world throughout the last hundred and fifty years.

A commonly shared, popular view of Muslims as incapable of being modern could be illustrated by numerous reports of Bosnian refugees living in European countries during the war that their nation suffered between 1992 and 1995. When a Bosnian Muslim woman, a teacher of European classical music, was offered asylum by a Western European family, she was given instructions by her host on how to use the vacuum cleaner. The host assumed that being a Muslim and coming from a war-torn country meant that this woman was uneducated and unfamiliar with the use of modern home appliances.

No non-Western modernity?

The view that being Muslim is incompatible with being modern is based on the mistaken identification of »modernity« with »the West«, as was observed by the American expert on Islam, John Obert Wall. Modernity is defined as a phase in world history characterized by »a relatively specific lifestyle and mode of socio-political and cultural institutionalization«. Although it is logical to assume that modernity, like civilization, can take different forms, i.e., Western, Muslim, Hindu, etc., this conclusion is suppressed by the mistaken view that modernity is uniquely »Western«. As observed by Wall, this mistaken identification has had quite negative consequences on the relationship between the Muslim world and the West. First, in this perspective, Islam is seen only as a civilization and as such is compared to other civilizations, especially to the Western, the most powerful of our times. What is missing from this perspective is that Islam is primarily a

religion, whose teaching transcends time and space limitations. Second, viewing Islam only as a civilization led proponents to the belief that if Islam wishes to survive in our time, it must modernize itself. Moreover, modernization projects in the Muslim world were regularly defined as »Westernization« projects, according to the logic that to be more Western is to be more modern. On the other hand, the possibility of constructing a Muslim modernity was either denied or minimized. Thus, opponents of wrongly conducted modernization projects in the Muslim world became anti-Western.

What can be done? In order to avoid tensions and clashes over the issue of modernization, a clear difference between modernization and Westernization should be established. The project of developing a Muslim modernity should be further supported. On the other hand, unconditional Western support for the ruling elite in the Muslim world should be revised. This elite selectively accepts superficial features of Western modernity which are detrimental to Muslim culture and traditions, and thus negative feelings towards the West grow among the Muslim public. Finally, a new perspective has to be created that treats Islam and the West not as rival and clashing civilizations, but as interactive partners in a global cosmopolitan world.

Many studies on political Islam and fundamentalism have been done and published in Western languages since the 1980s. In many cases, these studies created the belief that fundamentalism is the principal aspect of Islam today. In American media, many titles such as »There are No Moderates. Dealing with Fundamentalist Islam« are available (The National Interest, Fall 1995).

Public opinion in the West, influenced by these studies which have been disseminated by the mass media, was ready to accept Islam as something opposite to everything that represents Western values. Islam is seen as »the threat«. This stand was adopted by the former US National Security Council member Peter Rodman. He wrote in 1992: »Yet now the West finds itself challenged from the outside by a militant, atavistic force driven by hatred of all Western political thought, harking back to age-old grievances against Christiandom« (quoted from Edward Said, *Covering Islam*, Vintage 1997, XVII). From such a perspective, there can be no serious attempt to define the term »fundamentalism« in relation to Islam. On the other hand, fundamen-

talist trends in other religions (Christianity, Judaism, Hinduism, etc.) are regularly ignored.

The term »fundamentalist«, coined in America in the 19th century to describe anti-modernist Christians, has today become almost exclusively reserved for Muslims. Furthermore, in the context of the Muslim world, fundamentalists – initially those who adhere to the literal interpretation of the text – are equated with terrorists, who use illegal force for the fulfillment of their aims.

It is frequently suggested that there is a kind of »inherent connection« between the religion of Islam and violence. This is reinforced by some terms such as »Islamic nuclear bomb« and »Islamic terrorism« often used in the media. Thus, when the Pakistani nuclear bomb is labeled an »Islamic bomb«, many Muslims wonder why there is no term such as »Jewish bomb« to denote the Israeli nuclear potential, or »Protestant bomb« to denote the British one. Many also wonder why terrorist acts committed by some Muslims are always identified with the adjective »Muslim« or »Islamic« and terrorist acts committed by other individuals or groups are not identified by reference to their religion or culture.

This practice of writing about Muslims and Islam without supportive arguments, suspending rational thought and using vague generalizations, has to be thoroughly examined. University level courses in Islamic studies, religious studies, literature, communication and the like should include analysis of false images of the Muslim world. Western journalists should also be exposed to feedback from the Muslim communities they write about.

Aliens on European soil

An image based on prejudices towards Muslims is particularly widespread among people in South-Eastern Europe. Nationalist movements in the Balkans have used distorted images to deny legitimacy to the presence of European Muslim nations, the Bosnians and the Albanians, in this region and to justify the use of violence against them. Viewing Muslims as aliens on European soil is part of the »Eastern Question« mentality that developed between 1774 and 1923, when Muslims were driven by force from European

regions lost by the Ottoman Empire. From such a perspective, Muslims, regardless of their ethnicity, were considered »foreigners« of which the European territory needed to be »cleansed«. »Back to Asia« was a slogan directed against the Albanians and the Bosnians, although no rationale exists to deny these two groups their European origin and their right to continue inhabiting their homeland. In other parts of Europe, especially in areas with a significant concentration of Muslim immigrants, these are often considered permanent foreigners, although they may have been living in Germany or France, for example, for two or more generations.

This view of Muslims is based on Europe's implicit identification with the medieval Pax Christiana and understanding Christianity as a European/Western religion. This perception ignores the historical development of Europe's multi-religious and multi-cultural identity. It also wrongly reduces a universal religion – Christianity – to a particular geographical and cultural region, where it spread for several centuries after its advent in what today constitutes the Middle East.

Misconceptions, stereotypes, and clichés are difficult to fight. They continue to exist and are powerful tools in the hands of those who wish to rule others. The distortion of somebody's image is the first step toward dehumanization, possibly even annihilation.

Distorted images are not mere remnants of the past. They are images reinvented to serve the ideological and strategic needs of political and economic hegemony. Thus, deconstructing distorted images means unmasking political and economic leaders, who use them in order to protect their personal stakes in the Muslim world.

Perceptions and Stereotypes about the West in the Muslim World

Distorted images of »the other side« usually take the form of prejudices and stereotypes. These condensed, schematic, and simplified ideas prevailing among the public can have a great impact on political discourse and the polity, because they influence the opinions and judgments of social groups regarding the other side and themselves. A stereotype is a generalized image of a person or group which does not acknowledge individual differences and which is often prejudicial to that person or group. Individuals are sized up using general, broad characteristics, as if all members of a group possess identical and distinct qualities. These beliefs are developed when people are unable or unwilling to obtain all of the information needed to make fair judgments about other people or situations. Stereotypes can lead to the development of discriminatory attitudes toward those from different ethnic, social, religious, or national backgrounds. Herein lies the danger.

The forces ruling political, pedagogic and media discourse control the formation of stereotypes by broadcasting and disseminating information, and thereby influencing public opinion. Although the nature of modern life today runs counter to isolationism and introversion, relations among groups remain full of contradictions. When a conflict erupts between social groups, stereotypes often re-emerge and regress modern-day men to a savage state of mind.

The age of colonialism gave rise to ethnocentrism, providing the ideological and psychological basis for political and economic domination. In this case, stereotypes ignored or disputed the phenomenon of cultural diversity and engendered a sense of self-satisfaction in the colonizer, who considered himself to be from a superior culture or race. He viewed himself as introducing civilization to uncivilized inferior people. Thus, through stereotypes and prejudices, the colonizer reduced the cultures of the indigenous inhabitants to uniform and simplified concepts. Stereotypes of indigenous

peoples inflict harm on those peoples' social norms and their groups' integrity.

Stereotypes about the other side differ according to historic context and the form of the relationship (i.e., military or cultural). While an invader usually has a sense of his own superiority, the group whose territories and identity are being threatened cultivates stereotypes regarding the invaders and within the collective memory are connected with all negative associations possible. It also passes on these stereotypes to future generations, justifying the hatred it harbors towards the other. Hence, conquered people nurture a victimized self-image and portray the aggressor as a victimizer. They amplify this image by exaggerating the cruelty, oppression and injustice in their portrayals. The more a group needs to galvanize a sense of belonging and identity in its individuals, the more stress is laid on remembering and commemorating a massacre or battle. This commemoration provides an occasion to rekindle and sustain enmity.

The very same stereotype can have positive or negative connotations. For example, the Israelis may regard »the Palestinians« as terrorists, whereas Arabs or Muslims may regard them as freedom fighters. The European collective consciousness, which has been encumbered by guilt since World War II, views the Jews (and the Israelis by extension) as victims. The Israelis (or Jews), on the other hand, are perceived by Palestinians as victimizers.

Tradition of tolerance

In the history of what is referred to today as the Muslim world, the idea of »Nationhood«, and later on that of »Islamic Statehood«, has always been based on cultural heritage, geographical location and economic interest, rather than religion or race. However, various people and tribes from different cultures, religions and races have lived in co-existence in the past at the geographical crossroads between the three continents of Asia, Africa, and Europe. As a matter of fact, trade relations and cultural exchange bred tolerance, reduced isolation, and as such, obviated xenophobia.

In fact, tribal bonds, Arab identity and Islamic faith, strong as they are amongst the Arabs in whose homeland Islam began, have not been the

causes for repudiating those who stayed away from their spheres. Since the rise of Islam, the relationship with others has been regulated in clear and acceptable rules. Islam has never distinguished between Arab and non-Arab Muslims. It has also respected other religions existing in the region. Cultural relations between the Muslim East and Christian West continued interactively for centuries on end. This is because the Islamic religion eschewed racism. In its rules, laws and norms, it emphasized upholding tolerance of the other side, at least in principle, while not always practiced by believers. How did that change? And when did the Western stereotypes crop up?

The West as the enemy

We could look to the mid-19th century, a time when the »Eastern Question« emerged in Western discourse, as being the turning point in the relationship between the Muslim world and the West. In the beginning, Arabs and Muslims looked to the West to save them from the decline and backwardness that the declining Ottoman Empire had led them into. The policies of the Western countries against Mohammed Ali Pashas' project to build a strong state in Egypt in collaboration with the colonizers led to what was viewed as betrayal by an ally. The Western ally transformed itself into an invading enemy that set out to exploit the riches of the region and control its resources, thereby providing fledgling Western industries with much-needed raw materials. The West was viewed as a dominating political power out to torpedo any project that could endanger its military and political interests.

Consequently conspiracy theories emerged in the Arab collective consciousness. A distrust of Westerners emerged, particularly towards those professing their love to the East. This distrust was reinforced after various Westerners, initially claiming good intentions, were exposed as being involved in the political and military games of the colonialists. These stereotypical images started taking shape and were nurtured throughout the period of struggle against colonialism. Once independence was achieved, these negative images had already become ingrained in the memory and consciousness of the new generations. Although these stereotypes occa-

sionally became dormant, they were reawakened by every new political threat originating from the West, thereby maintaining these misgivings in the collective consciousness.

The West as an advanced civilization

Paradoxically, the same school textbooks and annals depicting the West as an invading exploitative aggressor were setting whole chapters aside to talk about the principles of the French Revolution, the Age of Enlightenment, and the significance of Napoleon's campaign in Egypt, in terms of the sciences and the know-how they brought with them. This goes to show that the West's image was hardly a simplistic, one-sided typecast, but a contradictory one. The negative view considered the West's political systems and governments as being the colonizing forces. By contrast, the positive view bordered on infatuation with the West's intellectual systems and scientific advancements. In the 19th century, political writer Al Kawakibi went so far as to compare the French Revolutionaries, in their call for social reform, to God's prophets. The Egyptian scholar Al Tahtawi expressed his great admiration for the French constitution, while Imam Mohammed Abdo considered true Islam to exist in France, rather than in the Muslim Middle East.

In the 1960s and 1970s, the West's military ascendancy was on the wane. The world was split into a capitalist and a socialist camp, with the non-aligned countries or Third World states in between, whereas the notion of the Muslim World hadn't surfaced yet. The Vietnam War and the liberation movements in Latin America undermined the US's image in the world to the advantage of the Soviet Union, which came to the fore as a protector of the weak states vis-à-vis »American imperialism« and »Western capitalism«. The leftist tide washed over into the Arab region. The governments' official policies and the intellectual orientations of the avant-garde intelligentsia were significantly swayed by Soviet influences. Correspondingly, the stereotype of an exploitative West coveting the resources of the entire Third World took root. Emphasis was placed on the shortcomings of Western Europe, while the principles of the socialist culture were supported on political, intellectual, literary and cultural levels.

Meanwhile, the Palestinian cause took a different turn, as the Palestinian organizations liaised with the fringe-left organizations of Europe and Latin America. In a bid to draw the world's attention to the Palestinian cause, guerrillas hijacked airplanes and assaulted stadiums. These operations aroused a dormant sense of heroism within the peoples of the Arab region in particular. But by targeting civilian institutions, the organizations harmed the innocent. This marked a watershed that ushered in a culture of violence which has taken root in the Muslim world today.

The Palestinian-Israeli conflict, with its secular origins in military occupation, took on a religious overtone with the advent of the Shiite resistance in southern Lebanon, the Islamic resistance movement Hamas and the Islamic Jihad movement within Palestine. At that time, suspicious feelings were reawakened. Western foreigners often were viewed as potential spies for Israel, especially as Israel's open borders with Egypt and Jordan seemed to make that threat very possible and real.

Inflamed animosity

Muslim stereotypes of the West took on religious elements for the first time. The West, and especially America, turned into »the Great Satan« in the minds of many Muslims. Simultaneously, the label »Jews« started to appear, indicative of the drift that took place towards imparting a religious element to the Palestinian-Israeli conflict. Hence, the political animosity was gradually transformed into a partly religious and cultural one, pitting the Christian West (and Jewish Israel) against the Muslim world. Moreover, the intellectual and emotional bond of religion gradually took the place of the bond of nationalism, which had unified Arabs for so long. This religious animosity was later inflamed by the events in Afghanistan, Chechnya and the ethnic cleansing against the Muslims in the Balkans.

We could infer that the hostile stereotypes of the West have been sharpened and took on their barbed and menacing form with the birth of fundamentalist movements. These not only undercut the tolerant heritage towards others in parts of the Muslim world, but also very much weakened the revivalist heritage upon which modernization in the Muslim world was

based. Fundamentalists dismissed advocates of the Islamic renaissance, like Mohammed Abdo and Qassem Amin, as apostates due to their admiration of the West.

French and Western secularism in general, which used to be admired by Muslim intellectuals, was then belittled by fundamentalists and associated with atheism, because of its Western origin. An ongoing controversy was re-kindled over the concepts of democracy and human rights, because they were seen as Western constructs. Youngsters were encouraged to resist Western intellectual or scientific ideas in order to concentrate on religious affairs and worship. This stripped the region of a good part of its human resources. Finally, the concept of globalization that accompanied the rise of the New World Order was viewed as a threat to identity and cultural uniqueness, an opinion which appears in Western public debate as well.

Meanwhile antagonism towards the West has grown into outright hostility towards the United States. There are several reasons for this: the US led the international (and Arab) coalition against Iraq in the first Gulf War (1991). It backs Israel militarily and politically to the disadvantage of the Palestinians. In the Muslim World, it is believed that the US continues to mistreat the prisoners in Guantanamo Bay and has fought a new, illegal war against Iraq, while neglecting urgent global problems. Finally, it is believed that the US confronted Muslim fundamentalism with its own new form of fundamentalism.

Nevertheless, we are also seeing a positive shift in the perception of the European West today, thanks to the opposing positions of France, Germany and some other states regarding the war in Iraq. These positions are met with great general public satisfaction in the Muslim world. In this context, many Muslims started to appreciate that the West is not a homogenous, united and threatening entity, but that the West also has conflicts of opinion amongst themselves over key political questions, such as the war against Iraq. This makes space for a more balanced, differentiated and analytical perception of »the West« in the Muslim World. However, we cannot predict how long it will take to rebuild the bridges of tolerance and dialogue between the civilizations if the US and its allies persist in their policies.

The Middle East and the Question of Palestine

The Middle East lies at the center of Muslim-Western dialogue with its complex historical and cultural setting. The region has been the meeting place of the Western and Muslim worlds for centuries, where respective perceptions have been formed. In the past and even today there are many differences of opinion, suspicions, fears and resentments that create a real barrier between the two worlds. But currently, disagreement has been more predominant in the areas of politics, while morals and culture have been metamorphosed to justify policies and create antagonism.

The colonial legacy

As has been mentioned before, the late 19th and early 20th century was a time full of hope for both sides, although these hopes proved to be in opposition to one another. While Arab nations were hoping for salvation from the weakness, poverty and underdevelopment that had characterized the latter years of the Ottoman rule, the West was preparing the domestic and international stage for the subjugation of Arab and Muslim territories under its direct military dominance, according to its own strategic considerations. While we have discussed this development in regard to its ideological impact and resulting mutual perceptions before, here we are focusing on the political relationships it effected.

With World War I, most Muslim countries had fallen under the direct dominance of Western countries, particularly Great Britain and France. The Arab world was fragmented and divided amongst the colonial powers. Pro-Western rulers were installed and some territories were physically cut off and presented to newcomers, as was the case both in Palestine, with the immigration of mostly European Jews, and in the Northern rim of Syria, which was given to Turkey (the present »Iskenderun« district). As the West

employed its »divide and conquer« policy, hopes in the Arab world for true independence gradually faded.

Islam served as a ground for political, ideological, and cultural opposition to Western colonialism and as the main source for the formation of an identity that manifested liberty and human dignity. Islam, as a religion and an ideology, became the thesis that carried the hope and potential to stand up to the West, which was identified not in religious terms, as a stronghold of Christian faith, but as a colonial force. In striving for independence, Arab and Muslim societies utilized other »secular« ideologies and doctrines, such as nationalism and socialism, whose common denominator was opposition to Western colonialism and the aspiration to achieve independence, sovereignty and liberty.

»Puppets« of the West

In the post-colonial era, even after the independence of most Arab regions, the West continued to dominate Arab societies economically, politically, militarily and culturally. Western (particularly American) policies in the Middle East (especially in the Gulf region) are viewed by many in the region as selfish and unbalanced, aimed simply at consolidating Western control over resources and markets, especially for oil. The feeling of uneasiness towards the West has grown and intensified over the years as a result of the support it granted to oppressive, inefficient and corrupt regimes in Muslim countries. Most governments have been perceived as not truly independent or sovereign, but as »puppets« of the West in their efforts to realize interests of a »Western agenda« within their own countries. These regimes have generally taken advantage of their close ties to the West, with its preoccupation in fighting »fundamentalism« (unless it is Christian), communism and terrorism, in order to conduct repressive internal policies, where human rights are abused and freedom of expression is suppressed.

In the post-September 11 era, fighting terrorism has become the new rallying call directed against Muslims. Terrorism, according to the Western definition, constitutes all forms of armed struggle against repressive policies and orders in the Muslim world. Thus, amongst (and within) many

circles of the Western world, resistance to injustice is perceived as terrorism. It is put forward to explain the failures of the peace process in Palestine or to understand the civil war in Algeria; but by applying this term, attention is diverted away from the real causes of conflict. On a local level, terrorism has become a valuable tool in outlawing opposing voices and movements, and to justify the suspension of civil liberties and the violation of human rights. By presenting the opponent as terrorist, his struggle against (Western) military and media supremacy can conveniently be delegitimized. However, these policies may backfire. Unlimited and unconditional support for Israel and for despotic regimes in Arab-Muslim countries, as well as selectiveness in the application of UN resolutions to fit the narrow interests of the West, are important causes of terrorism and radicalization in the Middle East.

In this context, the question of the »responsibility of power« has moved to the frontlines. The danger entailed by this concept lies in its negative connotations and the interference by military force, haphazardly redefining »friends« and »enemies« as it goes on its way, based on narrow and subjective criteria. There is a marked difference between responsibility of power and arrogance, with true responsibility aiming at constructive and peaceful intervention that focuses on human rather than on military security.

The West, power, and ideology in the Middle East

The West is perceived by nations of the Middle East as a collective force, either secular or Christian, that carries the legacy of its colonial past, which founded Israel, and stands behind the current unjust world order that divides the world into poor and wealthy, weak and mighty. Globalization in its current Western style has resulted in increased poverty, national debts, unemployment and social tension. Regarding the issues of democracy and human rights, Western nations have swiftly compromised their lofty ideals over and over again for the sake of selfish, narrow and short-term gains. Throughout the 1960s and 1970s, the West was seen as an opponent to peoples' aspirations. Many in the Middle East feel that the West has been, and still is, the one who keeps the »bad« regimes of the region in power.

Thus, the notion of bad governance has become associated with Western policies and agendas, with Iran under the Shah being a vivid example. As internal conflict between secular and religious forces in several Arab countries intensified and Islamist parties began gaining legitimate support, many followers of these movements hoped to find a more neutral force in the West, viewing it as a possible strategic and tactical ally. However, these hopes were thwarted when secular rulers were preferred and strengthened in order to weaken democratically elected Islamist movements, as was the case in Algeria in the 1990s.

Despite the fact that some Islamists have positively changed their perceptions towards the West, as manifested by the new government in Turkey, the West continues to employ its formula of »divide and conquer« at the expense of Islamist voices even if they are calling for democracy and justice. A kind of hostility is apparent in the way some Western governments deal with moderate and reformist Muslim leaders, such as Mohammed Khatami of Iran. This gives the impression that being an elected leader does not outweigh the fact that this leader belongs to the Muslim world. A particular leader's type of Islamism is granted more importance than that leader's democratic or undemocratic credentials. The underlying assumption seems to be that Middle Eastern Muslims cannot be fit for democracy or that democracy does not suit them. Nevertheless, even when Islamist movements were repressed and exiled, many of the leaders chose to stay in Western countries.

Many followers of the Islamic faith have perceived the West as attempting to conquer the Muslim world, not only politically and economically, but also culturally. The Marxist term »cultural imperialism« gained prominence in the Muslim world at a time when Western customs penetrated various spheres, including dress, entertainment, social behavior and even language. Senior Western policy makers are generally uncomfortable with the entire notion of Islamism and try to ignore or suppress it whenever possible. The general hostility is expressed through poor treatment of Muslim immigrants in Western countries. For example, the heirs of the French Revolution outlawed traditional Islamic dress (the head cover or hijab) in schools. These trends led many sectors of the Muslim world to view the West with great hostility.

The issue of Palestine

The establishment of Israel and the resulting dispossession of all Palestinians – with the decisive support of the Western powers – have added fuel to the general fire. The foundation of the Jewish state is considered illegitimate and, as a perpetual manifestation of injustice committed by the Western powers, is infuriating to the Muslim world for two reasons. First, it entailed uprooting the Palestinian people from their homeland and dispersing many of them all over the world, forcing them to embark on a long and humiliating exile. The active support of Western countries in the creation of the Zionist state in Palestine was considered an attempt to correct historical injustices committed against Jews – by committing yet another injustice, this time against the Palestinians. With the denotation of Israel as a »civilized« outpost in the »barbaric« East, all Arabs and Muslims felt affected.

Second, with the active involvement and assistance of the West, the Palestinians (the victims) were mutated into aggressors, whereas Israel (the true aggressor) was falsely presented as a symbol of correctness and civility. Palestinians have been depicted as terrorists and a life-hating species, not as a people under occupation that have the right to independence, self-defense and resistance – values encoded in the Geneva conventions and lately much abused. Persons of high public standing, such as the Queen of Sweden, blamed Palestinian mothers rather than the brutal Israeli approach in the context of the deaths of children during the current Intifada, accusing them of being »emotionally impetuous« for having raised their children to become suicide bombers and then dispatching them to die. Israel on the other hand, despite its engagement in state-sponsored terrorism, despite its systematic uprooting of the Palestinian people, and despite its gross violation of all related United Nations resolutions, is presented as a self-defending and peace-loving state, as the sole democracy in the region, regardless of its racist policies towards non-Jewish Israeli citizens. While Israel continues to deny and refuses to discuss any responsibility for Palestinian dispossession, it maintains an unchallenged Law of Return for any Jew from anywhere. Israel is forgiven its 55-year-old oppression and dispossession of the entire Palestinian people, its 36-year-old occupation with countless bru-

tal acts of dehumanization against Palestinians, individually and collectively. Moreover, and with all its military power in action, Israel is rewarded with the widely shared conviction that it needs protection from Palestinians, not vice versa.

In this context, all European countries are considered as having taken part in providing political support, either directly or indirectly. Britain issued the Balfour Declaration and facilitated the illegal Jewish migration into Palestine; Germany committed atrocities against Jews and thus provided impetus and so-called justification for the entire Zionist project (whose predatory aspects would never have seemed justifiable under other circumstances). Both policies were complementary and ultimately led to the creation of an entity that was meant to annul the »sins« of Europeans, conveniently at the expense of others.

Western bias

Although the Middle Eastern peoples' perception of Western biases towards Israel may not be entirely fair, it is fuelled by the unwillingness of Western countries to truly put pressure on Israel and by their inability to stand behind the legitimate rights of the Palestinians demanding an end to Israeli occupation in order to gain independence in a territory that by now accounts for only 22 percent of historical Palestine. This passiveness, even though the West possesses the resources and potential to exert strong pressure, causes many in the Middle East to perceive it as a partner of Israel, not even merely as a neutral bystander in the face of injustice and aggression.

It has been a consistent component of the American approach to politics in the Middle East to absolve all Israeli violations and abuses of human, social and political rights, while exerting massive pressure on the weaker Palestinian side. This approach totally negates Palestinian humanity and suspends the international legal application of their rights. While Israel has always enjoyed an exceptional status, Palestinians have been required to accept situations that others would not have been asked to accept. It seems paradoxical, even absurd, that Western countries went to war on behalf of the Kosovo Albanians' right of return, while asking Palestinians to renounce their own right.

Basic human rights are not listings on a menu, to be chosen or rejected at will: they are meant to have the stability of universal acceptance. Granted that their implementation is always a major problem, this does not negate their rightful, obliging existence. Therefore, they cannot be abrogated, modified or re-formulated. This should also be applicable to the Palestinian right to statehood and independence, including the right of return for their refugees, as long as the right to choose one's place of residence is unalienable and non-negotiable. The West must acknowledge these facts and push towards their incorporation into the initiatives that are aimed at resolving the conflict.

The approach of the US administration in regard to the Middle East is superficial and in some cases even degrading. A case in point is the initiative of »spreading democracy in the Arab world« with its \$ 29 million price tag. Democracy is a much more serious and complex issue and cannot be realized until a just solution to the Palestinian question is found, Western support of corrupt and inefficient regimes ends, and the massive Western military presence in the region has been removed. However, for many years the West has exhibited a double standard: Iraq was forcefully driven out of Kuwait in 1991, severe economic sanctions were imposed, and now, thirteen years later, the USA invaded, allegedly to disarm it and even dispose of its leader, all for US political and economic interest. Israel, on the other hand, has been occupying Palestine since 1967 and is not being seriously pressured by the West, despite its possession of over four hundred »Jewish nuclear bombs« and despite the crimes and massacres it has committed against Palestinians. The issues at stake are not humanitarian principles or values, as the West usually likes to claim; their main concerns are the maintaining of existing defense relations and trade markets. In other words, interests take priority over justice, and Western officials preach democracy, while their behavior indicates otherwise.

In order for relations between the West and the Middle East to improve, especially in light of the United States' military invasion of Iraq (and previously of Afghanistan), the above-mentioned issues must be addressed and satisfactorily resolved in order to neutralize those who threaten the security of Western citizens and their specific model of society. From the Muslim

perspective, Western military intervention is perceived above all as aggression and provokes deep frustration, also because it is yet another in a long series of such aggressions and humiliations.

Keeping such a bias and a political monopoly in the region, the US has excluded other players (such as the United Nations and Europe, for example) capable of investing in the peace process or who would counter the one-sidedness of the American approach. Europe is urged to assume a more proactive role. In the Palestinian-Israeli context, responsibility of power would require an effective, rapid and interventionist peace approach to resolve the points of conflict and to provide both sides with alternatives. Restoring hope and confidence in the intentions of Western powers would require that they muster their collective power and resources behind a legitimate and politically forceful peace initiative. A credible alternative should acknowledge the necessity of ending the occupation, which requires the withdrawal of Israel to the 1967 borders, the removal of settlements, the establishment of an independent and viable Palestinian state, and the bringing about of a just solution to the Palestinian refugee question, all based on and starting with the appropriate UN resolutions and the land-for-peace equation. The realization of such a solution requires that Western policymakers stand up to Israel and liberate Western (particularly American) nations' foreign policies towards the Middle East from the militarism, extremism and arrogance of Israel.

While these matters have affected all other aspects of Western-Muslim relations and many other affairs of the entire world, the above focus on Palestine should not lead to the conclusion, however, that problems between Western countries and the Islamic world are likely to disappear when and if the question of Palestine is justly tackled. It simply means that the West's failure to push towards the finding of a just settlement to this explosive issue is likely to sustain the tension, even to increase its intensity, between the West and Muslim countries in the future.

Rapprochement and dialogue

The conquest and occupation of Iraq is likely to prolong the new episode of animosity towards the West, to further complicate and delay the democratic process and to hinder development in the Middle East for a long time to come. The West has long experienced itself as a dominant culture and is not accustomed to the feeling of being in a weak or helpless position. In the eyes of Western leaders, military intervention in Afghanistan was legitimate and indispensable in order to neutralize those who were perceived as threatening the security of their citizens and a particular model of society. The great majority of people in the Middle East are convinced that the West was only motivated by its strategic interests, including control of the energy resources of the region.

The West must acknowledge the injustice that has dominated in the relationship with the peoples of the Middle East up to now and must now use a different approach. A sense of balance must be present in which both sides have the opportunity to act as real partners, even if their contributions are different. Such an approach would be capable of enhancing understanding, intellectual exchange and broad-based cooperation. So far the West has failed to grasp the importance for Muslims of following the guidelines of their own culture instead of systematically adopting Western thought and behavior patterns.

The feeling of most people in the Middle East of being in the weaker position profoundly influences all forms of communication. The current feeling of helplessness prevalent among all who are opposed to the Iraq war and occupation, especially among those who are most directly affected, will in some cases breed radicalization and will ultimately feed what the US claims to be fighting – at the expense of democracy, human rights and liberty.

Governance and Development in the Muslim World

Poor governance and development in much of the Muslim world has served to complicate relations with the West, precipitating severe power imbalances that facilitate manipulation, domination, and the blatantly unjust treatment of the weaker Muslim world by the more powerful West, in particular the United States. The wide developmental gap also feeds feelings of prejudice, envy and contempt, and together with other factors greatly adds to the issues, stresses, and conflicts that mar relations between the Muslim world and the West.

Though there is great variation, governance and development are generally poor in Muslim countries, especially when compared with most other regions in the world and particularly in comparison with the Western world. All Muslim countries are categorized as Developing States, belonging to the Third World. This state of affairs is largely of their own doing (for example, misplaced economic policies, massive and unsustainable oil revenue-based welfare programs, poor quality education, low information and communication technology (ICT) development, weak poverty eradication programs, gross bureaucratic inefficiency, corruption, neglect of the HIV/AIDS problem and political oppression), but not entirely so. Western colonial subjugation and exploitation of resources for many decades – in some cases even centuries – have been a significant contributing factor. An inequitable global economic and political order, which favors the wealthy and powerful states and which disadvantages poor countries, has further served to exacerbate this.

The meaning of governance

There are various definitions of good governance. The one most widely adopted for global comparisons is that developed by the United Nations Development Programme (UNDP). This report approaches the subject from

the UNDP's recent definition and interpretation of the Arab world in the Arab Human Development Report 2002, as »a set of societal institutions that fully represent the people, interlinked by a solid network of institutional regulation and accountability (with ultimate accountability to the people), whose purpose is to achieve the welfare of all members«. Governance is perceived as »the exercise of economic, political and administrative authority to manage a country's affairs«. It includes governance not only by the state, but also by the private sector and civil society. Elements of good governance include commitment to the public good and people's welfare, efficient provision of quality public services, rule of law, participatory government, transparency, accountability, and concern for the welfare of the poor and disadvantaged.

The basis for assessment and comparisons in this report is the Human Development Index developed by the UNDP, the ratings of freedom and democracy developed by Freedom House and the Corruption Perceptions Index used by Transparency International. The criteria used and the derived measurements are neither perfect nor totally beyond controversy, but taken together they give a fairly reliable idea of the state of governance and development in the Muslim world compared to other parts of the world.

The UNDP classifies only five of the Muslim majority countries (Brunei, Bahrain, Kuwait, the United Arab Emirates (UAE) and Qatar) as having high human development standards. 24 countries are classified as having medium human development standards, and 17 are assessed as having low human development levels. The per capita Gross Domestic Product (GDP) in Purchasing Power Parity (PPP) terms of two-thirds of the Muslim states is less than US\$ 5,000, and Arab states, despite being oil-rich and high-income in some instances, only had an average per capita GDP of US\$ 4,793 in 2000. In contrast, citizens of the Organization of Economic Community Development (OECD) countries were more than four times richer, and enjoyed an average of US\$ 23,569 per capita GDP.

Though there are pockets of the very rich and affluent in the Muslim world, and the population in a country like oil-rich Brunei is well cared for by the government, poverty and income inequities remain a widespread feature of the Muslim world. Although not everything has to do with poor

governance, poor political, economic and social governance often aggravates matters.

People living in poverty

Poverty figures are not available for all the Muslim countries, but poverty is indeed a serious problem in at least half the countries. The UNDP Human Development Report of 2002 indicates, for instance, that populations living below the poverty line of US\$ 2 a day in PPP terms constitute between 45 and 90 percent of the total population in Indonesia, Egypt, Cameroon, Pakistan, Yemen, Bangladesh, Nigeria, Mauritania, Senegal, Gambia, Mali, Ethiopia, Burkina Faso, Niger and Sierra Leone. Figures for Muslims in India would swell the ranks even more.

Education statistics are also good indicators of the quality of governance and level of development. In this regard, a majority of Muslim countries have high adult illiteracy rates. Nearly all of them have a percentage rate of over two digits, while in many African Muslim states like Senegal, Gambia, Mali, Chad, Ethiopia and Niger, more than half of those over the age of 15 are illiterate. In countries decimated by extreme poverty, starvation, strifes and war, these are not surprising figures.

Health standards are reasonably high and satisfactory in many Muslim countries. In Africa, however, several Muslim countries south of the Sahara suffer serious health problems particularly with regards to HIV/AIDS, malnutrition and the like, endemic to all poor African countries, Muslim as well as non-Muslim.

With regard to the political dimension, participatory governance is low or absent in many Muslim countries, and civil and political rights are also often limited. The 2001-2002 Freedom House's »Survey of Freedom« concluded that at the end of 2001, »there are no true democracies or Free countries within the Arab world, and there is a low proportion of Free and democratic Muslim states.« It went on to declare that the roots of democracy and freedom were weakest in the 14 Middle East countries (excluding those in North Africa). In the entire Muslim world only Mali and Senegal were free according to the Freedom House criteria. 18 countries, including Jordan, Kuwait,

Turkey, Bangladesh, Indonesia and Malaysia, are classified partly free, while another 28, including Algeria, Egypt, Libya, Bahrain, Iran, Iraq, Oman, Qatar, Saudi Arabia, Syria, UAE, Yemen, Brunei and Pakistan, are declared not free. While the Freedom House's criteria and assessment might be contested in some respects, its overall findings are a damning indictment of the state of political governance in much of the Muslim world.

Lack of freedom

The Arab United Nations Human Development Report highlights three deficits in the Arab countries that would also be applicable to some non-Arab Muslim countries. These are the freedom deficit, where the Arab countries had the lowest freedom as well as »voice and accountability« scores in the late 1990s compared to the six other world regions (North America, Oceania, Europe, Latin America and the Caribbean, South-East Asia and Sub-Saharan Africa); the women's empowerment deficit, where the Arab region ranks next to last; and the human capabilities/knowledge deficit relative to income, where the Arab region suffers from a poor level of educational attainment, high illiteracy rates and the lowest level of ICT (Information and Communication Technology) access of all regions of the world, even lower than sub-Saharan Africa.

In Transparency International's »Corruption Perceptions Index 2002« (which measures perceptions of the degree of corruption as seen by business people, academics and risk analysts), the highest ranked (in the sense of being least corrupt) Muslim country – Malaysia – could only make the 33rd rung among 102 countries surveyed. Malaysia was followed by Tunisia (36), Morocco (52), Egypt (62), Turkey (64), Senegal (66), Malawi (68), Uzbekistan (68), Pakistan (77), Kazakhstan (88), Azerbaijan (95), Indonesia (96), Nigeria (101) and Bangladesh last (102).

Poor governance and development in large parts of the Muslim world impact upon relations with the West in a number of interlocking ways. They contribute to an immense imbalance in power and influence between the Muslim countries individually and collectively on the one hand, and the better developed Western nations on the other. This imbalance is partly the

result of vast differences in economic weight and wealth between the two sides – for instance the United States alone, with a GDP of US\$ 9,613 billion in PPP terms in 2000, is nearly 16 times the economic size of the entire Arab world with its combined GDP of US\$ 604 billion.

Differences in economic weight are however not the only factor contributing to the gross imbalance. The economic, social and political problems afflicting many of the poorly governed and poorly developed states of the Muslim world also inhibit their capacity to act, undermine their dignity and international stature, and erode their appeal and influence in international affairs. Their declarations and recommendations thus do not have the same impact as those of the more powerful and better governed nations and groupings.

The declarations of the Arab League or the Organization of Islamic Conferences (OIC) are a case in point. They are not much heeded outside the Muslim world. It must be pointed out though that this has hardly anything to do with the fact that the countries involved are Muslim. All groupings that are essentially composed of poorer countries, and all countries undermined by major political, economic and social problems, experience the same disadvantage.

As a consequence of this disadvantage the weaker Arab and Muslim countries have little negotiating or bargaining power vis-à-vis the West and in particular the United States on a wide range of bilateral, inter-regional and global issues. They include political and security issues like Palestine, the attack on Afghanistan, the second war on Iraq and counter-terrorism, and economic issues such as trade agreements and negotiations with the International Monetary Fund (IMF) and in the World Trade Organization (WTO).

Unequal relations

The weakness and disempowerment that come from poor governance and poor development have also resulted in many of the Muslim states becoming dependent upon Western economic assistance and in some cases Western military aid and protection. This makes them vulnerable to induce-

ments and pressures to act in accordance with the interests of the West, in particular the United States. In so doing, they compromise their independence and sovereignty, and sacrifice some of their own vital interests as well as those of their fellow Muslim nations. It also divides and brings into conflict and disarray the nations of the Muslim world, pitting those who have become subservient to the US against those who have managed to retain a degree of independent will.

Egypt, which signed a peace treaty with Israel in 1978 and often works to dilute Arab resolutions on Israeli-occupied Palestine, receives US\$ 1.3 billion in military aid and US\$ 615 million for social programs a year. The Palestinian Authority gets no American money. US military aid to Pakistan totaled US\$ 3.5 million before September 11; it jumped to US\$ 1.3 billion thereafter. Uzbekistan received much American aid after allowing US troops and aircraft to be based close to the border of Afghanistan. With the launching of the war on Iraq, Jordan is set to enjoy US\$ 198 million in military aid. Turkey was heavily wooed with substantial economic and military assistance, though it did not succumb. Kuwaiti security comes at a heavy price – an American base that covers one-third of its territory. The US Central Command for the attack on Iraq was based in the territory of Qatar, likewise an Arab state.

Nowhere is the dependency and weakness more total and humiliating than in Palestine, where the Arab and Muslim world must primarily rely on the United States for mediation, the staunchest ally and supporter of the opposing side.

Poor governance, widespread abuse of human rights, combined with oppressive and undemocratic rule in some Muslim countries give an extremely negative image of Muslim states and invite deserved Western criticism and sometimes censure, which again make relations prone to conflict. Tensions between the ruler and the people in such circumstances also weaken a state and its capacity to stand up to Western pressures. In their worst political and economic situations, failed Muslim states like Afghanistan become soft targets for military aggression. In Iraq the atrocities formerly perpetrated by the Saddam regime upon its population are being conveniently resurrected to justify invasion of the country.

The association of Islam and Muslims with poor governance and underdevelopment, though fallacious – poor governance exists in many countries irrespective of their religious composition – also undermines the image and dignity of the religion as well as its adherents, and thereby relations between the Muslim world and the West.

The unequal status and nature of these relations, along with residual memories of past colonial oppression and humiliating dependence and impotence at present, breed resentment and hostility among the Muslim people towards the West. These same factors, on the other hand, feed a sense of superiority sometimes bordering upon contempt and arrogance in some constituencies of the West.

Poor governance and underdevelopment are complex and deep-rooted problems that require major effort on a sustained basis before they can be resolved. Each country is a unique case with its own blend of political, economic, social and security problems, and needs to be addressed with its own set of measures. The poorest countries with scarce natural resources and human capital, who need emancipation most, are the least able to lift themselves out of their predicament. National action alone will often be largely futile, and regional and international assistance may be critical.

Double Standards in Western Foreign Policies

The major difficulties in communication between the Muslim and European worlds did not appear suddenly. Instead, they emerged slowly over time due to the West's double standards in dealing with the Muslim world. The negative feelings this has instilled in many Muslims are the result of multiple experiences with the West during modern history. Considering that the West achieved its principles of freedom and human justice via social and political revolutions following the Era of Enlightenment, it is incomprehensible that these principles have not been applied in their dealings with the rest of the world, and in particular the Muslim world during the 19th and 20th centuries. While earlier chapters have already dealt with historical and political aspects of Western-Muslim relations, this chapter will take up these arguments and focus on the question of ideological consistency versus double standards.

Imperialist and colonial European rule in the Muslim regions left hideous, repressive and savage imprints in the minds of effected civilizations. Imperialists demonstrated not only a lack of respect towards the Muslim culture and religion, but also elements of racism and cultural arrogance.

In 1917, the Balfour Declaration promised the Jews a national homeland in Palestine, which led to conflicts with the Arab population living there. After World War I, the secret Sykes-Picot agreement which had been elaborated during the war divided up the Arab world between England and France into »spheres of influence«. Because of double standards, freedom and the right of self-determination were restricted to the citizens of those two European countries, but completely denied to the Arab nations.

On the economic level the region was exploited to European advantage. The balance between realistic economic value and the price of traded goods and services was unjust and politically enforced, while »free trade« and the market mechanism were preached by Western politicians. Thousands of

people forced to work digging the Suez Canal under French leadership lost their lives due to starvation and illness in Egypt – while forced labor was no longer allowed in Europe. Upon the nationalization of the Suez Canal in 1956, the British, French, and Israeli military forces attacked and conquered this valuable and economically important strategic passage, to prevent the Egyptians from regaining their rights and control of their own territory and their economy.

After World War II, the Muslim World hoped that a weakened Europe, which had suffered from the calamities of that war, would be more humane when dealing with others, especially those who had supported them against Nazism.

Treated as second-class citizens

Nevertheless, double standards continued to prevail even after the post-war reconstruction of Europe, as millions of workers were brought from Muslim regions such as Turkey and North Africa and treated as second-class citizens in Europe. Additionally, those in Muslim countries gravely afflicted by World War II, such as in Egypt and Libya, received no compensation for any damages the Europeans had afflicted on their soil. In both countries, many people fell victim to the landmines spread by the Allied and Axis forces during the War. These landmines not only crippled and disabled humans, but also had a negative effect on economic development in those countries which can still be felt today. While the countries responsible for the landmines did not even consider compensating the victims or paying reparations in Northern Africa, they – rightfully – behaved differently in regard to many European or later Israeli citizens.

Europe's double standards are still apparent today in its opportunistic political relations with the Muslim world. Western democracy and human rights are neglected in Muslim countries when in conflict with European or American interests. Often, the West even backs brutal dictatorships in the Muslim world – and the Third World generally – when it is in its interest, while, at the same time, Western governments continue to lecture the rest of the World about the importance of democracy and human rights.

These standards are also not applied to regimes collaborating with the West and harnessing their interests, such as Saudi Arabia. Syria and Afghanistan, however, are or were put under the spotlight because of their human rights abuses, since Western interests would not be harmed in these two cases. Sadly, what the US did in Afghanistan is not considered an infringement of human rights, but is granted a category of its own.

For example, with backing from European countries, the 1992 legislative elections in Algeria were annulled by the force of tanks, because the regime in power and its armed forces feared that the fundamentalist party would win. In the resulting civil war, somewhere between 70,000 and 100,000 people lost their lives.

Another example was the overthrow of the freely elected Prime Minister Mossadegh in Iran in 1953, which was encouraged by Great Britain and the United States, to preserve Western oil interests in the region. The Western eagerness to support authoritarian or dictatorial regimes in the area that sustains their interests and applies their policies in the Muslim World is an expression of its power and interests alone, while accusing local movements and governments of not applying the global values of humanity. Muslim distrust of Western policies, statements and ideologies would be less marked if the West applied the same standards and values to the Middle East and the rest of the Third World as they do in their own countries.

The countries that were controlled by the West had oppressive regimes, contradictory to Western ideals and principles. Sadly, those who protested, demanding democratic freedom and the eradication of corruption, were persecuted and tortured. It has become deep-rooted in the minds of Muslims that many torturing tools such as electrical clubs and other modern means of oppression are products of Western technology and thus are identified with its culture. Similarly, it is hardly surprising that in some Muslim countries, a Minister of Interior Affairs who represses demonstrations and civil rights is also viewed as a product or a tool of Western governments.

Another symbol of Western double standards is its continuing support for Israel. Illegal military occupation of Palestine, serious human rights violations, and Israel's ignoring and breaking of United Nations resolutions for decades – dealt with in another chapter of this report – make many Muslims

question the seriousness of Western commitment to universal values of humanity. They ask whether the lives of Palestinians and Arabs are less valuable than the lives of Israelis or Europeans, whether international law is only applied to the weak, not to the powerful.

Violation of international law

The modern concept of international law was conceived after the end of the two horrible World Wars. The UN Charter was established primarily to ensure the maintenance of international peace and security between the countries of the world, preventing future wars and humanitarian disasters. It seems, however, that this charter and international law are often ignored whenever convenient. Not only has Israel violated various international laws, but others such as the United States and Great Britain have done so too.

After the bloodshed of September 11, 2001, the US insisted on acting unilaterally without the consent of the international community. During the Afghan/American crisis, the US refused all forms of direct negotiations with the Taliban government. Instead, the US demanded the immediate handing over of Osama bin Laden, and threatened that if the regime in Afghanistan failed to do so, the country would be subjected to military force.

When looking closely at the US's behavior, we see that this was in breach of Article 2(3) of the UN Charter, which demands peaceful settlements of disputes from all its member countries. Moreover, Article 33(1) of the same Charter requires conflicting members to enact all possible peaceful settlement processes such as negotiation, mediation, enquiry, conciliation, arbitration, judicial settlement, and to resort to regional agencies or arrangements, if necessary.

The US breaches of both articles, without any response from the European nations, encouraged the US administration to repeat the same practice with Iraq. The US and Great Britain insisted on imposing their will on the international community, outside the context of international law. Although international law and UN resolutions demanded a full weapons inspection in Iraq, the process was interrupted by the US attack on Iraq on March 19, 2003.

Under the terms of the UN Charter, there are only two circumstances in which the use of force is permissible: in collective or individual self-defense against an actual or imminent armed attack; or when the Security Council has directed or authorized use of force to maintain or restore international peace and security (Article 51 and 42, UN Charter). Neither of those circumstances existed in the case of Iraq. In other words, the use of force against Iraq was in violation of international law. Moreover, it seems that the US used the attack as a form of punishment or deterrence against future terrorist attacks.

Despite the existence of the Geneva Convention Relative to the Treatment of Prisoners of War from August 12, 1949 (Third Geneva Convention), the Afghan prisoners captured by the American forces were treated cruelly and stripped of their right to face fair trials. Although these unjust practices are considered a breach of international law, the Western world seldom protested or stood up for the rights of these prisoners of war. (Even if they are not considered prisoners of war, they would be entitled to a due process of law, including legal representation by lawyers.) The persons captured in Afghanistan are still imprisoned at the United States naval base on Cuba's Guantanamo Bay and are being treated in ways contradictory to the Third Geneva Convention. The question arises whether protection afforded by law only applies to Western citizens.

Lacking true and comprehensive justice

When the Taliban in Afghanistan ordered the destruction of culturally invaluable Buddha statues, Western nations – along with many Muslims – expressed their anger and disapproval of such barbaric practices. Some Western media used this opportunity to point to the backwardness and cultural underdevelopment of the Muslim countries and Islam. But during the 1991 Gulf War, when US attacks hit important historical and archaeological sites and museums in Iraq, very little criticism was heard, while just after the Iraq War of 2003, US occupation forces did absolutely nothing to protect the Iraqi cultural heritage from being plundered and its museums being emptied by looters, while they had no problem guarding the oil ministry in

Baghdad against any intruder. In both cases the Hague Convention for the Protection of Cultural Property in case of an Armed Conflict (1954) was disregarded – an act of cultural barbarism, of which Washington had been so keen to accuse other countries on earlier occasions.

In other cases Western countries have contributed to the preservation and restoration of ancient monuments in Muslim countries – but seem to have concentrated their efforts on non-Islamic ornaments and historical sites, such as from the Assyrian, Buddhist, Greek, Pharaonic and Roman eras. Ignoring Middle Age Muslim contributions to world history reflects the duality in dealing with the concept of treasuring and preserving our world heritage. After all, UNESCO has rarely provided financial support in Egypt and the Arab world for the preservation of the Islamic heritage as opposed to the aforementioned heritages.

Positive achievements in women's rights left unnoticed

The subject »Women in Islam« remains a hot topic in the Western media. Every opportunity is used to portray the backwardness and underdevelopment of women's rights in the Muslim world, or in Islam. Subjects such as the veiling of women, the multiplicity of wives, or female circumcision are at the top of the list. Research of such themes is not based merely on facts, but on Orientalist notions derived from stories such as »A Thousand and One Arabian Nights« or the »Harem World«.

Positive landmarks for women's rights in Muslim societies have not always come to light. For example, women in Egypt obtained the right to parliamentary representation in 1956, thus preceding Switzerland. Salaries and wages are also equal between men and women in most Muslim countries, contrary to some in the West. Islam also dictates the financial responsibilities of a father towards his family and the separation of financial obligations between the two genders. Female circumcision is not a Muslim custom and has no source in Islam or in the Koran, yet it is still being carried out in spite of this in some African-Muslim countries, against the opposition of many Muslims.

It is only fair to say that Muslim men can also practice double standards. For example, a Muslim man would marry a Western woman and then criticize her »free« attitudes. A large majority of Muslim believers use Western products and have adopted various aspects of the Western culture, while simultaneously criticizing and accusing not only the West but their own societies of secularism, dissolution, and disintegration. As we know, hypocrisy is a human defect common to all our societies, no matter which religious background they may have.

Looking at the examples mentioned above, it becomes clear that in many cases Western foreign policies and intellectual discourse are unfair, biased, and demonstrate no interest in listening to others. The West does seem to have big problems accepting diversity. While the Muslim world is not free of the same, the arrogance of the powerful is much more damaging than the narrow-mindedness of the weak. The double standards the Western powers often use when dealing with the Middle East or the Muslim world is one of the main obstacles to any meaningful dialogue between the two sides.

Over time, the bridges of confidence between the West and the Muslim world have been weakened, destroyed or replaced. Dense clouds of intellectual hypocrisy have emerged, concealing the minds and views of both parties. To overcome this grim situation and to start a mutual exchange on equal footing, a long period of cooperation is needed. What we desperately need is a common re-reading of our joint history, on both the academic and popular level, an investigation and strengthening of the mutual interests of both sides (instead of undercutting the interests of Muslim societies in favor of Western countries). We need the acceptance that both sides are not homogeneous but highly diverse, and that there is nothing wrong with being different.

We need more intellectual, academic and popular exchange, by giving more people the chance to meet and to discuss common concerns, and through the use of new and existing media.

It is only when the Muslim world feels that it is treated as a respected equal and given a fair chance to contribute to the global community that the first bricks can be laid in the rebuilding of the connecting bridge between the West and the Muslim world. And an essential first step would be to dis-

pense with any intellectual impositions of the double standards that make dialogue so difficult in the first place.

September 11, International Terrorism, and the Wars against Afghanistan and Iraq

The terrorist attacks of September 11, 2001 triggered a chain of events that have dealt a major blow to relations between much of the Muslim world and the United States in particular. They were motivated by hostility towards US policies in the Middle East, especially US military presence in Saudi Arabia and US support for Israel in the Israeli/Palestinian conflict. But the attacks of September 11, and then the subsequent »war« against terrorism declared by the US, and the US attack on Iraq strongly supported by the United Kingdom, Spain, Australia and Israel, are having the cumulative effect of fuelling hostilities and widening the gulf between the two sides.

The attacks on the World Trade Center in New York and the Pentagon in Washington, D.C. were almost universally condemned in the Arab and Muslim world. The exception perhaps was in Iraq, where bitterness prevailed at the US-led attack on the country in 1991 following its invasion of Kuwait, the decade-long sanctions imposed on the country mostly at the instigation of the US with the support of the UK, and the legally dubious no-fly zone enforced by the two countries over more than half of Iraqi territory.

In the rest of the Arab and Muslim world, people were horrified by the September 11 tragedy, and they grieved with the American people. However, there was the quiet and largely unexpressed feeling that the US had it coming due to its policies in the Middle East and the hegemonic behavior, unilateralism and arrogance associated especially with the George W. Bush administration. This perception was not limited to the Muslim world. It was a common sentiment among the people in China, South Korea, as well as many other countries of the Third World.

September 11 destroyed the sense of invulnerability and invincibility held by the greatest power the world has ever known, and marked a dramatic

change in US perceptions of the Muslim world. The deep emotional and political trauma caused by the al-Qaeda attack developed into extensive anti-Muslim sentiment in both the US administration and among its people. The »war« declared against terror became a war not only against al-Qaeda, but against militant and terrorist movements comprised of Muslims in general, including those fighting for an objectively just cause, such as self-determination, and against political oppression. It was not difficult under such circumstances to occasionally lapse into equating the al-Qaeda group and terrorism with Islam and Muslims in general, although terrorism is extensive among people of other faiths, too (Catholics and Protestants in Northern Ireland, Nazism, the Japanese Red Army and the Aum Shinrikyo, state terrorism in Israel, Hindu militancy and the Tamil Tigers' terrorism).

Equating Islam with terrorism

The strong anti-Muslim character of the »war against terrorism« manifests itself in many ways. One is the direct and indirect equation of terrorism with Muslim groups and Islam, and the »war« against terror with a war against Muslim terrorist organizations. These organizations thus predominate in the US State Department's list of terrorist organizations; the inclusion of a few non-Muslim terrorist organizations in the list is regarded as mere tokenism. Immigration checks at entry points and in consular offices are most stringent against Muslims. Visa applications for entry into the US have also been made increasingly difficult for males from a large number of Arab and Muslim countries. Surveillance and homeland security checks are also tightest on Arabs and Muslims in the US. This differs from immigration controls in Europe and elsewhere, where racial/religious profiling is far less evident (with the exception of Australia).

Anti-Muslim sentiment was also evident in stray unguarded remarks by members of the US administration, despite repeated denials of the charge that the war against terrorism was essentially a war against Islam. It was also evident in other sections of American and Western society. The US President carelessly used the word »crusade« with regard to US military action in the Middle East, and the war against Afghanistan was named

Operation Infinite Justice until Muslim groups objected and it was renamed Operation Enduring Freedom. Only days after the events of September 11, Italian Prime Minister Silvio Berlusconi remarked on »the superiority of our (Western) civilization, a system that has guaranteed well-being, respect for human rights and – in contrast with Islamic countries – respect for religious and political rights«. The Archbishop of Canterbury called the attack on Afghanistan a »just war« that good Christians should support. Numerous harassments of Arabs and Muslims were reported in the US and elsewhere following the events of September 11.

Arab and Muslim perceptions of the US war against terrorism as being centered only against Muslims have been reinforced by Washington's stout refusal to recognize and act against Israeli state terrorism in Palestine. Unsuccessful efforts by the Bush administration to prove links between the Iraqi regime and the al-Qaeda network or other terrorist groups are also viewed in this light.

However, it must be recognized that Muslims themselves have also contributed to the association of terrorism with their religion. Unlike other terrorist movements that normally do not identify themselves with regard to their respective religions, the very names of many Muslim militant organizations, such as the Hizbullah and Jemaah Islamiyah, are related to Islam. Often too, the goal of these groups is the establishment of an »Islamic state«. The association of Muslims with militancy, arms and violence becomes even more marked when violent jihad and acts of carnage are explicitly carried out in the name of Islam. In all these instances, Islam is merely being hijacked to serve militant and terrorist causes. But Muslims must also blame themselves if others too are led to identify these movements with Islam.

Movements involving Muslim groups aimed against perceived political oppression and in support of autonomy and independence have suffered a severe setback in the wake of September 11. Governments in charge of the territories concerned have capitalized upon the situation to stigmatize the movements as terrorist organizations and have intensified their operations against them. Thus Russia in Chechnya, China in Xingjian, India in Kashmir, the Philippines in Mindanao and Indonesia in Aceh have all secured US

recognition of these groups as terrorist organizations when previously Washington had been reluctant. In the Philippines, the US has joined local security forces to conduct operations against the Moro Islamic Liberation Front (MILF) and the bandit group Abu Sayyaf, which has been elevated to the rank of a »terrorist« organization by both the US and Philippine governments. The greatest casualty in all this is of course the Palestinian liberation movement. Israel has seized upon the post-September 11 anti-terrorist sentiments to inflict further reversals against the PLO and militant Palestinian groups.

Nevertheless, despite Muslim misgivings about these policies of using the terrorist attacks in New York as a spur, most Muslim countries were moved by the tragedy of September 11 to seek common cause with the US and join the war against terrorism. Virtually all of them became part of the counter-terrorism campaign and cooperated in intelligence exchange, surveillance, severance of funding and apprehension of terrorist elements.

Failure to address the roots of terrorism

But there were fundamental differences in the American approach to fighting terrorism and the approach strongly advocated by the Muslim countries. The American approach was perceived by the Muslim world as aimed at addressing the symptoms, not the roots of terrorism directed at the US. Furthermore it was seen as using punitive, heavily military-oriented approaches instead of political and socio-economic initiatives to win hearts and minds of people and resolve the fundamental underlying problems. In the minds of Muslim governments, terrorism was seen – correctly – as essentially politically motivated and as requiring, in the final analysis, political solutions. The US, on the other hand, was seen as unwilling to address the roots of the conflict, because that would have required a thorough revamping of American policies in the Middle East in particular, especially with regard to the Palestinian conflict. Where the US did enter into a discussion on root causes, it studiously avoided mention of the Palestinian conflict, dwelling instead at length on other causes – poverty, lack of democracy, and Islamic fundamentalism.

The controversy surrounding the attack on Afghanistan starkly illustrates this divergence of views. The US-led attack on the country to root out al-Qaeda was supported by some Muslim governments such as Pakistan and the ex-Soviet republics in Central Asia, who provided bases, fly-over rights, intelligence and other forms of assistance. But many other Arab and Muslim governments, including Indonesia and Malaysia (as well as most Muslim populations), which were otherwise fully involved in the counter-terrorism campaign, considered the operation unnecessary and not the correct solution for the defeat of al-Qaeda.

In their view, attacking Afghanistan militarily would result in enormous suffering and the loss of innocent civilian lives without any assurance of the elimination of al-Qaeda. Indeed, it was believed that an attack on the country would aggravate rather than resolve the problem of terrorism by inflaming Muslim sentiment and swelling the ranks of terrorist organizations. In this regard, even those Muslim countries like Pakistan that actively provided support for the operations in Afghanistan felt that unless root causes were addressed, the scourge of terrorism would remain. Their position was only too understandable, because popular sentiment was completely against the attack, and anti-American and anti-Western sentiments were mounting.

The results of the attack on Afghanistan and the war on terror thus far are seen by most in the Muslim world as having vindicated their views. Al-Qaeda has had its hands and feet broken, its safe haven in Afghanistan destroyed, its Taliban hosts routed, and its sources of funding gradually strangled. Its remnants are being hounded everywhere. Al-Qaeda has also failed to evict American forces from Saudi soil or from elsewhere in the Middle East, and it has not deterred the US from continuing to coddle Arab despots. In fact, it has caused the US to cultivate and support the Muslim authoritarian regimes in Central Asia and Pakistan even more.

On the other hand, al-Qaeda has succeeded in launching devastating attacks in the American heartland, inflicting profound trauma on the American psyche, and causing a deep sense of insecurity and fear in the mighty superpower. It has also raised the cost of security enormously for the US, causing it to over-react and alienate the Muslim world from it even more.

Osama bin Laden, who was wanted »dead or alive« by the American President, is apparently still very much alive and recording tapes that send shivers down American and other Western spines. Despite huge physical losses, Osama bin Laden thus appears to have won the psychological war to the extent that his T-shirt is a popular symbol among youths, Muslim and non-Muslim alike, in some countries. Fighting terrorism is essentially a battle for the hearts and minds. President George W. Bush is losing that war to Osama both by acts of commission and of omission.

The second war against Iraq (2003) has further augmented Muslim anger towards the US and its Western allies and has radicalized Muslim sentiment even more. In all likelihood, it will lead to an increase in the ranks of militants and terrorists. For the immediate future it will be the single issue that will most define hostility in the relations between the Muslim world and the US in particular, along with the Palestinian issue. Depending on how the situation develops in Iraq under US occupation, the repercussions could be potentially disastrous for both sides, especially for the US.

Provoked by double standards

Muslim sentiment against the US is driven by several factors. The US supported its political strategy by claiming that Iraq was a threat to its neighbors and to the US itself, and that Iraq possessed weapons of mass destruction. However, the US and its allies have rejected further UN weapons inspections as futile and a failure. They insisted on a change in the regime, and allegedly sought to free the Iraqi people from their »evil« ruler in order to impose democracy in the country. Like much of the rest of the world, the vast majority of Muslims wondered why, if Iraq was such a threat, it was the US and not Iraq's neighbors that were concerned. UN inspectors were already successfully attending to the claim that Iraq was in possession of weapons of mass destruction, although progress was slow. Why not therefore allow the inspections to continue until it was clearly evident whether Iraq was indeed harboring weapons of mass destruction?

As discussed in Chapter Five, the Arab and Muslim world is also provoked by the fact that on the one hand possible Iraqi non-compliance of UN res-

olutions for twelve years was being punished with a quick and total war, while on the other hand, Israeli non-compliance for four decades and continued oppression in Palestine are still being rewarded with military and financial assistance, as well as outright political support.

The Muslim world also sees other instances of blatant duplicity, double standards, and inconsistency in the US position. It contrasts Washington's approach to Iraq with the approach towards North Korea, which has admitted already possessing nuclear weapons, has test-fired missiles, and has expelled UN observers. Here the Bush administration says diplomacy is still the answer. The Muslim world therefore draws the conclusion that Iraq is being targeted for a number of reasons: it is »unfinished business« for the US; it is a Muslim country; it possesses the world's second-largest oil reserves; it has the strongest capacity in the Arab world to stand up to Israel; and the occupation of Iraq is probably part of a larger design to strategically control the Middle East and Central Asia.

Like the overwhelming majority of the countries and peoples of the world, Muslims also saw the US-led war on Iraq as completely unnecessary, unjust and devoid of legitimacy in the absence of UN Security Council authorization for the use of force. The new US doctrine of pre-emptive strikes (according to its National Security Strategy of September 2002) is condemned in most Muslim countries. The US is viewed by many people, if not by their governments, as a menace to international peace and order by its flouting of international law and international norms that do not serve its narrow and hegemonic interests.

Here the hostility is not towards the West as a whole, as many Western nations and peoples were opposed to the war as well, but only against the US and its allies. In this regard too, the war in Iraq has changed the image of the West in the Muslim world. It is no longer seen, in this important issue at least, as being monolithic and uniformly hostile towards Muslim interests. Instead, important states in the West, such as France and Germany, and a large number of people across the Western world, were joined in a common cause along with the bulk of Muslims. They are also experiencing the feelings of impotence and helplessness that the Muslim world is used to in confronting the perceived unjustness of US policies.

Muslim sentiment against the US

Muslim sentiment against the US and its allies has surged enormously with the launching of the attack on Iraq. The war was seen as grossly unequal and unjust, pitting the most awesomely armed nation in the world against a country that has been stripped of most of its weapons and the capacity to defend itself. The bombing and pounding of Iraqi cities and its populations and the US occupation are leaving an indelible mark on the Arab and Muslim world, and reviving images of similar horrors from the 1991 Gulf War.

The US and its coalition partners believe that Muslim animosity will be short-lived because the war was over quickly, and will dissipate because Saddam Hussein was overthrown. The Muslim world, like most others outside it, believes differently. The allies' expectation that the anger over the massive destruction, considerable loss of life and casualties, and the occupation will quickly recede is unrealistic. It is more probable that in the aftermath of war, the American occupation and administration of Iraq will not be accepted, but keep negative sentiments inflamed for a long time.

As usual though, while Muslim populations are united in opposition to US policies, their governments are not. States like Kuwait, Qatar, Egypt, Saudi Arabia and Jordan supported or assisted the US openly or discreetly, and others like Syria and Libya vehemently opposed it. It is somewhat fortunate that the West is also completely and bitterly divided over the attack on Iraq, because otherwise the division between the West and the Muslim world would be more stark and dangerous.

In those Muslim countries that were overtly or tacitly supporting the US-led attack, the war on Iraq has caused increased tensions between the governments and their people – except in Kuwait, where the government and the population are essentially united against the Saddam regime. The governments will find themselves more and more estranged from their people if groups in the Iraqi population carry on or intensify the struggle against American occupation. In a worst-case scenario, some Arab governments may become completely untenable, and may be forced to reform or collapse.

American occupation and control of post-war Iraq through a pliant Iraqi government, together with US strategic dominance over Afghanistan and Central Asia, may be seen as a significant strategic success in Washington. In much of the Muslim world, and in many other countries as well, however, it will be bitterly resented and opposed as an example of aggressive American hegemony in the 21st century. The hostility will grow further if the US seeks other »Iraqs« in the Middle East. What the Bush administration believes to be America's finest hour may in fact turn out to be its worst nightmare, and the beginning of the end of US supremacy and its stature in the world.

September 11, the war against terrorism and the military attack on Iraq are therefore major landmarks in the current evolution of the relations between the Muslim world and the West. The events are causing great damage to these relations, despite schisms within both the West and the Muslim world over the Iraqi situation in particular. Due to the overwhelming power of the US, there appear to be few feasible measures that can be taken to manage the rapidly deteriorating situation. In the end, although external pressures are necessary and crucial, perhaps only an increasingly skeptical population in America can counterbalance the mounting excesses of American hegemonic power by influencing a change in the Washington administration and its policies.

Where do we go from here?

Conclusions and recommendations

As this report has shown, the history of relations between the Muslim world and the West is characterized by the baggage of past antagonism on the one hand and the richness of peaceful engagement on the other. It presents itself as an exciting and dramatic plethora of events, revealing the complex nature of this pattern of interaction. On one level it is the history of bloodshed, during which thousands have been killed in the name of religion on both sides, while on another it is full of examples of mutual collaboration in the fields of philosophy, arts, and technology.

Bitterness and conflict mark the contemporary relations between the Muslim world and the West. Language is, perhaps, one good illustration, as the terminology of the Crusades waged against Muslims nearly a thousand years ago still persists. This language exists not only as a historical reference, but has been constantly revived throughout history by those seeking or holding power, instigating its own dialect of hatred. The most striking current example of this revitalization of past ideology and terminology is the well-known statement by US President George W. Bush, in which he equated the current so-called ›war on terrorism‹ with the Crusades.

However, the negative perception of relations between the Muslim world and the West today cannot be reduced to semantics. Instead, they must be seen as part of a process, wherein, through various complex modes, certain images are constructed. In other words, the history of bitterness has produced various (mostly negative) images of the other that are often far from reality. Such a process of creating false images or stereotypes is always a two-way street, and only adds to the hatred that generated it in the first place. To some extent, the rather distorted presentation of Islam in the West as an unoriginal, invalid and false religion owes to the much-cherished discourse of Orientalism in Western academia. One reason perhaps is that Islam has usually been projected as something ›outside‹ the known, the familiar and the acceptable. Critical analysis seems to be lacking in the fundamental tenets of Orientalist thinking.

While Orientalism is one aspect that helped perpetuate such false notions about the Other Side in the West, the advent of what is now known as 'fundamentalism' has had a negative effect on the tolerant and diverse heritage in the Muslim world. The birth of such extreme trends served a nasty blow to the process of modernization in the Muslim world. And in the past decade, these trends of extremism, further fuelled by conflicts in Bosnia, Kosovo, Kashmir, Palestine and Iraq, have only added to the complexities of the already vulnerable state of affairs.

But the problems in the Western-Muslim relationship do not only derive from perceptions and ideology, but also from political factors. The failure of the Western world in dealing with the Palestinian dilemma (which was of its own making) in a just, balanced and long-lasting manner continues to add fuel to the fire in relations between the West and the Muslim world. The refusal to exert political pressure on Israel, to achieve an acceptable settlement to this problem is likely to widen the existing rift and to lead to further antagonism on both sides. The only settlement that can be accepted by the Muslim world is nothing short of adherence to the United Nations resolutions that entail true Palestinian independence and the acknowledgement of the right of return for their refugees. Only if and when such a settlement is reached will the Middle East cease to be the ground for clashes and confrontation between the Muslim world and the West, giving it the opportunity instead to become a focal point for peace and global cooperation.

The September 11 attacks and their aftermath further widened the gulf of misunderstanding and conflict and narrowed the possibilities of peaceful engagement between the West and the Muslim world. In a way, the efforts of civil society in the post-Cold War period to bring peoples together in diverse ways collapsed along with the towers of the World Trade Center.

But while these criminal terrorist acts are a substantial reason for grave concern, they should not cause an enduring paranoia in the discourse. Western countries in general and the United States in particular seem to have fallen into this trap. Paranoia regarding a hidden danger to their interests and security has reached new heights. Once again, a language of hatred abruptly replaced the voice of reason. The brazen utterances by many officials in the United States are only one manifestation of this sad decline in

relations between the Muslim world and the West. The onslaught of the 'war on terror' has almost become a tool to justify ruthless actions against nation states without any sense of accountability or respect for international law or the United Nations.

The September 11 attacks and the events that unfolded in its wake not only embittered already strained ties between the two sides, in a way they also revived the power politics of the Cold War. Once again, the world witnessed the support of the United States and the Western powers to autocratic regimes and dictators, which had been totally unacceptable before. All of the efforts that had been made in the Post-Cold War Era to revive democracy in many Muslim countries through concerted efforts of civil society were bluntly ignored.

The Muslim world's dependency on Western powers for financial and military aid, and the recognition and perpetuation of corrupt and undemocratic regimes by Western countries generates a paradigm of further disempowerment. The poor governance and lack of development that has always plagued relations between the Muslim world and the West has now been further complicated by the restrengthening of this paradigm of disempowerment, which the people in the Muslim world had begun to question in the Post-Cold War Era.

The invasion of Iraq by American-led forces has already begun to render almost irreparable damage to the relations between the two sides. In an almost theatrical way, the United States is providing fuel to extremist elements in the region and showing a traditional lack of imagination in its engagement with the outside world.

The issue of the relations between the West and Muslim countries is a complex and complicated one and cannot be solved with a quick-fix solution. The burden of history weighs too heavily and the lack of political will on both sides is too distinct. But despite all this, moving ahead is the only way, as the Muslim world and the West are not only linked to each other in a geographical sense, but are also intertwined in historical terms. Finding common ground to work together for a more positive future is the only way forward.

Recommendations

The following are only a few of the recommendations and suggestions that the preceding sections of this report have thrown up. We are not suggesting that they represent the final antidote or the ultimate cure to all the problems between the Muslim and Western worlds, but we offer them as the first suggestions and guidelines towards an improved and healthier interaction between these two large communities.

1. Increased opportunities for research and cooperation between Muslim and Western scholars in the area of political debate, culture, history, and religious studies should be made available in order to promote mutual understanding, tolerance, and a culture of peace and non-violence. In this way, academic exchange between Muslim and Western countries would be increased; culture-related courses should be included in the respective programs of exchange, and institutes and networks should be set up to support these activities.

2. Research institutes should initiate specifically designed collaborative research projects exploring the mutual images of the other culture in order to contribute to the elimination of existing distorted images.

3. A joint review and evaluation of textbooks for schools and universities on both sides should be undertaken with regard to the treatment of the history, culture, religion, value systems, and the social reality of the other side. This task should be given to independent expert groups.

4. Increased opportunities for more intercultural training of disseminators and teachers should be organized. A study of existing intercultural training programs in Europe should be conducted in order to identify the most appropriate model to be used within the framework of Muslim-Western relations.

5. Projects to improve the media coverage of the other side and efforts to bring about more balanced, professional and objective reporting on issues involving both sides should be initiated.

6. Inter-media exchanges should be further promoted by improving and expanding existing journalist-exchange programs. For instance, state-run TV stations such as the Deutsche Welle may allocate daily or weekly slots to

Muslim intellectuals to independently prepare programs on and for the Muslim world.

7. Intercultural initiatives should be launched in the field of documentary film production in order to sponsor an alternative image of the other culture. Such projects have been implemented fairly successfully by some production houses in the United Kingdom and can serve as an example.

8. The Organization of Islamic Countries (OIC) should establish an Eminent Persons Group of outstanding individuals to undertake a comprehensive examination of the fundamental strategic challenges confronting the Muslim world and the measures that need to be taken to address them effectively.

9. International Muslim institutions like the OIC should play a more proactive role by commissioning their own studies on the fundamental problems confronting the poorest countries and the remedial measures that need to be taken. These studies could build upon existing ones and be conducted with the support and collaboration of relevant international agencies like the World Bank and the UNDP. The initiative for these must come from the leadership of these institutions themselves.

10. The more affluent and better performing OIC economies should work with the international community and on their own to extend assistance to the poorer countries. This assistance could include human development programs, technical assistance and medical aid. The OIC Chair and its office could initiate this effort.

11. A concerted effort should be made by Muslim countries to address their respective governance weaknesses. Important areas for urgent attention would include political participation, respect for human rights, economic reform, education reform, public service reform and the elimination of corruption. This effort is critical and essential if Muslim nations are to empower themselves and improve the welfare of their people. The effort must be nationally driven, and will not be easy where governments are lacking commitment and resources are limited.

12. The Muslim world must close ranks and work hard at making cooperative bodies like the Arab League, the Gulf Cooperation Council and the OIC more cohesive, purposeful and performance-oriented. Until they transform

themselves into credible organizations, there is little they can do to protect and promote the collective welfare in all fields.

13. Concerted efforts need to be taken by Muslim countries to address the political and socio-economic roots of militancy and terrorism in their territories. These roots may be found among other things in extreme poverty and deprivation, the marginalization of minorities, oppression, lack of popular participation and human rights violations.

14. The Muslim world and Europe should work closely to enhance efforts in addressing the root causes of international terrorism.

15. Europe and the Muslim world must intensify initiatives to press for a resolution of the Palestinian question that is just, balanced and long-lasting, based on the relevant United Nations resolutions. The peaceful resolution of the Palestinian question is urgent, because the issue is the single most important factor driving Muslim anger and alienation today.

16. Regular track-two dialogues should be initiated to promote the candid and productive exchange of views regarding outstanding issues affecting relations between the West and the Muslim world. Participants should include senior policy makers in their personal capacity, academics and intellectuals, and figures from the business sector. The initiative can be coordinated and led by one institute in Europe (e.g. the Institute for Foreign Cultural Relations (ifa) in Germany), the Middle East (e.g. the Palestinian Institute for the Study of Democracy (MUWATIN) in the Palestinian autonomous territory) and Southeast Asia (e.g. the Institute of Strategic and International Studies (ISIS) in Malaysia) respectively.

17. Collaboration and networking among citizens' movements and organizations of civil society across borders should be sustained and strengthened as a powerful moral and political force for peace and against war.

18. Europe and the Muslim world should work closely to coordinate efforts in preserving and promoting multilateralism. The United Nations and International Law should be the only legitimate foundations for the management of international peace and security.

Vitae

Salwa Bakr

Born 1949. Works as a theater, film and literature critic in Cyprus and Lebanon. Lives as a writer in Cairo. Focus of her work: disadvantaged women, social injustice. In 1993, she received Deutsche Welle's Arab Literature Prize. Her publications include: »Atija's Shrine« (1992); »The Sole Flower in the Swamp« (1994); »The Golden Cart does not go to Heaven« (1997).

Basem Ezbidi

Born 1960. Professor of Political Science at the An-Najah National University in Nablus/Palestinian autonomous territory. Focus of his work: Western political ideology and philosophy and American politics and government. He has authored numerous publications in Arabic and English, including »Corruption in Palestine« (2001); »Political Culture and Development towards Democracy in Palestine« (2003); and »The Role of Human Rights Organizations in Enhancing Criminal Justice in Palestine« (2004).

Dato' Mohammed Jawhar Hassan

Born 1944. Director of the Institute of Strategy and International Studies (ISIS) Malaysia, a leading NGO think tank in the region. He worked until 1990 in the Malaysian diplomatic corps and for various Malaysian government ministries. Focus of his work: international relations, security and state-building. His publications include: »Confidence and Security-Building Measures: Their Applicability Outside of European Contexts« (1991); »Managing Security in Southeast Asia: Existing Mechanisms and Processes to Address Regional Conflicts« (1993); »The Nexus Between Democracy and Stability: The Case of Southeast Asia« (1996).

Fikret Karcic

Born 1955. Professor at the Faculty of Islamic Studies in Sarajevo and at the Faculty of Law at the University of Sarajevo. Focus of his work: history of Islamic law and Islamic institutions in the post-Ottoman Balkans, Muslim minorities and modern Islam. He has published in Bosnian, Arabic, Turkish and English, including »A History of Islamic Law« (1987); »The Social and Legal Aspect of Islamic Reformism« (1990); »Studies in Islamic Law« (1997).

Hanan Kassab-Hassan

Born 1952. Until 2003 Professor at the French Faculty and the Faculty of Beaux-Arts at the University of Damascus as well as at the Saint Joseph University Beirut. Her publications include »Exercises about Improvisation and Text Analysis in Theatre« (co-authored with Marie Elias, 1988); »Dictionary of Theatre, Terms and Concepts of Drama and Performing Arts« (co-authored with Marie Elias, 1997). Her translations into Arabic include Jean Genet's »Les Bonnes« (1991) and B.M. Koltès' »Dans la solitude des champs de coton« (2002). She acts as consultant on and coordinator for cultural events held by the French Cultural Center in Syria and, since 2002, has penned articles for www.babelmed.net (supported by the European Union).

Mazhar Zaidi

Born 1973. Journalist and filmmaker from Pakistan. Since January 2003 he has worked for the BBC in London. Numerous publications and film documentaries on Pakistan. Focal points of his work: religious intolerance and minority rights in Pakistan.

فكرت كارتشتش

من مواليد 1955. أستاذ في كلية الدراسات الإسلامية في سرايفو. مجالات العمل: تاريخ التشريع الإسلامي والمؤسسات الإسلامية في البلقان بعد العهد العثماني، الأقليات المسلمة والإسلام الحديث. مؤلفات باللغات البوسنية والعربية والتركية والإنجليزية، من بينها: «تاريخ التشريع الإسلامي»، 1987، «الجانب الاجتماعي والقانوني للإصلاحية الإسلامية»، 1990، «دراسات في الشريعة الإسلامية»، 1997.

حنان قصاب حسن

من مواليد 1952. حتى عام 2003 أستاذ في الكلية الفرنسية وكلية الفنون الجميلة في دمشق، وجامعة القديس جوزيف البيروتية. من بين مؤلفاتها: «تمارين في القراءة الدراماتورية والارتجال» 1998، (بالاشتراك مع ماري الياس)، «المعجم المسرحي، مفاهيم ومصطلحات المسرح وفنون العرض»، 1997 (بالاشتراك مع ماري الياس). ترجمت إلى اللغة العربية: مسرحية «الخادمت» لجان جينيه 1991، ولبرنار ماري كولتس «في عزلة حقول القطن» 2002. مستشارة ومنسقة للفعاليات الثقافية لمركز الثقافة الفرنسي في سوريا. ومنذ 2002 محررة في موقع www.babelmed.net (مدعوم من الاتحاد الأوروبي).

مظهر زيدي

من مواليد 1973. صحفي ومخرج سينمائي من باكستان. منذ شهر يناير 2003 في محطة الإذاعة البريطانية بي.بي.سي في لندن. مؤلفات مختلفة وأفلام وثائقية عن باكستان. مراكز التثقل: التعصب الديني وحقوق الأقليات في باكستان.

المؤلفون والمؤلفات

سلوى بكر

من مواليد 1949. ناقدة مسرح وأدب وسينما في قبرص ولبنان. تقيم ككاتبة في مصر. محاور كتاباتها: وضع المرأة والظلم الاجتماعي. حصلت في عام 1993 على جائزة الأدب العربي لمحطة الإذاعة الألمانية «دويتش ويله». من مؤلفاتها: «مقام عطية»، 1992، و«الزهرة الوحيدة في المستنقع» 1994، و«العربة الذهبية لا تصعد إلى السماء» 1997.

باسم الزبيدي

من مواليد 1960، أستاذ العلوم السياسية بجامعة النجاح الوطنية في نابلس، أراضي الحكم الذاتي الفلسطينية. محور العمل: الفكر السياسي الغربي، والسياسة والحكم في الولايات المتحدة الأمريكية. ألف عددا من الكتب باللغتين العربية والإنجليزية، منها «الفساد في فلسطين»، 2001، و«الثقافة السياسية في فلسطين»، 2003، و«دور منظمات حقوق الإنسان في دعم القضاء الجنائي في فلسطين» 2004.

محمد جوهر بن حسن

من مواليد 1944. مدير معهد الدراسات الاستراتيجية والدولية (ISIS)، أحد أهم المعاهد الفكرية غير الحكومية. كان حتى عام 1990 في السلك الدبلوماسي، وتقلد العديد من المناصب الوزارية في ماليزيا. مجالات العمل: العلاقات الدولية، الأمن وبناء الدولة القومية. المؤلفات: «إجراءات بناء الثقة والأمن – إمكانيات تطبيقها خارج السياق الأوروبي»، 1991، «تسيير الأمن في جنوب شرق آسيا: الآليات الراهنة وعمليات معالجة النزاعات الإقليمية»، 1993، «الرابطة بين الديمقراطية والاستقرار، حالة جنوب شرق آسيا»، 1996.

العامة، والقضاء على الفساد. ويُعد هذا الجهد جوهرياً إذا كانت البلدان الإسلامية تهدف إلى تمكين نفسها وتحسين رفاهية شعوبها. وينبغي تسيير هذا الجهد قومياً، ولن يكون سهلاً حيث تفتقر الحكومات إلى الالتزام وتكون الموارد محدودة.

12. ينبغي أن يعمل العالم الإسلامي على تقريب صفوفه، والسعي بجدية حتى تصبح كيانات مثل الجامعة العربية ومجلس التعاون الخليجي ومنظمة المؤتمر الإسلامي أكثر تماسكاً والتزاماً بأهدافها، وتعمل على تحسين الأداء، حتى تتحول هذه الكيانات نفسها إلى منظمات ذات مصداقية. وإلا فلن تتمكن من حماية الرفاهية الجماعية والنهوض بها في جميع المجالات.

13. هناك حاجة لأن تبذل البلدان الإسلامية جهوداً منسقة لمواجهة الجذور السياسية والاجتماعية والاقتصادية للإرهاب على أراضيها. ويمكن التعرف على هذه الجذور، من بين أشياء أخرى، في الفقر المدقع والحرمان وفي تهمة الأثليات والقمع وفقدان المشاركة الشعبية وانتهاك حقوق الإنسان.

14. ينبغي أن يعمل العالم الإسلامي وأوروبا على نحو وثيق لتعزيز الجهود من أجل مواجهة الأسباب الجذرية للإرهاب الدولي.

15. على أوروبا والعالم الإسلامي أن يعملوا على تكثيف المبادرات للضغط من أجل إيجاد حل عادل ومتوازن ودائم للمسألة الفلسطينية يركز على القرارات ذات الصلة الصادرة عن هيئة الأمم المتحدة. يُعد الحل السلمي للمسألة الفلسطينية أمراً ملحاً، ذلك أن القضية الفلسطينية هي أهم عامل قائم بذاته يثير غضب المسلمين اليوم وشعورهم بالاغتراب.

16. ينبغي الشروع في الحوارات ذات المسارات الثنائية المنتظمة (two-track) من أجل النهوض بالتبادل المخلص والمثمر في وجهات النظر بشأن القضايا التي لم تحسم بعد، والتي تؤثر في العلاقات بين الغرب والعالم الإسلامي. على أن تضم قائمة المشاركين كبار صناع السياسة بصفاتهم الشخصية والأكاديميين والمفكرين وشخصيات من قطاع الأعمال. كما يمكن تنسيق المبادرة وإدارتها عن طريق مؤسسة واحدة في كل بلد في أوروبا (مثلاً معهد العلاقات الخارجية ifa في ألمانيا)، وفي الشرق الأوسط (مثلاً الرابطة الأكاديمية الفلسطينية للدراسات الاستراتيجية والشئون الدولية PASSIA)، وفي جنوب شرق آسيا (مثلاً معهد الدراسات الاستراتيجية والدولية في ماليزيا ISIS).

17. ينبغي موازنة وتقوية التعاون والعمل من خلال شبكات عمل بين الحركات الأهلية ومنظمات المجتمع المدني عبر الحدود، بوصفها قوة معنوية وسياسية قوية من أجل السلام و ضد الحرب.

18. ينبغي أن تعمل أوروبا والعالم الإسلامي معاً لتنسيق الجهود من أجل حفظ التعددية القطبية والنهوض بها. كما ينبغي أن تشكل الأمم المتحدة والقانون الدولي الأساس الشرعي الوحيد لإدارة السلام والأمن الدوليين.

3. إجراء مراجعة وتقييم مشترك للكتب المدرسية والجامعية لدى الجانبين فيما يتعلق بمعالجة التاريخ والثقافة والدين والنظم القيمية والواقع الاجتماعي للجانب الآخر، على أن تتولى هذه المهمة مجموعات مستقلة من الخبراء.
4. زيادة فرص التدريب في مجال الثقافات البينية للمدرسين والمدرسين. ودراسة برامج التدريب الحالية بين الثقافات في أوروبا من أجل تحديد أكثر النماذج ملائمة للاستخدام داخل إطار العلاقات الإسلامية - الغربية.
5. البدء في مشروعات لتحسين التغطية الإعلامية عن الجانب الآخر، وبذل الجهود من أجل كتابة تقارير صحفية أكثر توازناً ومهنية وموضوعية حول القضايا التي تخص الجانبين.
6. ضرورة النهوض بالتبادل بين وسائل الإعلام عن طريق تحسين وتوسيع البرامج الحالية لتبادل الصحفيين. وعلى سبيل المثال، يمكن أن تخصص محطات التلفزيون التي تديرها الدولة، مثل «Deutsche Welle» مساحات يومية أو أسبوعية للمفكرين الإسلاميين لإعداد برامج مستقلة حول العالم الإسلامي وموجهة إليه.
7. الشروع في المبادرات الثقافية البينية في مجال إنتاج الأفلام الوثائقية من أجل دعم صورة بديلة عن ثقافة الآخر. وقد أمكن تنفيذ مثل هذه المشروعات بنجاح بواسطة بعض شركات الإنتاج في المملكة المتحدة، ففي الإمكان الاستعانة بها كنموذج.
8. ينبغي أن تقوم منظمة المؤتمر الإسلامي بإنشاء «مجموعة الشخصيات البارزة» التي تضم أفراداً متميزين تكمن مهمتهم في الاضطلاع بدراسة شاملة للتحديات الاستراتيجية الأساسية التي تواجه العالم الإسلامي، والتدابير التي يجب اتخاذها لمواجهة تلك التحديات بفعالية.
9. على المؤسسات الدولية الإسلامية، مثل منظمة المؤتمر الإسلامي، أن تضطلع بدور أنشط عن طريق التكليف بإجراء دراسات خاصة بها حول المشكلات الأساسية التي تواجه البلدان الفقيرة والإجراءات العلاجية المطلوبة. ويمكن بناء هذه الدراسات على الدراسات الحالية بدعم وتعاون من الهيئات الدولية ذات الصلة مثل البنك الدولي وبرنامج الأمم المتحدة الإنمائي. ويجدر أن تنبع المبادرة بهذه الدراسات من رئاسة تلك المؤسسات نفسها.
10. ينبغي أن تعمل بلدان منظمة المؤتمر الإسلامي ذات الاقتصاديات الأثري والأفضل أداء مع المجتمع الدولي، لمد يد المساعدة إلى البلدان الفقيرة. ويمكن أن تضم هذه المساعدة برامج التنمية البشرية والمساعدة التقنية والمعونة الطبية. على أن يبادر رئيس منظمة المؤتمر الإسلامي ومكتبه في تنسيق هذا الجهد.
11. على البلدان الإسلامية أن تبذل جهوداً منسقة لمواجهة ضعف الحكم لديها، تشمل تحديد المجالات المهمة التي تسترعي الانتباه: المشاركة السياسية، واحترام حقوق الإنسان، والإصلاح الاقتصادي، والإصلاح التعليمي، وإصلاح الخدمات

الديمقراطية في كثير من البلدان الإسلامية من خلال جهود منسقة للمجتمع المدني تم تجاهلها بفضاظة.

إن اعتماد العالم الإسلامي على القوى الغربية في المعونة المالية والعسكرية، واعتراف البلدان الغربية بالأنظمة الفاسدة وغير الديمقراطية ومساعدتها على الاستمرار، إنما يولدان نموذجا يزيد من الإحساس بالضعف. كما أن سوء الحكم وافتقار التنمية اللذين كانا دائما ينزلان الكوارث بالعلاقات بين العالم الإسلامي والغرب قد أصبحا الآن أكثر تعقيدا نتيجة إعادة تقوية نموذج الضعف الذي كانت شعوب العالم الإسلامي قد بدأت تضعه موضع التساؤل في مرحلة ما بعد الحرب الباردة.

لقد بدأ غزو العراق من جانب القوى التي قادت الولايات المتحدة بالفعل في إحداث ضرر يتعدى إصلاحه في العلاقات بين الجانبين. وبأسلوب شبه مسرحي، تعمل الولايات المتحدة على تاجيج العناصر المتطرفة في المنطقة، مما يوضح غياب المخيال في ارتباطها مع العالم الخارجي.

تعد قضية العلاقات بين الغرب والعالم الإسلامي قضية مركبة ومعقدة ولا يمكن إيجاد حل سريع لها. إن عبء التاريخ ثقيل، وافتقار الإرادة السياسية على الجانبين شديد الوضوح. وعلى الرغم من ذلك كله، فإن التحرك نحو الإمام هو الطريق الوحيد، إذ أن العالم الإسلامي والغرب لا يرتبطان جغرافيا فحسب، وإنما تاريخيا أيضا. فإيجاد أرضية مشتركة للعمل البيني من أجل مستقبل أكثر إيجابية هو الطريق الوحيد أمامنا.

توصيات

نقدم فيما يلي بعضا من التوصيات والمقترحات التي طرحتها الأجزاء السابقة من هذا التقرير. ونحن لا نزعم أنها تمثل العلاج النهائي لجميع المشكلات القائمة بين العالمين الإسلامي والغربي، وإنما نعرضها كمقترحات وخطوط عامة في سبيل تحقيق تفاعل صحي أفضل بين هذين التجمعين الكبيرين.

1. إتاحة مزيد من الفرص أمام البحث والتعاون بين الباحثين من العالمين الإسلامي والغربي في مجالات النقاش السياسي والثقافة والتاريخ والدراسات الدينية، بغية النهوض بالفهم المتبادل والتسامح وثقافة السلام ونبذ العنف. وبهذه الطريقة، يزيد التبادل الأكاديمي بين البلدان الإسلامية والغربية، مع إدراج الدورات المتعلقة بالثقافة في برامج التبادل، وإنشاء المعاهد وشبكات العمل لدعم هذه الأنشطة.

2. ينبغي أن تشرع معاهد البحث في مشروعات بحثية مصممة خصيصا من أجل التعاون، تعمل على استكشاف الصور المتبادلة عن الثقافة الأخرى من أجل المساهمة في القضاء على الصور المشوهة الراهنة.

التي شهدتها كل من البوسنة وكوسوفا وكشمير وفلسطين والعراق، ولم تفعل سوى أنها أضافت إلى تعقيدات الوضع المتأرجح من قبل.

لكن إشكاليات العلاقة بين الغرب والعالم الإسلامي لا تُشتق فحسب من التصورات والأيدولوجيا، وإنما أيضا من عوامل سياسية. فأخفاق العالم الغربي في التعامل مع المأزق الفلسطيني (الذي من صنعه)، بأسلوب عادل ومتوازن وطويل المدى، يستمر في تأجيج النار بين الغرب والعالم الإسلامي. كما أن رفض الضغط السياسي على إسرائيل لتحقيق تسوية مقبولة لهذه المشكلة، من المرجح أن يؤدي إلى توسيع الصدع الحالي والي مزيد من العدا على الجانبين. إن التسوية الوحيدة المقبولة من جانب العالم الإسلامي لا يمكن أن تكون أدنى من المطالبة بالالتزام بقرارات الأمم المتحدة التي تتضمن الاستقلال الحقيقي للفلسطينيين والاعتراف بحق العودة للاجئين من بينهم. و فقط عند التوصل إلى مثل هذه التسوية، يكف الشرق الأوسط عن أن يكون أرضية للصدام والمواجهة بين العالم الإسلامي والغرب، مما يمنحه الفرصة ليصبح بؤرة للسلام والتعاون الدولي.

إن ضربات الحادي عشر من سبتمبر، وعواقبها، قد أدت إلى توسيع فجوة سوء الفهم والصراع، وقلصت من إمكانيات الارتباط السلمي بين الغرب والعالم الإسلامي. وبشكل ما، يمكن القول أن جهود المجتمع المدني في فترة ما بعد الحرب الباردة من أجل جمع الشعوب معا بمختلف الوسائل قد انهارت مع انهيار برجي مركز التجارة العالمي.

رغم أن هذه الأعمال الإرهابية الإجرامية، تعد أسبابا جوهرية للإحساس بالقلق الشديد، لكنها لا ينبغي أن تؤدي إلى البارانويا المستمرة في الخطاب. ويبدو أن البلدان الغربية بشكل عام، والولايات المتحدة بصفة خاصة، قد وقعت في هذا الشرك. إن البارانويا الخاصة بوجود خطر خفي يهدد مصالحها وأمنها قد أصبحت تحلق في مرتفعات جديدة. ومرة أخرى، حلت لغة الكراهية على نحو فظ محل صوت العقل. إن الكلمات الصفيقة التي يطلقها بعض الرسميين في الولايات المتحدة، ليست سوى إحدى تجليات هذا الانحدار المحزن في العلاقات بين العالم الإسلامي والغرب. إن هجمة «الحرب ضد الإرهاب» قد أصبحت تقريبا أداة لتبرير الأفعال الغاشمة ضد الدول الوطنية دون أي إحساس بالمساءلة أو الاحترام للقانون الدولي أو لهيئة الأمم المتحدة.

لم تؤد هجمات الحادي عشر من سبتمبر والأحداث التي انكشفت في أعقابها إلى زيادة المرارة التي تشوب بالفعل الروابط القائمة بين الجانبين فحسب، بل قادت أيضا إلى إحياء سياسات القوة التي كانت سائدة في فترة الحرب الباردة. ومرة أخرى، يشهد العالم دعم الولايات المتحدة والدول الغربية للأنظمة الأوتوقراطية والديكتاتورية، وهي التي لم تكن تجد قبولا على الإطلاق في السابق. إن جميع الجهود التي بذلت في حقبة ما بعد الحرب الباردة لإحياء

من هنا ... إلى أين ؟

نتائج وتوصيات

أوضح هذا التقرير، أن تاريخ العلاقات بين العالم الإسلامي والغرب يتسم بقدر كبير من العداء في الماضي من ناحية، وثناء الارتباط السلمي من الناحية الأخرى. يقدم هذا التاريخ نفسه بوصفه وفرة من الأحداث المثيرة والدرامية، كاشفا عن الطبيعة المعقدة لهذا النموذج من التبادل. إنه، على أحد المستويات، تاريخ ملئ بالدماء المراقبة، حيث قتل الآلاف باسم الدين على الجانبين؛ بينما يمتلئ، على مستوى آخر، بأمثلة للتعاون المشترك في مجالات الفلسفة والفنون والتكنولوجيا. إن المرارة والصراع توصل العلاقات المعاصرة بين العالم الإسلامي والغرب. وربما تعد اللغة مثالا يوضح ذلك، حيث إن مصطلحات الحملات الصليبية الذي سُنت ضد المسلمين منذ حوالي ألف سنة، ما زالت قائمة. ولا توجد هذه اللغة كمرجع تاريخي فحسب، وإنما كانت دائما عرضة لإحيائها عبر التاريخ من جانب من يسعون إلى القوة أو يمتلكونها، يثيرون بها نوعا خاصا من الكراهية. ومن أكثر الأمثلة صراحة في وقتنا الراهن على هذا الإحياء للأيديولوجية والمصطلحات الماضية هو التصريح المعروف الذي ألقاه رئيس الولايات المتحدة جورج دبليو بوش، حيث ساوى بين ما يسمى حاليا «الحرب ضد الإرهاب» والحملات الصليبية. ومع ذلك، لا يمكن قصر التصور السلبي للعلاقات بين العالم الإسلامي والغرب اليوم على ألفاظ. بدلا من ذلك، ينبغي رؤيته كجزء من عملية تبنى بمقتضاها صور معينة من خلال مختلف الأساليب المعقدة. وبعبارة أخرى، أنتج تاريخ المرارة صورا متعددة (أغلبها سلبي) حول الآخر، عادة هي بعيدة عن الواقع. إن عملية خلق صور أو قوالب نمطية مزيفة تكون دائما ذات اتجاهين، ولا تؤدي سوى إلى زيادة الكراهية التي ولدتها في المقام الأول. وإلى حد ما، فإن التقديم المشوه للإسلام في الغرب، الذي يرى في الإسلام دينا غير أصيل وكاذب وزائف، يعود إلى خطاب الاستشراق المحبب إلى نفس المجتمع الأكاديمي الغربي، وقد يرجع أحد الأسباب إلى أن صورة الإسلام كانت دائما تسقط كشيء «خارج» المعروف والمألوف والمقبول. ويبدو أن التحليل النقدي مفتقد في المبادئ الأساسية للفكر الاستشراقي. وفي حين يُعد الاستشراق أحد الجوانب التي ساعدت على استمرار تلك التصورات الزائفة حول الآخر في الغرب، فإن ما يعرف الآن باسم «الأصولية» كان له تأثير سلبي على تراث التسامح والتنوع في العالم الإسلامي. إن ميلاد مثل هذه الاتجاهات المتطرفة كان بمثابة ضربة بليغة لعملية التحديث في العالم الإسلامي. وفي السنوات العشر الأخيرة، تأججت هذه الاتجاهات المتطرفة نتيجة للنزاعات

في تلك البلدان الإسلامية التي كانت تدعم الهجوم الذي قاده الولايات المتحدة دعماً صريحاً أو ضمناً، رفعت الحرب على العراق من حدة التوترات بين الحكومات وشعوبها، ما عدا في الكويت حيث كانت الحكومة والسكان متحدين جوهرياً ضد نظام صدام. وسوف تجد الحكومات نفسها أكثر اغتراباً عن شعوبها إذا وصلت مجموعات من العراقيين نضالها ضد الاحتلال الأمريكي أو كثفته. وفي أسوأ الحالات، قد يتعذر الحفاظ على بعض الحكومات العربية، إلا بإجبارها على الإصلاح لئلا تسقط.

قد ترى واشنطن أن في احتلال العراق والسيطرة الأمريكية عليه بعد الحرب من خلال حكومة عراقية مطيعة، إضافة إلى الهيمنة الاستراتيجية الأمريكية على أفغانستان وآسيا الوسطى، نجاحاً استراتيجياً متميزاً. ومع ذلك، ففي كثير من بقاع العالم الإسلامي، والعديد من البلدان الأخرى أيضاً، سوف تقاوم تلك الهيمنة وتعارض بشدة كنموذج للهيمنة الأمريكية العدوانية في القرن الحادي والعشرين. وسوف ينمو العداء إذا سعت الولايات المتحدة إلى أكثر من «عراق» آخر في الشرق الأوسط. إن ما تعتقد إدارة بوش أنه أفضل ساعات أمريكا قد يتحول في واقع الأمر ليصبح أسوأ كابوس لها، بل وبداية نهاية تفوق الولايات المتحدة ومكانتها في العالم.

ولذلك، فإن الحادي عشر من سبتمبر، والحرب ضد الإرهاب، والهجوم العسكري على العراق، هي معالم كبرى على طريق التطور الراهن للعلاقات بين العالم الإسلامي والغرب. وتسبب هذه الأحداث أضراراً جسيمة في تلك العلاقات، على الرغم من الانقسات داخل كل من الغرب والعالم الإسلامي حول الوضع في العراق بصفة خاصة. ونتيجة لسطوة الولايات المتحدة الساحقة، يبدو أن هناك قليلاً من الإجراءات ذات الجدوى التي يمكن اتخاذها لإدارة الموقف الأخذ في التدهور السريع. وفي نهاية الأمر، ورغم أهمية الضغوط الخارجية وضرورتها، فإن فقط الشعب الأمريكي هو الذي بإمكانه تحقيق التوازن المضاد في مواجهة الإفراط المتزايد في سطوة الهيمنة الأمريكية، وذلك بواسطة العمل على تغيير الإدارة في واشنطن وسياساتها.

في أغلب البلدان الإسلامية. وينظر العديد من الشعوب، مخالفة لما تراه حكوماتها، إلى الولايات المتحدة باعتبارها تهديدا للسلام والنظام الدوليين، لاستهزائها بالقانون الدولي والأعراف الدولية التي لا تخدم مصالحها الضيقة في الهيمنة. لكن هذا العداء ليس موجها إلى الغرب ككل، إذ أن كثيرا من البلدان والشعوب الغربية كانت معارضة للحرب أيضا لكنه موجه فقط ضد الولايات المتحدة وحلفائها. وبهذا الصدد أيضا، يمكن القول أن الحرب في العراق قد غيرت صورة الغرب في العالم الإسلامي. فالنظرة إليه، على الأقل في هذه القضية بالتحديد، لا تراه كلا متراسا ومعاديا للمصالح المسلمة؛ بل هناك دول مهمة في الغرب، مثل فرنسا وألمانيا، فضلا عن عدد ضخم من الشعوب عبر أنحاء العالم الغربي، كانت تتقاسم هدفا مشتركا مع غالبية المسلمين؛ كما مرت أيضا بخبرة الشعور بالعجز التي اعتاد عليها العالم الإسلامي في مواجهة مظالم سياسات الولايات المتحدة.

المشاعر الإسلامية ضد الولايات المتحدة

احتدت مشاعر المسلمين ضد الولايات المتحدة وحلفائها مع شن الهجوم على العراق. كانت الحرب تعتبر غير متكافئة وغير عادلة على الإطلاق، شنتها أكثر دول العالم تسليحا ضد بلد كان قد تم تجريده من أغلب أسلحته وقدرته على الدفاع عن نفسه. إن عمليات القصف والضرب للمدن العراقية وسكانها، فضلا عن احتلال الولايات المتحدة لأراضيه، قد تركت بصمات يتعذر محوها في العالم العربي والإسلامي، وأحيت صورا عن الرعب المماثل في حرب الخليج عام 1991. وتؤمن الولايات المتحدة وحلفاؤها بأن عداء المسلمين لن يستمر طويلا لأن الحرب قد انتهت سريعا، وسوف ينقشع هذا العداء نتيجة الإطاحة بصدام حسين. لكن العالم الإسلامي، مثله مثل أغلب البلدان خارجه، يرى خلاف ذلك. إن تصور انحسار الغضب من التدمير الضخم والخسائر الكبيرة في الأرواح والجرحى والاحتلال هو تصور غير واقعي. فمن المحتمل عدم القبول بالاحتلال والإدارة الأمريكية للعراق في أعقاب الحرب، بل ستبقى المشاعر السلبية متأججة لفترة طويلة. ومع ذلك، وكما هي العادة، نجد الشعوب الإسلامية متحدة في معارضة سياسات الولايات المتحدة، بينما لا تتخذ حكوماتها الموقف نفسه. إن دولاً مثل الكويت وقطر ومصر والسعودية والأردن قد دعمت أو ساعدت الولايات المتحدة سواء علنا أو في الخفاء، وهناك دول أخرى مثل سوريا وليبيا عارضت الولايات المتحدة بشدة. ومن حسن الحظ أن الغرب منقسم أيضا انقساماً مرا حول الهجوم على العراق، إذ بخلاف ذلك كان سيصبح التباين بين الغرب والعالم الإسلامي أكثر حدة وخطورة.

استفزازية المعايير المزدوجة

هناك عوامل عدة تُوَجِّع مشاعر المسلمين ضد الولايات المتحدة. لقد دعمت الولايات المتحدة استراتيجيتها السياسية بزعمها أن العراق يمثل تهديداً لحيوانه وللولايات المتحدة نفسها، وأنه يمتلك أسلحة دمار شامل. ومع ذلك، رفضت الولايات المتحدة وحلفاؤها مواصلة عمليات تفتيش الأمم المتحدة على الأسلحة كعمليات عقيمة وفاشلة. لقد أصرت الولايات المتحدة وحلفاؤها على إحداث تغيير في النظام، وزعموا أنهم يسعون إلى تحرير الشعب العراقي من حاكمه «الشرير» وإلى سيادة الديمقراطية في البلد. ومثلما كان الوضع في كثير من باقي أنحاء العالم، كانت الغالبية العظمى من المسلمين تتساءل: إذا كان العراق يمثل تهديداً على هذا النحو، فلماذا تهتم الولايات المتحدة بالأمر وليس جيرانه. فقد كان مفتشو الأمم المتحدة قد نجحوا في البحث في ملكية العراق لأسلحة الدمار الشامل، على الرغم من أن التقدم كان بطيئاً. لماذا لم يُسمح إذن لعمليات التفتيش بالاستمرار إلى أن يتضح بجلاء أن العراق يخفي بالفعل أسلحة للدمار الشامل؟

وكما ناقشنا في الفصل الخامس، لقد شعر العالم العربي والإسلامي بالاستفزاز نظراً لمعاقبة العراق بحرب سريعة وشاملة بدعوى أنه لم يمثل لقرارات الأمم المتحدة لمدة 12 سنة، بينما تكافأ إسرائيل على تجاهلها لقرارات الأمم المتحدة لفترة تصل إلى أربعة عقود، والقمع في فلسطين بالدعم العسكري والمالي، فضلاً عن الدعم السياسي الصريح.

يرى العالم الإسلامي أيضاً حالات أخرى من الخداع الصارخ والمعايير المزدوجة وعدم الاتساق في موقف الولايات المتحدة. إنه يقارن أسلوب واشنطن تجاه العراق بتعاملها مع كوريا الشمالية التي اعترفت بالفعل بأنها تمتلك أسلحة نووية واختبرت صواريخها، وطردت مراقبي الأمم المتحدة. وهنا، تقول إدارة بوش بأن الدبلوماسية لا تزال هي الإجابة المناسبة. ولهذا، فقد خلص العالم الإسلامي إلى نتيجة مفادها أن العراق مستهدف لعدد من الأسباب: أنه يُعد «صفقة لم تكتمل» بالنسبة للولايات المتحدة؛ ولكونه بلداً إسلامياً؛ يمتلك ثاني أكبر احتياطي نفطي في العالم، كما أنه أكثر البلدان العربية قدرة على الوقوف أمام إسرائيل، ومن ثم فاحتلاله ربما يكون جزءاً من خطة أكبر للسيطرة الاستراتيجية على الشرق الأوسط وآسيا الوسطى.

ومثل الغالبية الساحقة من البلدان والشعوب في العالم، اعتبر المسلمون أيضاً الحرب التي تقودها الولايات المتحدة ضد العراق حرباً غير ضرورية على الإطلاق، وغير عادلة وتفتقر إلى الشرعية في ظل غياب موافقة مجلس الأمن التابع للأمم المتحدة على استخدام القوة. إن نظرية الولايات المتحدة الجديدة الخاصة بالضربات الوقائية (وفقاً لاستراتيجيتها للأمن القومي في سبتمبر 2002) مدانة

وتغذية صفوف المنظمات الإرهابية. وبهذا الصدد، فقد شعرت حتى البلدان الإسلامية التي وفرت بنشاط الدعم للعمليات في أفغانستان - مثل باكستان - بأنه ما لم تتم معالجة الأسباب الجذرية للإرهاب، فإن سوطه سوف يستمر مسلطاً. وكان موقفها مفهوماً تماماً، ذلك أن المشاعر الشعبية كانت جميعها ضد الهجوم، كما تصاعدت المشاعر المعادية للأمريكيين والغرب.

وترى الغالبية في العالم الإسلامي أن نتائج الهجوم على أفغانستان والحرب ضد الإرهاب قد أثبتت وجهة نظرها. لقد تحطمت أوصال تنظيم القاعدة، مع تدمير ملاذاته الآمن في أفغانستان، واجتثاث جذور مضيفه طالبان، وخنق مصادر تمويله تدريجياً، ومطاردة فلوله وتعقبها في كل مكان. كما فشل تنظيم القاعدة في طرد القوى الأمريكية من الأراضي السعودية أو من أي مكان آخر في الشرق الأوسط، ولم يحول دون استمرار الولايات المتحدة في تدليل الحكام العرب المستبدين. لكنه تسبب، في الواقع، في زيادة رعاية ودعم الولايات المتحدة للنظم السلطوية الإسلامية في آسيا الوسطى وباكستان ودعمها.

ومن جانب آخر، فقد نجح تنظيم القاعدة في شن هجمات مدمرة داخل الأراضي الأمريكية، مسبباً رضخاً عميقاً في النفسية الأمريكية، وشعوراً دفيناً بعدم الأمان والخوف داخل القوة العظمى الجبارة. كما أدى أيضاً إلى رفع تكلفة الأمن بدرجة كبيرة في الولايات المتحدة، مما سببه من رد فعل مبالغ فيه داخلها، وأبعد عنها مشاعر العالم الإسلامي أكثر فأكثر. ويبدو أن أسامة بن لادن، المطلوب «حياً أو ميتاً» من الرئيس الأمريكي، لا يزال حياً يرزق، ويقوم بتسجيل شرائط تبعث الخوف في نفس الأمريكيان والغرب. وعلى الرغم من الخسائر المادية الضخمة، يبدو أن أسامة بن لادن قد كسب الحرب النفسية، حتى أن القمصان التي تحمل اسمه قد أصبحت في بعض البلدان رمزا محبباً بين الشباب، المسلم وغير المسلم على السواء. إن محاربة الإرهاب من الناحية الجوهرية معركة لكسب القلوب والعقول. ويخسر الرئيس جورج دبليو بوش هذه الحرب أمام أسامة بن لادن، سواء بما يفعله أو بما يتقاعس عن فعله.

لقد أدت الحرب الثانية ضد العراق (2003) إلى زيادة غضب المسلمين تجاه الولايات المتحدة وحلفائها الغربيين، كما أدت إلى تصاعد الأحاسيس الراديكالية بين صفوف المسلمين. ومن المرجح أنها سوف تقود إلى زيادة عدد المسلحين والإرهابيين. أما بالنسبة للمستقبل القريب، فإنها ستكون القضية الوحيدة التي تحدد أكثر من غيرها حجم العداء في العلاقات بين العالم الإسلامي والولايات المتحدة بوجه خاص، بجانب القضية الفلسطينية. وبناء على تطور الموقف في العراق في ظل الاحتلال الأمريكي، يمكن أن يسفر الأمر عن عواقب كارثية بالنسبة للجانبين، وخاصة بالنسبة للولايات المتحدة.

سبتمبر أغلب البلدان الإسلامية إلى السعي إلى الهدف المشترك مع الولايات المتحدة والانخراط في صفوف الحرب ضد الإرهاب. وعمليا، أصبح الجميع جزءا من الحملة المعادية للإرهاب، يتعاونون في تبادل معلومات الاستخبارات وقطع التمويل واعتقال العناصر الإرهابية.

الفشل في معالجة جذور الإرهاب

هناك فروق أساسية في النهج الأمريكي تجاه محاربة الإرهاب والنهج الذي تدافع عنه بقوة البلدان الإسلامية. يعتبر العالم الإسلامي النهج الأمريكي نهجا يستهدف الأعداء وليس الجذور فيما يتعلق بالإرهاب الموجه إلى الولايات المتحدة. وعلاوة على ذلك، يُنظر إليه كمنطلق ذي توجه عسكري في المقام الأول، بدلا من أن يطرح مبادرات سياسية واجتماعية واقتصادية لكسب قلوب الشعوب وعقولها وحل المشكلات الأساسية الكامنة وراء الإرهاب. وتنظر الحكومات الإسلامية إلى الإرهاب - على نحو صحيح - كونه مدفوعا بدوافع سياسية من حيث الجوهر، ويتطلب في التحليل الأخير حلولا سياسية. ومن الناحية الأخرى، ترى أن الولايات المتحدة لا ترغب في تناول جذور الصراع، إذ أن ذلك من شأنه أن يتطلب تغييرا عميقا في السياسات الأمريكية تجاه الشرق الأوسط بصفة خاصة، بالذات فيما يتعلق بالصراع الفلسطيني. وأينما دخلت الولايات المتحدة بالفعل في نقاش حول الأسباب الجذرية، نجدها حريصة على تجنب الإشارة إلى الصراع الفلسطيني، وبدلا من ذلك تناقش بإسهاب الأسباب الأخرى - مثل الفقر، ونقص الديمقراطية، والأصولية الإسلامية.

ويوضح هذا التباعد في وجهات النظر بجلاء الخلاف حول الهجوم على أفغانستان. إن الهجوم الذي قادته الولايات المتحدة على هذا البلد لاجتثاث جذور تنظيم القاعدة كان مدعوما من جانب بعض الحكومات الإسلامية مثل باكستان والجمهوريات السوفيتية السابقة في وسط آسيا، حيث قدمت قواعد عسكرية وحقوق الطيران ومعلومات استخباراتية وغيرها من أشكال المساعدة. لكن العديد من الحكومات العربية والإسلامية الأخرى، بما فيها إندونيسيا وماليزيا (وأغلب الشعوب المسلمة)، والتي كانت فيما عدا ذلك منخرطة بالكامل في الحملة المعادية للإرهاب، قد اعتبرت العملية غير ضرورية ورأتها طريقا غير سليم للقضاء على تنظيم القاعدة.

ومن وجهة نظرها، فإن الهجوم العسكري على أفغانستان كان سيسفر عن معاناة ضخمة ومقتل عدد كبير من المدنيين الأبرياء دون أن يكفل القضاء على تنظيم القاعدة. وفي واقع الأمر، كانت هناك قناعة بأن الهجوم على البلد من شأنه أن يفاقم الوضع، بدلا من أن يحل مشكلة الإرهاب، وذلك بتأجيج مشاعر المسلمين

- يحترم الحقوق الدينية والسياسية». وأطلق كبير أساقفة كانتربوري على الهجوم على أفغانستان اسم «الحرب العادلة» التي يجب أن يدعمها المسيحيون المخلصون. ووصلت أخبار من الولايات المتحدة وغيرها حول عديد من التحرشات بالعرب والمسلمين بعد أحداث 11 سبتمبر.

كما تعززت تصورات العرب والمسلمين عن الحرب الأمريكية ضد الإرهاب بوصفها مركزة ضد المسلمين فحسب، من خلال رفض واشنطن الاعتراف بإرهاب الدولة الإسرائيلية في فلسطين. وتجدر الإشارة أيضا، في هذا السياق، إلى إخفاق الجهود التي بذلتها إدارة بوش لإثبات وجود روابط بين النظام العراقي وشبكة تنظيم القاعدة أو غيرها من المجموعات الإرهابية.

ومع ذلك، علينا أن نقر بأن المسلمين أنفسهم قد أسهموا أيضا في ربط الإرهاب بدينهم. فعلى خلاف الحركات الإرهابية الأخرى التي لا تطلق على نفسها مسميات تتعلق بالدين، فإن أسماء العديد من المنظمات الجهادية الإسلامية - مثل حزب الله والجماعة الإسلامية - ترتبط جميعها بالإسلام. وعادة أيضا ما يتمثل هدف تلك الجماعات في إنشاء «دولة إسلامية». إن اقتران المسلمين بالجهاد والسلاح والعنف قد ازداد تأكيدا عندما ارتكبت أعمال الجهاد العنيفة والمذابح باسم الإسلام صراحة. لكن الإسلام يُستخدم بالإكراه في جميع هذه الحالات لخدمة أهداف إرهابية. ويجدر بالمسلمين لوم أنفسهم إذا ما قام الآخرون بتعريف هوية حركاتهم من خلال الإسلام.

إن الحركات التي تضم مجموعات من المسلمين أهدافها موجهة ضد القمع السياسي ودعم الحكم الذاتي والاستقلال، قد عانت من نكسات قاسية في أعقاب الحادي عشر من سبتمبر. فقد استغلت الحكومات المسؤولة عن الأراضي المعنية الموقف ووصفت تلك الحركات بأنها منظمات إرهابية وكثفت عملياتها ضدها. وبالتالي، تمكنت روسيا في الشيشان والصين في زينجيان والهند في كشمير والفلبين في مينداناو وإندونيسيا في أشبه من الحصول على إقرار من الولايات المتحدة بأن هذه المجموعات منظمات إرهابية، على حين كانت واشنطن مترددة في ذلك سابقا. وفي الفلبين، شاركت الولايات المتحدة قوات الأمن المحلية في إدارة عمليات ضد جبهة مورو للتحريير الإسلامي وعصابة أبو سيف التي رُفعت إلى مصاف المنظمة «الإرهابية» من كل من الولايات المتحدة وحكومات الفلبين. وفي هذا الصدد منيت بالطبع حركة التحريير الفلسطينية بالخراسة الكبرى. فقد استغلت إسرائيل المشاعر المعادية للإرهاب التي ظهرت بعد الحادي عشر من سبتمبر ووجهت مزيدا من الضربات إلى منظمة التحريير الفلسطينية والجماعات الفلسطينية المسلحة.

ومع ذلك، وعلى الرغم من شكوك المسلمين وقلقهم بصدد هذه السياسات التي تستخدم الهجمات الإرهابية في نيويورك ذريعة، فقد دفعت مأساة الحادي عشر من

المسلمين لدى كل من الإدارة الأمريكية والشعب الأمريكي. كما أن «الحرب» التي أعلنت ضد الإرهاب لم تعد حرباً ضد تنظيم القاعدة فحسب، وإنما أيضاً ضد الحركات المسلحة والإرهابية التي تضم مسلمين بشكل عام، بما في ذلك الحركات التي تحارب من أجل هدف عادل موضوعياً، مثل حق تقرير المصير وضد القمع السياسي. ولم يكن من الصعب تحت هذه الظروف مساواة مجموعة القاعدة والإرهاب أحياناً مع الإسلام والمسلمين بشكل عام، على الرغم من أن الإرهاب ينتشر بين أناس من عقائد أخرى أيضاً (الكاثوليك، والبروتستانت في شمال أيرلندا، والنازية، والجيش الأحمر الياباني، وأوم شينريكيو، وإرهاب الدولة في إسرائيل، والمجاهدين الهندوس، وإرهاب نمور التاميل).

مساواة الإسلام بالإرهاب

إن الطابع القوي المعادي للإسلام في «الحرب ضد الإرهاب» يعبر عن نفسه بطرق عديدة. وتتمثل إحدى هذه الطرق في المساواة المباشرة وغير المباشرة بين الإرهاب والجماعات المسلمة والإسلام، ومساواة «الحرب» ضد الإرهاب بالحرب ضد المنظمات الإرهابية الإسلامية. وتتصدر هذه المنظمات، بالتالي، قائمة المنظمات الإرهابية لدى وزارة الخارجية الأمريكية؛ ودمج عدد قليل من المنظمات الإرهابية غير الإسلامية في القائمة يعتبر رمزياً فحسب. كما يزداد تفتيش المسلمين الراغبين في الهجرة على معايير الدخول وفي القنصليات شدة. وقد تزايدت صعوبة التقدم بالطلب للحصول على تأشيرة دخول إلى الولايات المتحدة بالنسبة للذكور في عدد كبير من البلدان العربية والإسلامية. كما أصبحت أيضاً نقاط المراقبة والأمن الداخلي في الولايات المتحدة تعامل العرب والمسلمين بصرامة شديدة. وهو الأمر الذي يختلف عن أساليب مراقبة الهجرة في أوروبا وغيرها من الأماكن، حيث يقل فيها الفحص العنصري/الديني (باستثناء أستراليا).

تتضح أيضاً المشاعر المعادية للمسلمين في الملاحظات المتفرقة المكشوفة من جانب أعضاء الإدارة الأمريكية، على الرغم من إنكارهم المتكرر أن الحرب ضد الإرهاب هي من حيث الجوهر حرب ضد الإسلام. وبدا ذلك بوضوح في بعض قطاعات من المجتمعين الأمريكي والغربي. لقد استخدم رئيس الولايات المتحدة بغير اكتراث كلمة «الصليبيين» فيما يتعلق بالتدخل العسكري للولايات المتحدة في الشرق الأوسط، وسُميت الحرب ضد أفغانستان باسم «عملية العدالة اللامتناهية» حتى اعترضت الجماعات المسلمة، ومن ثم أعيدت تسميتها إلى «عملية الحرية الدائمة». وبعد مرور عدة أيام فحسب على أحداث الحادي عشر من سبتمبر، أشار رئيس الوزراء الإيطالي، سيلفيو برلوسكوني، إلى «تفوق حضارتنا (الغربية)، فهي نظام كفل الرفاهية واحترام حقوق الإنسان، كما أنه - مقارنة بالبلدان الإسلامية

الحادي عشر من سبتمبر، والإرهاب الدولي، والحرب ضد أفغانستان والعراق

لقد فجرت الهجمات الإرهابية في الحادي عشر من سبتمبر 2001 سلسلة من الأحداث التي سددت ضربة شديدة إلى العلاقات بين كثير من بقاع العالم الإسلامي والولايات المتحدة بوجه خاص. وكانت تلك الهجمات يدفعها العداء ضد سياسات الولايات المتحدة في الشرق الأوسط، وخاصة الوجود العسكري الأمريكي في السعودية والدعم الأمريكي لإسرائيل في الصراع الإسرائيلي الفلسطيني. لكن هجمات الحادي عشر من سبتمبر، ثم ما تلاها من «حرب» ضد الإرهاب أعلنتها الولايات المتحدة، والهجوم الأمريكي على العراق المدعوم بقوة من جانب المملكة المتحدة وأستراليا وإسرائيل، كانت لها آثار تراكمية أدت إلى إشعال العداء وتوسيع الفجوة بين الجانبين.

لقد أدان العالم العربي والإسلامي ككل تقريبا الهجوم على مركز التجارة العالمي في نيويورك والبنتاغون في واشنطن العاصمة. وربما كان الاستثناء الوحيد هو العراق، حيث كانت تسوده المرارة نتيجة الهجوم الذي قادته الولايات المتحدة على البلد عام 1991 بعد غزوه الكويت، والعقوبات التي فرضت لعشر سنوات، أغلبها بتحريض من الولايات المتحدة ودعم من المملكة المتحدة، فضلا عن مناطق حظر الطيران المشكوك في قانونيتها، والتي فرضها البلدان على أكثر من نصف الأراضي العراقية.

في باقي أنحاء العالم العربي والإسلامي، شعر الناس بالرعب نتيجة مأساة الحادي عشر من سبتمبر، كما شاركوا الشعب الأمريكي حزنه. ومع ذلك، كان هناك قدر كبير من المشاعر الصامته والمسكوت عنها بأن الولايات المتحدة قد حدث لها ذلك نتيجة لسياساتها في الشرق الأوسط وسلوكها المهيمن، فضلا عن التحيز والغطرسة المقترنين خصوصا بإدارة جورج دبليو. بوش. ولم تكن هذه الرؤية مقصورة على العالم الإسلامي فحسب، بل كانت شعورا مشتركا بين الناس في الصين وكوريا الجنوبية وأيضاً في بلدان أخرى عديدة في العالم الثالث.

لقد أدت أحداث الحادي عشر من سبتمبر إلى تدمير الإحساس بالحصانة المنيعَة وعدم القابلية للهزيمة لدى أعظم قوة عرفها العالم، كما أشارت إلى تغيير مأساوي في تصورات الولايات المتحدة حول العالم الإسلامي. إن الرضخ الانفعالي والسياسي العميق الذي سببه هجوم تنظيم القاعدة قد تطور إلى مشاعر عريضة ضد

وعندما يشعر العالم الإسلامي أنه يُعامل بوصفه كيانا متساويا محترما، ويحصل على فرصة عادلة للمساهمة في المجتمع المعولم، يمكن عندئذ إرساء الحجر الأول في عملية إعادة بناء الجسر الذي يربط بين الغرب والعالم الإسلامي. وقد تتمثل الخطوة الأولى الجوهرية في الاستغناء عن أي فرض فكري للمعايير المزدوجة التي تجعل الحوار عسيرا من بدايته.

الوقائع فحسب، وإنما على مفاهيم الاستشراق المشتقة من قصص مثل «ألف ليلة وليلة» أو «عالم الحريم».

لم تبرز الإنجازات الخاصة بحقوق المرأة في المجتمعات الإسلامية بما فيه الكفاية. فعلى سبيل المثال، حصلت النساء في مصر على حق التمثيل البرلماني عام 1956، وبالتالي سبقن نساء سويسرا. كما تتساوى أيضا المرتبات والأجور بين الرجال والنساء في معظم البلدان الإسلامية، على عكس الوضع في بعض بلدان الغرب. وعلاوة على ذلك، يفرض الإسلام مسئولية مالية على الأب تجاه أسرته، ويفصل الالتزامات المالية للجنسين. أما ختان الإناث فليس بالتقليد الإسلامي، وإن كان ما زال يتم في بعض البلدان الأفريقية الإسلامية ضد معارضة كثير من المسلمين.

لكن العدل يقتضي القول أن الرجال المسلمين يمارسون أيضا أسلوب المعيار المزدوج. وعلى سبيل المثال، قد يتزوج الرجل المسلم امرأة غربية ثم ينتقد سلوكها «المتحرر». وتستخدم الغالبية العظمى من المسلمين المنتجات الغربية وتتبنى مختلف جوانب الثقافة الغربية، على الرغم من انتقادهم لها، ويهتمون في الوقت نفسه ليس الغرب فحسب وإنما أيضا مجتمعاتهم بالعلمانية والانحلال والتفكك. وكما نعرف، فإن الرياء شائبة إنسانية مشتركة في جميع المجتمعات، بغض النظر عن الخلفية الدينية لهذا المجتمع أو ذلك.

وبدراسة الأمثلة المشار إليها أعلاه، يتضح أن السياسات الخارجية الغربية والخطاب الفكري الغربي يتسم في بعض الأحيان بعدم الإنصاف والتحيز، ولا يهتم بالاستماع إلى الآخرين. ويبدو بالفعل أن الغرب يعاني من مشكلة قبول التنوع. وبينما لا يخلو العالم الإسلامي من نفس المشكلة، فإن غطرسة القوي تسبب تدميرا أكبر مما يسببه ضيق أفق الضعيف. إن استخدام القوى الغربية للمعايير المزدوجة عند التعامل مع الشرق الأوسط أو العالم الإسلامي يعد إحدى المشكلات الأساسية أمام أي حوار هادف بين الجانبين.

ومع مرور الوقت، ضعفت أو دمرت جسور الثقة بين الغرب والعالم الإسلامي أو استبدلت بنقيضها. لقد ظهرت سحب الرياء الفكري الكثيفة، وحجبت عقول وأراء الجانبين. وللتغلب على هذا الموقف الذي لا يبشر بالخير والبدء في التبادل على قدم المساواة، هناك حاجة إلى فترة طويلة من التعاون. إننا نحتاج بالفعل إلى أن نعيد قراءة تاريخنا المشترك سويا، سواء على المستوى الأكاديمي أو الشعبي، فضلا عن دراسة وتقوية المصالح المشتركة لدى الجانبين (بدلا من تقليص مصالح المجتمعات الإسلامية لصالح البلدان الغربية). كما نحتاج إلى أن نقبل بأن الجانبين ليسا متجانسان وإنما على درجة كبيرة من التفاوت، وليس هناك خطأ في الاختلاف.

إننا نحتاج إلى مزيد من التبادل الفكري والأكاديمي والشعبي، وذلك عن طريق إعطاء مزيد من الناس فرصة الالتقاء ومناقشة الاهتمامات المشتركة، ومن خلال استخدام وسائل الإعلام الموجودة والجديدة.

القاعدة البحرية الأمريكية في خليج غوانتانامو في كوبا، ويُعاملون بأساليب تتناقض مع اتفاقية جنيف الثالثة. والسؤال المطروح هو ما إذا كانت الحماية التي يكفلها القانون تنطبق على المواطنين الغربيين فحسب.

غياب العدالة الحقيقية والشاملة

عندما أمرت حكومة طالبان في أفغانستان بتدمير تماثيل بوذا ذات القيمة الثقافية العالمية، أعربت البلدان الغربية - علاوة على كثير من البلدان الإسلامية - عن غضبها وعدم موافقتها على تلك الممارسات الهمجية. وقد انتهزت بعض وسائل الإعلام الغربية هذه الفرصة للإشارة إلى التخلف وتدني التطور الثقافي في البلدان الإسلامية والإسلام عموماً. لكننا أثناء حرب الخليج عام 1991، عندما ضربت هجمات الولايات المتحدة مواقع ومتاحف تاريخية وأركيولوجية مهمة في العراق، لم نسمع سوى قدر قليل من النقد. على حين لم تفعل قوات الاحتلال الأمريكية أي شيء على الإطلاق، بعد حرب العراق عام ٢٠٠٣ مباشرة، لحماية التراث الثقافي العراقي من السلب وسرقة المتاحف، بينما لم يكن لديهم أي مشكلة في حراسة وزارة النفط في بغداد ضد أي متطفل. وفي الحالتين، تم تجاهل «اتفاقية لاهاي لحماية الممتلكات الثقافية في حالة النزاع المسلح (1954)» - وهو عمل من أعمال الهمجية الثقافية، كانت واشنطن حريصة على اتهام بلدان أخرى بممارسته في مناسبات سابقة.

ونجد، في حالات أخرى، أن البلدان الغربية قد أسهمت في الحفاظ على الآثار القديمة في البلدان الإسلامية وترميمها، لكن جهودها تركزت على الزخارف والمواقع التاريخية غير الإسلامية، مثل الآثار التي يعود تاريخها إلى العصور الآشورية والبوذية واليونانية والفرعونية والرومانية. إن تجاهل مساهمات المسلمين في العصور الوسطى من التاريخ العالمي يعكس الازدواجية في التعامل مع مفهوم الحفاظ على ثروات عالمنا وتراثه. فنادرًا ما قدمت اليونسكو دعماً مالياً لمصر والعالم العربي للحفاظ على التراث الإسلامي مقارنة بالتراث المشار إليه سابقاً.

تجاهل الإنجازات الإيجابية في مجال حقوق المرأة

لا يزال موضوع «المرأة في الإسلام» قضية ساخنة في الإعلام الغربي، إذ تستغل كل فرصة لتصوير تأخر وتخلف المرأة في الحصول على حقوقها في العالم الإسلامي أو في الإسلام. وتقع موضوعات مثل حجاب المرأة أو تعدد الزوجات أو ختان الإناث على رأس القائمة. ولا تركز البحوث في تلك الموضوعات على

لقد أصرت الولايات المتحدة، بعد أحداث الحادي عشر من سبتمبر 2001 الدموية، على العمل منفردة دون موافقة المجتمع الدولي. وأثناء الأزمة الأفغانية الأمريكية، رفضت الولايات المتحدة جميع أشكال التفاوض المباشر مع حكومة طالبان، وأصرت على فرض شروط مهينة وشائنة على أفغانستان. فطالبت الولايات المتحدة بتسليم أسامة بن لادن على الفور، وهددت بأن يتعرض البلد إلى هجوم عسكري إذا تقاعس النظام في أفغانستان عن تسليمه.

وإذا نظرنا عن كثب إلى سلوك الولايات المتحدة، نجد أن موقفها كان انتهاكا للمادة (3)2 من ميثاق الأمم المتحدة، وهي المادة التي تطالب بإيجاد حلول سلمية للنزاعات من جانب جميع البلدان الأعضاء. وعلاوة على ذلك، تطلب المادة (1)33 في نفس الميثاق من أطراف النزاع الشروع في جميع عمليات التسوية السلمية الممكنة مثل المفاوضات والوساطة والتحقيق والمصالحة والتحكيم والتسوية القانونية، مع اللجوء إلى الهيئات أو المؤسسات الإقليمية عند الضرورة.

إن انتهاك الولايات المتحدة لهاتين المادتين دون أي رد فعل من جانب البلدان الأوروبية قد شجع الإدارة في الولايات المتحدة على تكرار نفس الممارسة مع العراق. فقد أصرت الولايات المتحدة وبريطانيا العظمى على فرض إرادتهما على المجتمع الدولي خارج سياق القانون الدولي. وعلى الرغم من مطالبة القانون الدولي وقرارات الأمم المتحدة بإجراء تفتيش كامل على الأسلحة في العراق، فقد توقفت هذه العملية نتيجة لهجوم الولايات المتحدة على العراق في التاسع عشر من مارس 2003.

وبموجب بنود ميثاق هيئة الأمم المتحدة، هناك ظرفان فقط يمكن السماح فيهما باستخدام القوة، وهما: في حالة الدفاع عن النفس فرديا أو جماعيا ضد أي هجوم مسلح فعلي أو وشيك؛ أو عندما يصدر مجلس الأمن قرارا أو تكليفا باستخدام القوة للحفاظ على الأمن والسلام الدوليين أو استعادتهما (المادتان 51 و42 من ميثاق هيئة الأمم المتحدة). ولم يكن أي ظرف منها متحققا في حالة العراق. وبعبارة أخرى، كان استخدام القوة ضد العراق انتهاكا للقانون الدولي. وعلاوة على ذلك، يبدو أن الولايات المتحدة استخدمت الهجوم كشكل من أشكال العقاب أو الردع ضد الهجمات الإرهابية المستقبلية.

وعلى الرغم من وجود اتفاقية جنيف المؤرخة في 12 أغسطس عام 1949 بشأن معاملة أسرى الحرب (اتفاقية جنيف الثالثة)، عومل الأسرى الأفغان الذين أسرتهم القوات الأمريكية معاملة قاسية مع تجريدهم من حقوقهم في محاكمة عادلة. وعلى الرغم من أن هذه الممارسات الظالمة تعد انتهاكا للقانون الدولي، فنادر ما احتج العالم الغربي أو ساند حقوق أسرى الحرب. (في حالة عدم اعتبارهم أسرى حرب، يحق لهم التمتع بالإجراءات القانونية الواجبة، بما في ذلك تمثيلهم القانوني من خلال المحامين). إن الأفراد الذين تم أسرهم في أفغانستان مازالوا معتقلين في

وهناك مثال آخر، وهو الإطاحة برئيس الوزراء مصدق، المنتخب انتخاباً حراً في إيران عام 1953، بدعم من بريطانيا العظمى والولايات المتحدة، للحفاظ على المصالح النفطية الغربية في المنطقة. إن تلهف الغرب على دعم النظم السلطوية أو الديكتاتورية في المنطقة، وهي النظم التي تحمي مصالح الغرب وتطبق سياساته في العالم الإسلامي، يُعد تعبيراً عن قوة الغرب ومصالحه وحدها، بينما يوجه الاتهامات إلى الحركات والحكومات المحلية بشأن عدم تطبيقها المعايير العالمية للإنسانية. وسوف يقل شك المسلمين في السياسات والتصريحات والأيدولوجيات الغربية إذا طبق الغرب نفس المعايير والقيم على الشرق الأوسط وبقية العالم الثالث مثل ما يفعل في مجتمعاته.

إن البلدان التي كانت خاضعة لسيطرة الغرب كانت ذات نظم قمعية، تتناقض مع مثل الغرب ومبادئه. ويمكن القول، مع الأسف، إن أولئك الذين احتجوا وطالبوا بالحريات الديمقراطية والقضاء على الفساد كانوا يتعرضون للملاحقة والسجن والتعذيب. ولقد تعمق في عقول المسلمين أن كثيراً من أدوات التعذيب - مثل العصي الكهربائية وغيرها من وسائل القمع الحديثة - هي من منتجات التكنولوجيا الغربية، وبالتالي يعتبرها المسلمون متطابقة مع ثقافة الغرب. وبالكاد ما يثير الدهشة أن نجد في بعض البلدان الإسلامية أن وزير الداخلية الذي يخدم المظاهرات والحقوق المدنية يُعد أيضاً من منتجات أو أدوات الحكومات الغربية.

هناك رمز آخر للمعايير الغربية المزدوجة، يتمثل في استمرار دعم الغرب لإسرائيل. إن الاحتلال غير المشروع لفلسطين، والانتهاكات الخطيرة لحقوق الإنسان، وتجاهل إسرائيل ورفضها الخضوع لقرارات الأمم المتحدة لعقود طويلة - عاجلاً هذا الموضوع في فصل آخر من هذا التقرير - يجعل جميع المسلمين يتشككون في مدى جدية الالتزام الغربي بقيم حقوق الإنسان الكونية. كما يتساءلون أيضاً عما إذا كانت حياة الفلسطينيين والعرب أقل قيمة من حياة الإسرائيليين والأوروبيين، وما إذا كان القانون الدولي يطبق على الضعفاء فقط وليس على الأقوياء.

انتهاك القانون الدولي

تطور المفهوم الحديث للقانون الدولي بعد نهاية الحربين العالميتين المروعيتين. وقد وُضع ميثاق الأمم المتحدة أساساً لضمان الحفاظ على السلام والأمن الدوليين بين بلدان العالم، ومنع الحروب والكوارث البشرية في المستقبل. ومع ذلك، فمن الواضح أن هذا الميثاق وذاك القانون يتعرضان كثيراً للانتهاك أينما كان مناسباً. ولم يقتصر الأمر على مخالفة إسرائيل للعديد من القوانين الدولية، بل امتد ليشمل بلدانا أخرى مثل الولايات المتحدة وبريطانيا.

وبعد الحرب العالمية الثانية، كان لدى العالم الإسلامي أمل في أن تصبح أوروبا الضعيفة، التي عانت من كوارث الحرب، أكثر إنسانية عند تعاملها مع الآخرين، وخاصة الذين أيدها ضد النازية.

يُعاملون بوصفهم مواطنين من الدرجة الثانية

ومع ذلك، استمرت المعايير المزدوجة تسود حتى بعد بناء أوروبا ما بعد الحرب، إذ تم إحضار ملايين العمال من المناطق الإسلامية، مثل تركيا وشمال أفريقيا، ومعاملتهم كبشر من الدرجة الثانية في أوروبا. وعلاوة على ذلك، فإن البلدان التي تأثرت كثيرا من عواقب الحرب العالمية الثانية في العالم الإسلامي - مثل مصر وليبيا - لم تحصل على أية تعويضات عن الأضرار التي ألحقتها أوروبا بأراضيها. وفي هذين البلدين، وقع كثيرون ضحايا للألغام الأرضية التي نشرها الحلفاء وقوى المحور أثناء الحرب. ولم يقتصر تأثير الألغام الأرضية على إصابة البشر بالإعاقة أو قتلهم، وإنما كانت له نتائج سلبية على التنمية الاقتصادية في تلك البلدان، وهو ما نلمسه حتى الآن. وعلى حين لم تفكر الدول المسؤولة عن زرع الألغام الأرضية في تعويض الضحايا أو دفع تعويضات في شمال أفريقيا، نجد سلوكها مختلفا فيما يتعلق بكثير من الأوروبيين أو المواطنين الإسرائيليين، وعن حق.

ولا تزال المعايير المزدوجة الأوروبية تبدو واضحة اليوم في علاقات أوروبا السياسية الانتهازية مع العالم الإسلامي؛ إذ جرى تجاهل الأفكار الأوروبية المتعلقة بالديمقراطية وحقوق الإنسان في البلدان الإسلامية عندما تتناقض تلك الأفكار والمصالح الأوروبية أو الأمريكية. بل وعادة حتى ما يساند الغرب الديكتاتوريات المستبدة في العالم الإسلامي - والعالم الثالث بشكل عام - عندما يكون ذلك في مصلحته، بينما تواصل الحكومات الغربية، في الوقت نفسه، إلقاء محاضرات في باقي أنحاء العالم حول أهمية الديمقراطية وحقوق الإنسان.

كما لا تطبق أيضا هذه المعايير على النظم التي تتعاون مع الغرب وترعى مصالحه - مثل السعودية؛ أما سوريا وأفغانستان، فتوضعا تحت المجهر بسبب انتهاكهما لحقوق الإنسان، مادامت المصالح الغربية لن تتعرض للضرر في الحاليتين. ومع الأسف، لا يُعتبر سلوك الولايات المتحدة في أفغانستان انتهاكا لحقوق الإنسان، وإنما يحظى بتصنيف خاص.

وعلى سبيل المثال، وبمساندة البلدان الأوروبية، أُلغيت الانتخابات التشريعية عام 1992 في الجزائر بقوة الدبابات؛ ذلك أن النظام الموجود في السلطة وقواته المسلحة كان يخشى من إمكانية فوز الحزب الأصولي. وقد لقي ما يتراوح بين 70 و 100 ألف نسمة حتفهم في الحرب الأهلية التي ترتبت على ذلك.

المعايير المزدوجة في السياسات الخارجية الغربية

إن الصعوبات الرئيسية في التواصل بين العالمين الإسلامي والأوروبي لم تظهر فجأة. لكنها ظهرت ببطء عبر الزمن نتيجة المعايير المزدوجة التي يستخدمها الغرب في تعامله مع العالم الإسلامي. وتعود المشاعر السلبية التي رسخها ذلك لدى كثير من المسلمين إلى عديد من الخبرات مع الغرب خلال التاريخ الحديث. ونظرا لأن الغرب قد حقق مبادئه في الحرية والعدالة الإنسانية من خلال الثورات الاجتماعية والسياسية التي تلت عصر التنوير، فمن الغريب بمكان عدم تطبيقه لهذه المبادئ في تعامله مع باقي أنحاء العالم، وخاصة العالم الإسلامي خلال القرنين التاسع عشر والعشرين. وبينما تناولت بالفعل الفصول السابقة الجوانب التاريخية والسياسية للعلاقات الغربية الإسلامية، فإن هذا الفصل سوف يتناول تلك المقولات مع التركيز على مسألة الانساق الأيديولوجي في مواجهة المعايير المزدوجة.

لقد خلف الحكم الأوروبي الإمبريالي والاستعماري في المناطق الإسلامية بصمات شائنة وقمعية ووحشية في عقول الحضارات المعنية. لم يقتصر الإمبرياليون على عدم احترام الثقافة الإسلامية والدين الإسلامي، بل امتد موقفهم ليشمل أيضا عناصر من العنصرية والغلطسة الثقافية.

في عام 1917 قدم وعد بلفور لليهود وطنا قوميا في فلسطين، وهو ما أدى إلى حدوث نزاعات مع السكان العرب الذين يعيشون هناك. وبعد الحرب العالمية الأولى، أسفر اتفاق سايكس - بيكو السري، الذي تم إعداده أثناء الحرب، عن تقسيم العالم العربي إلى «مناطق نفوذ» بين إنجلترا وفرنسا. ونظرا للمعايير المزدوجة، اقتضت الحرية والحق في تقرير المصير على مواطني هاتين الدولتين الأوروبيتين، وحبًا تماما عن الشعوب العربية.

وعلى المستوى الاقتصادي، استغلّت المنطقة لمنطقة المصلحة الأوروبيين. لقد كان التوازن بين القيمة الاقتصادية الواقعية وسعر السلع والخدمات غير عادل ومفروضا سياسيا، بينما كان الساسة في الغرب يبشرون بـ «التجارة الحرة» وآليات السوق. وأجبر آلاف من الناس على العمل في حفر قناة السويس تحت الإشراف الفرنسية، ومات العديد منهم جوعا ومرضا في مصر - في وقت حظرت فيه السخرة في أوروبا. وعند تأميم قناة السويس عام 1956، قامت القوات العسكرية البريطانية والفرنسية والإسرائيلية بمهاجمة وغزو هذا الممر المائي الاستراتيجي المهم اقتصاديا، لمنع المصريين من الحصول على حقوقهم والسيطرة على أرضهم واقتصادهم.

بالحصول على معونة عسكرية من الولايات المتحدة تصل إلى 198 مليون دولار. وكانت هناك محاولات حثيثة لجذب تركيا بواسطة مساعدات عسكرية واقتصادية جوهريّة، لكنها لم تستسلم. أما أمن الكويت، فسعره غال - قاعدة أمريكية تغطي ثلث أراضي الكويت. كما أن القيادة المركزية الأمريكية للهجوم على العراق كانت قاعدتها في أراضي قطر، وهو بلد عربي أيضا.

ولا نجد التبعية والضعف أكثر شمولا وإهانة كما في فلسطين، حيث ينبغي أن يعتمد العالم العربي والإسلامي على الولايات المتحدة أساسا في جهود الوساطة، على الرغم من أن الولايات المتحدة هي أخلص حليف ومؤيد للجانب المعارض.

إن سوء الحكم وانتشار انتهاكات حقوق الإنسان والحكم غير الديمقراطي في بعض البلدان الإسلامية يعطي صورة سلبية إلى حد كبير عن الدول الإسلامية، ويدعو إلى النقد الغربي المحق وأحيانا الاستهجان الذي يجعل العلاقات، مرة أخرى، عرضة للصراع. كما أن التوترات بين الحكام والشعوب في مثل هذه الظروف، تؤدي أيضا إلى إضعاف الدولة وقدرتها على مواجهة الضغوط الغربية. وتصبح الدول الإسلامية الفاشلة في أسوأ حالاتها السياسية والاقتصادية، مثل أفغانستان، أهدافا سهلة للعدوان العسكري. ففي العراق، يتم إحياء الفظائع التي ارتكبتها سابقا نظام صدام ضد السكان، وذلك بهدف تبرير العدوان ضده.

وعلى الرغم من عدم صحة اقتران الإسلام والمسلمين بسوء الحكم والتخلف - إذ يوجد الحكم السيئ في كثير من البلدان بغض النظر عن تكوينها الديني - فإن هذا الاقتران يُضعف من صورة الدين ومنزلته، فضلا عن أتباعه، وبالتالي يُضعف العلاقات بين العالم الإسلامي والغرب.

إن تفاوت وضع هذه العلاقات وطبيعتها، علاوة على الذكريات المتبقية من القمع الذي مارسه الاستعمار في السابق، والتبعية المهينة مع العجز الراهن، قد أدت إلى تغذية استياء الشعوب الإسلامية وشعورها بالعداء تجاه الغرب. ومن الناحية الأخرى، تغذي هذه العوامل نفسها شعورا بالتفوق يصل أحيانا إلى حد الازدراء والغطرسة في بعض دوائر الغرب.

إن سوء الحكم والتخلف هما مشكلتان مركبتان، جذورهما عميقة، وتتطلبان بذل جهود جبارة على أسس مستدامة للتوصل إلى حلها. ويمثل كل بلد حالة قائمة بذاتها، لديها مزيجها الخاص من المشكلات السياسية والاقتصادية والاجتماعية والأمنية، يحتاج إلى المعالجة باستخدام مجموعة من المقاييس الخاصة به. ونرى البلدان الفقيرة ذات الموارد الطبيعية الشحيحة ورأس المال البشري المحدود، والتي تحتاج إلى التحرير أكثر من غيرها، أقل قدرة على التخلص من مأزقها بنفسها. فالعمل على المستوى الوطني فقط قد يكون عديم الفائدة بدرجة كبيرة، وتمثل المساعدة الإقليمية والدولية ضرورة ملحة.

الشئون الدولية. وبالتالي، فإن الإعلانات والتوصيات التي تصدرها ليس لها نفس تأثير ما يصدر عن الأمم والتجمعات الأقوى التي تحظى بحكم أفضل. وتعد البيانات التي تصدرها جامعة الدول العربية أو منظمة المؤتمر الإسلامي مثالا في هذا الصدد، إذ أنها لا تثير كثيرا من الانتباه خارج العالم الإسلامي. وتجدر الإشارة إلى أن ذلك لا يرتبط بكون تلك المنظمات تضم بلدانا إسلامية، فجميع التجمعات التي تتكون أساسا من بلدان فقيرة وبلدان ضعيفة نتيجة لمشكلات سياسية واقتصادية واجتماعية جسيمة تجابه نفس العوائق. ونتيجة لهذه العوائق، لا تملك البلدان العربية الإسلامية الضعيفة سوى قوة تفاوض أو مساومة محدودة في مواجهة الغرب، وخاصة الولايات المتحدة، في قطاع عريض من القضايا البنينة والإقليمية والعالمية. وتشمل هذه القضايا موضوعات سياسية وأمنية مثل: قضية فلسطين، الهجوم على أفغانستان، الحرب الثانية ضد العراق، مواجهة الإرهاب، صندوق النقد الدولي ومنظمة التجارة العالمية.

علاقات غير متساوية

لقد أسفر الضعف وعدم التمكين النابعان من سوء الحكم وسوء التنمية، عن اعتماد كثير من البلدان الإسلامية على المساعدة الاقتصادية الغربية، وفي بعض الحالات على العون العسكري والحماية من جانب الغرب. وهو الأمر الذي يضع تلك البلدان تحت تأثير الإغراءات والضغوط التي تجعلها تتصرف بما يتفق ومصالح الغرب، وخاصة الولايات المتحدة. وبذلك، تساوم تلك البلدان على استقلالها وسيادتها وتضحى ببعض من مصالحها الحيوية، فضلا عن مصالح الشعوب الإسلامية الأخرى. كما يؤدي ذلك أيضا إلى الانقسام والنزاع وإيقاع الفوضى بين بلدان العالم الإسلامي، مع تحريض تلك منها التي أصبحت تابعة للولايات المتحدة ضد البلدان التي نجحت في استعادة نوع من الإرادة المستقلة.

إن مصر التي وقعت على اتفاقية سلام مع إسرائيل عام 1978، وعادة ما تعمل من أجل تخفيف القرارات العربية المتعلقة بالاحتلال الإسرائيلي لفلسطين، تحصل سنويا على 1.3 بليون دولار أمريكي على شكل معونة عسكرية و615 مليون دولار أمريكي للبرامج الاجتماعية. أما السلطة الفلسطينية فلا تحصل على نقود أمريكية. والمعونة العسكرية التي تقدمها الولايات المتحدة إلى باكستان، كانت تصل في مجموعها إلى 3.5 بليون دولار قبل الحادي عشر من سبتمبر، ثم قفز الرقم بعد ذلك إلى 1.3 بليون دولار. وقد حصلت أوزبكستان على قدر كبير من المعونة الأمريكية بعد سماحها لقوات الولايات المتحدة وطائراتها بأن تتخذ من أراضيها قاعدة لها بالقرب من حدود أفغانستان. ومع شن الحرب على العراق، بدأ الأردن يتمتع

افتقاد الحرية

إن تقرير التنمية البشرية العربي الصادر عن هيئة الأمم المتحدة يلقي الضوء على ثلاثة من جوانب العجز في البلدان العربية، يمكن تطبيقها أيضا على بعض البلدان الإسلامية غير العربية وهي: النقص في الحرية، حيث يوجد لدى البلدان العربية أقل قدر من الحرية وأيضا أقل معدلات في مجالي «التصويت والمساءلة»، وذلك في تسعينات القرن العشرين، مقارنة بست مناطق أخرى في العالم (أمريكا الشمالية، الأقيانوس، أوروبا، أميركا اللاتينية والكاريببي، شمال شرق آسيا، إفريقيا جنوب الصحراء)؛ والعجز في تمكين المرأة، حيث تقع المنطقة العربية في المرتبة قبل الأخيرة؛ والعجز في القدرات/الإمكانات البشرية نسبة إلى الدخل، حيث تعاني المنطقة العربية من تدني مستوى التحصيل التعليمي وارتفاع معدلات الأمية وأقل مستوى - بين جميع مناطق العالم - من الوصول إلى تكنولوجيا المعلومات والاتصالات، فهو أقل حتى من إفريقيا جنوب الصحراء.

في تقرير مؤسسة «ترانسبيرنسي انترناشيونال» الصادر بعنوان «دليل الوعي بالفساد لعام 2002» (وهو الدليل الذي يقيس التصورات المرتبطة بدرجة الفساد كما يراها رجال الأعمال والأكاديميين والقائمين على تحليل المخاطر)، نجد أن البلد الإسلامي الذي يحتل أعلى مرتبة (من زاوية كونه أقل فسادا) - وهو ماليزيا - لا يمثل سوى المرتبة 33 بين 102 بلدا شملها المسح. وبعد ماليزيا نجد تونس (36) ثم المغرب (52) ومصر (62) وتركيا (64) والسنغال (66) وملايو (68) وأزباكستان (68) وباكستان (77) وكزاخستان (88) وأذربيجان (95) وإندونيسيا (96) ونيجيريا (101) وبنغلاديش الأخيرة (102).

ويؤثر سوء الحكم والتنمية في أجزاء كبيرة من العالم الإسلامي على العلاقات مع الغرب بطرق عديدة متشابكة، تساهم في حدوث اختلال ضخم للتوازن في القوة والنفوذ بين البلدان الإسلامية منفردة ومجمعة من ناحية وبين الأمم الغربية المتطورة من الناحية الأخرى. ويرجع اختلال التوازن جزئيا إلى الاختلافات الشاسعة في الوزن الاقتصادي والثروة بين الجانبين - على سبيل المثال الولايات المتحدة وحدها، لها ناتج محلي إجمالي يصل إلى 9613 بليون دولار من زاوية معادل القوة الشرائية عام 2000، هو ما يزيد حوالي 16 مرة عن الحجم الاقتصادي للعالم العربي بمجمله والناتج المحلي الإجمالي الكلي له الذي يبلغ 604 بليون دولار.

ومع ذلك، لا تمثل الاختلافات في الوزن الاقتصادي العامل الوحيد الذي يسهم في اختلال التوازن الفادح. إن المشكلات الاقتصادية والاجتماعية والسياسية التي تعاني منها عديد من الدول سيئة الحكم والتنمية في العالم الإسلامي تعوق أيضا قدرتها على الفعل وتضعف من منزلتها ومكانتها الدولية، كما تقلل من وزنها ونفوذها في

التنمية البشرية لعام 2002، الصادر عن برنامج الأمم المتحدة الإنمائي، يشير على سبيل المثال إلى أن السكان الذي يعيشون تحت خط الفقر الذي يصل إلى 2 دولار يوميا من منظور مُعادِل القوة الشرائية، يشكلون ما يتراوح بين 45 و90% من مجمل السكان في إندونيسيا ومصر والكاميرون وباكستان واليمن وبنغلاديش ونيجيريا وموريتانيا والسنغال وغامبيا ومالي وأثيوبيا وبوركينا فاسو والنيغر وسيراليون. أما الأرقام المتعلقة بوضع المسلمين في الهند، فهي تزيد كثيرا عن تلك المعدلات.

وتعد الإحصاءات المتعلقة بالتعليم مؤشرات جيدة أيضا على نوعية الحكم ومستوى التنمية. وبهذا الصدد، توجد في غالبية البلدان الإسلامية معدلات عالية من أمية الكبار، تصل في كل تلك البلدان إلى نسبة مئوية أعلى من رقمين، علي حين نجد في البلدان الإسلامية الأفريقية، مثل السنغال وغامبيا ومالي وتشاد وأثيوبيا والنيغر، أن أكثر من نصف السكان الذين تزيد أعمارهم عن 15 سنة أميون. أما في البلدان التي يُقتل العدد الأكبر من سكانها نتيجة الفقر المدقع والجوع والنزاعات والحروب، فإن هذه الأرقام لا تثير الدهشة.

وتعد مستويات الرعاية الصحية مرتفعة ومرضية إلى حد معقول في كثير من البلدان الإسلامية. ومع ذلك، ففي أفريقيا العديد من البلدان الإسلامية التي تقع جنوب الصحراء تعاني من مشكلات صحية خطيرة، وخاصة ما يتعلق بفيروس نقص المناعة البشرية/مرض الإيدز، وسوء التغذية، وما شابه ذلك؛ وهي أمراض مزمنة في جميع البلدان الأفريقية الفقيرة، سواء الإسلامية أو غير الإسلامية منها. وفيما يتعلق بالبُعد السياسي، نجد أن المشاركة في الحكم منخفضة أو غائبة في كثير من البلدان الإسلامية، كما عادة ما نجد الحقوق المدنية والسياسية محدودة هي الأخرى. إن «مِسح الحرية» الذي أجرته مؤسسة «فريدوم هاوس» خلال الفترة 2001-2002 قد خلص إلى أنه في نهاية عام 2001 «لم تكن توجد ديمقراطيات حقة أو بلدان حرة داخل العالم العربي، وهناك نسبة منخفضة من الدول الإسلامية الحرة والديمقراطية». ويمضي المسح موضحاً أن جذور الديمقراطية والحرية كانت الأضعف في 14 بلداً في الشرق الأوسط (باستثناء بلدان شمال أفريقيا). وفي العالم الإسلامي بمجمله، تعتبر مالي والسنغال فقط بلدان يتمتعان بالحرية وفقاً لمعايير «فريدوم هاوس». وهناك 18 بلداً، بما فيها الأردن والكويت وتركيا وبنغلاديش وإندونيسيا وماليزيا، يجري تصنيفها باعتبارها بلداناً تتمتع بحرية جزئية، بينما هناك 28 بلداً، منها الجزائر ومصر وليبيا والبحرين وإيران والعراق وعمان وقطر والسعودية وسوريا والإمارات العربية المتحدة واليمن وبروناي وباكستان، تعتبر من البلدان التي لا تتمتع بالحرية. وحتى لو عورضت بعض معايير مؤسسة «فريدوم هاوس» وتقييماتها، فإن نتائجها الكلية تعد اتهاماً دامغاً لوضع الحكم السياسي في كثير من أنحاء العالم الإسلامي.

هدفه في تحقيق الرفاهية لجميع أعضائه». كما يُنظر إلى الحكم بوصفه «ممارسة السلطة الاقتصادية والسياسية والإدارية في تسير شؤون البلد». ولا يقتصر هذا المفهوم على الحكم بواسطة الدولة، وإنما يمتد ليشمل أيضا القطاع الخاص والمجتمع المدني. وتضم عناصر الحكم الرشيد الالتزام بالصالح العام ورفاهية الشعب، والإمداد الكفاء بالخدمات العامة الجيدة، وممارسة حكم القانون، والمشاركة في الحكم، والشفافية، والمساءلة، والاهتمام برفاهية الفقراء والمحرومين.

ويرتكز أساس التقييم والمقارنات في هذا التقرير على دليل التنمية البشرية الذي وضعه برنامج الأمم المتحدة الإنمائي، وعلى تقديرات الحرية والديمقراطية التي طورتها منظمة «فريدوم هاوس»، فضلا عن دليل الوعي بالفساد الذي استخدمته مؤسسة «ترانسبيرانسي انترناشيونال». لكن المعايير المستمدة والقياسات المشتقة ليست دقيقة تماما، بل وموضع نقاش. ومع ذلك عند تناولها مجتمعة تعطي فكرة يمكن الوثوق بها إلى حد كبير حول حالة الحكم والتنمية في العالم الإسلامي مقارنة بأجزاء أخرى في العالم.

يطرح برنامج الأمم المتحدة الإنمائي تصنيفا لخمسة بلدان فحسب ذات أغلبية مسلمة (بروناي، البحرين، الكويت، الإمارات العربية المتحدة، قطر) بأن لديها مستويات تنمية بشرية مرتفعة. كما يصنف أربعة وعشرين بلدا ذات مستويات تنمية بشرية متوسطة، وسبعة عشر بلدا مستويات التنمية البشرية فيها منخفضة. ونجد أن الناتج المحلي الإجمالي للفرد من زاوية معادل القوة الشرائية لثلثي الدول الإسلامية يقل عن 5000 دولارا أمريكيا؛ أما الدول العربية، وعلى الرغم من كونها غنية بالنفط وذات دخل عال في بعض الحالات، فقد وصل متوسط الناتج المحلي الإجمالي للفرد فيها إلى 4793 دولارا فحسب في عام 2000. وفي المقابل، كان مواطنو بلدان منظمة التعاون الاقتصادي والتنمية أغنى بأكثر من أربعة أضعاف، ويتمتعون بمتوسط للناتج الإجمالي للفرد يبلغ 23569 دولارا.

وعلى الرغم من وجود جيوب من الثراء الشديد والغنى الفاحش في العالم الإسلامي، وأن السكان في بلد مثل بروناي الغنية بالنفط يحظون برعاية جيدة من جانب الحكومة، فإننا نجد أن الفقر وتفاوت الدخل من الملامح واسعة الانتشار في العالم الإسلامي. وعلى الرغم من أن هناك أسباب لا تتعلق بالحكم غير الرشيد، فإن سوء الحكم السياسي والاقتصادي والاجتماعي عادة ما يؤدي إلى تفاقم الأمور.

الشعوب التي تعيش في ظل الفقر

إن الأرقام الدالة على الفقر لا تتوفر بالنسبة لجميع البلدان الإسلامية، لكن الفقر يشكل في الواقع مشكلة خطيرة في نصف تلك البلدان على الأقل. ونجد أن تقرير

الحكم والتنمية في العالم الإسلامي

لقد أدى سوء الحكم وتعثر التنمية في كثير من بقاع العالم الإسلامي إلى تعقيد العلاقات مع الغرب، مولدا خلا هائلا في توازنات القوى، مما سهل على الغرب الأقوى، وخاصة الولايات المتحدة، التلاعب والهيمنة والمعاملة فاضحة الظلم للعالم الإسلامي الأضعف. كما أن الفجوة التنموية الهائلة تغذي أيضا مشاعر التحامل والحسد والازدراء التي تضيف المزيد إلى القضايا والضغوط والصراعات التي تفسد العلاقات بين العالم الإسلامي والغرب، علاوة على عوامل أخرى مختلفة.

وعلى الرغم من وجود قدر كبير من التنوع، فإن الحكم والتنمية سيئان بشكل عام في البلدان الإسلامية، وخاصة عند مقارنتها بمناطق أخرى في العالم وبصفة خاصة بالعالم الغربي. يجري تصنيف جميع البلدان الإسلامية باعتبارها بلدانا نامية تنتمي إلى العالم الثالث. ويعود ذلك إلى تلك البلدان بدرجة كبيرة، (على سبيل المثال: انتهاج سياسات اقتصادية غير ملائمة، إعداد برامج للرعاية تركز على ريع النفط الضخم غير المستدام، رداءة نوعية التعليم، انخفاض مستوى تطور تكنولوجيا الاتصالات والمعلومات، ضعف برامج التخلص على الفقر، تضخم سوء الأداء البيروقراطي، الفساد، إهمال مشكلة فيروس نقص المناعة البشرية/مرض الإيدز، القمع السياسي)، لكن ليست جميع الأسباب من صنع البلدان نفسها. فقد كان استغلال الاستعمار الغربي للموارد وإخضاعها لمصالحه لعقود عديدة - بل وحتى لعدة قرون في بعض الحالات - عاملا مهما ساهم في ذلك. كما أن النظام الاقتصادي والسياسي العالمي غير المنصف، الذي يميز الدول الغنية والقوية عن البلدان الفقيرة، قد لعب دوره في تفاقم هذا الوضع.

معنى الحكم

هناك تعريفات عديدة للحكم الرشيد. ويُعد التعريف الذي طرحه برنامج الأمم المتحدة الإنمائي التعريف الذي تم تبنيه على نطاق واسع عند إجراء المقارنات الدولية. ويتناول هذا التقرير الموضوع من زاوية التعريف والتفسير الأخير الذي طرحه برنامج الأمم المتحدة الإنمائي حول العالم العربي، وذلك في تقرير التنمية البشرية لعام 2002، حيث قدم التعريف التالي للحكم الرشيد: «مجموعة من المؤسسات المجتمعية التي تمثل الشعب كاملا، مترابطة من خلال شبكة قوية من الضوابط والمساءلة المؤسسية (مع وضع المساءلة النهائية في يد الشعب)، ويكمن

الشرق الأوسط أن الغرب لا تحركه سوى مصالحه الاستراتيجية، بما في ذلك السيطرة على موارد الطاقة في المنطقة.

يجب أن يعترف الغرب بالظلم الذي ساد في العلاقة مع شعوب الشرق الأوسط حتى الآن، وأن يستخدم منهجا مختلفا. كما يجدر خلق شعور بالتوازن، يمنح الجانبين فرصة للتصرف كشركاء حقيقيين، حتى وإن اختلفت مساهماتهم. سوف يتمكن مثل هذا النهج من تعزيز التفاهم والتبادل الفكري والتعاون على نطاق واسع. لقد فشل الغرب حتى الآن في استيعاب أهمية اتباع المسلمين الخطوط المرشدة لثقافتهم بدلا من تبني النماذج الغربية في التفكير والسلوك.

إن شعور أغلب الشعوب في الشرق الأوسط بأنهم في الموقف الأضعف يؤثر بعمق على جميع أشكال التواصل. كما أن الإحساس الحالي بالضعف السائد بين من يعارضون حرب العراق واحتلاله، وخاصة لدى من يتأثرون بشكل مباشر، سوف يساهم في بعض الحالات على إفراز التعصب، ويغذي في نهاية المطاف ما تزعم الولايات المتحدة أنها تحاربه - على حساب الديمقراطية وحقوق الإنسان والحرية.

المواطنين الغربيين ونموذج مجتمعهم الخاص بهم. ومن المنظور الإسلامي، يُعتبر التدخل العسكري الغربي اعتداءً قبل كل شيء، ويثير إحباطاً عميقاً لأنه اعتداء يضاف إلى سلسلة طويلة من الاعتداءات والإهانات المماثلة.

إن الولايات المتحدة، بمحافظتها على هذا التحيز وعلى الاحتكار السياسي في المنطقة، تستبعد لاعبين آخرين (مثل الأمم المتحدة وأوروبا، على سبيل المثال) قادرين على الاستثمار في عملية السلام، أو في إمكانهم مواجهة أحادية الجانب في النهج الأمريكي. مطلوب من أوروبا أن تضطلع بدور أكثر فعالية. وفي السياق الفلسطيني - الإسرائيلي، تتطلب مسئولية القوة اتباع منهج سلمي فعال وسريع وتدخلي من أجل حل نقاط الصراع وتوفير البدائل للجانبين. إن استعادة الأمل والثقة في نوايا القوى الغربية يتطلب أن تحشد تلك القوى موقفها الجماعي ومواردها خلف مبادرة سلمية مشروعة وقوية سياسياً. والخيار الأهل للثقة يجب أن يعترف بضرورة إنهاء الاحتلال، وهو الأمر الذي يتطلب انسحاب إسرائيل إلى حدود 1967 وإزالة المستوطنات وإنشاء دولة فلسطينية مستقلة وقابلة للحياة وإيجاد حل عادل لمشكلة اللاجئين الفلسطينيين، على أساس من قرارات الأمم المتحدة المعنية، ومعادلة الأرض مقابل السلام. لكن تحقيق مثل هذا الحل يتطلب أن يقف صناع السياسة في الغرب في وجه إسرائيل، مع تحرير السياسات الخارجية الغربية (وخاصة الأمريكية) تجاه الشرق الأوسط من النزعة العسكرية والتطرف والغطرسة الإسرائيلية.

وحقيقة أن هذه الأمور مجتمعة قد أثرت على جميع الجوانب الأخرى للعلاقات الإسلامية - الغربية وكثير من القضايا في العالم كله، لكن التركيز المشار إليه أعلاه على فلسطين لا ينبغي أن يقود مع ذلك إلى نتيجة مفادها أن المشكلات بين البلدان الغربية والعالم الإسلامي ستختفي إذا عولجت القضية الفلسطينية معالجة عادلة. هذا التركيز يعني ببساطة أن فشل الغرب في الدفع تجاه إيجاد تسوية عادلة لهذه القضية المتفجرة من المرجح أن يؤدي إلى استمرار التوتر بين الغرب والبلدان الإسلامية في المستقبل، بل وحتى الرفع من حدته.

التقارب والحوار

من المرجح أن يطيل غزو العراق واحتلاله الحقبة الجديدة من العداء تجاه الغرب، ويعقد العملية الديمقراطية ويعيق التنمية في الشرق الأوسط لفترات طويلة مقبلة. لقد خاض الغرب طويلاً تجربة كونه ثقافة مهيمنة، ولم يعتد على الشعور بأنه في موقع ضعف أو لا حول له ولا قوة. ويرى قادة الغرب أن التدخل العسكري في أفغانستان كان مشروعاً ولا غنى عنه من أجل تحييد من يعتبرونهم يهددون أمن مواطنيهم ونموذج معين من المجتمعات. وترى الغالبية العظمى من الشعوب في

ضغوطا ضخمة على الجانب الفلسطيني الأضعف. إن هذا المنطلق ينفي تماما إنسانية الفلسطينيين ويعيق التطبيق الدولي القانوني لحقوقهم. وبينما كانت إسرائيل تتمتع دائما بوضع استثنائي، كان مطلوباً من الفلسطينيين قبول أوضاع لم يكن آخرون ليطالبوا بقبولها. ومن المفارقات، بل وحتى من الأمور العجيبة، أن تدخل البلدان الغربية الحرب باسم حق ألبان كوسوفا في العودة، بينما يُطلب من الفلسطينيين التخلي عن حقهم فيها.

إن حقوق الإنسان الأساسية ليست قائمة طعام يمكن اختيار أو رفض ما نشاء منها، بل ينبغي أن تكون ثابتة من خلال القبول الكوني بها. ومع العلم بأن تنفيذ حقوق الإنسان يُعد دائما مشكلة أساسية، فإن ذلك لا يعني نفي الوجود الشرعي الملزم لهذه الحقوق. ولهذا، لا يمكن إلغاء هذه الحقوق أو تعديلها أو إعادة صياغتها. ويجدر تطبيق ذلك أيضا على حق الفلسطينيين في الدولة والاستقلال، بما في ذلك حق العودة للاجئين، مادام اختيار مكان السكن هو حق غير قابل للتصرف أو التفاوض. ينبغي أن يعترف الغرب بهذه الوقائع ويدفع في اتجاه دمجها داخل المبادرات التي تستهدف حل الصراع.

إن سياسة الإدارة الأمريكية في الشرق الأوسط سياسة سطحية، بل ويمكن القول في بعض الحالات أنها مهينة. مثال على ذلك مبادرة «نشر الديمقراطية في العالم العربي» وما صاحبها من بطاقة ثمن تقدرها بـ 29 مليون دولار. إن الديمقراطية هي قضية أكثر جدية وتعقيدا ولا يمكن تحقيقها قبل التوصل إلى حل عادل للقضية الفلسطينية، ووقف الدعم الغربي للأنظمة الفاسدة ذات الأداء السيئ، والقضاء على الوجود العسكري الغربي الضخم في المنطقة. ومع ذلك، فقد مارس الغرب لسنوات أسلوب المعيار المزدوج: تم طرد العراق بالقوة من الكويت عام 1991 وفرض العقوبات الاقتصادية الصارمة عليه، والآن، وبعد مرور 13 عاما، قامت الولايات المتحدة الأمريكية بغزو العراق بزعم نزع سلاحه بل وحتى التخلص من قائده، وكل ذلك لمصلحة الولايات المتحدة سياسيا واقتصاديا. ومن الناحية الأخرى، تحتل إسرائيل فلسطين منذ 1967 ولا تتعرض إلى ضغوط جديدة من جانب الغرب، على الرغم من امتلاكها ما يزيد عن 400 «قنبلة نووية يهودية»، وعلى الرغم من الجرائم والمذابح التي ارتكبتها ضد الفلسطينيين. وليست القضية المطروحة هنا قضية المبادئ أو القيم الإنسانية، كما يحب الغرب دائما أن يزعم، فاهتماماته الأساسية تكمن في الحفاظ على علاقات الدفاع الحالية والأسواق التجارية. وبعبارة أخرى، إن المصالح تحتل موقع الأولوية على العدل، ويبشر المسؤولون الغربيون بالديمقراطية بينما تشير سلوكياتهم إلى عكس ذلك.

من أجل أن تحسن العلاقات بين الغرب والشرق الأوسط، وخاصة على ضوء غزو الولايات المتحدة العسكري للعراق (وقبلها لأفغانستان)، ينبغي مواجهة القضايا التي أشرنا إليها أعلاه وحلها على نحو مرض، من أجل تحييد من يهددون أمن

من توجيهه إلى السلوك الإسرائيلي الوحشي، ويتهمون هؤلاء الأمهات بأنهن «مندفعات عاطفياً» لأنهن ربين أطفالهن ليصبحوا انتحاريين، ثم يرسلونهن إلى الموت. أما إسرائيل، على الجانب الآخر، وعلى الرغم من تورطها في الإرهاب الذي ترعاه الدولة، وعلى الرغم من اجتثاثها المبرمج لجذور الشعب الفلسطيني، وعلى الرغم من انتهاكاتها الجسيمة لجميع قرارات الأمم المتحدة ذات الصلة، فيجري تقديمها كدولة تدافع عن نفسها ومحبة للسلام، بل يقال أنها الدولة الديمقراطية الوحيدة في المنطقة، بغض النظر عن سياساتها العنصرية تجاه المواطنين الإسرائيليين غير اليهود. وبينما تواصل إسرائيل رفضها مناقشة أي مسؤولية بشأن طرد الفلسطينيين، فإن لديها قانون للعودة لا يعارضه أحد، ويسري على أي يهودي من كل مكان. وتسامح إسرائيل على قمعها الذي يصل إلى ٥٥ سنة وتشتيتها لشعب فلسطين بأكمله، وعلى احتلالها الممتد لمدة ٣٦ سنة وارتكابها أعمالاً وحشية لا إنسانية ضد الفلسطينيين أفراداً كانوا أو جماعات. وعلاوة على ذلك، ومع وضع قواها العسكرية في حالة تأهب، تكافأ إسرائيل بالقناعات المشتركة الراسخة والمنتشرة على نطاق واسع بأنها تحتاج إلى حماية من الفلسطينيين وليس العكس. وفي هذا السياق، تعتبر جميع البلدان الأوروبية مشاركة في تقديم الدعم السياسي، إما بشكل مباشر أو غير مباشر. فقد أصدرت بريطانيا وعد بلفور وسهلت الهجرة اليهودية غير المشروعة إلى فلسطين؛ وارتكبت ألمانيا فظائع ضد اليهود، وبالتالي وفرت الدافع القوي لما سمي تبرير لمجمل المشروع الصهيوني (الذي لا يمكن في ظل أي ظروف أخرى الدفاع عن جوانبه الوحشية). كانت السياسة تكملان بعضهما، وقادتنا في النهاية إلى إنشاء كيان كان المقصود منه محو «خطايا» الأوروبيين على حساب الآخرين.

التحيز الغربي

على الرغم من أن تصورات شعوب الشرق الأوسط حول التحيز الغربي لإسرائيل قد لا تكون جميعها عادلة، فإنه قد تأججت بسبب تقاعس البلدان الغربية عن ممارسة الضغط بحق على إسرائيل، وعجزها عن مساندة الحقوق المشروعة للفلسطينيين في المطالبة بوقف الاحتلال الإسرائيلي من أجل إحراز الاستقلال في أرض أصبحت الآن لا تشمل سوى 22% من أراضي فلسطين التاريخية. إن هذه السلبية، بالرغم من امتلاك الغرب الموارد والقدرة اللازمة لممارسة ضغط أكبر، قد تسببت في أن الكثيرين في الشرق الأوسط قد أصبحوا ينظرون إلى الغرب كشريك لإسرائيل، وليس مجرد متفرج محايد في وجه الظلم والعدوان. فمن العناصر الثابتة للسياسة الأمريكية في الشرق الأوسط أن تغفر لإسرائيل جميع انتهاكاتها للحقوق الإنسانية والاجتماعية والسياسية، بينما تمارس

ديمقراطية أو عدم ديمقراطية القائد. والفرضية الكامنة وراء ذلك قد تكون أن مسلمي الشرق الأوسط غير مؤهلين للديمقراطية، أو أن الديمقراطية لا تلائمهم. وعلى الرغم من ذلك، عندما تعرضت الحركات الإسلامية للقمع والنفي، اختار كثير من قادتها الإقامة في البلدان الغربية.

كان كثير من المسلمين يرون أن الغرب يحاول غزو العالم الإسلامي، ليس سياسيا واقتصاديا فحسب، وإنما ثقافيا أيضا. ولقد أحرز المصطلح الماركسي «الإمبريالية الثقافية» أهمية في العالم الإسلامي في الوقت الذي تخللت فيه العادات الغربية مختلف الميادين، بما في ذلك الأزياء والترفيه والسلوك الاجتماعي، بل وحتى اللغة. وكان كبار صناع السياسة الغربية يشعرون بالقلق تجاه مجمل فكرة النزعة الإسلامية، وكانوا يحاولون تجاهلها أو إخمادها أينما كان ذلك ممكنا. وكان العداء العام يعبر عن نفسه من خلال المعاملة السيئة التي يلقاها المهاجرون المسلمون في البلدان الغربية. فعلى سبيل المثال، منع ورثة الثورة الفرنسية الذي الإسلامي التقليدي (غطاء الرأس أو الحجاب) في المدارس. وأدت هذه الاتجاهات بعدد من قطاعات العالم الإسلامي إلى النظر إلى الغرب بعداء شديد.

قضية فلسطين

إن تأسيس إسرائيل وما ترتب عليه من تشتيت للفلسطينيين - بدعم حاسم من القوى الغربية - قد أضاف الوقود إلى النار المشتعلة. فتأسيس الدولة اليهودية يُنظر إليه كفعل غير مشروع، كما أنه - بوصفه تجليا متواترا للمظالم التي اقترفتتها القوى الغربية - يثير حنق العالم الإسلامي لسببين. أولا، لأنه يعني اجتثاث جذور الشعب الفلسطيني من وطنه وتشتيت العديد من أبنائه في كافة أنحاء العالم، وإجبارهم على العيش في منفى طويل ومهين. كما أن الدعم الفعال الذي قدمته البلدان الغربية لإنشاء دولة صهيونية في فلسطين يعد محاولة لتصحيح المظالم التاريخية التي ارتكبت ضد اليهود - بواسطة ظلم آخر، هذه المرة ضد الفلسطينيين. أما تعريف إسرائيل موقعا أماميا «متحضرا» في الشرق «الهمجي»، فقد أثر تأثيرا كبيرا في جميع العرب والمسلمين.

ثانيا، وبتورط فعال من الغرب ومساعدته تحول الفلسطينيون (الضحايا) إلى معتدين، بينما كانت إسرائيل (المعتدي الحقيقي) تقدم على نحو زائف بوصفها رمز النزاهة والتحضر. لقد تم تصوير الفلسطينيين كإرهابيين يكرهون الحياة، وليس كشعب يرزح تحت الاحتلال، لديه الحق في الاستقلال والدفاع عن النفس والمقاومة، القيم المدونة في اتفاقيات جنيف والتي تعرضت مؤخرا لكثير من الانتهاكات. وهناك البعض ممن يحتلون مراكز عامة رفيعة، مثل ملكة السويد، يوجهون اللوم في سياق وفيات الأطفال أثناء الانتفاضة الحالية، إلى الأمهات الفلسطينيات، بدلا

وفي هذا السياق، انتقلت قضية «مسئولية القوة» إلى موقع الصدارة. ويتمثل الخطر الكامن في هذا المفهوم في دلالاته السلبية، فضلا عن التدخل باستخدام القوة المسلحة، وإعادة تعريف «الأصدقاء» و«الأعداء» على نحو عشوائي ارتكازا على معايير ضيقة وذاتية. هناك اختلاف واضح بين مسؤولية القوة وبين الغطرسة، فالمسئولية الحقيقية تستهدف التدخل البناء والسلمي، التدخل الذي يركز على الإنسان وليس على الأمن العسكري.

الغرب - القوة والأيدولوجية في الشرق الأوسط

تنظر شعوب الشرق الأوسط إلى الغرب باعتباره قوة جماعية، إما علمانية أو مسيحية، تحمل ميراث ماضيها الكولونيالي، فهي التي أسست إسرائيل وتقف وراء النظام العالمي الحالي الظالم الذي يقسم العالم إلى فقراء وأغنياء، ضعفاء وأقوياء. لقد أسفر النمط الغربي الراهن للعولمة عن تزايد الفقر والديون القومية والبطالة والتوتر الاجتماعي. أما فيما يتعلق بقضايا الديمقراطية وحقوق الإنسان، فسرعان ما ساومت الأمم الغربية على أفكارها النبيلة مرات ومرات من أجل إحراز مكاسب أنانية ضيقة وقصيرة المدى. وخلال الستينيات والسبعينيات من القرن العشرين، كانت النظرة إلى الغرب تراه معاديا لطموحات الشعوب. وكان العديد في الشرق الأوسط يشعرون بأن الغرب كان، ولا يزال، هو من يبقي على النظم «السيئة» بالمنطقة في موقع السلطة.

وهكذا، أصبحت فكرة سوء الحكم تقترن بالسياسات وجداول الأعمال الغربية، وتعد إيران في فترة حكم الشاه مثلا حيا على ذلك. ومع اشتداد الصراع الداخلي بين القوى العلمانية والدينية في عديد من البلدان العربية، وبداية حصول الأحزاب الإسلامية على دعم شرعي، كان كثير من اتباع هذه الحركات يأملون في أن يجدوا في الغرب قوة أكثر حيادا، واعتبروه حليفا استراتيجيا وتكتيكيا. ومع ذلك، منبت هذه الآمال بالإحباط عندما فضل الغرب الحكام العلمانيين وقوى من شوكتهم من أجل إضعاف الحركات الإسلامية المنتخبة ديمقراطيا، كما كان الحال في الجزائر في التسعينيات من القرن العشرين.

وعلى الرغم من أن بعض الإسلاميين قد غيروا على نحو إيجابي تصوراتهم تجاه الغرب، كما يتجلى ذلك في حكومة تركيا الجديدة، فإنه يواصل توظيف صيغته «فرق تسد» على حساب الأصوات الإسلامية، حتى وإن كانت تنادي بالديمقراطية والعدالة. ويبدو نوع من العداء واضحا في أسلوب تعامل بعض الحكومات الغربية مع القادة المسلمين المعتدلين والإصلاحيين، مثل محمد خاتمي في إيران، مما يعطي الانطباع بأن انتخاب المرء قائدا لا يفوق أهمية انتمائه إلى العالم الإسلامي. إن النمط الإسلامي الخاص بقائد ما هو الذي يحصل على أهمية تفوق أهمية

دينية كمعقل العقيدة المسيحية وإنما بوصفه قوة استعمارية. واستخدمت المجتمعات العربية والإسلامية في كفاحها من أجل الاستقلال أيديولوجيات ومذاهب «علمانية» مختلفة، مثل القومية والاشتراكية، كان قاسمها المشترك معارضة الاستعمار الغربي والتطلع إلى تحقيق الاستقلال والسيادة والحرية.

«الدمى المتحركة» للغرب

في عصر ما بعد الكولونيالية، حتى بعد استقلال أغلب المناطق العربية، استمرت هيمنة الغرب على المجتمعات العربية اقتصاديا وسياسيا وعسكريا وثقافيا. وكان العديد في المنطقة يعتبرون السياسات الغربية (وخاصة الأمريكية) في الشرق الأوسط (بالذات في منطقة الخليج) سياسات أنانية وغير متوازنة، تستهدف ببساطة تعزيز السيطرة الغربية على الموارد والأسواق، وخاصة من أجل النفط. لقد تنامي الشعور بالقلق تجاه الغرب وازدادت حدته عبر السنين نتيجة لدعم الغرب للأظمة القمعية غير الكفاء والفاسدة في البلدان الإسلامية. لم تكن أغلب الحكومات تعتبر مستقلة أو ذات سيادة بحق، وإنما كانت بمثابة «دمى متحركة» للغرب في جهودها من أجل تحقيق مصالح «الأجندة الغربية» داخل بلدانها. لقد استفادت هذه النظم بشكل عام من روابطها القوية مع الغرب في انشغاله بمحاربة «الأصولية» (إلا المسيحية منها) والشيعوية والإرهاب من أجل تنفيذ سياسات داخلية قمعية، تنتهك حقوق الإنسان وتقمع حرية التعبير.

وفي الحقبة التي أعقبت الحادي عشر من سبتمبر، أصبحت محاربة الإرهاب هي الدعوة الحاشدة الجديدة الموجهة ضد المسلمين. تنضوي تحت الإرهاب، وفق التعريف الغربي، جميع أساليب النضال المسلح ضد السياسات والنظم القمعية في العالم الإسلامي. وبالتالي، فإن مقاومة الظلم تعتبر بين (وداخل) عديد من الدوائر في العالم الغربي إرهابا، فيُقدم تفسيراً لإخفاق عملية السلام في فلسطين أو لفهم أسباب الحرب الأهلية في الجزائر. لكن تطبيق هذا المصطلح يصرف الانتباه بعيدا عن أسباب الصراع الحقيقية. وعلى المستوى المحلي، أصبح الزعم بالإرهاب أداة ثمينة تبرر تصنيف الأصوات والحركات المعارضة خارجة على القانون، وتعطيل الحريات المدنية وانتهاك حقوق الإنسان. وبتقديم المعارضين بوصفهم إرهابيين، يمكن بسهولة تجريد نضالهم ضد التفوق العسكري والإعلامي (الغربي) من الشرعية. ومع ذلك، فقد تسفر هذه السياسات عن عكس النتائج المرجوة. فالدعم غير المحدود وغير المشروط لإسرائيل والنظم الاستبدادية في البلدان العربية الإسلامية، علاوة على الانتقائية في تطبيق قرارات الأمم المتحدة من أجل ملائمة مصالح الغرب الضيقة، هي أسباب مهمة للإرهاب والراديكالية في الشرق الأوسط.

الشرق الأوسط وقضية فلسطين

يقع الشرق الأوسط في جوهر الحوار الإسلامي - الغربي، بكل ظروفه التاريخية والثقافية المعقدة. وتعد المنطقة موقع لقاء العالمين الغربي والإسلامي لعدة قرون، حيث صيغت مختلف التصورات عن الآخر. وكان يوجد في الماضي، بل ويوجد حتى يومنا هذا أيضاً، اختلافات عديدة في الرأي وظنون ومخاوف وتذمر، أدت جميعها إلى خلق حاجز حقيقي بين العالمين. لكن الاختلاف حالياً أصبح سائداً في مجالات السياسة، بينما تحولت الأخلاق والثقافة لتصبح أداة لتبرير السياسات وخلق العداء.

الميراث الاستعماري

وكما أشرنا من قبل، كان القرن التاسع عشر المنصرم وبأكورة القرن العشرين فترة مليئة بالأمل بالنسبة إلى الجانبين، على الرغم من تعارض هذه الآمال مع بعضها البعض. فبينما كانت الشعوب العربية تأمل في الخلاص من الضعف والفقر والتخلف الذي اتسمت به السنوات الأخيرة من الحكم العثماني، كان الغرب يقوم بإعداد المسرح الداخلي والدولي لإخضاع الأراضي العربية والإسلامية لسيطرته العسكرية المباشرة وفقاً لاعتباراته الاستراتيجية. وعلى الرغم من أننا سبق وأن ناقشنا هذه التطورات فيما يتعلق بتأثيرها الأيديولوجي وما نجم عنها من تصورات متبادلة، فإننا نركز هنا على العلاقات السياسية التي تأثرت نتيجة لذلك.

لقد وقعت أغلب البلدان الإسلامية خلال الحرب العالمية الأولى تحت الهيمنة المباشرة للبلدان الغربية، وخاصة بريطانيا العظمى وفرنسا. كان العالم العربي ممزقاً ومقسماً بين القوى الاستعمارية، فقد تم تنصيب حكام مواليين للغرب، واقتطاع بعض الأراضي بالفعل، ومنحها للقادمين الجدد كما حدث في فلسطين - مع هجرة أغلب الأوروبيين اليهود إليها - وفي الحافة الشمالية لسوريا - التي أعطيت إلى تركيا (منطقة «الإسكندرونة»). وعندما وظف الغرب سياسته «فرق تسد»، تلاشت تدريجياً آمال العالم العربي في الاستقلال الحقيقي.

لقد كان الإسلام بمثابة أرضية للمعارضة السياسية والأيديولوجية والثقافية للاستعمار الغربي، كما كان المصدر الرئيسي لتكوين هوية تتسم بالحرية والكرامة الإنسانية. وأصبح الإسلام، كدين وكأيديولوجية، الرسالة التي تبعث على الأمل وتحمل في طياتها القدرة على الوقوف أمام الغرب الذي لم يتم تعريفه بمصطلحات

بصراعات في الرأي حول القضايا السياسية الرئيسية مثل الحرب ضد العراق. وهو الأمر الذي يوفر مساحة لمزيد من التصور المتوازن والمتغير والتحليلي بشأن «الغرب» في العالم الإسلامي. ومع ذلك، لا يمكننا أن نتنبأ كم سيستغرق الأمر لإعادة بناء جسور التسامح والحوار بين الحضارات إذا أصرت الولايات المتحدة وحلفاؤها على الاستمرار في سياساتهم.

الذي حدث تجاه إضفاء عنصر ديني على الصراع الفلسطيني - الإسرائيلي. وبالتالي، أخذ العداء السياسي يتحول تدريجياً إلى عداة ديني وثقافي جزئياً، مقابل الغرب المسيحي (وإسرائيل اليهودية) بالعالم الإسلامي. وعلاوة على ذلك، بدأت رابطة الدين الفكرية والعاطفية تحل شيئاً فشيئاً محل رابطة القومية التي وحدت العرب لفترة طويلة. وتآجج هذا العداء الديني فيما بعد نتيجة الأحداث التي شهدتها أفغانستان والشيشان، فضلاً عن التطهير العرقي ضد المسلمين في البلقان. ويمكننا أن نخلص إلى أن التصورات النمطية العدائية للغرب قد اكتسبت حدتها، وأخذت شكلها الشائك والخطير مع ميلاد الحركات الأصولية. ولم تقتصر هذه الحركات على بتر تراث التسامح تجاه الآخرين في بقاع من العالم الإسلامي فحسب، وإنما أضعفت إلى حد كبير أيضاً التراث النهضوي الذي ارتكز عليه تحديث العالم الإسلامي. فقد نبذ الأصوليون رواد النهضة الإسلامية مثل محمد عبده وقاسم أمين كمرتدين، نظراً لإعجاب هؤلاء بالغرب.

وفي ذلك الوقت واجهت العلمانية الفرنسية والغربية بشكل عام، والتي أعجب بها المفكرون المسلمون، تصغيراً للشأنها من جانب الأصوليين الذين ربطوا بينها وبين الإلحاد بسبب جذورها الغربية. واضطرم خلاف ما زال قائماً حول مفاهيم الديمقراطية وحقوق الإنسان، كمفاهيم غربية البنية. كما جرى تشجيع الشباب على مقاومة الحركات الفكرية والعلمية الغربية في سبيل التركيز على الشؤون الدينية والعبادة. وهو الأمر الذي أدى إلى تجريد المنطقة من جزء كبير من مواردها البشرية. وأخيراً، أصبح مفهوم العولمة الذي صاحب نهوض النظام العالمي الجديد تهديداً للهوية والخصوصية الثقافية، وهي وجهة النظر التي ظهرت في النقاشات الغربية العامة أيضاً.

وفي غضون ذلك، تنامي العداء تجاه الغرب وتحول إلى عداة صريح للولايات المتحدة. وهناك أسباب عديدة لهذا الموقف، منها أن الولايات المتحدة قد قادت التحالف الدولي (والعربي) ضد العراق في حرب الخليج الثانية (عام ١٩٩١)، كما أنها تدعم إسرائيل عسكرياً وسياسياً مما يضر بالفلسطينيين. وهناك قناعة في العالم الإسلامي أن الولايات المتحدة تواصل معاملتها السيئة للسجناء في قاعدة خليج غوانتانامو، وأنها قد شنت حرباً جديدة غير مشروعة ضد العراق، بينما تتجاهل المشكلات العالمية الملحة. وأخيراً، هناك تصور بأن الولايات المتحدة قد واجهت الأصولية الإسلامية بواسطة نمط جديد خاص بها من الأصولية.

وعلى الرغم من ذلك، فإننا نشهد أيضاً تحولاً إيجابياً في صورة الغرب الأوروبي اليوم، وذلك بفضل المواقف المعارضة التي تتبناها كل من فرنسا وألمانيا وبعض الدول الأخرى حول الحرب في العراق. وتلقى هذه المواقف رضاء جماهيرياً عاماً واسعاً في العالم الإسلامي. وفي هذا السياق، بدأ كثير من المسلمين يدركون أن الغرب ليس كيانا متجانساً موحداً يثير الخوف، لكن الغرب يموج داخلها أيضاً

الطهطاوي عن إعجابه الكبير بالدستور الفرنسي، بينما اعتبر الإمام محمد عبده أن الإسلام الحق يوجد في فرنسا وليس في الشرق الأوسط الإسلامي.

خلال الستينيات والسبعينيات من القرن العشرين كانت سطوة الغرب العسكرية أخذة في الأفول. فالعالم كان منقسماً إلى معسكرين، رأسمالي واشتراكي، مع وجود بلدان عدم الانحياز أو دول العالم الثالث في المنتصف، بينما لم تكن فكرة العالم الإسلامي قد ظهرت إلى السطح بعد. لقد أضعفت حرب فيتنام وحركات التحرر في أمريكا اللاتينية صورة الولايات المتحدة في العالم لصالح الاتحاد السوفيتي الذي برز في المقدمة حامياً للدول الضعيفة في مواجهة «الإمبريالية الأمريكية» و«الرأسمالية الغربية». وفاض المد اليساري على المنطقة العربية. فانجذبت سياسات الحكومات والتوجهات الفكرية للانتلجنسيا الطليعية إلى التأثيرات السوفيتية. وفي المقابل، امتدت جذور الصورة النمطية للغرب الاستغلالي الذي يشتهي موارد العالم الثالث كله. وكان التركيز على قصور أوروبا الغربية، بينما حظت مبادئ الثقافة الاشتراكية بالدعم على المستويات السياسية والفكرية والأدبية والثقافية.

وفي غضون ذلك، أخذت القضية الفلسطينية منحى آخر، إذ أقامت المنظمات الفلسطينية صلات مع منظمات الجناح اليساري الطرفية في أوروبا وأمريكا اللاتينية. وفي محاولة لجذب انتباه العالم إلى القضية الفلسطينية، شرع الفدائيون في اختطاف طائرات ومهاجمة الملاعب الرياضية. وأدت هذه العمليات إلى إيقاظ شعور البطولة الخامد داخل شعوب المنطقة العربية بوجه خاص. لكن تلك المنظمات قد ألحقت الضرر بالأبرياء باستهدافها المؤسسات المدنية. فكان ذلك الحد الفاصل الذي آذن بحلول ثقافة العنف التي ضربت بجذورها في العالم الإسلامي اليوم.

لقد اتخذ الصراع الفلسطيني - الإسرائيلي، رغم أصوله العلمانية المتمثلة في الاحتلال العسكري، شكلاً دينياً مع بداية المقاومة الشيعية في جنوب لبنان وحركتي المقاومة الإسلامية «حماس» «الجهاد الإسلامي» داخل فلسطين. وفي تلك الفترة، استيقظت مشاعر الشك مرة أخرى. وعادة ما كانت النظرة إلى الأجنب الغربيين تراهم عملاء محتملين لإسرائيل، كما أن فتح حدود إسرائيل مع مصر والأردن قد جعل ذلك التهديد يبدو ممكناً وحقيقياً فعلاً.

اشتعال العداء

للمرة الأولى تحتوي التصورات الإسلامية النمطية عن الغرب على عناصر دينية. كما تحول الغرب، وخاصة أمريكا، إلى «الشیطان الأعظم» في عقول كثير من المسلمين. وفي الوقت نفسه، بدأت تسمية «اليهود» في الظهور، مشيرة إلى الانجراف

الغرب العدو

يمكننا النظر إلى منتصف القرن التاسع عشر - وهي فترة ظهور «المسألة الشرقية» في الخطاب الغربي - كنقطة تحول في العلاقة بين العالم الإسلامي والغرب. لقد تطلع العرب والمسلمون في البداية إلى الغرب لإنقاذهم من التدهور والتخلف الذي قادهم إليه انحدار الإمبراطورية العثمانية. لكن سياسات البلدان الغربية ضد مشروع محمد علي باشا لبناء دولة قوية في مصر بالتعاون مع المستعمرين، قادت إلى ما كان يُعتبر خيانة من جانب أحد الحلفاء. فقد تحول الحليف الغربي إلى عدو غاز، وشرع في استغلال ثروات المنطقة والسيطرة على مواردها، مما وفر بالتالي للصناعات الغربية الوليدة المواد الخام المطلوبة. كانت النظرة إلى الغرب تعتبره القوة السياسية المهيمنة القادرة على نسف أي مشروع من شأنه أن يعرض مصالحها العسكرية والسياسية للخطر.

وفي أعقاب ذلك، ظهرت في الوعي الجماعي العربي النظريات التآمرية. كما ظهر عدم الثقة في الغربيين، خاصة تجاه من يتظاهرون بحبهم للشرق. وقد تعزز الشعور بعدم الثقة بعد أن اتضح أن بعضاً من الغربيين الذين زعموا في البداية أن نواياهم حسنة، كانوا جزءاً من المناورات السياسية والعسكرية الاستعمارية. وبدأت هذه الصور النمطية تتشكل، ونمت طوال فترة النضال ضد الاستعمار. وعندما تحقق الاستقلال، كانت تلك الصور السالبة قد أصبحت متأصلة بالفعل في ذاكرة الأجيال الجديدة ووعيها. وعلى الرغم من أن هذه التصورات النمطية كانت تخدم أحياناً، فقد كان يوقظها مجدداً كل تهديد سياسي جديد نابع من الغرب. وهو الأمر الذي أدى بالتالي إلى الحفاظ على تلك المخاوف والشكوك في الوعي الجماعي.

الغرب حضارة متقدمة

ومن المفارقة، أن نفس الكتب المدرسية والحواليات التاريخية التي ترى الغرب معتدياً استغلالياً وغازياً، كانت تضم فصولاً بأكملها، تتحدث عن مبادئ الثورة الفرنسية وعصر التنوير ودلالة حملة نابليون على مصر من زاوية العلوم والمعارف التي جلبتها معها. وهو الأمر الذي يوضح أن صورة الغرب بالكاد ما كانت تبسّطية أو أحادية الجانب، لكنها كانت متناقضة. فاعتبرت النظرة السلبية أن الأنظمة السياسية والحكومات الغربية هي قوى استعمارية. وفي المقابل، كانت النظرة الإيجابية مفتونة بالنظم الفكرية في الغرب وتقدمه العلمي. ففي القرن التاسع عشر، قطع الكاتب السياسي الكواكبي شوطاً طويلاً لمقارنة الثوريين الفرنسيين في دعوتهم للإصلاح الاجتماعي بأنبياء الله. كما أعرب الفقيه المصري

الغازي مرتبطة في الذاكرة الجماعية بجميع التدايعات السلبية الممكنة. كما تنقل أيضا هذه التصورات النمطية إلى الأجيال القادمة لتبرير الكراهية تجاه الآخر. ومن ثم، تتغذى الشعوب التي تعرضت للغزو على صورتها الذاتية كضحية وتصور المعتدي باعتباره مسئولاً عن كونها ضحية. كما تضخم هذه الصورة بالمبالغة في تصوراتها عن القسوة والاضطهاد والظلم. وكلما ازدادت حاجة أي مجموعة إلى الالتفاف حول شعور بالانتماء والهوية لدى أفرادها، كلما وضعت المزيد من التأكيد على تذكر مذبحة أو معركة ما وإحياء ذكراها. وتعطي هذه الاحتفالات الفرصة لتأجيج العداوة ودوامها.

وقد تحمل نفس الصورة النمطية دلالة إيجابية أو سلبية. فعلى سبيل المثال، ينظر الإسرائيليون إلى «الفلستينيين» بوصفهم إرهابيين، بينما يراهم العرب أو المسلمون مناضلين من أجل الحرية. والوعي الجماعي الأوروبي، الذي أرقه الشعور بالذنب منذ الحرب العالمية الثانية، يعتبر اليهود (والإسرائيليين بوصفهم امتدادا لهم) ضحايا. ومن ناحية أخرى، يرى الفلستينيون أن الإسرائيليين (أو اليهود) قد جعلوا منهم ضحايا.

تراث التسامح

في تاريخ ما يشار إليه اليوم بالعالم الإسلامي، كانت فكرة «الأمة» (Nationhood)، وفيما بعد فكرة «الدولة الإسلامية» (Islamic Statehood)، ترتكز دائما على التراث الثقافي والموقع الجغرافي والمصالح الاقتصادية، أكثر مما ترتكز على الدين أو العرق. ومع ذلك، كانت مختلف الشعوب والقبائل ذات الثقافات والأديان والأعراف المتباينة تتعايش في الماضي في موقع التقاطع الجغرافي بين ثلاث قارات: آسيا وأفريقيا وأوروبا. وفي واقع الأمر، أفرزت العلاقات التجارية والتبادل الثقافي التسامح وقلصت العزلة، وبها تجنبت بروز الشعور بالعداء للغريب. وفي واقع الأمر، يمثل ما كانت الروابط القبلية والهوية العربية والعقيدة الإسلامية قوية بين العرب في الموطن الذي نزل فيه الإسلام، فإنها لم تكن سببا لرفض من ظلوا بعيدين عن فضائهم. ومنذ ظهور الإسلام، والعلاقة مع الآخرين تنظمها قواعد واضحة ومقبولة. ولم يفرق الإسلام إطلاقا بين المسلمين العرب وغير العرب. كما احترم أيضا الأديان الأخرى في المنطقة. وقد استمرت العلاقات الثقافية بين المسلمين في الشرق والمسيحيين في الغرب في حالة تفاعل لعدة قرون دون انقطاع. يعود ذلك إلى أن الدين الإسلامي تجنب العنصرية وكان يؤكد على التسامح تجاه الآخر في قواعده وقوانينه ومعاييره، على الأقل من حيث المبدأ، وإن لم يكن دائما في الواقع العملي. كيف تغير ذلك؟ ومتى بدأت التصورات النمطية حول الغرب في الظهور؟

التصورات والقوالب النمطية حول الغرب في العالم الإسلامي

عادة ما تتخذ الصور المشوهة حول «الجانب الآخر» شكل التحيزات والقوالب النمطية. وتؤثر هذه الأفكار المكثفة والسطحية والتبسيطية السائدة بين الجمهور تأثيرا كبيرا على الخطاب السياسي بل والسياسة نفسها، ذلك أنها ذات نفوذ على آراء وأحكام الفئات الاجتماعية حول الجانب الآخر وحول أنفسهم. إن الصورة النمطية هي صورة معمة لشخص أو مجموعة، لا تعترف بالاختلافات الفردية، وعادة ما تكون محففة لذلك الشخص أو تلك المجموعة. فيوصف الأفراد باستخدام سمات عامة، كما لو أن جميع أعضاء المجموعة يمتلكون صفات متطابقة وواضحة المعالم. وتتطور هذه المعتقدات عندما يصبح الناس غير قادرين أو غير راغبين في الحصول على جميع المعلومات المطلوبة لإصدار أحكام منصفة حول أناس آخرين أو مواقف أخرى. ويمكن أن تقود القوالب النمطية إلى تطوير سلوكيات تمييزية تجاه من ينتمون إلى خلفيات عرقية أو اجتماعية أو دينية أو قومية مختلفة. وهنا يكمن الخطر.

إن القوى التي تحكم الخطاب السياسي والتربوي والإعلامي تسيطر على تشكيل التصورات النمطية من خلال بث المعلومات ونشرها، وبالتالي تؤثر على الرأي العام. وعلى الرغم من أن طبيعة الحياة الحديثة اليوم تسير ضد العزلة والانطواء الذاتي، تظل العلاقات بين المجموعات مليئة بالتناقضات. فعندما ينشب نزاع بين المجموعات الاجتماعية، تعاود التصورات والقوالب النمطية الظهور مرة أخرى، وتجعل إنسان اليوم يرتد إلى الحالة العقلية المرتبطة بالهمجية.

لقد أدى عصر الاستعمار إلى بعث المركزية العرقية، موفرا بها الأساس الأيديولوجي والسيكولوجي للهيمنة السياسية والاقتصادية. وفي هذه الحالة، تجاهلت القوالب النمطية أو فندت ظاهرة التنوع الثقافي، كما ولدت شعورا بالرضى الذاتي في المستعمر الذي رأى نفسه منتما إلى ثقافة أو عرق متفوق. وظن أنه يدخل الحضارة إلى شعب غير متحضر (وبالتالي أدنى منه مرتبة). وهكذا، ومن خلال التصورات النمطية والتحيزات، قام المستعمر بتقليص ثقافات السكان الأصليين إلى مفاهيم متماثلة وتبسيطية. وتؤدي التصورات النمطية حول الشعوب الأصلية إلى الإضرار بالمعايير الاجتماعية لتلك الشعوب وبسلامة جماعاتها.

وتختلف التصورات النمطية حول الآخر وفقا للسياق التاريخي وشكل العلاقة (أي إذا كانت علاقة عسكرية أم ثقافية). وبينما يشعر أي غاز عادة بتفوقه، فإن المجموعة التي تتعرض أراضيها وهويتها للتهديد تنمي تصورات نمطية حول

وهكذا، فإن تدمير هذه الصور المشوهة يعني نزع قناع قادة السياسة والاقتصاد الذين يستخدمونها من أجل حماية مصالحهم الشخصية في العالم الإسلامي.

ويجدر إجراء دراسة وافية حول أسلوب الكتابة عن المسلمين والإسلام دون الرجوع إلى حجج تدعمه، فضلا عن توقف التفكير العقلاني واستخدام التعميمات الضبابية. أما المناهج الدراسية الجامعية في مجال الدراسات الإسلامية والدراسات الدينية والأدب والاتصالات، وما شابه ذلك، فيجدر أن تضم تحليلا للصور الزائفة حول العالم الإسلامي. كما يجب أيضا أن يحصل الصحفيون الغربيون على ردود فعل من المجتمعات الإسلامية التي يكتبون عنها.

غرباء على أرض أوروبا

إن صور التحيز ضد الإسلام تنتشر بوجه خاص في جنوب شرق أوروبا. فقد استخدمت الحركات القومية في البلقان صورا مشوهة لإنكار شرعية وجود الشعوب المسلمة الأوروبية، البوسنية والألبانية، في المنطقة ولتبرير استخدام العنف ضدها. كما يُعد اعتبار المسلمين غرباء على أرض أوروبا جزءا من ذهنية «المسألة الشرقية» التي تطورت بين عامي 1774 و1923 عندما طرد المسلمون بالقوة من المناطق الأوروبية التي فقدتها الإمبراطورية العثمانية. ومن هذا المنظور، وبغض النظر عن الانتماء العرقي، كانت النظرة إلى المسلمين تعتبرهم «أجانب» يجب «تطهير» الأرض الأوروبية منهم. كما كان شعار «العودة إلى آسيا» موجها ضد الألبان والبوسنيين، على الرغم من عدم وجود منطلق لإنكار الجذور الأوروبية لهاتين المجموعتين وحققهم في الاستمرار في السكنى في أوطانهم. وفي أنحاء أخرى من أوروبا، وخاصة في المناطق التي تضم تركزا دالا للمهاجرين المسلمين، عادة ما ينظر إليهم كأجانب دائمين، على الرغم من أنهم عاشوا في ألمانيا أو فرنسا، على سبيل المثال، لفترة تتعدى جيلين أو أكثر.

وترتكز هذه النظرة إلى المسلمين على التطابق الضمني بين أوروبا والسلام المسيحي (pax christiana) في القرون الوسطى، فضلا عن رؤية المسيحية دينا أوروبيا/غريبا. لكن هذا التصور يتجاهل التطور التاريخي للهوية الأوروبية متعددة الأديان والثقافات، كما يؤدي أيضا إلى تقليص خاطئ لدين كوني - المسيحية - يحده بمنطقة جغرافية وثقافية بعينها، وصلها بعد عدة قرون من تنزيله في المنطقة التي تشكل اليوم الشرق الأوسط.

وتصعب محاربة التصورات الخاطئة والقوالب النمطية والكليشيات، فهي مستمرة في الوجود، وتوظف كأدوات قوية في أيدي من يرغبون في حكم الآخرين. إن تشويه صورة شخص ما هي إلا الخطوة الأولى تجاه تجريده من إنسانيته، بل وحتى إبادته.

لكن الصور المشوهة ليست مجرد بقايا من الماضي. إنها صور أعيد ابتكارها لخدمة الاحتياجات الأيديولوجية والاستراتيجية للهيمنة السياسية والاقتصادية.

السطحية للحادثة الغربية الضارة بالثقافة والتقاليد الإسلامية، وبالتالي تنمو بين جمهور المسلمين مشاعر سلبية تجاه الغرب. وأخيراً، ينبغي تحديد منظور جديد من شأنه عدم معاملة الإسلام والغرب بوصفهما حضارتين متنافستين ومتصادمتين، وإنما بوصفهما شركاء متفاعلين في عالم كوزمبوليتاني عالمي.

لقد أُجريت دراسات عديدة حول الإسلام السياسي والأصولية الإسلامية، ونُشرت بلغات غربية مختلفة منذ ثمانينيات القرن العشرين. ولقد خلقت هذه النظريات، في حالات عديدة، فناعة بأن الأصولية هي السمة الأساسية للإسلام اليوم. ونجد في وسائل الإعلام الأمريكية الكثير من العناوين مثل «لا يوجد معتدلون. التعامل مع الإسلام الأصولي» (The National Interest, Fall 1995).

لقد كان الرأي العام في الغرب، نظرا لوقوعه تحت تأثير الدراسات التي تنشرها وسائل الإعلام، مستعدا لأن يقبل الإسلام باعتباره شيئا يعارض كل ما تمثله القيم الغربية. أي أن النظرة إلى الإسلام ترى فيه «تهديدا». وقد تبني هذا الموقف بيتر رودمان، العضو السابق بمجلس الأمن القومي بالولايات المتحدة، وكتب عام 1992 يقول: «يجد الغرب نفسه الآن مواجهًا بتحدٍ من الخارج من جانب قوة كفاحية سلفية، تحركها الكراهية لمجمل الفكر السياسي الغربي، وهي قوة تجتر المظالم التي عاف عليها الزمن ضد المسيحية» (مقتبس من: Edward Said, *Covering Islam*, Vintage 1997, XX VII). ومن هذا المنظور، لا يمكن أن توجد محاولة جادة لتعريف مصطلح «الأصولية» في علاقته بالإسلام. ومن الناحية الأخرى، يجري دوماً تجاهل الاتجاهات الأصولية في الأديان الأخرى (المسيحية، اليهودية، الهندوسية، إلخ).

إن مصطلح «أصولي» الذي صيغ في القرن التاسع عشر لوصف المسيحيين المعارضين للحادثة قد أصبح يكاد يقتصر اليوم على وصف المسلمين. وعلاوة على ذلك، ففي سياق العالم الإسلامي، تتم مساواة الأصوليين، الملتزمين بالتفسير الحرفي للنص، بالإرهابيين الذين يستخدمون القوة غير المشروعة لتحقيق أهدافهم. وكثيرا ما يطرح وجود نوع من «الرابطة الدفينة» بين الدين الإسلامي والعنف. ويتعزز هذا الطرح من خلال بعض المصطلحات مثل «القنبلة النووية الإسلامية» و«الإرهاب الإسلامي»، وهي المصطلحات التي عادة ما تستخدمها وسائل الإعلام. وهكذا، عندما تسمى القنبلة النووية الباكستانية باسم «القنبلة الإسلامية»، يتساءل كثير من المسلمين لماذا لا يوجد مصطلح مثل «القنبلة اليهودية» للدلالة على الإمكانيات النووية الإسرائيلية، أو «القنبلة البروتستانتية» للدلالة على مثيلتها البريطانية. كمل يتساءل كثيرون أيضا لماذا يجري دوماً المطابقة بين الأعمال الإرهابية التي يقترفها بعض المسلمين وبين صفة «المسلم» أو «الإسلامي»، بينما لا تتحدد صفة الأعمال الإرهابية التي يقترفها أفراد أو مجموعات أخرى بالإشارة المرجعية إلى دين أو ثقافة هؤلاء الأفراد أو تلك المجموعات.

إن رؤية مشتركة عامة حول المسلمين تراهم عاجزين عن التحديث، قد وضحت في عديد من التقارير حول لاجئي البوسنة الذين كانوا يعيشون في البلدان الأوروبية خلال فترة الحرب التي تعرضت لها أمتهم بين عامي 1992 و1995. فعندما لجأت سيدة بوسنية مسلمة، تعمل مدرسة للموسيقي الكلاسيكية الأوروبية، إلى أسرة أوروبية غربية، أعطاهم مضيفها تعليمات حول كيفية استخدام المكنسة الكهربائية. لقد افترض مضيفها أن كونها مسلمة وآتية من بلد مزقته الحرب، فإن ذلك يعني أنها غير متعلمة ولا تعرف كيف تستخدم الأجهزة المنزلية الحديثة.

ألا توجد حداثة غير غربية؟

إن الرؤية التي تقول إن كونك مسلما ينفي كونك عصريا، هي رؤية ترتكز على مطابقة غير صحيحة بين «الحداثة» و «الغرب»، كما لاحظ ذلك عالم الإسلاميات الأمريكي جون أوبرت وول. يجري تعريف الحداثة بوصفها مرحلة في تاريخ العالم تتميز بكونها «نمطا خاصا نسبيا للحياة ونوعا من المأسسة الاجتماعية والثقافية». وعلى الرغم من أنه من المنطقي أن تتخذ الحداثة، مثلها مثل الحضارة، أشكالا عديدة - مثل الشكل الغربي أو الإسلامي أو الهندوسي ... إلخ - يمكن تجاهل هذه النتيجة من خلال رؤية خاطئة تعتبر الحداثة ظاهرة «غربية» فريدة من نوعها. وكما أشار وول، أسفر هذا التطابق الخاطيء عن عواقب سلبية على العلاقة بين العالم الإسلامي والغرب. أولا، لا يجري النظر إلى الإسلام من خلال هذا المنظور إلا بوصفه حضارة، وعلى هذا النحو يمكن مقارنته بالحضارات الأخرى، وخاصة الغربية منها، أي أقوى الحضارات في عصرنا. ويغيب عن هذا المنظور أن الإسلام دين في الأساس، تتسامى تعاليمه عن الزمان والمكان. ثانيا، إن النظر إلى الإسلام باعتباره حضارة فقط قد قاد أصحاب هذا الرأي إلى الاعتقاد في ضرورة أن يقوم الإسلام بتحديث نفسه إذا رغب في البقاء في عصرنا. وعلاوة على ذلك، كان يجري دوما تعريف مشروعات التحديث في العالم الإسلامي بوصفها مشروعات «تغريب»، انطلاقا من المنطق الذي يقول بأن معنى أن تكون حديثا هو أن تكون أكثر تغريبا. ومن الناحية الأخرى، كانت إمكانية بناء حداثة إسلامية تواجه الإنكار أو التهميش. وهكذا، أصبح معارضو مشروعات التحديث التي سُيرت بشكل خاطيء في العالم الإسلامي معادين للغرب.

ما الذي يمكن عمله؟ ينبغي تحديد فارق واضح بين التحديث والتغريب من أجل تجنب التوترات والمصادمات حول قضية الحداثة. كما ينبغي زيادة الدعم لمشروع تطوير حداثة إسلامية. كما تجدر مراجعة الدعم الغربي غير المشروط للنخب الحاكمة في العالم الإسلامي. إن هذه النخب تقبل على نحو انتقائي الملامح

صورة الإسلام بوصفه ديناً مزيفاً ولا أساس له من الصحة

ويمكن أن نجد في العصور الحديثة أيضاً وجهات النظر التي سادت في القرون الوسطى واعتبرت الإسلام ديناً مزيفاً، وقد امتد صداها إلى نهاية القرن التاسع عشر في الموقف «العلمي» لدى إرنست رينان الذي قال بأن الإسلام «غير أصيل». كما نجد بين أنصار الاستشراق محاولات «المدرسة المراجعة» (revisionistic) لترجمة هذه الرؤى إلى مبادئ منهجية في الدراسات الإسلامية، مثل القول بأن الإسلام قد تطور بوصفه تعاليم هرطقية داخل فضاء يهودي-مسيحي، وأن النصوص الإسلامية ليست أصيلة، والمصادر الإسلامية لا يعتمد عليها في دراسة الإسلام، إلى ما شابه ذلك.

وعلى الرغم من ملامح خطاب الاستشراق هذه، فقد حدث تقدم دال في ميدان الحوار بين العقائد خلال العقود الثلاثة الماضية، مما أدى إلى جمع شمل المسلمين والمسيحيين واليهود معاً. ويرجع ذلك، من ناحية، إلى وجود نهج أكثر توازناً تجاه البحث في الإسلام في الدراسات الإسلامية الغربية، وإلى التوجهات المسكونية في المسيحية من ناحية أخرى.

وما من شك أن الرؤى القديمة شهدت حالة إحياء مجدداً مع تكثيف العنف في الشرق الأوسط ومناطق أخرى من العالم، فضلاً عن نهوض التيارات الأصولية في كل من المسيحية واليهودية. ومع الأسف، لم يقتصر قبول هذه الرؤى على المواطنين العاديين فحسب، بل شمل أيضاً الوعاظ البارزين والمؤثرين. فقد أعلن الإنجيلي الأمريكي فرانكلين جراهام بعد الهجوم الإرهابي في الحادي عشر من سبتمبر أن الإسلام «دين شرير وأثم». كما فعل الشيء نفسه إنجيليون مسيحيون آخرون لهم نفوذ في تليفزيون الولايات المتحدة، مثل جيرى فالويل وبارت روبرتسون.

ومن الأهمية بمكان أن يقوم المواطنون المؤهلون، الذين يعون مدى تأثير آرائهم على العلاقات بين العقائد، بإدارة نقاشات حول طبيعة دين بعينه، إذ يساعد هذا النقاش الناس من مختلف العقائد في سعيهم نحو معرفة الحقيقة وتحديد أرضية وقيم مشتركة بين مختلف التعاليم الدينية.

في الغرب عادةً ما يجري وصف المسلمين بأنهم غير متعلمين وغير متحضرين ومقهورون جنسياً وسلطويون وغبيبيون، ينجبون عدداً كبيراً من الأطفال («قنبلة ديموغرافية»). وأنهم ينظرون للمرأة باعتبارها «آلة للتناسل»، كما أنهم فاسدون أخلاقياً ومدننيون فكرياً. وينظر إلى العالم الإسلامي بوصفه يمثل «حالة دائمة من الفوضى والفساد»، على الرغم من عدم تحليل أسباب تلك الظواهر. كما يُعتبر الإسلام العقبة الأساسية أمام التحديث، على الرغم من أن العالم الإسلامي قد شهد خلال المائة والخمسين سنة الأخيرة مشروعا للتحديث يأخذ مرجعيته من الإسلام.

صور مشوهة عن الإسلام والمسلمين

إن التصورات الخاطئة والقوالب النمطية والكليشيهات في الإعلام والثقافة والسياسة في الغرب تشكل الصور المعاصرة للإسلام والمسلمين. لكن هذه الظاهرة ليست جديدة، بل تعود جذورها إلى العصور الوسطى والاستعمارية عندما استُخدمت الصور المشوهة عن الإسلام لإضفاء طابع شيطاني على المسلمين وتبرير غزو أراضيهم. وتتضح هذه الظاهرة عند تناول «المسألة الشرقية» في الرسوم الكاريكاتورية والصحف الأوروبية التي تعود إلى القرون الثامنة عشر والتاسعة عشر والعشرين. وقد أتاح تطور الإعلام الحديث وسائل جديدة وساهم في تقوية عملية نشر الصور المشوهة.

وقد كان الاستشراق بمثابة المورد الفكري الرئيسي لإنتاج وتناول تلك الصور واستمرارها. كما كان، ولا يزال إلى حد ما، الموضوع الأثير لدى المجتمع الأكاديمي الغربي. وكما يقول إدوارد سعيد، فإن الاستشراق يعمل على تصوير «الإسلام برمته باعتباره يقع خارج عالم المعروف والمألوف والمقبول الذي نسكنه». وقد اشتمل هذا الخطاب أيضا على عدد من التعميمات المرفوضة في مجال دراسة الثقافات الأخرى، مثل أن الإسلام ينظم الحياة بالكامل في المجتمعات الإسلامية، وبالتالي فهو مسئول عن كل ما يجري فيها. أو أن «دار الإسلام» هي وحدة قائمة بذاتها وليست تصورا فكريا قانونيا لدى الفقهاء المسلمين الكلاسيكيين. وعلاوة على ذلك، كانت النظرة إلى السلطة الدينية والسلطة السياسية المسلمة تعتبرها دائما متطابقة مع بعضها البعض.

ويغيب عن خطاب الاستشراق مختلف مناهج دراسة المجتمعات الإسلامية، والتفرقة بين المثل والواقع، فضلا عن دينامية المفاهيم. ويعمل عدد كبير من «خبراء الإسلام» في الغرب داخل هذا السياق العام، ويضفون بالتالي مصداقية فكرية للصورة المشوهة عن الإسلام والمسلمين. وتستخدم هياكل القوة في البلدان الغربية هذه الصور بوصفها أداة لتبرير الهيمنة على العالم الإسلامي. كما يجري نشر الملامح الأساسية لخطاب الاستشراق هذا عن طريق وسائل الإعلام وصناعات الترفيه القوية التي تشكل الثقافة الجماهيرية في الغرب.

ومع ذلك، تجدر الإشارة إلى أنه بغض النظر عن خطاب الاستشراق، هناك أيضا مقاربات غربية منهجية أكثر توازنا لدراسة الإسلام. إن نتائج تلك المقاربات - مثل الإصدارات النقدية وترجمات النصوص الإسلامية، أو الحفاظ على المخطوطات الإسلامية، أو إنتاج أدوات مرجعية بلغات أوروبية - تحظى جميعها بتقدير كثير من العلماء المسلمين.

اسم «المعلم الثاني» الذي جرى إطلاقه على الفارابي قد صيغ نتيجة اعتبار الفلاسفة المسلمين أن أرسطو هو «المعلم الأول». كما لم يقتصر الأمر على نظرة المسلمين الأوائل إلى أفلاطون بصفته مفكراً عظيماً، وإنما اعتبروه أيضاً فيلسوفاً يصدق على صحة الإسلام. بل وحتى أن بعض المسلمين أطلقوا اسم أفلاطون على أبنائهم. وهكذا، بينما أدى الانفتاح والتفاعل مع الغرب إلى إثراء الحضارة الإسلامية في البداية، فقد ترك بعد ذلك أثراً عميقاً على الغرب ذاته، إذ حافظ التراث الإسلامي على المعرفة والعلم والثقافة القديمة وتداولها.

ويجدر، من منظور التبادل الثقافي، أن نتذكر أن الطلاب الأوروبيين درسوا في الجامعات الإسلامية في أسبانيا في العصور الوسطى، كما يلتحق الطلاب المسلمون بالجامعات الأوروبية منذ منتصف القرن التاسع عشر. وبالنسبة لأجيال المستقبل، سوف يشكل الاعتراف بذلك أهمية هي بالنسبة لبناء وعي تاريخي، أهم من الحملات الصليبية على القدس أو حصار العثمانيين لفيينا.

«تركي» مصطلحا عاما يطلق على المسلمين، يستحضر صورا مخيفة للكفار الذين ينشرون دينهم بحد السيف ويستعبدون الآخرين. ولهذا، أصبح الخوف من الأتراك عميق الجذور في السيكولوجية الاجتماعية الأوروبية، كما وجد تعبيراً عنه في الفولكلور والأدب.

وشهد النصف الثاني من القرن العشرين وصول العمال الأتراك المهاجرين ومعهم عائلاتهم إلى البلدان الأوروبية، وبصفة خاصة ألمانيا، كما شهد تعزيزاً شعبياً للصور القديمة. وعادة ما تطرح المناقشات المتعلقة بدخول الجمهورية التركية إلى الاتحاد الأوروبي الحجة القائلة بأن انضمام بلد مسلم قوي، تعداد سكانه سبعون مليون نسمة، إنما يهدد بنهاية الاتحاد الأوروبي. والفرضية التي تشكل أساس هذا الموقف تتمثل في أن هوية أوروبا الثقافية تركز على الفلسفة اليونانية والقانون الروماني والديانة المسيحية. لكن هذا السلوك ينفي دور الإسلام بوصفه ديناً توحيدياً عظيماً له نفس أسس اليهودية والمسيحية، كما ينكر دور الفكر الثقافي والعلمي الإسلامي في نشأة أوروبا الحديثة. إن أسلوب التفكير هذا يقوض أي خطاب ذي مصداقية حول أوروبا متعددة الثقافات. كما أنه يعزز الاعتقاد بأن الأتراك رغم أهليتهم للانضمام إلى حلف الأطلسي وحراسة أوروبا خلال فترة الحرب الباردة، والمخاطرة بالهجوم النووي السوفيتي عليهم، غير مؤهلين بسبب ثقافتهم الإسلامية للانتماء إلى أوروبا - على الرغم من أنهم أكثر شعب مسلم يتسم بالطابع الأوروبي.

التغلب على عبء التاريخ

يوضح ذلك كله أن العلاقات المعاصرة بين المسلمين والغرب، وخاصة العلاقات بين أوروبا والبلدان الإسلامية المجاورة لها، تتأثر بالعبء الثقيل للتاريخ. ويمكن، من وجهة نظرنا، تحسين هذا التصور السلبي باستخدام مقارنة نقدية نحو دراسة وتدریس التاريخ على الجانبين. هناك حاجة ملحة إلى النقد الذاتي من أجل تخليص التاريخ من كثير من الغموض وسوء التفسير الأيديولوجي. ويجدر في المقابل اعتبار التاريخ مصدر الحكمة في الحاضر وليس سبب النزاعات في المستقبل. إن العلاقات السياسية بين العالم الإسلامي والغرب يجب أن تعكس علاقاتهما الثقافية المثمرة عبر التاريخ. ومن الأهمية بمكان إلقاء الضوء على الدلالة التاريخية للقاء بين المفكرين المسلمين والغربيين سواء في الحاضر أو بين أجيال المستقبل.

فعلى سبيل المثال، نظر المسلمون الأوائل إلى التراث اليوناني والروماني بانفتاح وإعجاب، بل وقاموا حتى باستخدام وتطوير وتحويل كثير من الخصائص التي شكلت أساس الحضارة الغربية في مختلف مجالات الفلسفة والأخلاق والعلم. إن

كانت الحرب في البوسنة من 1992 إلى 1995 عملا عدوانيا قام به صربيا والجلب الأسود ضد جمهورية البوسنة والهرسك المعترف بها دوليا. وعلاوة على ذلك، كان محاولة لتدمير البنية متعددة الأعراق باستخدام وسائل الإبادة الجماعية ضد مسلمي البوسنة وغيرهم من السكان غير الصربيين. وقد قامت وسائل الإعلام الصربية واليونانية ذات النفوذ بوصف هذه الحرب باعتبارها «حملة صليبية» للقضاء على آخر تجمع مسلم ذي دلالة في جنوب شرق أوروبا - نظرة شاركهم فيها المسلمون أيضا. وارتفعت الصلوات في المساجد في كافة أنحاء العالم الإسلامي دعما للبوسنة. بل واستخدم حتى بعض الكتاب المسلمين العلمانيين في كتاباتهم عناوين مثل «البوسنة: آخر حملة صليبية» (in *The Arab Review*, London 1993 Akbar S. Ahmad).

وكان لاستخدام مصطلح «الحملة الصليبية» على نحو غير موفق من جانب الرئيس جورج دبليو بوش للدلالة على الحملة المعادية للإرهاب التي تلت هجمة الحادي عشر من سبتمبر على الولايات المتحدة نفس الأثر. وعلى الرغم من تأكيد بوش بعد ذلك أن الحملة المعادية للإرهاب ليست حربا ضد الإسلام، تجدر الإشارة إلى أنه عندما استخدم عبارة «الحملة الصليبية»، «لم يكن بمقدوره أن يختار كلمة أكثر إثارة لعداء حلفائه المسلمين المحتملين» (هذا وفقا لما قالته الصحفية والكاتبة البريطانية كارن أرمسترونج).

صورة «الخطر الأخضر»

وبالمثل، وعلى مدار ما يقرب من ألف سنة - منذ هبوط المسلمين العرب في شبه جزيرة أيبيريا عام 711 وحتى هزيمة العثمانيين في فيينا عام 1683 - كانت النظرة إلى المسلمين في أوروبا تعتبرهم تجسيدا للعدو. ولذلك، جرى الاحتفاء بالملك الفرنسي شارل مارتل مخلصا لأوروبا، بعد انتصاره على المسلمين في أسبانيا في معركة تور وبواتي عام 732. وقد ألهمت هذه الذكرى بعض المنظمات المعادية للهجرة في أوروبا، والتي تهاجم المهاجرين المغاربة، أن تتبنى اسم شارل مارتل. وتقول تلك المنظمات عن نفسها أنها «تنقذ أوروبا» من غزو إسلامي آخر من شمال أفريقيا.

وقد ظهرت صورة «الخطر الأخضر» مرة أخرى في أوروبا مع نهوض الدولة العثمانية. فقد كان فتحها للقسطنطينية («روما الثانية») في 1453 وغزوها لجنوب شرق أوروبا ووسطها من القرن الخامس عشر حتى القرن السابع عشر، يعرض وجود أوروبا المسيحية فعليا للخطر في القرون الوسطى. ويرى كثير من الأوروبيين أن أول لقاء مع الإسلام واتباعه قد تم تحت ظلال الرايات العسكرية العثمانية وأصوات الفرق الموسيقية العسكرية العثمانية ومشاة الانكشارية. وأصبحت كلمة

استمرار الحملات الصليبية

وقد اعتبر السكان المسلمون المقهورون الغزوات الاستعمارية المتتالية للبلدان الإسلامية استمرارا للحملات الصليبية، على الرغم من أن دوافع الغزاة كانت اقتصادية وسياسية في الأساس. وأطلق المسلمون في الهند على البريطانيين الذين سيطروا عليها تدريجيا في القرنين الثامن عشر والتاسع عشر اسم «فارانجي»، وهو المصطلح الأوردي لكلمة «الفرنجة». وكان التبرير الرسمي للغزو الروسي لمنطقة البحر الأسود والقوقاز أثناء نفس الفترة أنه تمهيد للطريق إلى استنبول، بهدف إحياء الإمبراطورية البيزنطية الأرثوذكسية. كما أن الملك قسطنطين، ملك اليونان، في محاولته احتلال غرب الأناضول عام 1922، استلهم التاريخ وقرر الهبوط في نفس الموقع الذي هبط فيه الملك ريتشارد الأول (قلب الأسد) أثناء الحملة الصليبية الثالثة عام 1190.

وأدى أيضا الاحتلال البريطاني لفلسطين بعد هزيمة العثمانيين في الحرب العالمية الأولى إلى تكوين تصور سلبي حول الغرب في الشرق الأوسط. كما أن التقارير القائلة بأن القائد العسكري البريطاني اللنبي قد أشار إلى الحملات الصليبية عند دخوله القدس، استحضرت ذكريات سيئة. وكانت الشعوب العربية قد حصلت على وعد بنيل الحرية الوطنية إذا ساعدت على هزيمة الإمبراطورية العثمانية أثناء الحرب العالمية الأولى. ومع ذلك، وبدلا من نيل الحرية، وجدت تلك الشعوب نفسها تحت نوع آخر من الهيمنة، تمارسه نفس القوى الأوروبية التي كانت قد ساعدتها في الحرب، وتحديدًا بريطانيا العظمى وفرنسا. وأحست بشعور عميق بالخيانة. ثم قامت هذه القوى بتقسيم المنطقة بالفعل وفقا لمصالحها الذاتية، وذلك في اتفاق سايكس - بيكو سبب الصيت عام 1916.

ومن المفارقات أن جمهورية تركيا أصبحت الدولة المستقلة الوحيدة في الشرق الأوسط بعد الحرب العالمية الأولى. ويعود نجاح تركيا إلى تحولها من إمبراطورية إسلامية إلى دولة قومية حديثة. وبعد الحرب العالمية الثانية، أضاف إنشاء دولة إسرائيل عام 1948 إلى مشاعر المرارة بين العرب. فالأرض التي عاشوا عليها لقرون أخذت منهم بواسطة إعلان بلفور من عام 1917 الذي وُصف عن حق بأنه «وعد من أمة أن تمنح أمة أخرى أرض أمة ثالثة».

وقد تزايدت مشاعر المرارة بسبب الهزائم في الحروب حول فلسطين واحتلال بلدان إسلامية أخرى في مناطق مختلفة. ويرى كثير من المسلمين أن النموذج الصحيح الوحيد لفهم وتفسير ذلك كله يكمن في العودة إلى الماضي، إلى عصور الحملات الصليبية. وبالتالي، ليس من الغريب أن الإعلام العربي أثناء حرب الخليج عام 1991 وهجوم الغرب ضد النظام البعثي العلماني في العراق، قد اعتبر قصف بغداد «حملة صليبية».

ميراث الماضي: تراث المواجهة

إن تاريخ العلاقات الإسلامية – الغربية الممتد عبر قرون طويلة كان تاريخا من المواجهة العسكرية، لكنه كان أيضا تاريخا للتبادل السلمي والثقافي وللفوائد المشتركة. ومع ذلك، يبدو أن الوعي التاريخي للكثيرين، سواء في العالم الإسلامي أو في الغرب (خاصة أوروبا)، قد تشكل عبر فترات المواجهة. بالنسبة إلى المسلمين، يصعب محو الذكريات التاريخية التي خلفها الصليبيون. إن الحملات الصليبية التي شنها البابا أوربان الثاني عام 1095 كان لها هدف ديني محدد يتمثل في الاستيلاء على القدس وغيرها من الأراضي المقدسة التي تقع في حوزة المسلمين. وقد بدأت المذابح ضد المسلمين في أعقاب استيلاء الصليبيين على القدس في يوليو 1099. كما أن الحكم المسيحي الذي أعقبها في الأراضي المقدسة حتى عام 1245 ترك جراحا عميقة في العلاقات الثقافية بين الجماعتين الدينيتين وفي ذاكرة المسلمين التاريخية.

إن جميع التهديدات الدينية أو العلمانية التي تلت ذلك من جانب الغرب كان يُنظر إليها على ضوء «الحملات الصليبية». وأصبح مصطلح «الصليبية» كلمة تحمل لدى المسلمين أكثر الدلالات سلبية. كما أضحت اسم أقوى التجمعات الأوروبية الحاكمة في فترة الحملات الصليبية – أي الفرنجة – المصطلح العام الذي يرمز إلى الأوروبيين في كثير من اللغات الإسلامية حتى العصور الحديثة. لقد تعززت صورة الحملات الصليبية من خلال استخدام القادة العسكريين والسياسة والصحفيين الأوروبيين المصطلحات المرتبطة بالصليبيين أثناء الغزو الاستعماري للأراضي الإسلامية. كما أن الحرب الأسبانية (reconquista)، التي أسفرت عن إبادة السكان المسلمين واليهود في أسبانيا بعد عام 1492، كانت مغلفة في مصطلحات دينية تصفها بالحملة الصليبية. ولقد استمر الملوك الأسبان والبرتغاليون في الحملات الصليبية ضد المسلمين في شمال أفريقيا خلال القرنين السادس عشر والسابع عشر. وبهزيمة الدول الإسلامية المحلية في جنوب شرق آسيا، دخلت روح الحملات الصليبية إلى تلك المنطقة أيضا، وأدت إلى نشأة صورة سلبية دائمة (وإن لم تكن بالضرورة عدائية حاليا) بين مسلمي الملايو حول المسيحيين والمسيحية. كما شعر الإندونيسيون بمشاعر مماثلة تجاه الهولنديين بعد أن استولوا على جاوة وسومطرة عام 1667.

عليهم أيضاً أن يثمنوا الحاجة إلى الحوار والتعبير الحر، وذلك من خلال عقد لقاءات للشباب والمثقفين، وإنشاء مراكز حوار مأسس للتخلص من التحيزات والتصورات النمطية لدى الطرفين.

ينبغي أن نعي أن تجارب الحادي عشر من سبتمبر 2001 والحروب ضد أفغانستان والعراق قد أدت إلى زيادة التوتر بين العالمين الإسلامي والغربي. إن تقوية الفهم المتبادل قد أصبح أكثر صعوبة، ويبدو أن العنف قد أضى سبيلاً مقبولاً على نطاق واسع للتعامل مع بعضنا البعض. ومن الناحية الأخرى، نجد أن هذه الأحداث الكارثية قد حفزت أيضاً على إعادة تقييم علاقتنا مع بعض قطاعات مجتمعاتنا المختلفة.

لقد بدأنا نشهد اليوم انفتاحاً في سلوكيات الانغلاق والرجعية في العالم الإسلامي تجاه الأديان والحضارات الأخرى. وتجدر الإشارة في هذا الصدد إلى العديد من التصريحات والمطبوعات التي يصدرها رجال الدين. كما أن المؤتمرات الدولية التي عقدت مؤخراً وتناولت مسألة الحوار بين الأديان والثقافات يمكن أن تقود في نهاية المطاف إلى فهم أفضل. ونذكر في هذا السياق الاتجاه المشجع الذي يمثله موقف البابا المتميز تجاه الحرب ضد العراق، فضلاً عن ردود الأفعال الإيجابية التي حصل عليها في العالم العربي.

إننا نأمل أن تتمثل إحدى النتائج الجانبية الحسنة لأحداث الحادي عشر من سبتمبر في أنها، نظراً لطبيعتها الصادمة الانفعالية، قد أدت إلى إعادة التفكير والمراجعة في قيمنا ومفاهيمنا، وإلى التحقق من الدور الذي تلعبه في الميدان السياسي. وهو الأمر الذي من شأنه إحياء دور الثقافة بوصفها عاملاً ذا دلالة يؤثر على السياسة الدولية بعد أن ظلت متباطئة في سيرها خلف الاقتصاد والاستراتيجية لفترة طويلة.

إننا نشهد اليوم في عديد من البلدان تشكيل حركات شبابية تتابع باهتمام شديد ما يحدث في العالم. وتحاول هذه الحركات بإطراد تشكيل رأي عام دولي بهدف التأثير في قرارات السياسة الدولية. ونأمل أن نشهد نجاح هذا الجيل الجديد في تحقيق الحوار والفهم المتبادل بين الحضارات في المستقبل.

إن التوازن الدولي بين مختلف القوى والكتل مضطرب منذ انهيار الاتحاد السوفيتي. ويرى الكثيرون في العالم الإسلامي (وفي العالم الغربي أيضا) أن سياسات الإدارة الأمريكية أحادية الجانب واستفزازية ومتناقضة وظالمة. ومن جانبها، ينبغي أن تحاول أوروبا استعادة نوع ما من التوازن الدولي. هناك حاجة إلى الثقة من أجل اتخاذ قرارات سياسية بناءة في المجالات الأساسية التي تؤثر على العلاقات الإسلامية - الغربية، قرارات تتجاوز مجرد مقاومة هيمنة الولايات المتحدة.

كيف يمكن اختراق الحلقة المفرغة

يبدو أننا قد دخلنا في حلقة مفرغة من العنف المتبادل، ولا يمكن اختراقها إلا إذا حدث تغيير أساسي في السياسة الخارجية الغربية. توجد ضرورة ملحة إلى بذل محاولات جادة من أجل إحياء القانون الدولي الذي تعرض للخرق والانتهاك الشديد من جانب الولايات المتحدة قبل حرب العراق وخلالها. ينبغي أن يمثل القانون الدولي المبدأ المفتاح المنظم للعلاقات بين الدول، وأن يركز تغيير السياسة هذا على إحياء دور هيئة الأمم المتحدة ووكالاتها.

ويمكن أن توفر هذه التغييرات نقطة انطلاق للإصلاح في الشرق الأوسط والبلدان الإسلامية بشكل عام، وهو الأمر الذي يجب أن يساعد، على المدى البعيد، على تطوير ثقافة نبذ العنف. وعلى الرغم من أن مثل هذا التحول قد يكون بطيئا وعسيرا في تحقيقه، فهو يمثل تحولا جوهريا. ومع ذلك، يعتمد نجاح هذا التحول على وقف التوترات في المنطقة أولا من خلال تقليص القمع الداخلي. فهناك ضرورة لمنح مزيد من الديمقراطية والحرية لتلك الشعوب التي عانت طويلا من القمع والإهمال لأسباب داخلية، فضلا عن ضرورة توسيع فضاء التعاون بين الثقافات.

وعلى الصعيد السياسي، ينبغي أن تضطلع المنظمات والمؤسسات المدنية بدور أكبر. ويجدر أن تعمل هذه الهيئات كرقيب على السلطات الحاكمة وقراراتها السياسية. كما يمكنها أيضا المساعدة على تعضيد جهود جيل الشباب من أجل تطوير مجتمعاته سياسيا واقتصاديا، مما يؤدي بالتالي إلى تقليص مشكلاته. إن تقوية مشاركة ومسئولية المواطنين والمجتمع المدني يمكن أن تملأ أيضا الفراغ الأيديولوجي الذي نشأ بعد سقوط أو نزع شرعية النظم السياسية التقليدية التي قادت إلى صعود التعصب.

وعلاوة على ذلك، ينبغي أن يكافح المثقفون والصحفيون والمدرسون وصناع القرار، سواء في الغرب أو في البلدان الإسلامية، من أجل تقوية الفهم والشعور بالتراث البشري المشترك، وبإمكانهم المساعدة على نشر وتعميق القيم المشتركة حول التسامح وقبول الاختلاف واحترام خصوصية كل حضارة وكل دين وثقافة.

على العلاقات الدولية. كما نلاحظ أيضاً كيف تؤدي هذه المواقف إلى تأجيج الكراهية بين الأديان والناس داخل الأمة الواحدة وعلى الصعيد العالمي بين شعوب العالم. ويصعب كبح جماح هذه المشاعر الحاقدة مادامت تضم شكلاً من أشكال الرفض المطلق للآخر، حيث يجري النظر إلى الآخر بوصفه عدواً ينبغي القضاء عليه. إنها مشكلة خطيرة توجد في المجتمعات الإسلامية والغربية على السواء.

القضايا الدالة

ترتبط العلاقات بين العالم الإسلامي والغرب ارتباطاً جوهرياً بالقضايا السياسية الدالة التي تضم في الأساس ما يلي:

- القضية الفلسطينية والمواقف التي يتخذها الغرب تجاه الصراع العربي الإسرائيلي؛
- القضية العراقية، الحرب واحتلال العراق من جانب قوات الولايات المتحدة وبريطانيا؛
- السيناريوهات الخطرة المحتملة التي يناقشها علانية المسئولون في الولايات المتحدة وتضم الخطط الرامية إلى إحداث مزيد من التغييرات الجذرية في المنطقة، بما في ذلك التهديدات الموجهة ضد سوريا وإيران؛
- مشكلات أخرى متنوعة تؤثر في المناطق الإسلامية مثل: الصراع الداخلي من أجل الإصلاح في إيران، وضع البلقان (قضية كوسوفا والنزاع الألباني المقدوني)، الشيشان، كشمير، أفغانستان، وضع المسلمين في الصين، وأخيراً المحاولات التي قامت بها تركيا والدول الإسلامية في البلقان للانضمام إلى الاتحاد الأوروبي.

ومن أجل فهم العلاقات الإسلامية - الغربية بصورة واقعية، من الضروري الإشارة إلى الخلافات القائمة بين مختلف القوى الغربية. علينا أن نفرق بين الولايات المتحدة وبلدان الاتحاد الأوروبي، والإقرار بالاختلافات القائمة داخل أوروبا؛ فهناك من يؤكد ارتباطه القوي بسياسات الولايات المتحدة ويتبع قيادتها في العراق، وهناك من يوصفون بأنهم «أوروبا القديمة» ولا يرغبون في اتباع استراتيجية واشنطن. فالسياسات الخارجية التي أعلنتها فرنسا وألمانيا وبلجيكا كانت تعارض الحرب التي تقودها الولايات المتحدة ضد العراق، مع إصرار تلك البلدان على دور الأمم المتحدة الحاسم. لقد تعارضت هذه السياسات مع المواقف المتطرفة التي أرادت الولايات المتحدة من أوروبا اتباعها. فالصراع السياسي الرئيسي فيما يتعلق بالعراق لم يكن بين البلدان الإسلامية والغرب، وإنما كان بين البلدان الغربية نفسها.

ويوضح العديد من الأمثلة أن الروابط السياسية والأيدولوجيات يمكن أن تغطي على الأرضية الدينية المشتركة.

وحقيقة أن العلاقة بين العالم الإسلامي والغرب تقع على مجرى تصادمي، كما يثبت ذلك العنف والحروب التي شهدتها السنتان الأخيرتان. لكن الموقف السياسي والاقتصادي أكثر تعقيدا، إذ يجري الحفاظ على العلاقات التجارية المكثفة بين بلدان العالم الإسلامي وأوروبا والولايات المتحدة الأمريكية. بل وحتى البلدان الإسلامية المعروفة بموقفها المحافظ ومشروعيتها المتأسسة على الدين، مثل السعودية، لا يوجد لديها أي مشكلة في استثمار أموالها في الغرب والتعاون مع البلدان الغربية، بل وحتى دعوة جنود الولايات المتحدة إلى أراضيها. وهو الأمر الذي يشير إلى أن العلاقات الغربية - الإسلامية لا تقوم في الأساس على الدين أو الأيدولوجيا، وإنما تدفعها المصالح الذاتية.

المواجهة الراهنة

إن العداء الغربي الظاهر تجاه البلدان الإسلامية لا يرجع إلى توجهاتها الدينية. ونجد أن أسباب رفض دخول تركيا إلى الاتحاد الأوروبي هي أسباب اقتصادية، بما في ذلك مشكلة الهجرة وعدم اتساق القوانين مع المعايير الديمقراطية لأوروبا. ولا يمثل دين تركيا، أي الإسلام، سوى عامل شديد المحدودية في هذا المقام. وحتى الولايات المتحدة التي يبدو موقفها الآن عدائيا إلى حد ما تجاه المسلمين، تقوم في واقع الأمر بتعديل سياستها تجاه الأمم والمجموعات العرقية والأديان الأخرى بما يتفق مع مصالحها الاستراتيجية. فقد تدخلت الولايات المتحدة، على سبيل المثال، تدخلًا عسكريًا لصالح مسلمي البوسنة ضد الصرب المسيحيين؛ وعندما أعلنت الحرب ضد أفغانستان، لم يكن ذلك بسبب الإسلام أو المسلمين وإنما لأسباب جغرافية - سياسية، وباسم محاربة الإرهاب. كما ساندت الولايات المتحدة في السابق «المجاهدين» الأفغان وحرب «الجهاد» التي قادوها ضد الاتحاد السوفيتي. ولا يُعد العراق استثناء، ذلك أن الولايات المتحدة قد هدّدت العراق أكثر من مرة وقامت بغزوه مؤخرا على الرغم من أن العراق دولة علمانية، ولم يكن ذلك بسبب وجود أغلبية مسلمة في العراق وإنما لأسباب سياسية.

لقد نشأت إحدى عناصر النزاع بين العالمين الإسلامي والغربي من ثنائية الذهنيات بين المتعصبين والمتنورين على الجانبين. إن الصراع الذي يخوضه التعصب والتفتح لا يقتصر على العالم الإسلامي، بل يوجد في أغلب الأديان. ونجد أن عدم التسامح الذي تمثله الحركات الإسلامية الأصولية يتوازى مع تعصب مماثل لدى الكنائس الأصولية في الولايات المتحدة أو المتطرفين اليهود داخل إسرائيل وخارجها. ويمكننا أن نشهد اليوم كيف تؤثر المواقف الدينية الدوغمائية

والثقافة، أم من خلال الاستهلاك أو التكنولوجيا؟ إن الغرب لا يوجد ككيان بل هو مفهوم ضبابي مليء بالتناقضات.

وبالمثل، لا يمكننا أن نتحدث عن مجتمع إسلامي نقي وواضح ويخلو من أي تأثير للثقافة والحضارة الغربيتين. لقد أدت وسائل الاتصال الحديثة إلى دخول التأثير الغربي حتى إلى المجتمعات الإسلامية المحافظة مثل السعودية. وينبغي ألا ننسى أن العالم الإسلامي غير متجانس ويموج بالتناقضات الداخلية بنفس القدر مثل الغرب.

هل هناك خط واضح يميز العالم الغربي الصناعي عن البلدان الإسلامية النامية؟ في واقع الأمر، عندما تجري كثير من وسائل الإعلام الدولية مقارنات بين الغرب وبين العالم الإسلامي، فإن صورة العالم الإسلامي التي تتبادر إلى الذهن عادة ما تكون صورة التخلف والتعصب الديني والقمع وغياب الحرية وحقوق الإنسان، وخاصة بالنسبة للمرأة. وتزداد سلبية الصورة العامة مع إضافة الاقتران الحالي بين الإسلام والإرهاب، ووينمو في الغرب تصوير المسلمين كهمج، مما يسفر عن تجاهل الدور المهم الذي لعبته حضارتهم في تطور البشرية.

وعلى الرغم من أن هذا التصور الغربي قد يضم جوانب صحيحة أحيانا، فإنه لا يزال يمثل مع ذلك تعميما غير منصف. وعندما تسهب وسائل الإعلام في هذا التصور وتتناقله يوميا، علاوة على نقله عن طريق القادة السياسيين أو المفكرين المحافظين، فإنه يتحول إلى تصورات نمطية وتحيزات ضارة. وهو الأمر الذي يوجب المشاعر العنصرية والعدائية نحو كل من ينتمون إلى العالم الإسلامي، دون تمييز بين من يتعمدون تبني أسلوب العنف وبين من يعانون من عواقبه على المستوى المحلي.

لا يوجد تعريف واضح للعالم الإسلامي. وتقود محاولة تعريفه إلى تعميمات ضبابية تتجاهل التنوع والتناقضات والنزاعات الداخلية. إن الدعوات الرامية إلى إنشاء «أمة إسلامية» لم تتجاوز تجمع البلدان الإسلامية (منظمة المؤتمر الإسلامي). وبالتالي، لا يمكننا أن نزعم بوجود قوة مترامية تسمى «العالم الإسلامي» يمكن اعتبارها خطرا يهدد الغرب الذي يمتلك قوة أكبر كثيرا.

كما أن «العالم الإسلامي» لا يشكل أيضا كيانا محمدا جغرافيا، وإنما هو نوع من التكوين الفضفاض يشبه التجمعات الأخرى التي جرى تأسيسها بين بلدان عدم الانحياز أو العالم الثالث. ويمكننا الجدل بأن رابطة القومية أقوى وأكثر انتشارا في العالم الإسلامي من رابطة الدين.

ويمكن التأكيد على هذه النقطة في حالة بلدان مثل العراق وإيران. فهما بلدان إسلاميان، لكن كلا منهما لديه مصالحه الوطنية الخاصة، بل قد دارت بينهما حرب دموية لفترة طويلة. ويتجلى مثال آخر في الموقف الذي اتخذته إيران إلى جانب الهند في النزاع حول كشمير، ولم تأخذ جانب باكستان و هو بلد إسلامي أيضا.

توضيح السياق

ملاحظات عامة حول العلاقة بين العالم الإسلامي والغرب

لقد ركزت أغلب الندوات والمؤتمرات والبحوث السياسية، خلال العقود الخمسة الماضية أكثر ما ركزت، على العداء بين الشرق والغرب أو النزاع بين الشمال والجنوب. ومع ذلك، بل وحتى قبل الحادي عشر من سبتمبر 2001، نشأ تصور آخر حول التناقضات السياسية والثقافية الأساسية - وضع العالم الإسلامي مقابلاً للغرب، نعني به تصور «صدام الحضارات». إن خلفية هذا النزاع، الذي يركز على معايير دينية وثقافية، ليست فقط معقدة، وإنما تعبر عن إشكاليته. وتكمن إحدى الأسباب وراء ذلك في استخدام المصطلحات الملتبسة.

تجدر الإشارة، أولاً وقبل كل شيء، إلى أن وضع العالمين الإسلامي والعربي، بوصفهما قطبين متعارضين ومتناقضين، يطرح تفسيراً ثنائياً للعلاقة، يطمس الفوارق الدقيقة أو الاستثناءات، بل يتجاهل في الأساس التغيرات الداخلي على الجانبين، كما يهمل الحقيقة الأساسية التي تقول إن «الثقافات» والمجتمعات ليست كيانات ثابتة ودائمة، لكنها في حالة تغير دائم، وعلاوة على ذلك، لا يضع في حسبانها ذلك المزيج كلي الوجود - أي التداخل الدائم والخلط بين الثقافات.

ما هو الغرب؟ هل يفترض أنه عالم لا يسكنه سوى الأوروبيين الذين ينتمون إلى التراث المسيحي، بما يتعارض مع العالم الإسلامي المختلف عرقياً ودينياً؟ مادامت بلدان الغرب هي موطن ملايين عديدة من المهاجرين المسلمين من آسيا وأفريقيا - ويمتلك كثيرون منهم حق الجنسية - يفقد إذن هذا التقسيم بريقه. لقد استوعب نمط الحياة الغربية كثيراً من هؤلاء المهاجرين وأصبحوا جزءاً منه. وعلاوة على ذلك، كان للمهاجرين المسلمين تأثير أيضاً على المجتمعات الغربية. فقد أصبحت تقاليدهم وفنونهم وأنواع طعامهم تدريجياً من العناصر الثقافية في الحياة اليومية بأوروبا والولايات المتحدة. ويجدر أيضاً عدم نسيان العوامل الإسلامية المؤثرة في الثقافة الغربية خلال العصور السابقة في مختلف المجالات؛ فلم تكن مجالات مثل العلم والطب والفلسفة في أوروبا لتصبح على ما هي عليه الآن بدون الدفعات العربية المساعدة عبر القرون. بل وحتى الفلسفة اليونانية - أحد رموز «الثقافة الغربية» - تلتقتها أوروبا من خلال أعمال العلماء المسلمين. ماذا يمثل الغرب بالنسبة لنا؟ هل يمثل المسيحية أم العلمانية أم الإلحاد؟ هل يرمز إلى القوة أو الكفاءة الاقتصادية؟ هل يمثله التنوير أو حقوق الإنسان، أو تمثله الفاشية والعنصرية والمحركة - أم يتمثل عبر ذلك كله؟ هل يمكن تعريفه من خلال الفن

والسلوكيات وتعزيزها. فلا يتطلب الأمر أن يتنازل أحد الطرفين عن معتقداته، وإنما يجدر أن يعبر عنها في هذا الحوار على أمل أن يتمكن كل منهما من كشف طبيعتها أمام الآخر، فقد يمكنهما ذلك من أن يتوصلا في الوقت المناسب إلى إمكانية التغلب على اختلافها. وفي ظل هذه الشروط، ربما يتمكن الحوار من تغيير التصورات والقوالب النمطية السلبية وإحلال الفهم والتعاون محل العداة والخصومة. إن جديفة الحوار والتفاعل لا تتيح فحسب القضاء على التوترات والنزاعات الحالية والمستقبلية بأسلوب سلمي، وإنما تعزز أيضا الاستقرار والتطور؛ أي تخلق مناخا يتيح تحقيق الحكم الرشيد (كما يتجلى عبر الديمقراطية) واحترام حقوق الإنسان. ويمثل هذا التقرير محاولة لحفز هذا الحوار الهادف.

يود المؤلفون والمؤلفات التوجه بالشكر إلى معهد العلاقات الخارجية ifa لتخطيطه لهذا المشروع الهام وإتاحة الفرصة لتحقيقه. كما يوجهون شكرا خاصا إلى د.يوخن هبلر، من معهد التنمية والسلام بجامعة دويسبرغ - إيسن بألمانيا، لما قدمه من دعم ثمين.

يبدو هذا التقرير كما لو أنه حلقة أخرى من حلقات المسلسل المأساوي الذي ينكشف في تاريخ العلاقات بين العالم الإسلامي والغرب. إن ضربات الحادي عشر من سبتمبر لم تصدم بروعتها الولايات المتحدة فحسب، بل كانت مؤشرا أيضا على بداية عصر جديد، فشهدنا في أعقابها الحملة ضد الإرهاب الدولي والضربة ضد أفغانستان والحرب على العراق واحتلاله، فضلا عن تهديدات الولايات المتحدة الموجهة إلى سوريا وإيران. وعلى الرغم من أن جميع هذه الأحداث لم تقع رسميا من جانب «الإسلام» أو «الغرب» على هذا النحو، وإنما قام بها أفراد بعينهم من العالمين الإسلامي والغربي، فإنها تسهم في توسيع الصدع القائم بالفعل بين الجانبين. ويوضح الوضع المهتز والمتفجر حاليا ضرورة إدراك المجتمعات الإسلامية والغربية للقضايا التي تفرق بينها، فضلا عن العوامل التي تقود إلى سوء الفهم والتوتر والنزاع.

ويتميز هذا التقرير عن غيره من التقارير الأخرى من زاوية تقديمه لنظرة إسلامية بشأن القضايا الرئيسية التي تؤثر في العلاقات بين العالم الإسلامي والغرب. كما يجسد هذا التقرير حصيلة عمل ستة من المفكرين والأكاديميين: ثلاثة من الشرق الأوسط، وواحد من أوروبا، وواحد من جنوب آسيا، وواحد من جنوب شرق آسيا. وينتمي الباحثون والباحثات الذين تولوا مهمة إعداد هذا التقرير إلى خلفيات تاريخية وثقافية وعرقية ولغوية مختلفة، كما يمثلون أيضا تخصصات علمية متنوعة. ومما أثار دهشتهم اكتشافهم أثناء العمل المشترك لإعداد التقرير أن وجهات نظرهم تتشابه تشابها ملحوظا بشأن بعض المشكلات الأساسية التي تواجه العلاقات بين العالم الإسلامي والغرب، كما يشتركون في الأفكار المتعلقة بالإجراءات التي يمكن اتخاذها لتناول هذه القضايا وحلها. ويعد تكثيف التفاعل والحوار إحدى الوسائل المساعدة على تضييق الفجوة بين الجانبين. ومن الجدير بالذكر أنه لا يوجد دائما موافقة كاملة في العالم الإسلامي المعاصر، والمتسم بالتعدد الثقافي والعرقي والأيدولوجي، حول وصف القضايا المذكورة في هذا التقرير وتقييم حداثتها.

إن في التواصل والتفاعل المنصفين والمتوازنين بين الجانبين تعزيز ودفعة لنمط من الفهم، يتيح تحقيق السلام والتعاون. ومع ذلك، وحتى يحقق هذا الحوار الأهداف المرجوة منه، ينبغي أن يركز منذ البداية على فرضية تطرح عدم ضرورة تغيير أي من الجانبين لتفكيره أو سلوكه. بل ينبغي بالأحرى السماح لتلك الأفكار والسلوكيات بالبقاء، كصفات مفيدة ومشروعة حتى من وجهة نظر الجانب الآخر أيضا. وعندئذ لن يصبح السؤال المطروح من هو الجانب الأفضل أو المتفوق، وإنما من الذي يعترف بالآخر ويمنحه صفة الشرعية في خضم سعيهما للتعبير عن الذات وإبرازها، ومن الذي لا يعترف بذلك. وعلى هذا النحو، يمكن إثراء الأفكار

سلوى بكر (القاهرة، مصر)
باسم الزبيدي (نابلس، أراضي الحكم الذاتي الفلسطينية)
حنان قصاب حسن (دمشق، سوريا)
فكرت كارتشتش (ساراييفو، البوسنة والهرسك)
مظهر زيدي (لاهور، باكستان، حاليا في لندن)
داتو جوهر حسن (كوالالامبور، ماليزيا)

بل ينبغي على الحوار - لو أراد أن ينجح - أن يراعي السياسة وعلاقات القوة بين الطرفين ويموضعها.

نود أن نحث القراء على استيعاب التقرير الحالي حول وضع العلاقات الغربية الإسلامية على ضوء التأمّلات التي سبقت. لقد بادر معهد العلاقات الخارجية (ifa) بالشروع عام 2002 في برنامج للحوار، أردنا أن يتفادى بعض مواطن الضعف في المبادرات التي سبقته. وكانت الفكرة الأساسية تكمن في أن يبدأ الجانب الغربي الأوروبي والألماني بالإنصات إلى رؤية بعض المثقفين المسلمين المستقلين حول المشاكل القائمة بين الغرب والعالم الإسلامي. فإذا كان الحوار الحقيقي يشترط الإنصات، فمن البديهي أن نبدأ نحن به.

ولهذا السبب، توجه معهد العلاقات الخارجية إلى مجموعة من ستة مثقفين من بلدان العالم الإسلامي وطلب منهم تقييم وضع العلاقات الغربية - الإسلامية والمشاكل التي تعانيها، مع صياغة هذا التقييم على شكل تقرير. وقد ضمت هذه المجموعة السيدة سلوى بكر، كاتبة من القاهرة (مصر)؛ أ. د. باسم الزبيدي، من جامعة النجاح في نابلس (فلسطين المحتلة)؛ أ. د. حنان قصاب حسن، من جامعة دمشق (سوريا)؛ أ. د. فكريت كارتشتش، من جامعة سرايفو (البوسنة والهرسك)؛ الصحفي مظهر زبيدي، من لاهور (باكستان، يعمل حالياً في الإذاعة البريطانية في لندن)؛ والسيد داتو جوهر حسن، مدير معهد الدراسات الاستراتيجية والدولية في كوالا لامبور (ماليزيا). وقررت هذه المجموعة بنفسها الموضوعات التي ستعالجها، فضلاً عن تحديد مراكز الثقل والمقولات التي سيتضمنها التقرير. وسوف نقدم التقرير باللغات الإنجليزية والعربية والألمانية. ويتوجه التقرير بالدرجة الأولى إلى الجمهور الغربي، الأوروبي والألماني، لكنه سيكون أيضاً في متناول القراء الآخرين المهتمين بالموضوع، ولذلك سيصدر باللغة العربية أيضاً. ونتمنى أن يطلع على هذا التقرير عدد كبير من القراء والقارئات، المتفتحين والناقدين والمتأمّلين، الراغبين في الحوار.

النقاش والاستعداد لفهم اعتراضاتهم والتأمل فيها، يفقد التبادل الهادف إلى تحقيق الفهم قاعدته الأساسية. ويحتاج الحوار إلى أن يكون مهذبا، لكن دون أن يتسم بالجبين.

• تتمثل إحدى أهم مشاكل الحوار في معالجة الجوانب الشعورية للعلاقة الغربية الإسلامية على نحو مناسب. فكثيرا ما يشعر سكان البلدان الغربية بأنهم مهددون من المسلمين أو من الثقافة ذات الصبغة الإسلامية، على الرغم من كل الوقائع التي تثبت التفوق السياسي والاقتصادي والعسكري الجبار للغرب. كما أن النقاشات الانفعالية حول «الحجاب» أو «الخوف من الاغتراب الثقافي» هي نقاشات حول الأعراض، وتقدم الضربات الإرهابية المثيرة للانتباه المبررات. ومن ناحية أخرى، يشير كثير من المسلمين – المتدينين منهم والعلمانيين – إلى عقود، بل عصور من تجارب القهر والمذلة من جانب البلدان الغربية، وخاصة فيما يتعلق بالمشكلة الفلسطينية التي تركت جروحا نفسية عميقة في مجتمعاتهم. وفي الحالتين، يؤدي ذلك إلى سدود شعورية، تجعل من الصعوبة أن يستمع كل طرف إلى الآخر. وقد تسفر هذه الانفعالية عن نتائج سلبية، وتتضمن آراء مسبقة وكليشيهات، وتشوه من رؤيتنا للواقع. لكنها تركز على عناصر من الواقع يجري تفسيرها على نحو أحادي الجانب. ويتطلب الحوار ألا نجعل من المخاوف والتحفظات واللاعقلانية والسدود الشعورية عند الآخر سببا للانسحاب من النقاش، وإنما علينا أن نطرحها بوصفها موضوعاً للنقاش. ففي جو مشحون، بسبب الإرهاب والحرب، لا يمكن أن نطالب الطرف الآخر وليس أنفسنا بالضرورة – كشرط للشروع في الحوار – التحلي برد فعل هادئ ومتوازن وموضوعي صرف. ففي حالات كثيرة تنبع الانفعالية من تجارب حقيقية لا تختفي عندما نطالب بالمحافظة على النبرة الموضوعية. ويجب أن يتعلم كل طرف تحمل مشاعر الطرف الآخر، مهما كانت «متحيزة»، والبحث عن شروط الانفعالية الذاتية وانفعالية الآخر وعقلنتها. ولا نعني بذلك تقبل كل ممارسات وتحيزات ومزاعم الطرف الآخر أو حتى تبريرها، وإنما التعرف على الانفعالية الذاتية ووضعها موضع تساؤل، مع عدم النظر إلى انفعالية الآخر باعتبارها «جزءا من طبيعته»، بل علينا أن ندرك أنها نتاج عمليات تاريخية ونبحث عن مقوماتها «المفهومة» بالنسبة لنا.

• وفي النهاية، يجب ألا يسئ الحوار بين الثقافات فهم وظيفته، بل عليه أن يعي حدوده وشروطه وبراغيها. فالحوار يمكن أن يقوم بدور مساعد – وإن كان مهما – لكنه لن يتمكن وحده من حل مأزق العلاقة الغربية – الإسلامية. فهذا المأزق ناتج بالدرجة الأولى عن عوامل سياسية واقتصادية وعسكرية، قد تقويها الجوانب الثقافية والدينية أو تضعفها. ومن هنا، لا يمكن أن يحصر الحوار بين الثقافات نفسه في المجال الثقافي والديني، دون أن ينزلق في غيتو ويفقد أهميته.

وعلى الرغم من هذه العلاقة المعقدة المشبعة بالواجهة بين المجتمعات الغربية والإسلامية، وعلى الرغم من التجارب الملتبسة حتى الآن، لا يمكننا أن نتنازل عن الحوار الهادف الذي يرمي إلى الارتقاء من إمكانية التفاهم المتبادل، بل وينبغي أن نديره ونقوي من شوكته. ومن هنا يطرح نفسه ذلك السؤال المتعلق بالمنطقات التي تجعل من الحوار حوارا فعالا ومثمرا. ويمكن بالفعل تحقيق هذا النوع من التفاعل، وإن كان الأمر يتطلب من كل طرف التحلي بمزيد من الصراحة وبذل مجهود أكبر. وينبغي، من حيث الرؤية، أن نراعى الجوانب التالية:

• القبول بأن «الحوار الغربي - الإسلامي» ليس في حقيقة الأمر حوارا (بمعنى التبادل بين الطرفين)، بل يجب أن يشتمل لدى كل طرف على عدد كبير من الفاعلين والمواقف المختلفة لكي يصبح فعالا. إن أي انتقاص على أي من الجانبين لن يعكس واقع المجتمعات الغربية والإسلامية المعقد، وسوف يؤدي بسهولة إلى تنميط النقاشات وتحولها إلى شعائر متكررة. وبالتالي، سينتهي التبادل بين الثقافات والمجتمعات قبل أن يبدأ، إن لم نعترف بالتعددية لدينا ولدى الجانب الآخر: ذلك أن «الحوار» يمكن أن يقودنا إلى طريق مسدود لو ضغطناه في قالب فكري وسياسي يتسم بالثنائية القطبية الخاطئة.

• ولن ينجح التبادل، الذي يرمي إلى تحقيق تفاهم أفضل بين الطرفين، إذا اتخذنا موقف التبشير أو كانت النية تتجه نحو فرض موقفنا على الآخر أو وعظه. إننا نحتاج إلى ثقافة نقاش، ثقافة نستمتع بها إلى الآخر، ولا يعني ذلك الموافقة الآلية على آراء الآخرين، وإنما الاستعداد إلى الاستماع إليها مبدئيا وتناولها على محمل جدي. ونحن نلاحظ وجود اتجاه لدى جميع الأطراف نحو السفسطة الصريحة أو المستترة، إذ أننا كثيرا ما لا ننصت إلى مقولات الطرف الآخر، إلا إذا تناسبت مع صورتنا الذاتية عن العالم - سواء بالسلب أو الإيجاب. فمن شروط الحوار الأساسية الاستعداد للتأمل في حجج الآخر الجديدة علينا، حتى لو تصورنا أنها غريبة أو مشبوهة أو خاطئة.

• لن يتحقق الحوار إلا إذا امتنع الطرفان عن التنديد بالآخر، انطلاقا من أن طريقة التفكير والسلوكيات الذاتية هي البديهية. إن الحوار بين الثقافات يتطلب النظر بروح نقدية إلى أنفسنا وهويتنا والسدود التي تعوقنا فكريا، فضلا عن مصالحننا وأفعالنا، وإلا ستضيع منا فرصة لا تعوض. كما يجب أن يكون الحوار، بمعنى آخر، قابلا لوضع طريقتنا في التفكير ومنطلقاتنا الفكرية موضع النقاش.

• ونحن لا نعني بذلك تناول مقولات المشاركين الآخرين بالنقاش دون فحصها أو تقييمها بدقة، أو إزاحة ما يضايقنا أو يخيفنا تحت طائلة «الاختلاف الثقافي». ويُعتبر النقد والتأمل في الذات عنصران مركزيان في أي حوار، فالمهم أن نجتهد من أجل التوصل إلى معايير مشتركة، لا تقتصر على تحيزاتنا أو تراثنا الثقافي، بصرف النظر عن كونه إسلاميا أو غربيا. وبدون الاستماع إلى انتقادات المشاركين في

تمر العلاقات بين العالم الإسلامي والبلدان الغربية بأزمة حقيقية. كما تصطبغ نظرة كل طرف إلى الآخر بالتحيز والإرهاب والعدوانية، على الرغم مما شهده الماضي من فترات من التبادل المثمر والكثيف. وقد كان لضربات الحادي عشر من سبتمبر 2001، والحربين في أفغانستان والعراق، تأثير أثار العواطف وجذب جميع الأنظار. لكن اعتبار وجود عداء طبيعي بين الجانبين ينبع من تباين الأديان والثقافات، يُعد نقطة انطلاق نمطية ولا معنى لها. وعلى الرغم من ذلك، وفيما وراء مسار التعاون القائم بين الحكومات الغربية وغالبية حكومات البلدان الإسلامية، لا يمكننا أن نتجاهل ما تتسم به علاقة الطرفين الآن من نزاعات وغياب للثقة. وترجع هذه المشكلات إلى أسباب ثلاثة: المصالح المتباينة، والسياسات الراهنة، والعوامل الثقافية والنفسية.

ويبدو واضحا صعوبة التوفيق بين التباين الحقيقي في مصالح وسياسات الحكومات المختلفة على المدى القصير أو المتوسط من أجل تخطي الأزمة في العلاقات. ولذلك، فقد شهد العقد الماضي محاولات لتأسيس «حوار بين الثقافات»، اجتهدت فيه العناصر الفاعلة في المجتمع المدني والثقافة والسياسة من أجل التوصل على الأقل إلى تخفيض حدة التوتر على المستوى السياسي - النفسي، والمساعدة على إزالة التحيزات المتبادلة. وعادة ما كانت هذه المحاولات تسفر عن نتائج مفيدة على نطاق ضيق، لكنها لم تؤثر تأثيرا ملموسا على إطار المواجهة العام. ويرجع ذلك من ناحية إلى أن منابع النزاع لا تقع في الفضاء النفسي فقط أو بالدرجة الأولى، وإنما توجد في التجارب الواقعية، سواء السياسية أو التاريخية: فلا يمكن إلغاء الضربات الإرهابية الدموية أو حرب العراق أو إلزالتها من الوجود بواسطة الحوار أو إدارة الساعة إلى الوراء كي نضمن عدم حدوثها. لكن المثير للانتباه أيضا أن فرص الحوار المتاحة بالفعل تكاد تكون غير مُستغلة؛ فمحاولات خلق تبادلات فكري وثقافي وديني وسياسي بين الطرفين كانت تتسم عادة بالفطور وعدم الملاءمة. كما أن «ندوات الحوار»، التي كانت في حد ذاتها معقولة، لم تؤد إلى حوار حقيقي، أي إلى الاستعداد للاستماع إلى الآخر وخلق قاعدة مشتركة للتبادل. وكثيرة هي تلك الحالات التي اقتصرَت على لقاءات شكلية، وتصريحات مغلفة بالنوايا الحسنة، والدعاية للموقف الذاتي، وتبادل المجاملات السطحية. وغالبا ما لم تتسبب هذه المحاولات في أية أضرار، لكنها قلما أتت بفائدة. فلقد التقى الجانبان تكرارا في الندوات المشتركة واللقاءات والخطب والمطبوعات، لكنهما غالبا ما كانا يتفاديان الحوار الحقيقي الصريح. ومن هنا، فلا عجب أن هذا النوع من «الحوار» قد أصبح كثيرا ما يثير الملل أو اللامبالاة عند الجميع.

د. يوخن هبلر، جامعة دويسبورغ - إيسن
باربارا كونرت، معهد العلاقات الخارجية في شتوتغارت (ifa)

تمهيد

منذ سنوات طويلة والحوار مع تلك البقاع من العالم ذات السمة الإسلامية من المقومات الثابتة للسياسة الثقافية والتعليمية الخارجية الألمانية. وبه فإنه من المهام التي يلتزم بها معهد العلاقات الخارجية ifa، حيث ساهم مساهمة فعالة في هذا المجال بالذات في العقد الماضي عن طريق منتديات الحوار العربي - الألماني بين ممثلي وسائل الإعلام، ومؤتمرات الصحفيين والخبراء في آسيا الوسطي، ومعارض الفنون التشكيلية الألمانية.

بعد الحادي عشر من سبتمبر 2001 برزت ضرورة تعريف أسس هذا الحوار مرة أخرى. فدعا المعهد في شهر أكتوبر من عام 2002 باحثين وكتابا وصحفيين وممثلين لمنظمات غير حكومية من العالم الإسلامي وألمانيا إلى مؤتمر في قصر نويهاردنبرغ.

وأوصى المؤتمر - كخطوة أولى - بتكليف مجموعة من المثقفين من البلدان ذات السمة الإسلامية بأن يصيغوا رؤيتهم للمشاكل الجوهرية في العلاقات مع الغرب على شكل مراجعة لوضعها الآني. ونعرض حصيلة عملهم في هذا الكتاب. وفي رأبي أن انطلاقة جديدة للحوار الندي لن تتاح إلا لو كان الغرب مستعدا للاطلاع على مثل هذه المراجعة، والتأمل في النقد والتوصيات بروح بناءة.

وظهر من اللقاء في نويهاردنبرغ أن مسار الحوار بين الثقافات يتطلب أن نتعلم أشياء كثيرة ومتنوعة، مما يتجاوز شعائر الحوار المتعارف عليها، سواء الدبلوماسية منها أو غيرها. وأتمنى أن ينجح المعهد في أن يطور هذا المنطلق الهام الرفيع المستوى بما يتخطى أفق هذه المراجعة، ليحوله إلى عمل مشترك. فليساهم التصور الكامن وراء منتدى معهد ifa للحوار والتفاهم في أن يخفف من الأزمات التي تنتاب التعايش بين الثقافات في عالمنا هذا!

أويس كونت فون فالدبورغ - تساييل
رئيس معهد العلاقات الخارجية

الحوار الثقافي بين الغرب والعالم الإسلامي

الغرب والعالم الإسلامي

تقرير

نظرة إسلامية

Eine muslimische Position

A Muslim Position